

# Abschlussbericht der Straßennamen- kommission



Landeshauptstadt

**SAAR  
BRÜ  
CKEN**



## **KONTAKT**

Landeshauptstadt Saarbrücken  
Stadtarchiv  
Deutschherrnstraße 1  
66117 Saarbrücken

Telefon +49 681 905-1258  
stadtarchiv@saarbruecken.de  
**[www.saarbruecken.de](http://www.saarbruecken.de)**

**Abschlussbericht der  
Straßennamenkommission des  
Bezirksrats Mitte  
der  
Landeshauptstadt Saarbrücken**

## ***Grußwort***

In den letzten Jahren entwickelten sich in vielen deutschen Städten hitzige Diskussionen um Straßennamen. Die Diskussion hält an und der Stil der Auseinandersetzung wirkt häufig befremdend.

Auch in Saarbrücken gab es immer wieder kritische Stimmen, die einzelne Namen in Frage stellten und Umbenennungen einforderten.

Straßennamen dienen zunächst einmal der Orientierung in einer Stadt. Das setzt Kontinuität voraus. Die Öffentlichkeit sieht eine nach einer Person benannte Straße als Wertschätzung und Ehrung an. Unsere Straßennamen sind aber in einem Zeitraum von über 150 Jahren entstanden, insofern gilt es diese Wahrnehmung zu differenzieren. Straßennamen sind ein Zeugnis für die Geschichte unserer Erinnerungskultur. Viele unserer Straßen würden wir nach unseren heutigen Wertmaßstäben anders benennen. Eine gewisse Distanz ist insofern ratsam, denn in erster Linie helfen unveränderte Straßennamen sich in einer Großstadt zu orientieren. Es ist aber auch zu beachten, dass ein glaubwürdiger Umgang mit unserer Geschichte es erfordert, Straßennamen kritisch zu hinterfragen. Die Kommission hat sich für den Bezirk Mitte damit intensiv beschäftigt, um den Mitgliedern des Bezirkrates Mitte als dem für Umbenennungen in diesem Bezirk zuständigen Gremium, eine Beratungsgrundlage zu geben.

Der Kommissionsbericht steht für einen differenzierten Umgang mit einem kontroversen Thema. Er versteht sich als Beratungsgrundlage. Sicherlich wird es kontroverse Sichtweisen geben und das gehört zu einer Demokratie. Streiten wir um die Sache, um die beste Lösung zu finden. Gehen wir den Weg einer lebendigen Demokratie, die um die Sache streitet. Unterlassen wir eine Empörungsmentalität, die sich gegen Personen richtet und sich nicht mit der Sache beschäftigt.

Der Bericht bietet dazu eine hervorragende Grundlage. Nutzen wir sie!

Uwe Conradt

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken

## *Grußwort*

Im Bezirk Mitte finden sich eine Reihe von Straßennamen, deren Umbenennung in der letzten Zeit immer wieder gefordert wurde. Ich erinnere an die nach dem ehemaligen Saarbrücker Oberbürgermeister Hans Neikes benannte Straße oder die Straße des 13. Januar.

Dies war Anlass für den Bezirksrat Mitte, einen Überblick über nach Personen benannte Straßennamen zu gewinnen und zu ermitteln, welche davon unter dem Gesichtspunkt von Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus, Militarismus und Nationalsozialismus näher zu prüfen sind.

Dazu bildete der Bezirksrat Mitte eine Kommission, deren Arbeit vom Leiter des Stadtarchivs organisiert und fachlich begleitet wurde. Auf Basis seiner Gutachten wurde diskutiert und eine Empfehlung ausgesprochen, die den Mitgliedern des Bezirkrates als Beratungsgrundlage dienen soll. Alle Mitglieder des Bezirkrates entscheiden dann gemeinsam über mögliche Umbenennungen.

Innerhalb der Kommission entwickelte sich die Überzeugung, vor allem aufzuklären und zu informieren. Damit verbunden ein Ampelsystem. Grün steht für Personen ohne kritische Vergangenheit. Gelb steht für Personen mit einer in Teilen belasteten Vergangenheit, darüber soll informiert, von einer Umbenennung aber abgesehen werden. Es ist nämlich auch zu beachten, dass Umbenennungen für die Betroffenen mit erheblichem Aufwand verbunden sind. Sind die belastenden Umstände sehr schwerwiegend, wird die Straße als rot gewertet und zur Umbenennung vorgeschlagen.

Die Arbeit in der Kommission entwickelte sich sehr konstruktiv und differenziert, es gab Übereinstimmung, aber auch unterschiedliche Einschätzungen. Ich wünsche mir, dass wir diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Stefan Brand

Bezirksbürgermeister

## *Vorwort*

Der vorliegende Bericht versteht sich als Beratungsgrundlage für den Bezirksrat als zuständiges Entscheidungsgremium für Umbenennungen. Ziel war es, systematisch die kritisch zu prüfenden Straßennamen zu erfassen und ihre Dimension sichtbar zu machen. Entsprechende Gutachten dienten der Kommission als Grundlage für ein Votum. Straßennamen, die in vielen deutschen Städten und auch in Saarbrücken genutzt werden, wurden auf Basis von Gutachten anderer Städte und entsprechender neuerer Forschungen geprüft. Personen, die einen speziellen Bezug zu Saarbrücken und dem Saarland haben, erforderten eigene Archivrecherchen.

Der Bericht soll die Beratung und abschließende Entscheidung im Bezirksrat unterstützen. Und natürlich gilt der Grundsatz, dass Personen unterschiedlich eingeschätzt werden können. Das gehört zur Demokratie dazu. Das Streiten in der Sache verlief in der Kommission konstruktiv, weil konträre Positionen in der Sache ausgetauscht wurden. In einigen Fällen näherten sich Positionen an und konträre Standpunkte wurden verständlicher. Gleichwohl gab es auch eine Reihe von Übereinstimmungen.

So orientiert sich die Kommission an dem Primat der Aufklärung und Information. Es entwickelte sich der Konsens, Personen der Vergangenheit zunächst einmal nicht mit den Maßstäben der Gegenwart zu messen. Gleichwohl gibt es aber Grenzen, die eine Umbenennung erfordern, etwa wenn es sich um Personen handelt, die in Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen verwickelt waren. Damit verbunden der Gedanke der Ampel. Zu klären wird auch die Umsetzung des Bildungs- und Aufklärungsgedankens sein. Ich empfehle dazu eine digitale Straßennamendatenbank, die ausführlich über die Biografien der nach Personen benannten und ggf. zukünftig umbenannten Straßen informiert.

Straßennamen werden von Teilen der Öffentlichkeit kritisch hinterfragt. Eine glaubwürdige Erinnerungskultur muss sich damit auseinandersetzen. Wer glaubwürdig erinnern will, sollte sich gegenüber Umbenennungen nicht verschließen.

Dr. Hans - Christian Herrmann

## *Inhaltsverzeichnis*

- |                                                                                 |                       |
|---------------------------------------------------------------------------------|-----------------------|
| <b>1. Anlass zur Einrichtung der Straßennamenkommission und zu ihrer Arbeit</b> | <b>Seite: 6-7</b>     |
| <b>2. Kurzübersicht über die Umbenennungen</b>                                  | <b>Seite: 8</b>       |
| <b>3. Grundsätzliche Überlegungen zur Straßennamendiskussion</b>                | <b>Seite: 9-12</b>    |
| <b>4. Einzelgutachten des Stadtarchivs und Voten der Kommissionsmitglieder</b>  | <b>Seite: 13- 129</b> |

Seite:	bis:	Benennung nach:
13	19	Senator Richard Becker
20	21	Elly Beinhorn
22	25	Claude Honoré Désiré Dornier
26	28	Dr. Hugo Eckener
29	34	Walter Giesecking
35	37	Ernst Heinkel
38	40	Paul Ludwig Hans Anton von Hindenburg
41	43	Mathias Iven
44	49	Hans Neikes
50	52	Oberst Erich Petersen
53	54	Paul Lincke
55	57	Egon Reinert
58	66	Franz Josef Röder
67	68	Dr. jur. Friedrich Vogeler
69	72	Straße des 13. Januar
73	79	Ernst Moritz Arndt
80	81	Clemens Brentano
82	84	Friedrich Ludwig Jahn
85	86	Johann Gottlieb Fichte
87	91	<b>nach Personen aus Napoleonischen Befreiungskriegen</b>
87		Blüchersstraße
87		Bülowsstraße
87		Gneisenaufstraße
87	88	Lützowstraße
89	90	Papestraße
90		Scharhornstraße
90	91	Schillstraße
91		Steubenstraße
91		Tauentzienstraße
91		Yorckstraße

92	95	<b>nach Personen aus dem Krieg 1870/71</b>
92		Alveslebenstraße
92		Ebersteinstraße
92		Francoisstraße
92		Goebenstraße
92		Heuduckstraße
93		Hildebrandtstraße
93	94	Kamekestraße
95		Moltkestraße
95		Pestelstraße
95		Reuterstraße
95		Roonstraße
95		Steinmetzstraße
95		Werderstraße
96	99	Darstellung/Zusammenfassung der Straßen von Seite 85- 92
100	103	Martin Luther
104	108	Richard Wagner
109		Denkmalstraße
111	112	Deutschherrnstraße, Deutschherrnpfad, Deutschhausweg
113	117	Immanuel Kant
118	120	Karl Marx
121		Emil Hagenbeck
122	125	Robert Koch
126	127	Franz Adolf Eduard von Lüderitz
128	129	Louis Pasteur

**Nachtrag: S. 130**

- |                                                              |                         |
|--------------------------------------------------------------|-------------------------|
| <b>5. Saarbrücker Straßennamen im historischen Rückblick</b> | <b>Seite: 131 - 149</b> |
|--------------------------------------------------------------|-------------------------|

## **1. Anlass zur Einrichtung der Straßennamenkommission und zu ihrer Arbeit**

In bundesdeutschen Städten hat sich in den letzten Jahren das Thema Straßennamen zu einem „Dauerbrenner“ entwickelt. Auch in Saarbrücken gab es immer wieder Diskussionen, zuletzt um die Neikesstraße und die Straße des 13. Januar. Deshalb bildete der Bezirksrat Mitte eine **Straßennamenkommission**, eine Analyse und Beratungsgrundlage zu diesem Thema zu erarbeiten. Dazu wurde das Stadtarchiv um Unterstützung gebeten.

**Mitglieder der Kommission** waren der Leiter des Stadtarchivs, der die Kommissionsitzungen organisierte, protokollierte und die Gutachten erstellte, sowie von den Fraktionen entsandte Vertreter des Bezirkrates, die auf der Grundlage der Gutachten die Benennungen erörterten und ein Votum abgaben, das den Mitgliedern des Bezirkrates als **Orientierung und weitere Beratungs- und Beschlussgrundlage** dienen soll.

**Zusammensetzung der Kommission:**

**Neben dem Leiter des Stadtarchivs, die von den Fraktionen entsandten Mitglieder des Bezirkrates, für die**

**CDU: Herr BBM Stefan Brand und Herr Joachim Radewahn**

**SPD: Herr Dr. Michael Klotz**

**Die Grünen: Frau Sonja Brass und Herr Alexander Schrickel**

**FDP: Herr Gunter Feneis**

**LINKS-Partei: Herr Herbert Jacob**

**AfD: Herr Hans Joachim Stamm**

Am 30. September 2020 fand ein erstes Treffen im Stadtarchiv statt und im Anschluss daran sieben Sitzungen der Straßennamenkommission, ab Januar virtuell:

30.11.2020

18.01.2021

01.03.2021

29.03.2021

12.04.2021

26.04.2021

10.05.2021



**Der vom Stadtarchiv erstellte vorliegende Bericht dient dem Bezirksrat als Beratungsgrundlage.** Er enthält grundsätzliche Überlegungen zum Thema Straßenbenennung, eine Übersicht über die Voten zur Benennung und die zur intensiveren Auseinandersetzung zu den einzelnen Straßennamen erstellten Gutachten sowie einen Beitrag zur Geschichte der Straßenbenennungen in Saarbrücken.

**Hinweis zu den Gutachten:** Straßennamen, die einen Bezug zu Saarbrücken haben oder in einem saargeschichtlichen Kontext stehen, wurden vom Stadtarchiv unter Benutzung des eigenen und anderer Archive erstellt. Bei Personen, zu denen schon von anderer Stelle Gutachten beauftragt wurden, etwa vom Saarländischen Landtag zu Röder und Reinert, wurde auf diese zurückgegriffen. Zum anderen wurde bei Straßennamen, die in vielen deutschen Städten gebräuchlich sind wie etwa Hindenburgstraße, Lüderitzstraße oder Robert-Koch-Straße, ebenfalls auf Gutachten und Ausarbeitungen Dritter zurückgegriffen, wenn diese solide erschienen.

**Dieser Weg erscheint mit Blick auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit Haushaltsmitteln angezeigt,** da sozusagen das Rad nicht jedesmal neu erfunden werden muss - so gelang es auch, immerhin über 50 Straßen in einem guten Vierteljahr zu prüfen, in anderen Städten beschäftigten sich Kommissionen über Jahre mit dieser Thematik.

Saarbrücken konnte insofern davon profitieren, weil die Diskussion über Straßenbenennung mittlerweile seit fast drei Jahrzehnten in ganz Deutschland zu immer wieder heftigen Diskussionen gesorgt haben, die in die Gutachten miteingeflossen sind.

Im Verlauf der Sitzungen ergab sich nach anfänglichen Kontroversen ein Sich-Annähern an unterschiedliche Positionen, die sich auch in hohen Übereinstimmungen widerspiegelt und mit Blick auf ein empfohlenes AMPEL-System den Aufklärungs- und Bildungscharakter unterstreicht, siehe dazu Ziff. 2.

**Neue Benennungen werden mit Blick auf geforderte Umbenennungen erforderlich.** Es bestand dabei einstimmiger Konsens in der Kommission, dass die europäische Einigung und deutsch-französische Freundschaft durch Straßenbenennungen zu würdigen sind.

## **2. Kurzüberblick zu den empfohlenen Umbenennungen**

**Mehrheitlich empfiehlt die Kommission die Umbenennung der:**

**Heinkelstraße**

**Lüderitzstraße**

**Neikesstraße**

**Oberst-Petersen-Weg**

**Dr. Vogeler Straße**

**Zu folgenden Straßen bestehen abweichende Einschätzungen:**

**Dornierstraße**

**Hindenburgstraße**

**Mathias-Iven-Straße**

**Paul-Lincke-Straße**

**Straße des 13. Januar**

**Zwar GELB-Einstufung bei nach Militärs benannten Straßen:**

**Aber: GRÜNE erwägen Diskussion über Generäle  
mit fehlendem Saarbrücken-Bezug**

### 3. Grundsätzliche Überlegungen und Anregungen für die Straßennamendiskussion in Saarbrücken

*Straßennamen dienen der Orientierung in einer Stadt.*

Sie ermöglichen Identifikation, machen Straßen unterscheidbar, Häuser auffindbar und geben Menschen eine Adresse. Straßennamen sind ein Medium für das Zusammenleben. Menschen brauchen Orientierungsmerkmale, um verlässlich zueinanderzufinden. Diese Orientierungsfunktion erfordert Kontinuität und Stabilität.

*Vor allem nach 1870 erfolgte eine Instrumentalisierung von Straßennamen für die Erinnerungskultur.*

Straßen werden seit etwas mehr als einem Jahrhundert dazu genutzt, um an historische Ereignisse und Personen zu erinnern. Es war der bürgerlichen Gesellschaft wichtig, frei nach dem Motto „Männer machen Geschichte“ (H. v. Treitschke, 1879), an ihre „Helden“ und deren „Siege“ zu erinnern. Die heute noch in Deutschland existierenden 110 „Sedan-Straßen“ aus der Zeit des Wilhelminischen Kaiserreichs sind ein typischer „Überrest“ des damaligen Militarismus.

*Dabei stehen beide Funktionen (Orientierung + Erinnerung) in einem Widerspruch zueinander.*

Orientierung braucht Kontinuität. Erinnerungskultur steht im Kontext zu den Werten einer Gesellschaft und diese haben sich in den letzten hundert Jahren mehrfach und grundlegend verändert. Dies betrifft zunächst einmal das Kaiserreich (bis 1919), die Weimarer Republik (1919 bis 1933) und an der Saar die Völkerbundverwaltung (1920 bis 1935), die NS-Diktatur (1933 bis 1945), nach 1945 die Befreiung und Spaltung Deutschlands mit dem Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik und der SED-Diktatur in der DDR, und 1990 das wiedervereinigte Deutschland. Aus Saarperspektive die Autonomiezeit zwischen 1947 und 1955 und dann der Beitritt des Saarlandes nach Artikel 23 GG zur Bundesrepublik. Hinzu kommt ein deutlicher Wertewandel auch in der Geschichte der über 70jährigen Bundesrepublik. Als Beispiele seien genannt: die Rolle der Frau und der Geschlechter, Einstellung zur Religion, zu sexueller Orientierung sowie das geschärfte Bewusstsein für die Bewahrung der Umwelt und die Rettung des Klimas – um nur einige wenige zu nennen.

*Wenn wir unsere Straßennamen an unseren heutigen Maßstäben messen, sind Straßen in Saarbrücken massenhaft umzubenennen:*

Umbenennungen sind nicht nur erforderlich wegen direkter Verwicklungen in die NS-Diktatur. Umbenennungen werden auch erforderlich, da der radikale und gewalttätige Antisemitismus der Nazis sich auch dadurch zu rechtfertigen versuchte, dass er auf Luthers Antijudaismus zurückgriff und auch den Antisemitismus der deutschen Freiheitsbewegungen. Angesichts der napoleonischen Besetzung entwickelte die deutsche Freiheitsbewegung einen einerseits mit einem starken Franzosenhass verbundenen Nationalismus, aber

auch einen Antisemitismus im Sinne einer Ausgrenzung. Turnvater Jahn, Ernst Moritz Arndt, Clemens von Brentano oder Johann Gottlieb Fichte stehen dafür beispielhaft und die große Anzahl von Militärs der Befreiungskriege, nach denen Straßen in Saarbrücken benannt sind. Hinzu kommt Richard Wagner als Exponent antisemitischen Denkens im 19. Jahrhundert und Vorreiter eines rassistischen Antisemitismus.

Für die Menschen und Unternehmen, die in diesen Straßen wohnen oder ihren Firmensitz haben, ist eine Umbenennung mit erheblichem Aufwand bzw. Kosten verbunden und würde von vielen als Zumutung empfunden werden. Zu beachten ist aber auch, dass Betroffene es auch als Zumutung empfinden können, in einer Straße mit zweifelhafter Namenspatenschaft zu wohnen. Sollten Anwohner\*innen selbst eine Umbenennung fordern, sollte dies besonders beachtet werden.

Zu beachten sind ferner die inzwischen rasant angestiegenen ethischen Standards in der öffentlichen Diskussion. Wenn wir die Werte von heute zum entscheidenden Maßstab einer Benennung erklären, verlieren Straßennamen an Beständigkeit und damit ihre entscheidende Funktion – nämlich die der Orientierung.

#### **Aus diesen Überlegungen wird empfohlen.**

- **die Erinnerungsfunktion von Straßennamen darf ihre Orientierungsfunktion nicht aufheben**
- **historische Personen grundsätzlich mit einer gewissen Vorsicht nicht an den Maßstäben der Gegenwart zu messen**
- **die Erinnerungsfunktion historisch wahrzunehmen im Sinne einer Quelle zur Geschichte der Erinnerungskultur.**
  - o Die nach Personen und Ereignissen benannten Straßennamen stehen für die Gesamtheit der Geschichte und einer sich über die Jahrzehnte verändernden Erinnerungskultur.
  - o Dies zeigt gerade auch Saarbrücken mit seinen mehrfachen Umbenennungen nach 1945 im Zeichen der französischen Besatzungsmacht und der autonomen Saar sowie nach der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 und den Umbenennungen 1956/57. Straßennamen sind eine Quelle für die Geschichte der Erinnerungskultur, sie erzählen unsere Geschichte mit Höhen und Tiefen in ihrer Gesamtheit.
- **Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit der Aufklärung und Information, z. B. über eine Online-Straßennamendaten-bank, deren Einträge in kritischen Fällen direkt vor Ort verlinkt werden.**
- **Die Grenzen der Zurückhaltung bei Umbenennungen sind erreicht,**
  - o wenn es sich um Personen handelt, die verbrecherischen Systemen gedient oder deren Entstehung und Erhaltung maßgeblich gefördert haben.
  - o wenn Personen Verbrechen begangen haben, wobei die Tat und nicht ihre strafrechtliche Verfolgung maßgeblich ist, und sie insbesondere an Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen beteiligt waren.



- **Darüber hinaus gibt es grundsätzlich Fälle, die sich in einem Grenzbereich bewegen. Hier gilt es zu prüfen und differenziert abzuwägen.**
- **Die angestrebte Differenzierung erfolgt über ein *AMPEL-System*.**
  - o **ROT steht für Umbenennung** – Personen, die Verbrechen begangen haben und die damit eine Erinnerung im öffentlichen Raum untragbar macht. Personen, die insbesondere direkt Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen begangen haben oder an deren Umsetzung maßgeblich beteiligt waren oder die NS-Diktatur durch ihr Handeln maßgeblich gestützt haben. Dies gilt ausdrücklich auch für deutsche Kolonien und Kontexte von Rassismus und Antisemitismus.
  - o **GRÜN steht für keine Umbenennung** – es finden sich keine Verwicklungen in Kolonialismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus oder allenfalls nur in marginaler Weise.
- **GELB steht für Beibehaltung mit Erläuterung** – es handelt sich um Benennungen, die einer Erläuterung bedürfen. Personen mit Bezügen zu Kolonialismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus, deren Rolle aber von Straftätern, Mördern und Kriegsverbrechern deutlich abzugrenzen ist. Biographien sind differenziert und im Lichte ihrer Zeit zu betrachten. Namensgebende, deren Handeln oder Werk aus heutiger Perspektive zu verurteilen wäre, können durch eine kritische Betrachtungsweise ihrer Biographie immer noch einen „Mehrwert“ zur Historisierung im Straßenbild leisten. Dies gilt beispielsweise für den Nationalismus und seine Auswüchse im 19. Jahrhundert.

### ***Akzente setzen: Der Saarbrücker Weg***

Im Kontext der vielerorts in der Bundesrepublik sehr kontrovers und auch polarisierend geführten Diskussionen könnte Saarbrücken mit Blick auf diese Überlegungen und Empfehlungen einen anderen Weg gehen.

Dieser Saarbrücker Weg steht für einen differenzierten Umgang mit Geschichte. Er steht für Aufklärung und nicht für eine Tilgung aus dem Gedächtnis bzw. Unsichtbarmachung.

Wie sollen nachfolgende Generationen Frieden und deutsch-französische Freundschaft als Wert erkennen und schätzen, wenn die Zeiten von Militarismus und Nationalismus aus der Erinnerung verschwinden?

Wie sollen Menschen den extremen Antisemitismus der NS-Zeit und den übersteigerten Nationalismus und Rassismus nachvollziehen, wenn sie keine Vorstellung von Antijudaismus und dem sich im 19. Jahrhundert formierenden Antisemitismus haben, der leider auch mit herausragenden Persönlichkeiten deutscher Geschichte wie etwa Richard Wagner verbunden ist?

Der Saarbrücker Weg steht für Versöhnen statt Spalten, für Aufklären statt Polarisieren.

Ein aufrichtiger und aufgeklärter Umgang mit der eigenen Geschichte erfordert die Erkenntnis der Notwendigkeit zur Straßenumbenennung. Es muss auch beachtet werden, dass ein Großteil der Namen im Straßenbild, wie die Generäle oder Dichter des 19. Jahrhunderts, für nicht wenige Menschen befremdlich und aus der Zeit gefallen zu sein scheinen, zugleich zum Teil auch eine historische Einordnung unter

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Bildungsaspekten empfehlenswert machen. Es ist auch geboten, in der Auswahl von neuen Namen ein modernes Stadtbild zu fördern.

Persönlichkeiten, die für Europa und die deutsch-französische Freundschaft stehen, fehlen in Saarbrücken.

Ebenso vermisst man Namen von Personen, die in neuerer Zeit technisch innovativ waren, die sich seit 1945 der Aufarbeitung von NS-Verbrechen und den Auswirkungen der NS-Diktatur auf Kultur und Kunst in Deutschland intensiv gewidmet haben.

Auch Straßenbenennungen, die sich Frauen oder Menschen widmen, die z. B. LGBTQIA\* (Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender, Queer, Inter, Asexual and more oder FLINT) sind, sucht man vergebens. Generell sollte Rücksicht auf die Teile der Gesellschaft genommen werden, die derzeit noch unterrepräsentiert sind.

Da bedeutende neu angelegte Straßen, die deshalb auch als Wertschätzung wahrgenommen werden können, nicht zur Benennung anstehen und die zur Umbenennung anstehenden Straßen eher nachrangig sind, wird empfohlen, diesen Erinnerungsbedarf einer modernen Gesellschaft auch über die Bezeichnung von Plätzen, Brücken, Schulen und Hallen sowie über Kunst im öffentlichen Raum zu fördern. Dieser Bedarf eines modernen Stadtbildes kann nicht dadurch erfüllt sein, nur nachrangige Straßen den Themen widmen.

Grundsätzlich sollte das Stadtarchiv bei Benennungen nach Personen oder Ereignissen vor Beschlussfassung zur beratenden Begutachtung herangezogen werden. Zu überlegen ist in dem Zusammenhang auch, ob die Benennung nach Personen noch zeitgemäß ist, da diese Praxis eine Erinnerungskultur darstellt, die sich an einem überholten Geschichtsbild orientiert, nach dem vor allem Männer und Einzelpersonen Geschichte "machen".

## 4. Einzelgutachten des Stadtarchivs und Voten der Kommission

### **Becker, Richard, benannt nach dem Saarbrücker Großkaufmann (1884-1969) und Politiker mit führender Rolle bei den Saarabstimmungen 1935 und 1955**

*Senator-Richard -Becker Straße 5 bis 31, 136 Distrikt Rotenbühl, Stadtteil St. Johann*

#### **Würdigung in einem Satz:**

**Um Handel und Gewerbe verdienter Kaufmann mit NSDAP-Belastung und einer der wichtigsten Akteure bei den Saarabstimmungen 1935 und 1955.**

#### **Darstellung:**

Richard Becker, Großkaufmann, in Saarbrücken am 10.10.1884 geboren und dort auch am 11.4.1969 gestorben, Mitglied des Landesrates 1922-1935 (Zentrum), Stadtverordneter 1935-1945, Ehrensenator der techn. Universität Berlin 1955, 9.10.1959 Ehrenbürger, Ehrenbürgerbrief zum 75. Geburtstag am 10.10.1959 überreicht.<sup>1</sup>

Die Straßenbenennung erfolgte recht spät am 22. September 1983. Die Familie Becker steht für wirtschaftliches Engagement in Saarbrücken ab 1878, mit ihr verbunden die Textilfabrik Arnold Becker und das Kaufhaus Sinn, das 2008 seinen Betrieb einstellte. Die mit dem Unternehmen verbundenen Familien Becker und Fourman genießen bis heute hohes Ansehen in Saarbrücken.

Richard Becker spielte politisch in den beiden Saarabstimmungen 1935 und 1955 eine bedeutende Rolle, 1935 für die Rückgliederung an Hitler-Deutschland, 1955 für den Beitritt zur Bundesrepublik.

Richard Becker besuchte das Saarbrücker Ludwigsgymnasium und ein Gymnasium im westfälischen Brilon. Daran schlossen sich Lehrzeit und der Besuch der Handelsschule in Fribourg in der Schweiz an. Ab 1905, als er gerade 20 Jahre alt war, leitete er den elterlichen Betrieb, das Kaufhaus Sinn baute er zu einem modernen Kaufhaus aus wie auch die von seinem Vater gegründete Kleiderfabrik Arnold Becker, die er mit 300 Beschäftigten übernahm, am Ende seiner Dienstzeit zählte sie über 5.000 Mitarbeiter. Von 1919 bis 1934 war Richard Becker Vorsitzender des Schutzvereins für Handel und Gewerbe, ab 1920 Mitglied im Arbeitsausschuss der Handelskammer und von 1932 bis 1945 ihr Vizepräsident. Becker entwickelte das elterliche Unternehmen zu einem Textilkonzern, der auch Unternehmungen außerhalb des Saarlandes umfasste.

Becker kämpfte im Ersten Weltkrieg (Oberleutnant und Batterieführer an der Westfront). Nach dem Versailler Vertrag entwickelte er ein politisches Engagement für eine deutsche Saar, er zählte zu den Mitunterzeichnern und Unterzeichnern einer Denkschrift an Präsident Wilson 1919 zum Selbstbestimmungsrecht der Saar.

---

<sup>1</sup> [http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis\\_detail.php?id=1649](http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=1649) [12.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

1920 war Becker der katholischen Partei bzw. dem Zentrum beigetreten, gehörte zur Parteispitze, war ihr wirtschafts- und finanzpolitischer Experte, von 1922 bis zum Ende der Völkerbundzeit gehörte er dem Landesrat an. Die nationale Gesinnung bestimmte sein politisches Handeln. Becker war Mitglied der Saarbrücker Ortsgruppe der Reservedienst-Offiziere, des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland und der Saarvereine.<sup>2</sup>

Wie SPD, KP und nationalkonservative Gruppierungen wehrte sich das Zentrum gegen die französische Bevormundung und Einflussnahme an der Saar nach dem Ersten Weltkrieg.

Nach der Machtergreifung Hitlers folgte Becker der Mehrheitsmeinung des Zentrums und hielt an der Rückgliederung zu Deutschland fest – ganz im Unterschied etwa zu Johannes Hoffmann, Zentrums-Mitglied und Journalist, nach 1945 Ministerpräsident des halbautonomen Saarlandes. Durch eine aktive Mitarbeit in der Deutschen Front forcierte Becker den Weg zurück zu Deutschland. Zusammen mit Franz Levacher und Peter Kiefer zählte er zu den führenden Zentrumspolitikern an der Saar. Becker beteiligte sich maßgeblich an dem Kurs der Auflösung des Zentrums und sein Aufgehen in der NSDAP, dazu fand am 6. Oktober 1933 in Beckers Wohnung eine Unterredung mit dem Leiter der NSDAP des Saargebietes Spaniol statt. Becker gehörte zusammen mit dem Gewerkschafter Karl Hillenbrand ab August 1935 dem von NSDAP-Gauinspektor Heinrich Nietmann berufenen 26köpfigen Stadtrat an. Vor allem verdiente Parteigenossen, SA- und SS-Mitglieder gehörten ihm an. Auch Becker wurde zum 1. Juni 1936 NSDAP-Mitglied.<sup>3</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg schloss ihn die IHK als Mitglied zunächst aus. Becker darf wohl als erste Persönlichkeit bewertet werden, die 1945 gegen die Sondersituation des Saarlandes politisch aktiv wurde und die DPS zu einer Oppositionspartei entwickelte, am 2. Juli 1950 wurde er DPS-Vorsitzender. Die Partei wurde von der Hoffmann-Regierung am 21. Mai 1951 verboten. Becker war nach 1945 nicht mehr in der Handelskammer geduldet, Hochkommissar Gilbert Grandval soll die zuständigen französischen Stellen am 16. Mai 1951 zum Boykott der Becker'schen Firmen und zum Entzug der Export- und Importlizenzen aufgefordert haben.

f

Becker wurde 1955 Ehrensensator der TU Berlin, die Nachfrage im dortigen Archiv zu den Umständen blieb ohne Ergebnis.

Zu seinem 75. Geburtstag wurde ihm die Ehrenbürgerwürde der Landeshauptstadt Saarbrücken verliehen. Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft erfolgte auf Initiative der DPS mit den Stimmen der SPD und gegen die CDU, die darin ein unpassendes Geburtstagsgeschenk sah.

Saarbrücken war in den späten 1950ern und frühen 1960er Jahren die DPS-Hochburg im Saarland mit Ergebnissen von über 40 Prozent. Die kommunalpolitische Spitze der LHS Saarbrücken war bis zum Beginn der Ära Lafontaine stark von ehemals deutsch-national geprägten Saarkämpfern bestimmt: Zu ihnen zählte OB Fritz Schuster

---

<sup>2</sup> Maria Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet, Saarbrücken 1966, S. 165.

<sup>3</sup> Hans-Walter Herrmann, Unter der NS-Herrschaft: Kommunale Selbstverwaltung und politische Kultur, in: Rolf Wittenbrock (Hg.), Geschichte der Stadt Saarbrücken, Bd. 2, Saarbrücken 1999, S. 267.

Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



(DPS/FDP, dann Übertritt in die CDU, vermutlich 1969/1970) und seine rechte Hand Willy Reinkober, enger Weggefährte von Heinrich Schneider. Schneider war aktiver Nazi, der aber mit dem aus der Pfalz stammenden Gauleiter Joseph Bürckel in einem innerparteilichen Konkurrenzverhältnis stand, und nach außen die wohl bedeutendste DPS-Persönlichkeit.

### **Bewertung und Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung  
verbunden mit der Auflage  
eine bedeutende Straße oder Brücke nach Johannes Hoffmann zu benennen  
WENN NICHT – dann ROT/Umbenennung**

Das Eintreten Richard Beckers gegen die Abtrennung des Saargebietes nach dem Ersten Weltkrieg markiert zunächst einmal keine historische Belastung.

Die Ergebnisse des Versailler Vertrages förderten gerade auch an der Saar nationalistisches Denken ebenso wie das Auftreten der Franzosen in der Völkerbundzeit, hier ist an die von Frankreich dominierte Regierungskommission zu erinnern. Französische Truppen hatten 1919 den Spartakusaufstand in Saarbrücken niedergeschlagen, Demonstranten zum Tode verurteilt und in Zwangsarbeit geschickt, soziale Spannungen wurden rasch national überlagert, spätestens mit dem Bergarbeiterstreik 1923. Eine nationalistische Ausrichtung war in der Bevölkerung parteiübergreifend stark ausgeprägt.<sup>4</sup>

Frankreich förderte das Gefühl von Besatzung und Fremdbestimmung. Entgegen § 30 des Saarstatuts stationierte die Grande Nation französisches Militär im Saargebiet. Erst am 31. Dezember 1930 zogen die französischen Truppen ab, nachdem dies über Jahre hinweg von den Vertretern des Saargebietes insbesondere gegenüber dem Völkerbund vergeblich gefordert worden war. Der schließlich spät erreichte Abzug wird vor allem Bartholomäus Koßmann (Zentrumspartei)<sup>5</sup> zugeschrieben, dem einzigen saarländischen Mitglied der Regierungskommission.<sup>6</sup> Diese lange militärische Präsenz förderte im Zusammenspiel mit anderen Erfahrungen das Gefühl, als ob der Kriegszustand irgendwie noch andauere.<sup>7</sup> Wollten Saarländer verreisen, mussten sie die Ein- und Ausreiseformalitäten über die französische Diplomatie klären. Wollten sie in ihre Heimat Deutschland reisen, galt für sie der Passzwang. Sie fühlten sich als Deutsche, hießen aber in der Völkerbundzeit „Saareinwohner“.<sup>8</sup>

So sehr das Zentrum als katholische Partei weltanschaulich im Widerspruch zu den Kommunisten stand, so teilten beide Parteien sehr früh eine nationalistische Haltung gegenüber der Regierungskommission und gegenüber Frankreich. Verständlich wird dieser parteiübergreifende Nationalismus vor dem Hintergrund der französischen Politik und ihrem Einfluss im Saargebiet. So versuchte die französische Seite mit einer bewussten Distanzierung zu Preußen separatistische Strömungen mit katholischem

---

<sup>4</sup> Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet, S. 196–198.

<sup>5</sup> Zentrumspartei: Partei des politischen Katholizismus.

<sup>6</sup> Reinhold Bost, Bartholomäus Koßmann. Christ – Gewerkschafter – Politiker, 1883 – 1952, Blieskastel 2002, S. 192.

<sup>7</sup> Nicholas J. Williams, Von „Saarfranzosen“ und „Zigeunervolk“. Saarbrücker Evakuierte als „Opfer“, in: Hans-Christian Herrmann und Ruth Bauer (Hg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014, S. 298, Anm. 66.

<sup>8</sup> Bost, Koßmann, S. 192.

Hintergrund zu fördern und so Teile der Katholiken im Saarland für sich zu gewinnen. Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung waren Katholiken. Mit Kalkül zeigte sich die französische Seite bei der Genehmigung der für Katholiken so bedeutsamen Fronleichnamsprozession ausgesprochen liberal. In preußischer Zeit war dies an bestimmten Orten restriktiv gehandhabt worden, die Regierungskommission setzte sich davon ab und entschied unaufgeregt liberal. Schnell wurde diese Position aber nicht als aufrichtige Wertschätzung und liberale Haltung verstanden, sondern als Teil einer Strategie, die Bindung der Saarkatholiken an das Deutsche Reich aufzuweichen. Dazu trugen vor allem die Ambitionen bei, die Zugehörigkeit der Saarkatholiken zur Diözese Trier und Speyer auszuhebeln und sie stattdessen dem Bistum Metz einzugliedern oder gar ein eigenes Saarbistum auf den Weg zu bringen.

Dieser französische Versuch des Herausbrechens aus der Kirchenorganisation zerstörte jegliches Vertrauensverhältnis und wurde als Angriff auf katholische Werte verstanden. Eine solche Neuorganisation hätte das Weiterbestehen des Bistums Trier in Frage gestellt. In einer Zeit, in der das Wort eines Bischofs und die Treue zu ihm für viele Katholiken absolut bindend waren, förderte dies die Demonstration nationaler Treue zu Deutschland, vor allem weil die katholische Kirche gerade wegen ihrer Leiderfahrung im Kulturkampf um eine Demonstration nationaler Zuverlässigkeit bemüht war. Der Trierer Bischof Bornwasser trat konsequent für die Rückkehr zu Hitler-Deutschland ein, obwohl im Reich zwischen 1932 und 1933 die katholische Kirche und das Zentrum von den Nationalsozialisten bedroht und angegriffen worden waren.<sup>9</sup>

Der Kulturkampf mit seinem Druck auf den Katholizismus unterstellte den Katholiken fehlende Vaterlandstreue. Dieses Ereignis lag gerade mal 50 Jahre zurück. Dieser Kontext stärkte eine nationalistische Perspektive auf Seiten der Katholiken und erklärt ihr Bemühen um ein Konkordat mit Hitler. Die von französischer Seite eingeführten Domanialschulen erinnerten an die Konflikte im Kulturkampf. Aus katholischer Perspektive standen die Domanialschulen für Frankreichs laizistisches Staatsverständnis, für einen Bruch mit der Konfessionsschule und stattdessen für ein Schulsystem der Koedukation von Jungen und Mädchen und für Interkonfessionalität. In dieser Wertung sah sich das Trierer Bistum auch durch die französische Politik in Lothringen bestätigt. Die Konfessionsschule war aus katholischer Sicht der Schlüssel für die Bildung und Stärkung des katholischen Milieus, ihre Abschaffung symbolisierte die Absicht, den Katholizismus gesellschaftlich zu schwächen. Insofern bedeutete die französisch bestimmte Politik der Regierungskommission in der Schulfrage einen Generalangriff auf die Katholische Kirche. Die Domanialschulen galten für sie als „erster Schritt zur gottlosen Laienschule“. Die konfessionelle Trennung war beiden Kirchen wichtig, um ihr Milieu zu stärken und die Heranwachsenden nach den Werten ihrer Konfession zu prägen. Das Wort des Lehrers und des Pfarrers hatten erhebliches Gewicht in Lebens- und Erziehungsfragen.<sup>10</sup>

Im Vorfeld der Saarabstimmung rechnete Frankreich nicht mit einem Bekenntnis der Saarländer zu Frankreich und auch nicht mit dem Status Quo, genau das schwächte etwa auch Max Braun und seine Unterstützer. Die Rückkehr zu Deutschland hatte sich seit 1919 als ein die politischen Lager von links bis rechts einigendes Motiv erwiesen. Eine Sonderrolle spielte Max Braun, der zeitweise auf eine deutsch-französische

---

<sup>9</sup> Dieter Muskalla, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995, S. 130.

<sup>10</sup> Bost, Koßmann, S. 185; Heinrich Küppers, Das christliche Lager an der Saar 1933–1945, in: Hans-Christian Herrmann/Ruth Bauer (Hg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014, S. 213 ff.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Verständigung hoffte und nach der Machtergreifung Hitlers eine Rückgliederung der Saar an ein NSDAP-bestimmtes Deutschland nicht mehr unterstützte.

Richard Becker war auch nach 1933 innerhalb der Zentrumsparterie politisch aktiv und betrieb die Rückkehr zu NS-Deutschland, in dem er die Zusammenarbeit zwischen Zentrumsparterie und NSDAP und die Auflösung des Zentrums vorantrieb. Dies belastet ihn, ebenso wie er sich von der NSDAP in den Stadtrat berufen ließ, der mit strammen Parteigenossen besetzt war. Die Aufnahme in die NSDAP beantragte er 1936, andere Zentrums-Politiker, die auch für die Rückkehr zu Deutschland eingetreten waren, wie etwa Bartholomäus Koßmann, gingen diesen Weg nicht. Aufgrund der zahlreichen geschäftlichen Kontakte ins Reich, dürfte Becker der Boykott jüdischer Geschäfte und ihre wirtschaftliche Ausgrenzung und Vernichtung bereits im ersten Quartal 1933 nicht verborgen geblieben sein.

Becker stimmte übrigens gegen die Vertragsverlängerung des Theaterintendanten Gerhard Pauly, eines stark assimilierten Juden, der seine Konfession aufgegeben hatte. Unfreiwillig schied Pauly bereits 1933 aus dem Amt aus. Der Aufsichtsrat der Theater- und Musikgesellschaft entschied sich gegen ihn und wählte Herrn Huber aus dem thüringischen Nordhausen zu Paulys Nachfolger. Gegen Pauly hatten geschlossen die Vertreter des Zentrums gestimmt wie der christliche Gewerkschaftler Karl Hillenbrand und der bei der Saarländischen Volkszeitung tätige Dr. Franz Singer sowie der Zentrums-Vorsitzende Franz Stegmann und eben auch Richard Becker (Kaufhaus Sinn).<sup>11</sup>

Belastend ist folgende Aussage von Karl-August Schleiden, die sich leider ohne Quellenbeleg in seiner Illustrierten Geschichte der Stadt Saarbrücken findet. Mit Blick auf den Raub jüdischen Vermögens führt er aus: „Es gab aber auch Stimmen, die ihre Genugtuung über die Ausschaltung der jüdischen und französischen Konkurrenten kundtaten, wie diejenige von deren Vizepräsidenten [Industrie- und Handelskammer], dem Großkaufmann und ehemals führenden Zentrumsmann und nachmaligen Ratsherrn von Hitlers Gnaden Richard Becker“.<sup>12</sup>

Die Saarländer\* innen stimmten 1935 zu über 90 Prozent für Hitler-Deutschland. Aus heutiger Perspektive schändlich, zu bedenken ist aber auch, der Völkerbund trug mit dazu bei, „dass ihnen keine Chance eingeräumt wurde, dem Nazi-Regime zu entgehen, ohne ihr Deutschtum zu leugnen“<sup>13</sup> Auch Max Brauns Bemühungen beim Völkerbund, die Abstimmung zu verschieben, wurde nicht entsprochen. Die gewaltige Propagandamaschinerie der deutschen Kräfte und der enorme Druck der Deutschen Front spielen für die Höhe des Abstimmungsergebnisses eine nicht zu unterschätzende Rolle.<sup>14</sup>

Erwähnt werden soll, dass Becker zwischen 1942 und 1945 den Sozialdemokraten Peter Zimmer als Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse seines Unternehmens

---

<sup>11</sup> Hans-Christian Herrmann, Aspekte zum jüdischen Leben an der Saar, in: Ders. u. Ruth Bauer (Hg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014., S. 86.

<sup>12</sup> Karl-August Schleiden, Illustrierte Geschichte der Stadt Saarbrücken, Dillingen/Saar 2009, S. 533.

<sup>13</sup> Muskalla, NS-Politik an der Saar, S. 22

<sup>14</sup> Gerhard Paul, „Deutsche Mutter heim zu Dir!“ Warum es mißlang, Hitler an der Saar zu schlagen: Der Saarkampf 1933–1935, Köln 1984.

Autor/Berichterstatte: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

beschäftigte. Zimmer war im April 1933 in Essen verhaftet worden und konnte im August desselben Jahres ins Saargebiet fliehen, Zimmer konnte bis 1942 nur Aushilfstätigkeiten übernehmen. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er vorübergehend im KZ Neue Bremm inhaftiert.<sup>15</sup>

Beckers politisches Eintreten nach 1945 gegen die Hoffmann-Regierung kann nicht als belastend gewertet werden, auch wenn dieses Eintreten mit der Zusammenarbeit anderer NS-belasteter Persönlichkeiten wie Heinrich Schneider und Paul Simonis verbunden gewesen ist. Die DPS hielten Schneider und Becker aus, um sie zur Oppositionspartei zu instrumentalisieren.<sup>16</sup> Auch die Regierung Hoffmann arbeitete mit Nazis zusammen und berief sie sogar in höchste Ämter (z. B. Heinrich Welsch).<sup>17</sup> Insbesondere die CVP sorgte zudem aus politischem Kalkül dafür, die saarländischen Wiedergutmachungsleistungen deutlich unter Bundesniveau zu halten.<sup>18</sup>

Mit Gut und Böse lässt sich die Saargeschichte der 1950er Jahre nicht verstehen, die Distanz nach über einem halben Jahrhundert sollte es heute leichter machen, sich unparteiisch mit ihr auseinanderzusetzen, was unseren Vorfahren so schwer fiel, weil die einen Gegner und die anderen Befürworter des Sonderweges waren und der Streit darüber Familien spalten konnte.

Mit Blick auf das Wirken der Gegner der Hoffmann-Regierung bzw. die Rolle von DPS, CDU und SPD in der Autonomiezeit repräsentiert Becker eine herausragende Persönlichkeit. Durch seine Verbindungen in die Bundesrepublik und wahrscheinlich auch durch sein Vermögen dürfte er hinter den Kulissen ein sehr bedeutender Akteur gewesen sein, möglicherweise sogar bedeutender als Heinrich Schneider, der allerdings durch sein rhetorisches Talent öffentlich zur Galionsfigur der prodeutschen Opposition geworden war. Durch seine polarisierende Rolle, durch seine NSDAP-Vergangenheit und vor allem seinen Umgang damit nach 1945 scheidet Schneider als Namensgeber kategorisch aus.

Eine Straßenbenennung nach Richard Becker ist für Teile der historisch interessierten Öffentlichkeit eine Last, umso mehr, weil keine öffentliche Straße nach einer herausragenden Persönlichkeit der „Gegenseite“ benannt ist, die 1945 aus der NS-Erfahrung lernen wollte und sich deshalb für den Sonderweg engagierte. Der nach zähem Ringen nach Johannes Hoffmann benannte Platz vor der dem Congress-Center ist im Übrigen kein öffentlicher Platz.

Eine Benennung von Straßen, Brücken und Plätzen, die beide Seiten des Saarkampfes von 1955 berücksichtigt, könnte als ein versöhnendes Signal vermittelt werden, das ein herausragendes Kapitel saarländischer Geschichte nicht verschweigt. Beide Seiten führten die politische Auseinandersetzung in einer Art und Weise, die beide belastet, wobei die prodeutsche Seite allein mit ihrem Unterlassen eines Bedauerns der NS-

---

<sup>15</sup> Hans-Christian Herrmann, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland, Saarbrücken 1996, S. 528.

<sup>16</sup> Rainer Möhler, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schneider: Trommler oder Mitläufer?, in: Peter Wettmann-Jungblut, Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes, Blieskastel 2004, S. 360 ff.

<sup>17</sup> Pia Nordblom, Walter Rummel u. Barbara Schuttpelz (Hg.), Josef Bürckel. Nationalsozialistische Herrschaft und Gefolgschaft in der Pfalz, Kaiserslautern 2020, S. 264, 265, 270-277.

<sup>18</sup> Wilfried Busemann, Wiedergutmachung als Pflichtübung? Zur Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946, in: Rainer Hudemann, Burkhard Jellonnek, Bernd Rauls (Hg.), Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland, St. Ingbert 1997, S. 401-412. Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Verbrechen und einer kritischen Reflektion zur Saarabstimmung 1935 uns heute sehr fern ist, seinerzeit aber damit weiten Teilen der Gesellschaft entsprach. Ferner bestand die prodeutsche Seite nicht nur aus Scharfmachern wie Heinrich Schneider.

Insofern sollte die eher unbedeutende Straße ihre Bezeichnung nach Richard Becker weiter tragen dürfen, wobei diese Empfehlung **zwingend mit der Auflage verbunden ist**, umgehend eine bedeutende Straße, Brücke oder Platz nach Johannes Hoffmann zu benennen. Wenn es dazu nicht kommen sollte, dann wird die Umbenennung als unerlässlich empfohlen, da andernfalls das Ungleichgewicht in der Erinnerung weiter festgeschrieben wird.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung:** -

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)**

**Feneis (FDP): Eine vielschichtige Persönlichkeit mit Licht und Schatten, aber eben auch Verdiensten. Schließt sich nicht der Forderung der Auflage des Stadtarchivs an.**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ebenso, NSDAP-Mitgliedschaft ist gleichwohl schwerwiegend. Das Votum des Stadtarchivs auf eine Umbenennung nur unter der Bedingung zu verzichten, eine Straße nach Johannes Hoffmann zu benennen, wird ausdrücklich unterstützt.**

**Brandt/Radewahn (CDU): Schließen sich Stadtarchiv an.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Jacob (Die Linke): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

**GRÜN/keine Umbenennung:** -

**Literatur:** Reinhold Bost, Bartholomäus Kofmann. Christ – Gewerkschafter – Politiker, 1883- 1952, Blieskastel 2002.

Joachim Heinz, Zum Abstimmungskampf an der Saar 1933–1935, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend (ZGS) 38/39 (1990/91), S. 118-147.

Heinrich Küppers, Das christlich-katholische Lager an der Saar 1933-1945, in: Hans-Christian Herrmann u. Ruth Bauer (Hg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014, S. 213ff.

Ders., Johannes Hoffmann (1890 – 1967). Biographie eines Deutschen, Düsseldorf 2008.

Peter Luy, Richard Becker, in: Ders., Saarbrücker Ehrenbürgerbuch 2002, Saarbrücken 2002.

Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul/Ralph Schock, Die saarländische Sphinx, in: Richard van Dülmen/Reinhard Klimmt/Ralph Schock (Hg.), Richtig daheim waren wir nie. Entdeckungsreisen ins Saarrevier 1815 -1955, Bonn 1995, S. 264ff.

Patrik von zur Mühlen, „Schlagt Hitler an der Saar!“ Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933- 1935, Bonn 1979.

Dieter Muskalla, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995.

Gerhard Paul, Die NSDAP des Saargebietes 1920–1935, Saarbrücken 1987.

Erich Später, Das Wort des Führers ist unser Befehl. Heinrich Schneider, ein deutscher Patriot, in: Saarbrücker Hefte 89/2002, S. 95- 103.

Maria Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet, Saarbrücken 1966.

## **Elly-Beinhornstraße benannt nach der Fliegerin/Pilotin Elly Maria Frieda Rosemeyer-Beinhorn (1907–2007)**

*Elly-Beinhornstraße 2 bis 21 und 18 bis 28, Distrikt 116 Bellevue, Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Eine Heldin der Lüfte und erfolgreiche Frau in einer Männerdomäne mit zu geringer Distanz zum NS-Staat.**

### **Darstellung:**

Laut Wikipedia: „Elly Maria Frida Rosemeyer-Beinhorn, geboren und bekannt als Elly Beinhorn, manchmal auch Elli Beinhorn, 30. Mai 1907 in Hannover; verstorben am 28. November 2007 in Ottobrunn, war eine populäre deutsche Fliegerin. Ihre autobiografischen Bücher erreichten ein breites Publikum. Beinhorn wuchs im bürgerlichen Umfeld Hannovers auf. Im Alter von 21 Jahren begann sie mit einer Fliegerausbildung in Berlin und erwarb 1929 einen Pilotenschein. Anschließend war sie als Kunstfliegerin tätig, bis sie 1931 durch einen Alleinflug nach Afrika von sich reden machte. Im Jahr darauf erlangte sie durch eine Weltumrundung deutschlandweite Bekanntheit und wurde mit dem Hindenburg-Pokal ausgezeichnet. Weitere Langstreckenflüge folgten, und Mitte der 1930er Jahre stellte Beinhorn mehrere Rekorde auf, wie das Überfliegen von drei Kontinenten an einem Tag. 1936 heiratete sie den ebenfalls sehr bekannten Rennfahrer Bernd Rosemeyer, der zwei Jahre später bei einem Unfall starb. Nach dem Zweiten Weltkrieg erneuerte sie 1951 ihren Pilotenschein. 1979 beendete Beinhorn ihre Fliegerkarriere. 1991 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Sie starb im Alter von 100 Jahren in einem Seniorenheim bei München“.<sup>19</sup>

Ein Saarbezug ergibt sich aus: „Durch die Medienberichte nach ihrem Romflug lernte Beinhorn die Duisburger Fliegerin Katja Heidrich kennen. Diese hatte kein eigenes Flugzeug, dafür jedoch einen Werbevertrag mit der Neufang-Jaenisch Brauerei aus dem Saargebiet, so dass beide eine finanziell lohnende Zusammenarbeit begannen. In Saarbrücken machte Beinhorn, die einen Passagier dabei hatte, durch ein riskantes Landemanöver ihre erste Bruchlandung, bei der das Flugzeug schweren Schaden nahm.“<sup>20</sup>

Zur Rezeption sagt Wikipedia: „Die mediale Rezeption Elly Beinhorns konzentriert sich im Wesentlichen auf die Würdigung ihrer sportlichen Erfolge. Das betrifft sowohl Veröffentlichungen aus der Zeit der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus als auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie wird nahezu ausschließlich positiv dargestellt, als mutige und verdienstvolle Luftfahrtpionierin. Sie gilt als unpolitisch und, da sie während der NS-Zeit nicht der NSDAP beitrug, als nicht kompromittiert (.....) Im Gegensatz dazu stehen neuere Veröffentlichungen, die Beinhorns Verhältnis zur nationalsozialistischen Ideologie näher untersuchen. 2002 widmete ihr Laurence Arthur Rickels ein Kapitel in seiner Publikation *Nazi Psychoanalysis – Vol. 2*. Darin kommentiert er kritisch Passagen aus Beinhorns Werken ‚Ich fliege um die Welt‘ und ‚Berlin–Kapstadt–Berlin‘, welche unter anderem ihr starkes Interesse an Auslandsdeutschen in ehemaligen deutschen Kolonien aufzeigen. 2009 veröffentlichte Christoph Frilling zwei Bücher, die sich ebenfalls mit diesem Thema auseinandersetzen. Nach Analyse ihres Bestsellers ‚Ein

<sup>19</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Elly\\_Beinhorn](https://de.wikipedia.org/wiki/Elly_Beinhorn) [24.03.2021].

<sup>20</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Neufang-Brauerei> [24.03.2021].

Mädchen fliegt um die Welt“ kommt er unter anderem zu dem Schluss, dass Beinhorn darin zwar nicht die Sprache des Nationalsozialismus verwende, aber einen deutsch-nationalen, teils rassistischen und chauvinistischen Standpunkt einnehme. Sie sei keine Täterin, aber eine willige Mitläuferin gewesen.“<sup>21</sup>

### **Bewertung des Stadtarchivs/ Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Der Bezirksrat Mitte beschloss am 29. September 2011 eine Straße nach Elly Beinhorn in Alt-Saarbrücken zu benennen. Hier ging es vor allem um die Benennung von Straßen nach Frauen und Beinhorn bot sich als herausragende Pilotin dazu an.

Von einer Umbenennung sollte abgesehen werden. Beinhorn war kein NSDAP-Mitglied, auch ein wirklich aktives und relevantes Eintreten für den NS-Staat ist nicht nachweisbar, die Parteizugehörigkeit ihres verunglückten Ehemanns Bernd Rosemeyer kann ihr nicht angelastet werden.

Sie war eine Frau, die sich bravourös in einer Männerdomäne profilierte.

Aus heutiger Perspektiv ist ihre Tour durch die früheren deutschen Kolonien in Afrika als „Repräsentantin des neuen Deutschlands“ 1933 und 1934 und ihr Werben in den USA für Hitlers Olympische Spiele, gegen die sich eine starke Boykottbewegung formiert hatte, zweifellos kritisch zu sehen.<sup>22</sup> Sie ließ sich wie andere Sportler und Künstler vom NS-System instrumentalisieren, der Umfang im Falle Beinhorn bewegt sich aber nicht auf dem Niveau, das eine Umbenennung rechtfertigen würde.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirksrates:**

**ROT/Umbenennung: -**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (4)**

**Dr. Klotz (SPD):** Beinhorns Biografie müsse erklärt werden, ihre Zeit in der NS-Diktatur dürfe nicht ausgeblendet werden, dies sei nicht als Herabsetzung ihrer Person zu verstehen.

**Brass/Schröckel (Die Grünen):** Folgen dem Gutachten des Stadtarchivs, GELB bedeute keinesfalls eine „Kriminalisierung“, wie sie etwa Herr Radewahn bei einer GELB-Einstufung unterstellt.

**Jacob (Die Linke):** Folgt dem Gutachten des Stadtarchivs.

**Stamm (AfD):** Ebenso

**Radewahn (CDU):** Ebenso

**GRÜN/keine Umbenennung: (2)**

**Feneis (FDP):** Beinhorn ist eine Ikone, die Schatten ihrer Biografie lassen GELB oder ROT als völlig unverhältnismäßig erscheinen.

**Literatur:** Christoph Frilling, *Die Pilotin und der Rennfahrer – Elly Beinhorn und Bernd Rosemeyer auf Gratwanderung im Nationalsozialismus*, Reinhardtsgrimma 2009.  
Ders., *Elly Beinhorn und Bernd Rosemeyer – kleiner Grenzverkehr zwischen Resistenz und Kumpanei im Nationalsozialismus. Studien zu Habitus und Sprache prominenter Mitläufer*. Frankfurt/Main 2009.

<sup>21</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Elly\\_Beinhorn](https://de.wikipedia.org/wiki/Elly_Beinhorn) [24.03.2021].

<sup>22</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/vor-90-jahren-elly-beinhorns-erster-alleinflug-nach-afrika.871.de.html?dram:article\\_id=490177](https://www.deutschlandfunk.de/vor-90-jahren-elly-beinhorns-erster-alleinflug-nach-afrika.871.de.html?dram:article_id=490177) [24.03.2021].

## **Dornierstraße benannt nach dem herausragenden Flugzeugkonstrukteur und Pionier der Luftfahrt (1884-1969)**

*Dornierstraße 1 bis 9 und 6 bis 14, Distrikt 116 Bellevue, Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Dornier, ein genialer Flugzeugkonstrukteur, steht für Rüstungsgeschäfte, Rüstungsprofit und technische Spitzenleistungen im Dienst des NS-Staates und des verbrecherischen Weltkrieges.**

### **Darstellung:**

Am 30. Mai 1968 erfolgte der Entschluss zur Straßenbenennung.

Claude Honoré Désiré Dornier, geboren am 14. Mai 1884 in Kempton (Allgäu), verstorben am 5. Dezember 1969 in Zug (Schweiz), war ein deutscher Flugzeugkonstrukteur. Wegen seines französischen Vaters war er zunächst französischer Staatsbürger. 1913 wurde er auf ausdrücklichen Wunsch von Graf Zeppelin in Württemberg eingebürgert, behielt daneben aber seine französische Staatsbürgerschaft.<sup>23</sup>

Weitere Stationen seines Lebensweges, zitiert nach dem Dornier Museum: „Nach einem Maschinenbaustudium beginnt er seine Karriere 1910 bei der Luftschiffbau Zeppelin GmbH. Hier entwickelt er eine drehbare Halle für Luftschiffe. Graf Zeppelin erkennt und fördert Claude Dorniers Talent sofort. In einer eigenen Abteilung kann er sich nun technischen Konstruktionen und Versuchen widmen. Aus dieser Abteilung geht die ‚Dornier-Metallbauten GmbH‘ mit Sitz in Friedrichshafen-Manzell hervor. 1932 wird Claude Dornier Alleingesellschafter. In den 1920er Jahren realisiert er eine Vielzahl an Flugzeugprojekten, die – technisch revolutionär – fast vollständig aus Metall gefertigt sind: Der Merkur erfliegt sieben Weltrekorde, der Polarforscher Roald Amundsen erkundet 1925 mit dem Wal in spektakulären Flügen die Arktis, das Flugschiff Do X geht als größtes Flugzeug seiner Zeit in die Geschichte ein. Da viele der über 100 Flugzeugtypen im Ausland produziert werden, erlangt Dornier bereits früh internationale Anerkennung. Nach seinem Tod, am 5. Dezember 1969, geht der Dornier-Konzern in eine Erbgemeinschaft seiner Witwe und seiner sechs Söhne über.“<sup>24</sup>

Zu seinen Ingenieurleistungen:

„Dornier, der mehr als 50 Flugzeugmuster selbst konstruierte oder deren Konstruktion maßgeblich beeinflusste, zählt zu den bedeutendsten Flugzeugpionieren. Er gab der Ganzmetall-Bauweise entscheidende Impulse, die die übliche Verwendung von Holz schrittweise ablöste. (...)“<sup>25</sup>

<sup>23</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Claude\\_Dornier](https://de.wikipedia.org/wiki/Claude_Dornier) [28.03.2021].

<sup>24</sup> <https://www.dorniermuseum.de/museum/das-dornier-museum/claude-dornier> [28.03.2021].

<sup>25</sup> [https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgf\\_biographien/118912550/Dornier+Claude+Honor%C3%A9+D%C3%A9sir%C3%A9](https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgf_biographien/118912550/Dornier+Claude+Honor%C3%A9+D%C3%A9sir%C3%A9) [28.03.2021].

Zur Entwicklung des Dornier-Unternehmens: „1932 war die Dornier Metallbauten GmbH in Friedrichshafen endgültig vom Zeppelin-Konzern unabhängig geworden und wurde ab dem 1. August 1937 in Dornier-Werke GmbH umbenannt. Im Herbst 1933 war im Rahmen von strategischen Verlagerungsplanungen die Entscheidung für ein Zweigwerk in Wismar gefallen, dem ein weiteres in Lübeck folgte. Zusammen mit einem Werk in Reinickendorf bei Berlin entstanden so die norddeutschen Dornier-Werke. Die süddeutschen Dornier-Werke umfassten schließlich die Standorte Friedrichshafen, Rickenbach, Oberpfaffenhofen, München-Neuaubing und Pfronten. Im Gesamtkonzern arbeiten 1938 rund 14.000 Menschen. Während des Krieges wuchs die Belegschaft weit weniger als bei Heinkel, Messerschmitt oder Junkers. Ab 1933 bekleidete Dornier aufgrund seiner Stellung im Metallflugzeugbau eine Schlüsselposition in den Aufrüstungsplanungen. Das Bombenflugzeug Do 23 wurde, obwohl technisch überholt, auch von Lizenznehmern gefertigt. Die zweimotorige Do 17 flog 1934 erstmals. Von der Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg eingesetzt, spielte die Do 17 als Bomben- und Fernaufklärungsflugzeug eine Hauptrolle in den ersten Kriegsjahren. Um gegenüber der Konkurrenz durch die Junkers Ju 88 bestehen zu können, wurde die Do 217 entwickelt und bis Juli 1944 produziert. Die Serienfertigung der Do 335, auf die seit Spätsommer 1943 in Friedrichshafen und München hingearbeitet wurde, verhinderten alliierte Bombenangriffe.“<sup>26</sup>

Zum Einsatz von Zwangsarbeitern, sei erneut der Landesbildungsservers Baden-Württemberg zitiert: „Nach Kriegsbeginn wurden Ausländer ab 1940 zur Arbeit für den Feind gezwungen. Sie mussten die zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Arbeitskräfte ersetzen. Im Dornier-Werk Friedrichshafen arbeiteten rund 1.700 Ausländer (25 % der Belegschaft) aus 13 Nationen. Im Vergleich zu den rund 14.000 Ausländern in der Friedrichshafener Kriegswirtschaft war die Anzahl gering, weil deren Beschäftigung in der Entwicklung und Konstruktion, dem Bau von Prototypen und Vorserienmustern verboten war. Im Werk München, mit der Serienfertigung, dem Großserienbau und der Endmontage der Flugzeuge, betrug 1944 der Anteil der Ausländerbelegschaft 44,5 % (rund 1.900). Hinzu kamen ab Mai 1944 rd. 300 Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau zur Trümmerbeseitigung und dem Bau von Splittergräben. Entsprechend der NS-Rassenideologie waren Sowjetrussen – Ostarbeiter genannt – als Untermenschen einer Mangelversorgung in allen Lebensbereichen ausgesetzt sowie einer totalen Fremdbestimmung unterworfen. Durch eine nicht zu enge Auslegung der sozial- und arbeitsrechtlichen Normen versuchten die Dornier-Werke das Los der zumeist jugendlichen Ostarbeiter zu erleichtern. Den Zwangscharakter des Arbeitseinsatzes konnten sie nicht beseitigen. Und so berichten die Menschen zwar noch heute von ihrer „Zeit der Gefangenschaft“, von Demütigung, Hunger, von Verzweiflung und traumatischen Erlebnissen, aber auch von der Hilfsbereitschaft einiger deutscher Vorgesetzter.“<sup>27</sup>

Zu seiner weiteren Rolle im Dritten Reich: „1940 trat er nach langem Drängen örtlicher und regionaler Parteifunktionäre in die NSDAP ein, wurde zum Wehrwirtschaftsführer ernannt und Leiter der Fachabteilung Flugzeugbau der Wirtschaftsgruppe

---

<sup>26</sup> [https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterrichtsmaterialien/unterrichtliche-projekte/friedrichshafen/zeppelins-flieger/dornier\\_32-45](https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterrichtsmaterialien/unterrichtliche-projekte/friedrichshafen/zeppelins-flieger/dornier_32-45) [28.03.2021].

<sup>27</sup> <https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/geschichte/unterrichtsmaterialien/unterrichtliche-projekte/friedrichshafen/zeppelins-flieger/auslaender> [28.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Luftfahrtindustrie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Dornier zunächst mit einigen seiner führenden Mitarbeiter für einige Monate in Frankreich inhaftiert und vernommen. Nach der Entlassung verlegte er seinen Wohnsitz in die Schweiz. Bei der Entnazifizierung wurde er im Dezember 1948 in Lübeck, dem Sitz der Norddeutschen Dornier-Werke in der britischen Zone, in die Kategorie V ‚entlastet‘ eingestuft. Die britische Militärregierung hob diese Einstufung jedoch auf und wies Dornier an, sich in der französischen Zone, in Friedrichshafen oder Tübingen, entnazifizieren zu lassen. Hier wurde er als „Mitläufer“ (Gruppe IV) eingestuft, da ein NSDAP-Mitglied nur bei Nachweis aktiver Widerstandshandlungen als „entlastet“ angesehen wird. Die französische Militärregierung verurteilte Dornier zu einer Sühnezahlung. Eine Veröffentlichung des Urteils verweigerte der damalige Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Lorenz Bock. Er kannte die politische Einstellung Claude Dorniers und hielt das Urteil für falsch. Bock musste schließlich durch Befehl der französischen Militärregierung zur Veröffentlichung gezwungen werden.“<sup>28</sup>

## **Bewertung des Stadtarchiv/Hr. Dr. Herrmann:**

### **ROT/Umbenennung**

Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung zu Dornier gibt es bis dato nicht, das ist grundsätzlich zu kritisieren.<sup>29</sup>

Der Name Dornier steht für Rüstungsgeschäfte, Rüstungsprofit und technische Spitzenleistungen im Dienst des NS-Staates und des verbrecherischen Weltkrieges. Wie im Falle Heinkel ist die Rolle der deutschen Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg zu berücksichtigen, Dornier hat wie Heinkel zu ihrer Überlegenheit beigetragen. Damit verbunden im Falle von Dornier auch der Einsatz von Zwangsarbeitern aus Konzentrationslagern. Ab 1941 wurden Tausende von Zwangsarbeitern aus dem KZ Dachau in den Dornier-Werken in Friedrichshafen, Oberpfaffenhofen und Wismar eingesetzt.

Wer als Unternehmer rüstungsrelevanter Bereiche sich dem NS-System verweigerte, musste wie der Fall Junkers zeigt, mit Verfolgung und Enteignung rechnen, was hier nicht als Entlastung zu verstehen ist, aber zur Differenzierung mit anderen Fällen dienen soll.

1940 und damit sehr spät trat Dornier nach langem Drängen örtlicher und regionaler Parteifunktionäre in die NSDAP ein. Er wurde zum Wehrwirtschaftsführer ernannt und war Leiter der Fachabteilung Flugzeugbau der Wirtschaftsgruppe Luftfahrtindustrie, Dornier wurde als Mitläufer eingestuft und galt bei der britischen Militärregierung als „entlastet“. Eine Nähe zum Nationalsozialismus soll er nicht gehabt haben wie etwa der Betriebsrat von Dornier 1948 äußerte. Dornier hielt sich zurück, seinen Sohn schickte er in die USA. Ohne es beweisen zu können, gewinnt man den Eindruck, dass Dornier nicht den Konflikt zur NS-Herrschaft suchte, aber ihren verbrecherischen Krieg durch sein Tun tatkräftig unterstützte.

Vor allem aber auch, weil es keine Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte für die Jahre der NS-Diktatur gibt, sollte bei der derzeit gebotenen Informationslage eine Umbenennung erfolgen.

<sup>28</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Claude\\_Dornier](https://de.wikipedia.org/wiki/Claude_Dornier) [28.03.2021].

<sup>29</sup> <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20160828ww.pdf> [28.03.2021].

**Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:****ROT/Umbenennung:(3)**

**Brass/Schrickel (Die Grünen):** Auch wenn vordergründig die Rolle Dorniers weniger belastend erscheint als etwa die von Heinkel bleibt eine herausragende Rolle für die Kriegswirtschaft im bedeutenden Bereich der Luftwaffe. Dornier setzte Zwangsarbeiter ein und war ein Profiteur des Systems. Frau Brass betont, GELB sei zu schwach, um Dorniers Rolle zu vermitteln und ihn von anderen abzugrenzen.

**Dr. Koltz (SPD):** folgt Einschätzung des Stadtarchivs.

**Jacob (Die LINKE):** folgt Einschätzung des Stadtarchivs, auch die Erfahrung als ehemaliger ZF-Mitarbeiter bestätige ihn bei seinem Votum.

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (2)**

**Feneis (FDP):** Ein Unterschied zu Heinkel sollte zum Ausdruck kommen, deswegen kein ROT und kein GRÜN, weil Junkers ein Gegenbeispiel repräsentiert, sich nicht in den Dienst der NS-Kriegswirtschaft zu stellen.

**Radewahn (CDU):** Dornier habe sich nicht bereichert, sei erst spät der NSDAP beigetreten.

**GRÜN/Keine Umbenennung: (1)**

**Stamm (AfD):** Vor allem wegen des Fehlens umfassender Studien, ein ggf. sich später ergebender Umbenennungsbedarf wird nicht ausgeschlossen.

**Literatur:** Lutz Budraß, Claude Dornier (1884–1969), Unternehmer in der Weimarer Republik, in: Patrick Judith Michael Bormann u. Joachim Scholtyseck (Hg.), *Unternehmer in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2016, S. 333-341.

Martin Ebner, Claude Dornier und die Entnazifizierung: „Im Büro nie ein Hitlerbild geduldet“, in: Wolfgang Proske (Hg.), *Täter, Helfer, Trittbrettfahrer, Bd. 5: NS-Belastete aus dem Bodenseeraum*, Gerstetten 2016, S. 65-77.

## **Dr. -Eckener-Straße benannt nach dem Luftschiffahrtspionier Hugo Eckener (1868–1954)**

*Dr.-Eckener-Straße 5 bis 17, 2 bis 22, Distrikt 116 Bellevue, Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Luftfahrtspionier und trotz Wehrwirtschaftsführeramt eine Persönlichkeit mit Distanz zum Nationalsozialismus.**

### **Darstellung:**

Nach dem Abitur studierte Eckener Psychologie, Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft und arbeitete zunächst als freier Schriftsteller und Journalist unter anderem für die Frankfurter Zeitung. Aus einer Begegnung mit Graf Zeppelin entwickelte sich eine Zusammenarbeit, die ihn ab Ende der 1890er Jahre nach Friedrichshafen führte und Eckener wurde Prokurist der Deutschen Luftschiffahrt AG. Eckener trug zur technischen Weiterentwicklung des Zeppelins bei und verbesserte dessen Lenkbarkeit. Im Ersten Weltkrieg leitete er den Bau von 88 Luftschiffen, nach Zeppelins Tod wurde er zur zentralen Figur des Luftschiffbaus. Eckener war maßgeblich an der Wiederbelebung des Zeppelin-Projektes beteiligt, der Atlantiküberquerung 1924 (Reparationsleistung Luftschiff ZR III) und der Weltfahrt 1929 sowie dem Aufbau des ersten regelmäßigen Luftschiffverkehrs über die Ozeane. Eckener gewann weltweite Anerkennung. Eckener zeigte sich gegenüber dem Nationalsozialismus distanziert und ablehnend: 1932 verweigerte er die Durchführung einer NS-Propagandaveranstaltung in den Zeppelinwerken, 1932 folgte er dem Wunsch der SPD und dem Zentrum gegen Hitler als Reichspräsident zu kandidieren, verzichtete aber, als Hindenburg seine Kandidatur erklärte. Zeppelin gilt als Verfechter der Weimarer Demokratie und als Mann der Völkerverständigung. Aufgrund seines hohen Ansehens und seiner Popularität sollen die NS-Partei- und Staatsorgane von einer Inhaftierung Abstand genommen haben, Pläne dazu gab es wohl. Zeppelin war auch nicht bereit, sich für NS-Propagandazwecke instrumentalisieren zu lassen.<sup>30</sup>

Gleichwohl ist eine detaillierte Analyse notwendig, um seine Rolle im Dritten Reich nachzuvollziehen, dazu eine ausführliche Zitation von LEO-BW, dem landeskundlichen Informationssystem für Baden-Württemberg - bereitgestellt zum sechzigjährigen Jubiläum der Gründung des Südweststaats 2012. Das Internetangebot ist ein Beitrag des Landes Baden-Württemberg zur kulturellen Bildung und zur Informationsgesellschaft: „Dem ab 1930 erstarkenden Nationalsozialismus stand Eckener ablehnend gegenüber und verteidigte in einer Rundfunkrede die Politik von Reichskanzler Brüning. 1932 noch weigerte er sich, die Zeppelinwerke einer NS-Propagandaveranstaltung zu öffnen und erklärte sich auf sozialdemokratischen Wunsch bereit, für den Fall, dass Paul von Hindenburg (1847–1934) auf die Kandidatur für eine weitere Amtszeit verzichten werde, als Kandidat gegen Hitler anzutreten. Da auch die Zentrumspartei dafür eintrat, schien dank Eckeners Popularität Erfolg nicht ausgeschlossen.

Als Verfechter der Weimarer Demokratie, von Völkerverständigung und Ausgleich

<sup>30</sup> [https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl\\_biographien/118528750/Eckener+Hugo](https://www.leo-bw.de/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/118528750/Eckener+Hugo) [06.04.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

wurde Eckener von den Nationalsozialisten von Beginn an kritisch beobachtet. 1933 bestanden Pläne, auch Eckener wie viele Regimegegner in Schutzhaft zu nehmen. Das scheiterte am Widerstand Hindenburgs. Auch später wurde ein Vorgehen gegen Eckener wiederholt erwogen, so 1937, als er sich einer von Joseph Goebbels (1897–1945) angeordneten NS-Propagandafahrt mit dem Zeppelin widersetzte. Wegen seiner hohen Popularität schien eine Inhaftierung Eckeners undenkbar. Der lange Arm des NS-Regimes aber vermochte, Umstrukturierungen im Zeppelinkonzern zu erzwingen, die den Einfluss Eckeners zurückdrängten, bis die Katastrophe von Lakehurst im Herbst 1937 den willkommenen Anlass bot, die zivile Luftschiffahrt zu verbieten. Die beiden letzten Luftschiffe LZ 127 und LZ 130 wurden im Herbst 1940 abgewrackt.

Mit Beginn des II. Weltkrieges wurde das Werk in Friedrichshafen auf Kriegswirtschaft umgestellt und produzierte Radarantennen sowie Teile für die V2-Raketen, was letztlich zur wiederholten Bombardierung der Stadt als Rüstungsstandort führte. So verlor Eckener 1944 seine Wohnung, und mit der Zerstörung der Zeppelinwerke schien auch sein Lebenswerk unterzugehen.

Damals war er zu seiner Tochter nach Konstanz übersiedelt, wo er 1945 neben Johannes Weyl zu einem der Gründer und Mitherausgeber des „Südkurier“ wurde. In zahlreichen Grundsatzartikeln sprach sich Eckener für Nachsicht und Milde gegenüber den vielen kleinen NS-Parteigenossen aus. An die Stelle von Hass und Rachsucht solle Verständnis und Miteinander in der Bevölkerung treten, die mehrheitlich unbelastet sei. Diese Haltung erregte wie im Falle Weyl massiven Widerstand der weit links stehenden Konstanzer „Antifa“, die schließlich bei der französischen Besatzungsmacht den Entzug der Herausgeberlizenz für Eckener, Weyl und ihre Mitstreiter durchsetzen konnte.

Gleichwohl blieb Eckener auch nach dem II. Weltkrieg eine allseits geachtete Persönlichkeit, was u.a. 1947 durch seine Einladung in die Vereinigten Staaten deutlich wurde. Hier traf er auf zahlreiche alte Freunde und konnte mit Vertretern des Goodyear-Konzerns Pläne für eine Fortsetzung der zivilen Luftschiffahrt erörtern. Umso überraschender war es dann, dass Eckener sich nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten einem Entnazifizierungsverfahren stellen musste: Obwohl er nicht Mitglied der NSDAP gewesen war, aber ehemaliger „Wehrwirtschaftsführer“, wurde Eckener zu einer Geldstrafe von 100.000 Reichsmark verurteilt. Für fünf Jahre sollten ihm die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen werden. Schließlich aber wurde das Verfahren eingestellt und Eckener vollständig entlastet, nachdem zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Lebens, darunter Reinhold Maier und Theodor Heuss, bezeugt hatten, „dass Eckener ein von den Nationalsozialisten Geächteter war.“

(Gollbeck-Eckener, 2001, S. 420) Gleichwohl wurde Eckener besonders von Vertretern der politischen Linken in den 1950er-Jahren weiter kritisiert, da während des II. Weltkrieges bei den Zeppelinwerken KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter eingesetzt waren. Dieser Kritik steht aber das Schreiben von Emil Kreger entgegen, einem Mitarbeiter der Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte in Limburg/Lahn. Zum 80. Geburtstag Eckeners schrieb er: „1943, als wir Dachauer KZ-Häftlinge in die Friedrichshafener Werke verpflichtet wurden, waren Sie es, der gute Dr. Eckener, der uns arme Menschen vor einem schrecklichen Hungertod bewahrte.“ (zit. bei Meighörner, 2004, S. 60).

In den 1950er-Jahren hat sich Eckener wiederholt politisch engagiert und ein überparteiliches Bündnis unterstützt, das von der CDU bis zur KPD reichen und das politische Ziel verfolgen sollte, die dänenfreundliche Mehrheit im Flensburger Rathaus abzulösen. In einer vielbeachteten Rede im dortigen „Deutschen Haus“ betonte Eckener die Zugehörigkeit seiner Heimatstadt zur Bundesrepublik und warnte noch einmal vor Intoleranz und Engstirnigkeit im Grenzland.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Bis zu seinem Tod blieb Eckener der engagierte kritische Kommentator der bundesdeutschen Politik, der beispielsweise die von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) betriebene Westbindung kritisierte, weil er befürchtete, dass deswegen die Wiedervereinigung in weite Ferne rücke. Ein Jahr vor seinem Tod, 1952, zeichnete ihn Theodor Heuss mit dem Bundesverdienstkreuz aus und bei seinem 85. Geburtstag wurde Eckener durch einen Fackelzug geehrt.“

#### **Bewertung und Votum des Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann:**

##### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Auch wenn Dr. Eckener zum Wehrwirtschaftsführer ernannt wurde und in seinem Maschinenbaubetrieb auch Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, so unterscheidet sich sein Verhalten grundlegend von dem vieler anderer Persönlichkeiten in vergleichbarer Position. Wertschätzung verdient nicht nur sein Wirken für den Zeppelin, sondern seine Abwehrhaltung zum Nationalsozialismus.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: -**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (4)**

**Dr. Klotz (SPD):** Eckener ist eine respektable Persönlichkeit, von Dornier und Heinkel unterscheidet er sich grundlegend, das Aufklärerische in diesem Kontext wird betont, deshalb GELB.

**Brass/Schröckel (Die Grünen):** Eckener ist eine respektable Persönlichkeit, Frau Brass sieht aber auch seine Funktion als Wehrwirtschaftsführer, seine Person ist aufklärungsbedürftig.

**Jacob (Die Linke):** folgt der Einschätzung des Stadtarchivs und von Herrn Dr. Klotz.

**Stamm (AfD):** Ebenso

**GRÜN/Keine Umbenennung: (2)**

**Feneis (FDP):** Dr. Eckener ist eine ehrenwerte Persönlichkeit, die sich von Nazis nicht instrumentalisieren ließ, deshalb GRÜN.

**Radewahn (CDU):** schließt sich Hr. Feneis an, man schwankt zwischen GELB und GRÜN, das GRÜN überwiegt aber.



## Walter- Giesecking-Straße benannt nach dem Pianisten (1895 -1956)

*Walter-Giesecking-Straße 7 bis 11 und 4 bis 12, Distrikt 138 Rotenbühl, Stadtteil St. Johann*

### Würdigung in einem Satz:

**Ein musikalisches Genie mit fehlender Distanz zur NS-Diktatur.**

### Darstellung:

Walter Giesecking gilt als einer der größten Pianisten des 20. Jahrhunderts. Er lehrte von 1948 bis zu seinem Tode 1956 am damaligen Staatlichen Konservatorium und der späteren Staatlichen Hochschule für Musik in Saarbrücken. Aus dieser Klasse sind viele heute bekannte Pianisten hervorgegangen.<sup>31</sup>

Die nach ihm benannte Straße befindet sich in der Nähe der Deutsch-Französischen Hochschule. Der Beschluss zur Benennung datiert auf den 18. September 1973.<sup>32</sup> Auch in Wiesbaden, hier lebte er seit Mai 1934, findet sich eine nach ihm benannte Straße. Die Walter-Giesecking-Straße in Petershagen-Lahde verweist auf seine familiären Wurzeln in Lahde. Auch Stuttgart benennt nach ihm eine Straße.<sup>33</sup>

Giesecking wurde am 5. November 1895 als Sohn deutscher Eltern im französischen Lyon geboren, sein Vater war Arzt und Biologe. Giesecking erhielt als Kind Privatunterricht. Schon mit vier Jahren spielte er Klavier. Er wuchs an der französischen und italienischen Riviera auf. 1911 übersiedelte die Familie nach Hannover. Am dortigen Konservatorium studierte er Klavier und startete nach einem glänzenden Examen von Hannover aus seine Weltkarriere. Schon im jugendlichen Alter gastierte er sehr erfolgreich in vielen Ländern Europas. Giesecking gilt als einer der bedeutendsten Interpreten seiner Zeit von Beethoven, Mozart, Debussy und Ravel. 1923 wurde er auch in England gefeiert, 1926 trat er in den USA auf, er konzertierte nun weltweit. Vor allem in den USA trat er mehrfach auf, allein bis 1938 wohl elf Mal.<sup>34</sup>

In der NS-Zeit geht seine Karriere weiter. Er war Mitglied der Reichskulturkammer, vor allem stand er auf der sogenannten Gottbegnadeten-Liste (Führerliste) der wichtigsten Pianisten des NS-Staates. Damit waren Privilegien verbunden: So musste er zum Beispiel nicht als Soldat in den Zweiten Weltkrieg ziehen, sondern konnte weiterhin künstlerisch arbeiten und für die sogenannte geistige Ertüchtigung des Volkes sorgen.<sup>35</sup>

---

<sup>31</sup> Stadtarchiv Saarbrücken (StA SB), Dep. Dossier-Saarbrücker Zeitung, Nr. 2326; ferner [https://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Giesecking](https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Giesecking); <https://www.deutsche-biographie.de/sfz20939.html> [15.03.2021].

<sup>32</sup> Ebenso

<sup>33</sup> StA SB, Dep. SZ Nr. 2326, [https://www.biologie-seite.de/Biologie/Walter\\_Giesecking](https://www.biologie-seite.de/Biologie/Walter_Giesecking)

<sup>34</sup> Ebenso

<sup>35</sup> <https://www.deutsche-biographie.de/sfz20939.html>

Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

In der NS-Zeit gab er zwischen 1935 und 1944 im Deutschen Reich über 300 Konzerte, ferner weitere 300 Konzerte in neutralen Ländern und in von Deutschland annektierten oder besetzten Gebieten.<sup>36</sup> Hitler ernannte Giesecking am 30. Januar 1937 zum Professor. Am 24. Mai 1938 trat er als Solist während der ersten Reichsmusiktage in Düsseldorf auf. Anlässlich dieser Reichsmusiktage wurde auch die Ausstellung „Entartete Musik“ gezeigt.

Am 30. Januar 1944 wurde ihm das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter verliehen.

Bei Kriegsende lebte Giesecking in Wiesbaden und damit in der amerikanischen Besatzungszone. Die US-Militärregierung ein Auftrittsverbot und untersuchte seine Rolle in der NS-Zeit, 1947 durfte er wieder auftreten und bekam einen Ruf in das autonome Saarland als Leiter der Meisterklasse für Klavier am Staatlichen Konservatorium in Saarbrücken. Er lebte Teile des Jahres in Saarbrücken und gab die andere Hälfte internationale Konzerte. Der Wohnsitz in Wiesbaden blieb bestehen, wohl auch unter dem Gesichtspunkt internationaler Konzerttätigkeit, die Nähe zum Flughafen Frankfurt war hier von großem Vorteil. Giesecking starb bei einer Operation an der Bauchspeicheldrüse in einem Londoner Krankenhaus am 26. Oktober 1956. Seine Frau war kurz zuvor 1955 verstorben, als sie gemeinsam mit ihm in einem Autobus von Stuttgart nach Frankfurt reiste und dabei verunglückte.

### **Bewertung/Gutachten Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Giesecking ist ein Grenzfall zwischen GELB und ROT. Maßgeblich dafür die Überzeugung, dass eine Straßennamenprüfung Politik, Wirtschaft, Militär und Kunst mit den gleichen Maßstäben messen sollte.

Giesecking war ab den 1920er Jahren ein international auftretender Pianist, der die Welt bereiste und weltweit anerkannt war. Er gab Konzerte in von NS-Deutschland besetzten und neutralen Ländern, allein 38 in annektierten Gebieten. Der Fall Giesecking steht für die Frage, inwieweit Künstler im Dienst der NS-Propaganda standen und für eine unkritische Nähe zum NS-System. Problematisch sein Auftritt während der ersten Reichsmusiktage in Düsseldorf, bei der auch die Schau „Entartete Musik“ gezeigt wurde, an der er aber fachlich nicht beteiligt war.<sup>37</sup>

Giesecking hätte mit Blick auf sein Können und sein Renommee in der Emigration, z. B. in den USA, ein gutes Leben führen können. Ein Plan Gieseckings, in die Schweiz überzusiedeln, wo er viele Konzerte gab, scheiterte, da seine Frau abgeneigt war und die Reichsfluchtsteuer eingeführt wurde.<sup>38</sup> Zu konzedieren ist, die Reichsfluchtsteuer war erheblich.

Andere Künstler wie Marlene Dietrich gingen einen anderen Weg. Gieseckings Sprache war die Musik und die darf als international bezeichnet werden. Für andere Berufsgruppen war eine Emigration viel schwieriger.

---

<sup>36</sup> Bericht „Headquarters United States Forces, European Theater, Information Control Division“, vom 25. September 1945, in: Bundesarchiv Berlin ( BArch), R9361 V / 142458.

<sup>37</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Giesecking](https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Giesecking); <https://www.deutsche-biographie.de/sfz20939.html> [15.03.2021].

<sup>38</sup> Ebenso

Mit seiner völlig fehlenden Distanz zur NS-Diktatur verdiente er gut. Gegenüber dem deutschen Finanzamt zeigte Giesecking für den Zeitraum von 1933 bis 1944 Einnahmen von 842.532 Reichsmark an, weitere Einnahmen kommen für Konzerte im Ausland hinzu.<sup>39</sup>

Gegenüber der französischen Militärregierung im Saarland gab er an, nicht Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, möglicherweise Mitgliedschaft in der NSV.

Zu benennen ist seine Freundschaft zu seinem langjährigen jüdischen Konzertagenten Arthur Bernstein, der auch sein Trauzeuge war. An der Freundschaft soll Giesecking festgehalten haben, obwohl Bernstein seit 1933 seine Konzession verloren hatte. Er soll ihn auch bis zu Bernsteins Emigration 1937 bezahlt haben.<sup>40</sup> Dazu gibt es Quellen im Bundesarchiv: „Walter Giesecking wurde etwa seit dem Jahr 1920 von der Konzertdirektion A. Bernstein/Hannover vertreten. Mit Herrn Bernstein arbeitete ich seit Eintritt in diesen[!] Beruf (1926) freundschaftlich zusammen. Herr Giesecking behielt auch noch im Jahr 1933/34 Herrn Bernstein als Vertreter, obwohl er deswegen heftig angefeindet wurde. Im Jahr 1934 oder 1935 (den genauen Zeitpunkt kann ich nicht feststellen, weil ich alle Unterlagen verloren habe) trat Herr Bernstein von sich aus an mich mit der Bitte heran, ihm zu helfen. Da er Jude war, wurde ihm die Konzession entzogen, und er konnte nicht mehr für Herrn Giesecking arbeiten. Ich traf mich mit Herrn Bernstein ... und sagte ihm zu, dass ich die Arbeit für ihn weiterführen würde und lediglich zur Deckung meiner Unkosten die Hälfte der üblichen Provision anrechnen würde. Meines Wissens hat Herr Bernstein erst nach dieser Unterredung Giesecking Kenntnis von seiner Absicht gegeben. Ich kam dann in Hannover im Hause Giesecking mit ihm und Herrn Bernstein zusammen. Herr Giesecking erklärte mir, dass er sich mit der Wahl Bernsteins [einverstanden] erklären würde, wenn die Rechte Herrn Bernsteins gewahrt bleiben und er mindestens mit einem nennenswerten Anteil im Geschäft bliebe. Gieseckings und meine Verbindung mit Bernstein blieben leider nicht geheim. Es wurde dann die Vereinbarung mit Herrn Bernstein getroffen, seine Ansprüche (die rein moralischer Art waren) abzulösen. Die Höhe der Ablösung ist mir nicht bekannt; ich erinnere mich nur noch, dass es eine angesichts der katastrophalen Honorarrückgänge beachtliche Summe war, die Herr Giesecking zusätzlich zur Provision bezahlte. Herr Giesecking verdiente damals sehr viel weniger pro Konzert als vor 1933. Herr Bernstein war zu dieser Zeit als Hauptbeauftragter für den noch existierenden jüdischen Kulturbund tätig und nicht ohne ausreichende Existenz. Kurze Zeit danach wanderte Herr Bernstein aus, meines Wissens über England nach Amerika zu einem dort berufstätigen Sohn. Meines Wissens ist dies der einzige Fall, in dem ein namhafter Künstler seinen jüdischen Vertreter noch längere Zeit nach außen hin behielt und schützte und dann noch unterstützte. Ich hörte von Herrn Bernstein, dass seine übrigen Künstler die Vertretung sofort wechselten“ – so die Aussage von Dr. Goette am 11. Januar 1946.<sup>41</sup>

Giesecking als Unterstützer von Bernstein – dies sicher zu bewerten, wird schwer möglich sein. Eine distanzierte Einschätzung, Fragezeichen liegen nahe. Arthur Bernsteins Sohn, Hans Bernstein (später Harold Byrns), emigrierte vor seinem Vater in die USA und holte seine Eltern 1946 nach Hollywood, dort starb Arthur Bernstein am 17. April 1949. Bernsteins Sohn stellte nach dem Krieg in Hannover einen

<sup>39</sup> Landesarchiv Saarbrücken, Bestand Kultusministerium (MK), Personalakten (PA), Nr. 2326.

<sup>40</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Giesecking](https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Giesecking) [11.03.2021], StA SB, Dep SZ, Nr. 2326.

<sup>41</sup> Übersicht über die Tätigkeiten Walter Gieseckings seit 1933. Bericht Goette, Hamburg, den 11. Januar 1946. BArch, R9361 V / 142458.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Entschädigungsantrag, er ging von Einnahmerückgängen seines Vaters nach 1933 von 80 bis 90% aus. Die von Giesecking und Goette geschilderte finanzielle Vereinbarung mit Bernstein kommt in der Akte nicht zur Sprache.<sup>42</sup>

In den ersten Jahren nach dem Krieg wurde Giesecking im besetzten Deutschland als zu systemnah gemieden und angefeindet, es bestand wie erwähnt für kurze Zeit ein Auftrittsverbot in der US-Zone.<sup>43</sup>

Schon 1947 war Giesecking ins Saarland gegangen als Leiter der Meisterklasse für Klavier am neu gegründeten Staatlichen Konservatorium für Musik in Saarbrücken. Die Gründung dieser Einrichtung 1947 ist in erster Linie nicht mit dem zum Katholizismus konvertierten Juden Emile Straus, Mitglied der Verwaltungskommission und späteren Kultusminister, verbunden, sondern von der französischen Militärregierung initiiert. Straus begleitete die Entwicklung aber mit Wohlwollen.<sup>44</sup>

Noch in seiner Eigenschaft als Mitglied der Verwaltungskommission wandte sich Straus am 12. Juli 1947 an Giesecking und warb um ihn als „einzigartige Persönlichkeit“, er möge seine „Meisterschaft dem Saarland und damit dem hohen Ziel, das wir uns gestellt haben zur Verfügung zu stellen“. Gilbert Grandval, Chef der französischen Militärregierung im Saarland, sah Gieseckings Können, aber auch seine Nähe zum NS-System. Treibende Kraft war der Kulturoffizier Francois-Regis Bastide<sup>45</sup>, er warb für Giesecking.<sup>46</sup> Bastide stand in einem fast freundschaftlichen Verhältnis zu dem Saarbrücker Büromaschinenhändler Fritz Klein, den er als einen hochgebildeten, liberalen und vor allem frankophilen Menschen schätzen gelernt hatte, für ihn ein „Anti-Nazi“. In Kleins Haus im Weinbergweg 21 trafen sich beide regelmäßig und dabei schwärmte Klein für Giesecking. Von Vorteil war auch Gieseckings Geburtsort Lyon sowie seine auch in der NS-Zeit gepflegte Beschäftigung mit Ravel und Debussy. Klein fuhr Bastide, so dessen Erinnerung, mit seinem schwarz-roten BMW aus dem Jahr 1938 nach Wiesbaden. Vor Gieseckings Villa stand Militärpolizei. Er chauffierte Giesecking als Professor der Saarbrücker Musikhochschule nach Saarbrücken. Frau Klein sollte später auch von Giesecking unterrichtet werden und der berühmte Pianist in Kleins Villa aus- und eingehen.<sup>47</sup>

Giesecking erhielt ein Jahresgehalt, war aber nur verpflichtet, 6 Monate zu lehren. Bereits am 23. August folgte er dem Ruf nach Saarbrücken, ein gutes Jahr später wurde er eingebürgert, erhielt zusammen mit seiner Frau am 26. Oktober 1949 die saarländische Staatsbürgerschaft und legte einen Eid auf die Verfassung ab.

Laut Saarbrücker Adressbuch und Meldekartei wohnte er im Kohlweg 12, gemeldet am 6. Dezember 1948, das Gebäude gehörte der Stadtsparkasse Saarbrücken, dann im Kohlweg 18, auch dieses Gebäude gehörte der Stadtsparkasse. Hier war das Konservatorium untergebracht.<sup>48</sup>

Schon 1947 gab Giesecking mehrere Konzerte in Paris, 1948 weitere in Frankreich, Belgien und der Schweiz, 1948 in Buenos Aires, im September 1948 in London. Als

---

<sup>42</sup> Landesarchiv Niedersachsen/Abt. Hannover 110 W Acc. 14/99, Nr. 119856. Entschädigungsakte Arthur Bernstein.

<sup>43</sup> Der Spiegel 42/1950, S. 28.

<sup>44</sup> Heinrich Küppers, Bildungspolitik im Saarland 1945 – 1955, Saarbrücken 1984, S. 182,

<sup>45</sup> <https://literaturland-saar.de/personen/francois-regis-bastide/>

<sup>46</sup> Küppers, Bildungspolitik, S. 182.

<sup>47</sup> Hinweis von Stefan Wezskalnys, der sich auf entsprechende Publikationen Bastides beruft. Francois-Régis Bastide, *La Fantaisie du voyageur*, Paris 1976, S. 132 ff., 163 ff.

<sup>48</sup> LA SB, MK-PA 3580; StA SB, Mittlere Meldekartei.

Giesecking in New York im Januar 1949 ein Konzert geben wollte, verweigerten die USA ihm den Auftritt und zwangen ihn zur Rückreise. In New York hatten jüdische Demonstranten gegen Giesecking protestiert. Er wurde von der Einwanderungspolizei vorläufig festgenommen und flog ein paar Tage später nach Paris zurück. Seinerzeit bestand noch ein Einreiseverbot für Personen, die der NSDAP nahestanden oder ihr angehörten.

Gleichwohl wurde Giesecking gefeiert bei seinem Konzert im März 1952 in London und auf einer neunwöchigen Australienreise. 1953 spielte er in Japan und reiste von dort zu einem Konzert erneut nach New York am 22. April 1953, das er in der Carnegie Hall gab. Die Gesetzeslage hatte sich dort inzwischen geändert, auch NSDAP-belastete Personen durften jetzt in die USA einreisen. Gleichwohl kam es wieder zu Protesten jüdischer Verbände. Im Mai 1954 trat Giesecking in Belgien und Hamburg auf, 1954 in Mexiko City und der Schweiz, 1955 gastierte er in Frankreich, Kanada und den USA. Das Saarbrücker Amt behielt er bis zu seinem Tod 1956.<sup>49</sup>

Auch in seiner Geburtsstadt Lyon widmete man Gieseckings Tod eine Gedenkveranstaltung am 4. November 1956.<sup>50</sup>

Giesecking sollte als Lehrer auf junge musikalische Talente ausgesprochen anziehend wirken und die Staatlichkeit des autonomen Saarland stärken, das völkerrechtlich von Frankreich bei allem Wohlwollen de iure nicht anerkannt und von der Bonner Republik sowieso abgelehnt wurde. Wohl auf Veranlassung des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann wurde Giesecking 1952 zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Inwiefern Giesecking bei seinen weltweiten Konzerttourneen für das Saarland warb, bedürfte genauerer Studien. Zweifel sind angebracht, die deutsche Presse nahm ihn als Deutschen war, die saarländische Presse feierte ihn als „Zauberer des Anschlags“, mit „triumphaler Konzerttournee“ und „Saarbrücken feierte seinen Giesecking“. Als er 1956 starb und das autonome Saarland bereits Geschichte war, würdigte ihn der damalige Kultusminister Dr. Egon Reinert (CDU): Gieseckings unerwarteter Tod „bedeute für das Saarland den unersetzlichen Verlust seines größten Künstlers und Lehrers“. Auch die Gegner des autonomen Saarlandes bezeichneten ihn als „größten Künstler“ des Landes und vereinnahmten ihn.<sup>51</sup>

Seit 1981 wird in Saarbrücken an der Hochschule für Musik Saar im zweijährigen Turnus der „Walter-Giesecking-Wettbewerb“ ausgelobt. Dieser dient zur Förderung besonders begabter Studenten, die aus den Reihen der Hochschule kommen. Der Walter-Giesecking-Wettbewerb ist der bedeutendste Wettbewerb der Hochschule für Musik Saar.<sup>52</sup>

Zusammen mit Karl Leimer, seinem Lehrer, hat Giesecking eine Methodik zum Erlernen des Klavierspiels entwickelt, die sich bis heute weltweiter Anerkennung erfreut. Giesecking steht wie viele andere für die fragwürdige Rolle von Künstlern in der NS-Zeit, eine kritisch differenzierende Wahrnehmung ihm gegenüber ist überfällig.

Von einer „Entnennung“ soll aber abgesehen werden, weil sein Werk künstlerisch herausragend ist, und es zahlreiche Bezüge zu Saarbrücken und dem Saarland gibt und seine Saarbrücker Tätigkeit auch mit Blick auf das janushafte antifaschistische Selbstverständnis der Hoffmann-Regierung historisch sehr interessant ist und eine Aufarbeitung verdiente.

---

<sup>49</sup> StA SB, Dep. SZ, Nr. 2326, [https://www.biologie-seite.de/Biologie/Walter\\_Giesecking](https://www.biologie-seite.de/Biologie/Walter_Giesecking).

<sup>50</sup> LA SB, MK, PA, Nr. 2326.

<sup>51</sup> Ebenso

<sup>52</sup> <http://www.hfm.saarland.de/studium/walter-giesecking-wettbewerb-der-saarlb/> [12.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Mit Joseph Müller-Blattau (ab 1952 Leiter des Staatlichen Konservatoriums)<sup>53</sup> und dessen Antisemitismus gibt es einen weiteren und zugleich schwerwiegenderen Fall im Bereich der Musik. Beide Musiker sind aber historisch aus Saarperspektive besonders lehrreich. Sie zeigen, wie die Hoffmann-Regierung ebenso wie das NS-Opfer Konrad Adenauer aus Gründen der politischen Opportunität mit ehemaligen Nazis oder Mitläufern zusammenarbeitete. Politisch Belastete und Täter kamen so wieder in Amt und Würden, übrigens auch in der DDR. Dies zeigt sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, in Kunst und Kultur, Politik, Medizin und Verwaltung und nicht immer waren es unverzichtbare oder rare Experten wie etwa die Anstellung von Wilhelm Schmelcher (Saarbrücker Polizeipräsident 1935 – 1942, NSDAP, Febr. 1942 bis Mai 1943 SS- und Polizeiführer in Tschernigow, Ukraine) im saarländischen Innenministerium 1954 zeigt.<sup>54</sup>

***Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:***

***ROT/Umbenennung: (0)***

***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)***

**Radewahn (CDU)**

**Dr. Klotz (SPD)**

**Brass/Schricketl (Die Grünen): Man schwankt zwischen Gelb und Grün und votiert nach Gesamtabwägung für Gelb.**

**Feneis (FDP): Giesecking war ein Genie, aber eine widersprüchliche Person.**

**Jacob (Die Linke): Das Gutachten ist sehr hilfreich, unbekannte Aspekte des Künstlers werden deutlich.**

**Stamm (AfD):**

***GRÜN/Keine Umbenennung: -***

***Literatur:*** Bernard Gavoty, Roger Hauert, *Les grands interprètes: Walter Giesecking*. Genève 1954.

*Walter Giesecking, So wurde ich Pianist*, Wiesbaden 1963.

*Karl Leimer, Modernes Klavierspiel nach Leimer-Giesecking*, Mainz 1931.

*Karl Leimer, Rhythmik, Dynamik, Pedal und andere Probleme des Klavierspiels nach Leimer-Giesecking*. Mainz 1938.

*Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*. Frankfurt/Main 2007.

<sup>53</sup> 1. Mai 1933 Eintritt in die NSDAP, SA.-Mitglied, 1935 Professur für Musikwissenschaft in Frankfurt/Main, arbeitete 1936 für die Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe der SS über Germanisches Erbe in deutscher Tonkunst, siehe: [https://de.wikipedia.org/wiki/Joseph\\_M%C3%BCller-Blattau](https://de.wikipedia.org/wiki/Joseph_M%C3%BCller-Blattau) [18.03.2021].

<sup>54</sup> Hans-Christian Herrmann, Burbacher Perspektiven – Die Nachkriegszeit verstehen, In: Ders. u. a. (Hg.), Burbacher Gold. Kohle, Stahl und Eisenbahn. Ein Stück Saarbrücker Stadtgeschichte, Marpingen 2019, S. 243 ff...

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## Heinkelstraße benannt nach Ernst Heinkel, Flugzeugkonstrukteur und Wehrwirtschaftsführer (1888-1958)

*Heinkelstraße 3 bis 15 und 2 bis 42, Distrikt 116, Bellevue Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### Würdigung in einem Satz:

**Genialer Flugzeugkonstrukteur mit schwerer NSDAP-Belastung, der sein Leben ganz in den Dienst eines verbrecherischen Kriegers gestellt hat.**

### Darstellung:

Am 30. Mai 1968 entschloss sich der Saarbrücker Stadtrat zur Namensbenennung.<sup>55</sup> Ernst Heinkel war ein herausragender Flugzeugkonstrukteur. Im Jahr 1911 baute er sein erstes Flugzeug, eine verbesserte Doppeldecker-Maschine. Im Jahr 1922 gründete er ein Flugzeug- und Motorenwerk in Warnemünde bei Rostock. Vor allem ist mit ihm das 1938 vorgestellte erste Turbinenflugzeug der Welt verbunden. 1939 unternahm er erste Flüge mit einem Fluggerät mit Raketenantrieb. Sein Name steht auch für die Entwicklung von Strahltriebwerken im Zweiten Weltkrieg.<sup>56</sup>

Zu seiner Vita informiert das Museum Remshalden: „Der am 24. Januar 1888 in Grunbach geborene Ernst Heinkel begann nach Aufgabe seines Ingenieurstudiums 1911 seine Laufbahn als Konstrukteur bei der Luft-Verkehrs-Gesellschaft A.G. Johannisthal bei Berlin. 1913 wechselte er zu den Albatros-Flugzeugwerken und wurde deren Chefkonstrukteur und Direktor. Er war für den Bau verschiedener im Ersten Weltkrieg eingesetzter Flugzeugtypen verantwortlich. Nach Kriegsende betrieb Heinkel in Grunbach eine Automobilreparaturwerkstatt. Am 1. Dezember 1922 gründete er in Warnemünde bei Rostock sein eigenes Unternehmen, die ‚Ernst Heinkel Flugzeugwerke‘. Aufgrund der Einschränkungen durch den Versailler Vertrag suchte er seine Auftraggeber auch im Ausland und verkaufte seine Flugzeuge u.a. nach Japan, in die Sowjetunion und in die USA. (...) Heinkel war zudem am geheimen Aufrüstungsprogramm in der Weimarer Republik beteiligt. 1925 verlieh die Württembergische Technische Hochschule zu Stuttgart Heinkel die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber. 1932 ernannte ihn die Universität Rostock zum Doktor der Philosophie honoris causa. Die im selben Jahr entwickelte He 70 war das mit Abstand schnellste Passagierflugzeug der Welt. Am 1. Mai 1933 wurde Ernst Heinkel Mitglied der NSDAP. Eine enge Verbindung zum Reichsluftfahrtministerium sicherte Heinkel die besondere Förderung seiner Flugzeuge und seines Unternehmens. Im Frühjahr 1936 wurde das Heinkel-Werk in Oranienburg gegründet, um die Produktion der Kampflugzeuge auszuweiten. Die He 111 stieg zum Standardbomber der Luftwaffe auf. Im Dezember 1937 wurde Ernst Heinkel zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. 1938 verlieh ihm Adolf Hitler den Professoren-Titel. Im selben Jahr wurde Ernst Heinkel zusammen mit dem Flugzeugbauer Willy Messerschmitt neben Ferdinand Porsche und Fritz Todt mit dem Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Die Heinkel He 178 war 1939 das erste Düsenflugzeug der Welt. 1943 verschmolzen alle

<sup>55</sup> Stadtarchiv Saarbrücken, StA 62, Straßennamendatenbank

<sup>56</sup> <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.vortrag-ueber-ernst-heinkel-in-remshalden-kooperation-mit-nazis-bot-chance.c1394f65-341b-429d-ab9e-f7b8da718e8f.html> [30.03.,2921].

Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Heinkel-Firmen zur Ernst Heinkel AG, Rostock. Die Heinkelwerke beschäftigten 1944 weit über 50.000 Beschäftigte, davon waren mehr als die Hälfte Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Nach dem Krieg begann Ernst Heinkel im verbliebenen Werk in Stuttgart-Zuffenhausen mit der Entwicklung und dem Bau von Zweirädern, Kabinenrollern und Motoren. Mit der Aufhebung der entsprechenden Verbote stieg er 1955 erneut in die Entwicklung von Flugzeugen und Strahltriebwerken ein. 1958 starb Ernst Heinkel in Stuttgart und wurde in seinem Geburtsort beigesetzt.<sup>57</sup>

## **Bewertung/Votum Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann:**

### **ROT/Umbenennung**

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Industrielle und Ingenieure rüstungsrelevanter Bereiche ihre Möglichkeiten dem NS-System nicht einfach verweigern konnten, es sei denn, sie waren bereit, massive Nachteile in Kauf zu nehmen und bei Widerstand selbst Verfolgung und Enteignung zu erleiden. Dies gilt ganz besonders für die Luftfahrtindustrie, die zur Vorzeigebbranche des NS-Staates wurde und einen enormen Aufschwung erlebte. Militärisch markiert die deutsche Luftwaffe eine große Stärke von NS-Deutschland, 1944 etwa wurden 40.000 Flugzeuge gebaut. Der Luftkrieg steht für einen Krieg, der Mord und materielle Existenzvernichtung an der Zivilbevölkerung bewusst in Kauf nahm. Umso höhere Sensibilität ist in den Fällen angezeigt, in denen klar erkennbar ist, dass Industrielle und Ingenieure ihr Können in den Dienst des NS-Systems und insbesondere in den Dienst eines verbrecherischen Angriffskrieges stellten und davon materiell profitierten – letzteres ist bei Heinkel der Fall, deshalb eine klare und entschiedene Empfehlung einer Umbenennung.

Heinkel ist der Fall eines Ingenieurs, der sein herausragendes Können in den Dienst eines verbrecherischen Angriffskrieges gestellt hat. Er war dabei weniger wirtschaftlich denkender Unternehmer als ein besessener Technikfreak. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit NSDAP-Stellen, diese Konflikte stehen aber im Kontext von Einmischungen und sind nicht Ursache eines Dissenses über einen verbrecherischen Krieg. Es sind Leute wie Heinkel, die Hitlers Verbrechen mit ermöglichten. Der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Professor Paul Erker, charakterisiert Heinkel als Typ eines Unternehmers, der selbst gegen Ende des NS-Regimes noch vom „Endsieg“ überzeugt war, die Hoffnung nicht aufgab und mit brutaler Härte versuchte, technologische Rückstände aufzuholen und Fehler der Rüstungspolitik zu überwinden. Für die mit Nachdruck ausgesprochene Empfehlung der Umbenennung wird auch auf den Umgang mit Zwangsarbeitern hingewiesen und das Profitieren durch Arisierungen. So erwarb Heinkel 1939 einen vormals jüdischen Betrieb in Jenbach, dessen Eigentümer Friedrich Reitlinger war kurz nach der Angliederung Österreichs an Hitler-Deutschland nach mehreren Hausdurchsuchungen durch die SS unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommen. Der NS-Staat übernahm sein Eigentum, gekauft wurde die Firma von Heinkel, Heinkel erwarb auch das Wohnhaus Reitlingers. Erker bezeichnet Heinkel als technikfixiert und skrupellos, er taue nicht als Namensgeber für Straßen und Schulen.<sup>58</sup>

<sup>57</sup> <https://www.remshalden.de/de/freizeit/museum/ernst-heinkel> [30.03.2021].

<sup>58</sup> <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.der-umstrittene-flugzeugpionier-ernst-heinkel-technikfixiert-und-skrupellos.98e9306c-4509-41d3-8600-5c0d6550e729.html?reduced=true> [30.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Dass Rüstungsbetriebe Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge beschäftigten, war leider üblich, mit Blick auf die Industriellen selbst wiegt es umso schwerer, wenn sie selbst aktiv solche Kräfte einwarben, dies gilt für Heinkel. So war etwa Heinkels-Flugzeugwerk in Oranienburg mit über 14.000 Beschäftigten im Juni 1944 eines der bedeutendsten Unternehmen der Luftfahrtindustrie. Das Unternehmen, dem zu diesem Zeitpunkt Ernst Heinkel vorstand, forderte ab 1940 die Häftlinge aus dem KZ-Sachsenhausen an. Knapp 7000 KZ-Insassen leisteten im Juni 1944 dort Zwangsarbeit, insgesamt über 50.000. Heinkel bemühte sich persönlich zur Umsetzung der Produktion seines Flugzeuges HE 162 um KZ-Zwangsarbeiter. Auch damit nicht genug: Heinkel war verwickelt in die Vertreibung von Juden. Als Fachkräfte eines Rostocker Rüstungsbetriebes im Raum Stuttgart 1941 eingesetzt werden sollten und diese unterzubringen waren, bracht Heinkel die Stuttgarter Judenwohnungen ins Gespräch, Wohnungen, in denen ältere und nicht arbeitsfähige Juden lebten. Diese wurden geräumt, die jüdischen Frauen und Männer in anderen Wohnungen zusammengepfercht und dann von dort in die Konzentrationslager des Ostens verschleppt. Heinkel erwarb Immobilien, die von Juden seinerzeit geräumt werden mussten. Ein weiterer Fall von erworbenem jüdischen Besitz durch Heinkel betraf ein Anwesen in Wien – Heinkel profitierte von Zwangsarisierungen.<sup>59</sup>

Das Wissen im Falle Heinkel reicht aus, eine Umbenennung ist überfällig und dringend angezeigt.

**Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: (6)**

**Radewahn (CDU): folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ebenso**

**Jacob (Die LINKE): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung : -**

**GRÜN/ keine Umbenennung: -**

**Literatur:** Lutz Budraß, „Der Preis des Fortschritts: Ernst Heinkels Meistererzählung über die Tradition der deutschen Luftfahrtindustrie“, in: J. Osterloh u. H. Wixforth, *Unternehmer und NS-Verbrechen: Wirtschaftseliten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland*, 2014, S. 217–249.

Lutz Budraß, „Der Schritt über die Schwelle: Ernst Heinkel, das Werk Oranienburg und der Einstieg in die Beschäftigung von KZ-Häftlingen“, in: Winfried Meyer und Klaus Neitmann, *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg: Formen, Funktion, Rezeption*, 2001, S. 129–162.

Paul Erker/Toni Pierenkemper (Hrsg.), *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, München 1999.

Roman Fröhlich, „Der Häftlingseinsatz wurde befohlen.“ *Handlungsspielräume beim Einsatz von Häftlingen des KZ Sachsenhausen im Heinkel-Flugzeugwerk Oranienburg*, Berlin 2018.

---

<sup>59</sup> <https://www.svz.de/incoming/heinkel-profitierte-von-kz-arbeitern-id7509086.html> [30.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Hindenburg, Paul von (eigentlich Paul Ludwig Hans Anton von Beneckendorff und von Hindenburg) (1847– 1934). Preußischer Offizier, Generalfeldmarschall und 1925–1934 Reichspräsident**

*Hindenburgstraße 57 - 75, Distrikt 162 Winterberg, Stadtteil St. Annual  
Hindenburgstraße 1-52, Distrikt 211 Gersweiler-Mitte, Stadtteil Gersweiler*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Ein Militär und Reichspräsident mit zweifelhafter Rolle im Ersten Weltkrieg, republikfeindlich und einer der Väter der Dolchstoßlegende.**

### **Darstellung:**

Hindenburg, geb. am 2. Oktober 1847 in Posen, gest. am 2. August 1934 auf Gut Neudeck: Der an sich schon 1911 in den Ruhestand getretene General trat 1914 wieder in militärische Dienste und wurde Oberbefehlshaber der 8. Armee in Ostpreußen. Gemeinsam mit Erich Ludendorff gelang ihm bei der Schlacht von Tannenberg im August 1914 ein Sieg über die zahlenmäßig viel stärkere russische Armee. Sein persönlicher Anteil am Sieg wird eher als gering gewertet. Aus damaliger Perspektive war Tannenberg auch ein Sieg über die Kommunisten und mit Blick auf die politische Polarisierung der Weimarer Zeit und die im deutschen Bürgertum stark verankerte Kommunistenangst ein wichtiger Aspekt zum Verständnis einer über viele Jahrzehnte positiven Rezeption.<sup>60</sup>

Die Schlacht bei Tannenberg sollte wesentlich zum Hindenburg-Mythos beitragen und erklärt auch, dass schon nach dem Ersten Weltkrieg zu seinen Lebzeiten Straßen nach ihm benannt wurden, insbesondere zwischen 1927 und 1933, die Straßenbenennung in Saarbrücken erfolgte aus Anlass seines 80. Geburtstages im Jahr 1927.

Mit Ludendorff als Stabschef übernahm Hindenburg 1916 die Oberste Heeresleitung und damit die Verantwortung für Entscheidungen wie den uneingeschränkten U-Bootkrieg 1917, der zum Kriegseintritt der USA führte. Damit verbunden seine Verantwortung für die Verlängerung eines sinnlosen Krieges wegen der Ablehnung eines Verständigungsfriedens 1917 und die von ihm betriebene Absetzung von Reichskanzler Bethmann Hollweg,<sup>61</sup>

Als der Kaiser am 9. November 1918 abdankte, ging die alleinige Befehlsgewalt über das Heer auf Hindenburg über. In dieser Funktion war er für die Demobilisierung verantwortlich, die er mit den neuen revolutionären Organen durchführte – was ihm den Respekt der Sozialdemokratie eintrug. Mit seiner Einschätzung der Kräfteverhältnisse trug Hindenburg 1919 zur Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles bei, wollte aber öffentlich damit nicht in Verbindung gebracht werden. Hindenburg, durch Tannenberg für viele zum Weltkriegshelden geworden, wird zum Stichwortgeber der Dolchstoß-Legende und baut damit eine die Weimarer Republik belastende Hypothek auf, die die republikanischen Politiker der Weimarer Republik als Vaterlandsverräter verunglimpfte. Diese maßgeblich von Hindenburg in die Welt gesetzte Legende wurde zu einer Gründungshypothek der Weimarer Republik, zur

---

<sup>60</sup> Wolfram Pyta, Wolfram, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2008.

<sup>61</sup> Ebenso

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Propagandalüge der antidemokratischen und antisemitischen Kräfte, die zum Scheitern der Weimarer Republik wesentlich beitragen sollte.<sup>62</sup>

Als Reichspräsident hat Hindenburg Hitlers Machtergreifung befördert. Nach einem ergebnislosen ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl war Hindenburg von rechten Parteien als Kandidat nominiert, demokratisch gewählt und am 12. Mai 1925 vereidigt worden. Er galt als überzeugter Monarchist, hielt sich zwar an die Verfassung, verhinderte aber alle Ambitionen, den problematischen Artikel 48 der Weimarer Verfassung einzuschränken.

Ab 1930 regierten unter Berufung auf Artikel 48 die von Hindenburg geduldeten Präsidialkabinette unter Brüning, Papen und Schleicher. Als der Reichstag 1930 die von Hindenburg gegengezeichneten Notverordnungen Brünings aufheben wollte, löste Hindenburg den Reichstag auf und die demokratischen Parteien erhielten keine Mehrheit mehr. Bei der neuen Reichspräsidentenwahl 1932 wählten die demokratischen Parteien Hindenburg, um Hitler als Reichspräsidenten zu verhindern. Nach zwei erneuten Reichstagswahlen 1932 war eine Regierungsbildung ohne die Nationalsozialisten und die DNVP nicht mehr möglich. Als auch General Schleichers kurze Kanzlerschaft gescheitert war, ernannte Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. Nur zwei Tage später, am 1. Februar 1933, unterschrieb er die erneute Auflösung des Reichstags, weitere zwei Tage später die „Verordnung zum Schutze des Deutschen Volkes“ und damit die Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit, sowie die sogenannte „Reichstagsbrandverordnung“, die wesentliche Grundrechte der Verfassung aushebelte (Meinungsfreiheit, Brief- und Fernmeldegeheimnis, Unversehrtheit der Wohnung etc.) und willkürliche Verhaftungen politischer Gegner der Nationalsozialisten ermöglichte. Noch wichtiger wurde dann das ebenfalls von Hindenburg unterzeichnete Ermächtigungsgesetz, mit dem die Regierung Hitler nun unabhängig vom Reichstag Gesetze erlassen konnte. Bis zu seinem Tod spielte Hindenburg dann in der Politik keine bedeutende Rolle mehr.

Die Umbenennung der Alleestraße in Hindenburgstraße war quasi eine Provokation der Stadt gegen die die Regierungskommission, da ihre Adresse nun auf Hindenburgstraße lautete. Sie wurde 1947 wieder in Alleestraße umbenannt, 1957 wurde die Umbenennung wieder rückgängig gemacht. Auf das Wirken von Oskar Lafontaine erfolgte 1985 die weitgehende Umbenennung in Franz-Josef-Röder-Straße.

## **Bewertung und Gutachten des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

### **ROT/Umbenennung**

Für eine Umbenennung (St. Annual) maßgeblich: Insbesondere durch die von Wolfram Pyta publizierte Studie zu Hindenburg ist das Bild des greisen Hindenburg, der mehr oder weniger senil ein Spielball reaktionärer Kräfte gewesen wäre, passé. Damit setzte sich Pyta von älteren Wertungen deutlich ab.

---

<sup>62</sup> <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/dolchstosslegende.html> [11.01.2021]; [https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Dokumente-zur-Zeitgeschichte/19191118\\_hindenburg-dolchstosslegende.html](https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Dokumente-zur-Zeitgeschichte/19191118_hindenburg-dolchstosslegende.html) [11.01.2021].

Eine Umbenennung erscheint notwendig: Die Lüge Ludendorffs und Hindenburgs, das deutsche Heer sei unbesiegt gewesen und die Niederlage sei durch Republikaner und Sozialdemokraten herbeigeführt worden, steht für das verantwortungslose Handeln beider Militärs. Die fehlende Identifikation weiter Teile der Bevölkerung mit der Weimarer Republik wurde dadurch wesentlich gefördert, da die Mittelschicht infolge der Niederlage erhebliche Vermögensverluste erleiden sollte, hatte sie doch den Krieg über Kriegsanleihen mitfinanziert.

Hindenburgs führende Rolle in der Obersten Heeresleitung (OHL) weist ihn als republikfeindlichen Akteur aus, da die OHL als „Militärdiktatur“ charakterisiert werden darf, die an Kaiser und Reichstag vorbei agierte. Dazu kommt neben der „Dolchstoßlegende“ die wesentlich auch von ihm mit zu verantwortende Verlängerung des Kriegszustandes, die unnötig Hunger<sup>63</sup> und Leid verlängerte und Soldaten in Schützengräben verrecken ließ<sup>64</sup> – angesichts der Realität des Ersten Weltkrieges ist diese Wortwahl angezeigt. Allein diese Sachverhalte sind schon so schwerwiegend, dass sie für eine Umbenennung ausreichend erscheinen.

Darüber hinaus sind die freiwillig von ihm getroffenen Entscheidungen als Reichspräsident maßgeblich für die NS-Machtergreifung mit seiner Unterzeichnung des Ermächtigungsgesetzes, zusammen mit der Reichstagsbrandverordnung ermöglichte er damit den Aufbau des NS-Terrorregimes.

Die Forderung nach einer Umbenennung auch für Gersweiler ist zu erwarten und zu empfehlen.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

##### ***ROT/Umbenennung: (1)***

**Brass/Schricketl (Die Grünen): Folgen dem Gutachten des Stadtarchivs und verweisen auf Hindenburgs Rolle bei der Dolchstoßlegende, dem Ermächtigungsgesetz und der Reichstagsbrandverordnung und den sich daraus ergebenden antiparlamentarischen und antisemitischen Folgewirkungen.**

##### ***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung erforderlich : (2)***

**Brandt/Radewahn (CDU): Folgt weitgehend Stadtarchiv.**

**Dr. Klotz (SPD): Mit Blick auf die Komplexität des Themas kann die Erläuterung nur digital erfolgen.**

**Stamm (AfD): Folgt Stadtarchiv.**

**Jacob (Die LINKE): Folgt Stadtarchiv.**

##### ***GRÜN/Beibehaltung : (1)***

**Feneis (FDP): Hindenburg unterlag der Illusion, Hitler beliebig lenken zu können. Das am 23. März 1933 mit Zweidrittelmehrheit vom Reichstag verabschiedete Ermächtigungsgesetz wurde im Reichstag nur von der SPD abgelehnt, aber u.a. auch ausschlaggebend vom Zentrum unterstützt. Die KPD-Abgeordneten waren nicht anwesend, da sie verhaftet worden waren. Die Erschießungen von mutmaßlichen Gegnern Hitlers im Rahmen des „Röhmputsches“ im Juni 1934 wurden auf seine Veranlassung gestoppt.**

***Literatur:*** Andreas Dorpalen, , *Hindenburg and the Weimar Republic*, Princeton 2015 (Neudruck).  
Wolfram Pyta, , *Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2008.

<sup>63</sup> <https://www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/2011-3/04ein.html> [10.01.2021].

<sup>64</sup> <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/157602/redaktion> [10.01.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Mathias-Iven-Straße, benannt nach dem Sportförderer und Mitbegründer der Saarland-Sporttoto GmbH Mathias Iven (1898 - 1961)**

*Mathias-Iven-Straße 2 bis 10, Distrikt 111 Schlossplatz, Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Führungspersönlichkeit des saarländischen Sports und Mitbegründer von Toto-Lotto mit erheblicher NS-Belastung.**

### **Darstellung:**

Mathias Iven (geb. 16.08. 1898 in Bonn, verstorben am 12.04.1961 in Homburg), war von 1928 bis 1935 Prokurist der Heinrich Kiefer Konzert-Café und Restaurant KG in Saarbrücken (Café Kiefer, Reichsstraße), Geschäftsführer des Verkehrsvereins Saarbrücken und ab 1935 bis 1944 Inhaber eines Reise- und Verkehrsbüros, das sich wohl zum lange Zeit bedeutendsten Saarbrücker Reisebüro entwickeln sollte.<sup>65</sup>

In der Saarabstimmung 1935 spielt Iven eine nicht unbedeutende Rolle bei der Deutschen Front als Leiter des Quartier- und Verkehrsbüros, ferner soll er Landesredner der Deutschen Front gewesen sein.<sup>66</sup>

Iven war von 1933 -1945 auch Vorsitzender des Ruder-Clubs Saar e.V. in Saarbrücken, Mitorganisator des Saar-Radio-Clubs e.V. und des Verbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer an der Saar e.V. und von 1939 -1945 freiwillig Kriegsteilnehmer in einer Propaganda-Kompanie.<sup>67</sup>

Folgende Mitgliedschaften in der NSDAP und ihrer Organisationen bekleidete er: NSDAP, 1. Juni 1933; NSDAP-Kreispropagandaleiter Saarbrücken 1935 bis 26. August 1939, DAF seit 1936, NSV seit 1935, NSKOV seit 1935, NS Reichsbund für Leibesübungen seit 1935, NS Altherrenbund, NS Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute ab 1936.<sup>68</sup>

Iven durfte nach 1945 zunächst nicht ins Saarland und sein Eigentum wurde zwangsverwaltet, dann aber wurde er 1951 Mitgeschäftsführer der neugegründeten Saarland-Sporttoto-GmbH, dieses Amt übte er bis 1961 aus. Er hatte einflussreiche Positionen inne, sowohl in der Zeit des autonomen Saarlandes wie auch nach dem 23. Oktober 1955. So gehörte er ab 24. Januar 1952 dem Olympischen Ausschuss des Saarlandes an und wurde Generalsekretär der Olympischen Gesellschaft des Saarlandes.<sup>69</sup> Er verstarb am 12. April 1961 in Homburg und ist auf dem Burbacher Waldfriedhof bestattet. Zu seinen Ehren fand auf Veranlassung des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Röder ein Festakt in der Aula des Ludwigsgymnasiums statt. Im Stadtteil Alt-Saarbrücken wurde eine Straße nach ihm benannt.<sup>70</sup>

<sup>65</sup> [http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis\\_detail.php?id=2424](http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=2424) [18.03.2021].

<sup>66</sup> Ebenso

<sup>67</sup> Ebenso

<sup>68</sup> Landesarchiv Saarbrücken (LA SB), Staatskommissar für politische Säuberung, Nr. 681.

<sup>69</sup> Wolfgang Harres, Sportpolitik an der Saar 1945–1957, Saarbrücken 1997, S. 137, 224 f, 229.

<sup>70</sup> [http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis\\_detail.php?id=2424](http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=2424) [18.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## Bewertung des Stadtarchivs/Hr. Dr. Herrmann:

### GELB/Beibehaltung mit Erläuterung

Mathias Iven stand als Toto-Chef im Ruf eines geschickten Finanz- und begnadeten Werbeexperten. Das Land konnte bei der Entwicklung seiner Sporteinrichtungen davon nachhaltig profitieren, genannt seien das Sporthotel Homburg, das Wassersportbecken Dreisbach, das Saarbrücker Schwarzenbergbad/Totobad, diverse Schwimmhallen wie etwa in Neunkirchen, die Mehrzweckhalle St. Ingbert sowie zahlreiche Sportplätze, die auf ihn zurück gehen.<sup>71</sup>

Iven repräsentierte in der Nachkriegszeit die Macht von Sport und Toto – sowohl im autonomen wie später im Bundesland Saarland. Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung dazu fehlt. Zu ihr gehört auch die Rolle von Hermann Neuberger. Entsprechende Akten wurden nicht an die Archive abgegeben, sondern vermutlich umfassend vernichtet. Eine kritische Distanz erscheint daher zunächst einmal angebracht.

Mit Blick auf die Saarabstimmung 1935 und dem damit verbundenen Kampf der Deutschen Front ist Iven nicht irgendein Mitglied, sondern ein herausragendes. Sein Sohn Ernst-Günther berichtete von einem entsprechenden Einsatz und „Die Wildente“, ein Mitteilungsblatt ehemaliger Angehöriger der Propaganda-Kompanien, bezeichnet ihn anlässlich seines Todes als einen der „verdienstvollen Organisatoren“ der Deutschen Front. Die jüdische Kinobesitzerfamilie Davidson musste 1932 aus wirtschaftlichen Gründen Konkurs anmelden. Ihr Anwesen am Staden wurde versteigert. Ivens Schwiegervater Heinrich Kiefer erwarb es. Von Belang ist die weitere Verwendung der Immobilie. Iven sorgte für die Vermietung der Villa an den Reichssender Saarbrücken und damit wurde die ehemalige Davidson-Villa sozusagen zum „Geburtshaus des nationalsozialistischen Radios an der Saar“. Für den Saarkampf spielte der Sender eine herausragende Rolle. Iven pflegte engste Kontakte zum Sender, dies darf den Äußerungen seines mittlerweile verstorbenen Sohnes entnommen werden. Dieses Bild ergibt sich aus den Forschungen zur Villa Davidson und dem Reichssender Saarbrücken, die von Axel Böcker (*ehemaliger Sachgebietsleiter Baudenkmalpflege im saarländischen Landesdenkmalamt*) und Stefan Weszkalnys (*Saarbrücker Lokalhistoriker und stellvertretender Präsident des Saarländischen Museumsverbandes*) sowie dem ehemaligen SR-Rundfunkchef Axel Buchholz geleistet wurden.<sup>72</sup>

Iven war nicht nur Mitglied der NSDAP und Mitglied zahlreicher NS-Organisationen. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er freiwillig, er war Kriegsberichterstatter, zog durch ganz Frankreich und war beim Russlandfeldzug bis Stalingrad dabei. Bei Kriegsende war er Major und Leiter der Kriegsberichterstatter-Einsatzabteilung in Berlin.<sup>73</sup>

Im Entnazifizierungsverfahren wurde Iven als „Mitläufer“ eingestuft, sein Besitz war übrigens zunächst von der französischen Militärregierung beschlagnahmt worden. Seine Rolle im Dritten Reich wie in der Völkerbundzeit ist noch nicht umfassend aufgearbeitet, die Quellenlage zu Iven ist schwierig.<sup>74</sup>

<sup>71</sup> Saarbrücker Zeitung vom 13.4.1961.

<sup>72</sup>[https://www.sr.de/sr/home/der\\_sr/wir\\_uber\\_uns/geschichte/fundstuecke/20180601\\_fundstueck\\_juni\\_2018\\_villa\\_davidson100.html](https://www.sr.de/sr/home/der_sr/wir_uber_uns/geschichte/fundstuecke/20180601_fundstueck_juni_2018_villa_davidson100.html)

<sup>73</sup>[https://www.sr.de/sr/home/der\\_sr/wir\\_uber\\_uns/geschichte/fundstuecke/20180601\\_fundstueck\\_juni\\_2018\\_villa\\_davidson100.html](https://www.sr.de/sr/home/der_sr/wir_uber_uns/geschichte/fundstuecke/20180601_fundstueck_juni_2018_villa_davidson100.html) [18.03.2021].

<sup>74</sup> LA SB, Staatskommissar für politische Säuberung, Nr. 681; Ebenso, Landesamt Saar Vermögenskontrolle, Nr. 559, 560.

Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Eine Armada von Persilscheinen legte sein Rechtsanwalt Erwin Müller seinerzeit vor. Sie sollen das Bild eines „menschlich anständigen“ Menschen „christlicher Haltung“ zeigen, der „oft in starkem Widerspruch zu der politischen und rassischen Ideologie des Dritten Reiches“ gestanden habe. Diese Einschätzung wird grundsätzlich in Frage gestellt, denn eine solche Einstellung hätte zu politischer Verfolgung, zumindest zu Konflikten mit der NS-Diktatur führen müssen.

Gleichwohl können die vorgelegten „Persilscheine“ nicht pauschal und in Gänze als unglaubwürdig abgetan werden, so berichtet ein in der Sprache des Systems „jüdischer Mischling“ davon, dass er im Café Kiefer auch nach 1935 weiterspielen durfte und Iven sich für ihn eingesetzt habe, als er wegen Rassenschande angezeigt worden sei. Eine bei Iven angestellte Telefonistin berichtet von gegenüber Juden solidarischem Verhalten Ivens, was nicht ungefährlich gewesen sei, so habe Iven eine Halbjüdin nicht entlassen, sondern weiterbeschäftigt und bezahlt, aber aus eigener Tasche und nicht über die Geschäftsbücher. Im Hause Iven war außerdem eine Zwangsarbeiterin aus der Ukraine namens Katja beschäftigt, sie soll es bei den Ivens gut gehabt haben und selbst von „Vati“ und „Mutti“ gesprochen haben.<sup>75</sup>

Bei einem Heimataufenthalt soll sich Iven realistisch zum Kriegsverlauf geäußert haben und bei der Gestapo deshalb denunziert worden sein. Ebenso positiv äußern sich ein Pfarrer, der Iven im Russlandfeldzug kennengelernt hatte, und zwei Sozialdemokraten, darunter der NS-Verfolgte Georg Schulte, der bescheinigte: „Mir ist kein Fall bekannt geworden, in dem Herr Dr. Iven sich Übergriffe gegen politische Gegner schuldig gemacht hätte.“<sup>76</sup>

Iven ist ebenso wie der Fall Giesecking ein interessantes Beispiel für die Widersprüchlichkeit des autonomen Saarlandes, das entgegen dem antifaschistischen Anspruch bereit war, mit politisch belasteten Persönlichkeiten zusammenzuarbeiten und sie in Amt und Würden zu bringen.

Die zur Verfügung stehenden Quellen lassen keine wirklich sichere Einschätzung Ivens zu, eine politische Belastung besteht gleichwohl. Iven ist ein Grenzfall. Da die betreffende Straße recht unscheinbar ist, wird von einer Umbenennung abgesehen. Es bleibt die Pflicht, bei der Frage der NS-Verstrickung von Persönlichkeiten, die Bereiche Sport und Kunst nicht „nachsichtiger“ zu behandeln als etwa die Politik.

#### ***Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:***

##### ***ROT/Umbenennung: (1)***

**Brass/Schröckel (Die Grünen)**

##### ***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (5)***

**Radewahn (CDU):**

**Dr. Klotz (SPD):**

**Feneis (FDP): Herr Feneis betont, Iven sei ein eindeutiger Nazi ebenso wie Heinrich Schneider. Ein Angehöriger der funktionalen Intelligenz.**

**Jacob (LINKE):**

**Stamm (AfD):**

##### ***GRÜN/Keine Umbenennung: (0)***

---

<sup>75</sup> Ebenso

<sup>76</sup> Ebenso



## **Neikesstraße, benannt nach dem Saarbrücker Oberbürgermeister Hans Neikes (1881-1954)**

*Neikesstraße 1 bis 13, 4 bis 4, Distrikt 132, Stadtteil St. Johann*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Herausragender Saarbrücker Oberbürgermeister mit erheblicher NS-Belastung.**

### **Darstellung:**

Die Lebensstationen von Hans Neikes im Überblick:<sup>77</sup>

- Geboren am 20. Januar 1881 in Köln, Gymnasialzeit in Köln, Frankenstein, Waldenburg, Ostern 1900 Abitur am Kölner Marzellengymnasium
- Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Berlin und Bonn, 1900 Mitglied des Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Vereins (später Landsmannschaft Marksburgia), Erste juristische Staatsprüfung in Köln, 30. Juli 1903 Ernennung zum Referendar, 1903 Promotion zum Dr. jur. in Rostock, Freistellung vom Militärdienst, Ableistung des verwaltungsjuristischen Vorbereitungsdienstes, März 1908 Zweite juristische Staatsprüfung in Berlin
- Mai 1908 Volontär, 1. April 1909 juristischer Hilfsarbeiter
- 1. April 1910 besoldeter Beigeordneter der Stadt Oberhausen (bis 31. Juli 1919)
- 1916 Ernennung zum 1. Beigeordneten, 1. August 1918 besoldeter Stadtrat in Dortmund
- März 1921 Wahl zum Bürgermeister von Saarbrücken, 3. Mai 1921 Amtseinführung, 1928 Verleihung der Bezeichnung Oberbürgermeister, 21. Februar 1933 Wiederwahl in Saarbrücken für weitere zwölf Jahre, 9. Oktober 1934 Ehrenbürgerschaft der Stadt Saarbrücken für Adolf Hitler
- 8. April 1935 Entlassung auf Betreiben des NSDAP-Gauleiters Josef Bürckel, 1. August 1935 Versetzung in den Ruhestand
- 27. September 1935 Wegzug nach Wiesbaden
- 1. Juli 1936 Vorstandsmitglied der Treuhandgesellschaft für kommunale Unternehmungen AG in Berlin (bis 31. Dezember 1937), 1. Februar 1938 Mitarbeit bei Albert Speer in Berlin (bis 31. Juli 1938), 1. Oktober bis 21. Dezember 1939 Tätigkeit beim Reichswirtschaftsministerium, 1939-1945 erneute Mitarbeit im Büro Speer, ab 4.11.1942 Generalbauinspektion für die Reichshauptstadt
- 15. Juni 1945 Tätigkeit in der Berliner Abwicklungsstelle (bis 31. Januar 1946), 1. Februar 1946 Leiter des Hauptprüfungsamtes beim Magistrat von Groß-Berlin (bis 16. Dezember 1946), 17. Dezember 1946 Bezirksrat für die Finanzen beim Berliner Bezirksamt Tiergarten (bis 31. Mai 1949), 1. Juni 1949 emeritiert
- 15. Mai 1952 Umzug von Berlin nach Saarbrücken
- 12. Februar 1954 Hans Neikes stirbt in Saarbrücken

Nach dem Ersten Weltkrieg war das Saarkohlebecken von Deutschland abgetrennt und unter Völkerbundverwaltung gestellt worden. Dazu setzte der Völkerbund eine

---

<sup>77</sup> [http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis\\_detail.php?id=1075](http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=1075)[20.01.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Regierungskommission ein. Sie war stark von französischen Interessen bestimmt. In dieser Situation gewann das Amt des Bürgermeisters von Saarbrücken ein enormes politisches Gewicht. Als Stadtoberhaupt von Saarbrücken ab 1921 besetzte Neikes die Rolle des profilierten Opponenten gegen die französisch bestimmte Regierungskommission, die danach strebte, das Saargebiet wirtschaftlich, politisch und kulturell von Deutschland zu lösen und mit Frankreich zu verbinden.<sup>78</sup>

So kritisierte Neikes etwa im November 1922 massiv die Steuerpolitik der Regierungskommission und wurde deshalb durch Kommissionspräsident Victor Rault verwarnt. Ebenso positionierte er sich gegen die Bildungspolitik der Regierungskommission, die kirchliche Bindungen massiv schwächen wollte. Deshalb strengte die Regierungskommission ein Disziplinarverfahren gegen ihn an, die beabsichtigte Entlassung scheiterte jedoch, im Juli 1925 sprach ihn der Disziplinarrat frei. Neikes nutzte die Kulturpolitik als politisches Kampfinstrument, so erhielt Saarbrücken etwa in der Ära Neikes eine Stadtbücherei, ein Theater, ein Heimatmuseum und auch ein Stadtarchiv – all diese Einrichtungen sollten deutsche Kultur vermitteln oder die Zugehörigkeit von Saarbrücken und dem Saargebiet zu Deutschland belegen und damit ein Gegengewicht zur Regierungskommission bilden. Im Bemühen gegen den französischen Einfluss nutzte Neikes seine Beziehungen im Reich, heute würde man Netzwerk dazu sagen. Er verfügte über zahlreiche Kontakte zu führenden Stellen in Berlin und im Rheinland.<sup>79</sup>

Saarbrücken selbst veränderte sich in seiner Amtszeit. Die Infrastruktur mit Straßen, Kanalisation und Stromversorgung wurde kräftig ausgebaut, die Stadt erhielt einen Generalbebauungsplan, die Gesundheitsversorgung verbesserte sich und es begann eine kommunale Wohnungsbaupolitik. Diese Entwicklung fiel in die Ära Neikes und folgte dabei der Entwicklung von deutschen Kommunen vergleichbarer Größe jener Zeit.<sup>80</sup>

Auch nach der Machtergreifung Hitlers kämpfte Neikes weiter für die Rückkehr zu Deutschland, dabei fällt auch seine Anbiederung an Hitler auf: „Am 21. Februar 1933 war er [Neikes] für weitere zwölf Jahre gewählt worden. Bald danach war er in offene Gegnerschaft zur Sozialdemokratie getreten und hatte die freiwillige Gleichschaltung Saarbrücker Verbände und Vereine bejaht. An Hitlers Geburtstag 1934 hatte er das Flaggenverbot der Regierungskommission dadurch umgangen, dass er eine Hitlerbüste mit zwei Hakenkreuzen in ein Rathausfenster stellen ließ. Die Verleihung der

---

<sup>78</sup> Fritz Jacoby, Oberbürgermeister Neikes, eine bedeutende Persönlichkeit im Saargebiet, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 19/1971, S. 497–510 ; Hanns Klein, Kurzbiographien der Bürgermeister (Alt-)Saarbrückens, St. Johannis, Malstatt-Burbachs und der Großstadt Saarbrücken, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 19/1971, S. 510– 38; Peter Wettmann-Jungblut, Die Geschichte des Abstimmungskampfes, in: Ludwig Linsmayer (Hg.), Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte, Saarbrücken 2005, S. 262–278.. Vgl. außerdem Ludwig Linsmayer, Politische Kultur im Saargebiet 1920–1932, St. Ingbert 1992; Maria Zenner, Parteien und Politik im Saargebiet, Saarbrücken 1966.

<sup>79</sup> Christoph Sonntag, Hans Neikes, Politik für das Saargebiet und das Deutsche Reich – ein Überblick über sein Wirken als Stadtoberhaupt Saarbrückens, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 68/2020, S. 73 ff.

<sup>80</sup> Paul Burgard u. Ludwig Linsmayer, Von der Vereinigung der Saarstädte zum Abstimmungskampf (1909 – 35), in: : Rolf Wittenbrock (Hg.), Geschichte der Stadt Saarbrücken, Bd. 2 Von der Zeit des stürmischen Wachstums bis zur Gegenwart, Saarbrücken 1999, S. 201–225. Hans-Christian Herrmann, Die Geschichte einer aktiven Wohnungsbaupolitik, in: Hildegard Wald, Heinz-Peter Klein (Hg.), 100 Jahre Saarbrücker Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, Saarbrücken 2020, S. 6–32.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Ehrenbürgerwürde an Hitler wenige Tage später (1. Mai 1934) war gewiss nicht gegen seinen Willen erfolgt.“<sup>81</sup>

Zugleich zeigen sich aber Grautöne bzw. Widersprüche zu dieser Linie: Als schon vor der Rückgliederung Juden auch aus dem kulturellen Leben in Saarbrücken zurückgedrängt und diskriminiert wurden, versuchte Neikes, der viele von diesen einige Jahre zuvor eingestellt hatte, diese zu unterstützen. Als Theaterintendant Pauly (konvertierter Jude) im Oktober 1931 angegriffen wurde, unterstützte er ihn bei dessen Bewerbung als Operndirektor in Leipzig, denn Neikes sah zu diesem Zeitpunkt wohl keine Chance, die 1933 anstehende Vertragsverlängerung für Pauly durchzusetzen. Pauly musste zum 1. Mai 1933 von seinem Amt zurücktreten.<sup>82</sup> Etwas anders gelagert ist der Fall von Generalmusikdirektor Felix Lederer. Wie Pauly wurde er, wenn auch etwas später, aus seinem Amt herausgedrängt. Lederer, ein Schüler Antonín Dvořáks und 1922 nach Saarbrücken gekommen, war mit Oberbürgermeister Dr. Neikes befreundet. Die Nazi-Propaganda nahm auch Lederer ins Visier. Der Druck auf ihn wurde so groß, dass er bereits 1933 über eine Pensionierung nachdachte, Hilfe und Rat bei Neikes suchte und fand. Im Februar 1935 bat Lederer auf Anraten von Neikes um seine Pensionierung zum 1. Oktober 1935. Auf diese Weise konnte er seine Pensionsansprüche sichern, das Römische Abkommen schützte ihn vor entsprechenden Diskriminierungen. Lederer verließ Saarbrücken am 15. Oktober 1935 und lebte von nun an in Berlin. Bis Mai 1941 erhielt er von der Stadt Saarbrücken eine Pension, galt jedoch seit 1941 als „Voll-Jude“.<sup>83</sup>

So sehr Neikes sich den Nazis angebiedert hatte, so wenig fand er das Wohlwollen von Gauleiter Josef Bürckel. Bürckel übte in erheblichem Umfang Druck auf Neikes aus. Er setzte ihn nicht nur ab, sondern versuchte ihm die Altersversorgung zu nehmen und ihn als „Volksschädling“ öffentlich zu diskreditieren.<sup>84</sup>

Neikes als profiliertes Mitglied der deutschen Saar, dies missfiel Bürckel und seinem totalen Machtanspruch. Dazu nutzte Bürckel seine Verbindungen voll aus und wandte sich am 4. September 1936 an Rudolf Heß und berichtete von einer „großen drohenden Mißstimmung“<sup>85</sup>, wenn Neikes weiterhin einen Teil seiner Pension bekäme. Er diskreditierte Neikes und unterstellte ihm „Eigennutz, der nur allzu bekannt sei im Saargebiet“.<sup>86</sup> Neikes erscheint als Opfer Bürckels, so forderte er von Heß, Neikes aus allen führenden Stellen zu entfernen.<sup>87</sup> Neikes war seinerzeit Vorstandsmitglied der Treuhandgesellschaft für kommunale Unternehmungen in Berlin.<sup>88</sup> Dieser Aspekt zeigt die Bedeutung der Person Neikes, zum anderen die Dimension des Hasses, die Bürckel

---

<sup>81</sup> Hans-Walter Herrmann, Unter der NS-Herrschaft: Kommunale Selbstverwaltung und politische Kultur, in: Rolf Wittenbrock (Hg.), Geschichte der Stadt Saarbrücken, Bd. 2 Von der Zeit des stürmischen Wachstums bis zur Gegenwart, Saarbrücken 1999, S. 264.

<sup>82</sup> Hans-Christian Herrmann, Aspekte zum jüdischen Leben an der Saar – die Zeit vom 19. Jahrhundert bis zum Holocaust, in: Ders. u. a. (Hg.), Widerstand, Repression und Verfolgung. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus an der Saar, St. Ingbert 2014, S. 72 ff.

<sup>83</sup> Ebenso, Stadtarchiv Saarbrücken, Bestand Personalakten-Altbestand, V11.2/Nr. 10396.

<sup>84</sup> Ebenso, V 11.2/Nr.15291, Bd. 3, Dieter Muskalla, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung, Neuordnung, Verwaltung, Saarbrücken 1995, S. 380, Fritz Jacoby, Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes 1935, Saarbrücken, S. 172.

<sup>85</sup> Jacoby, Oberbürgermeister Neikes, S. 510.

<sup>86</sup> Sonntag, Neikes, S. 88 ff.

<sup>87</sup> Ebenso

<sup>88</sup> Ebenso

dem ehemaligen Saarbrücker Oberbürgermeister und profilierten Kämpfer für eine deutsche Saar entgegenbrachte.

Nach seiner Absetzung war Neikes zunächst nach Wiesbaden und dann nach Berlin gegangen. Nach Tätigkeiten in der Privatwirtschaft folgte auch eine Position in der von Albert Speer geleiteten Generalbauinspektion (GBI).<sup>89</sup> Seine politische Karriere war endgültig beendet.<sup>90</sup>

Erst mit der 2002 erschienenen Monografie von Susanne Willems zu Albert Speers Wohnungspolitik lag eine Publikation vor, die auch Neues zur Rolle der Generalbauinspektion bot.<sup>91</sup> Gleichwohl enthält die Arbeit keine umfassenden Informationen zur Rolle von Hans Neikes.<sup>92</sup>

## **Bewertung und Votum des Stadtarchivs/Hr. Dr. Herrmann:**

### **ROT/Umbenennung**

Der Saarbrücker Oberbürgermeister Hans Neikes war kein NSDAP-Mitglied, gleichwohl ist Neikes politisch belastet: Dies betrifft nicht seine Rolle als profilierter Gegner der Regierungskommission, sondern seine Einstellung ab den 1930er Jahren und insbesondere nach der Machtergreifung Hitlers im Reich.

Neikes ist ein Vertreter des vorausseilenden Gehorsams gewesen, mit dem er sich den NS-Machthabern anbiederte. Beispiele dafür sind die Umbenennung der Bahnhofstraße in Adolf-Hitler-Straße und das Aufstellen einer Adolf-Hitler-Büste im Rathaus vor 1935. Seine Position entspricht damit leider der Mehrheit der Menschen in Saarbrücken und im Saargebiet jener Jahre und vor allem den bürgerlich nationalistischen Kreisen. Inwieweit diese Anbiederung auch mit nationalsozialistischen Überzeugungen verbunden gewesen ist, ist eine Interpretations- und Wertungsfrage. Klar ist, Neikes stellte sich in den Dienst der NS-Diktatur, wobei ihn allerdings Gauleiter Bürckel dennoch degradierte, aus dem Amt entfernte und ihn materiell und beruflich vernichten wollte, was rechtfertigt, Neikes als Opfer von NS-Gauleiter Bürckel zu bezeichnen. Dies entlastet ihn aber nicht, sondern ist als Ausdruck der vielfach zu beobachtenden Rivalitäten und Konkurrenzen innerhalb des NS-Systems zu sehen, das eben auch eine Polykratie war.

Neikes Verhalten zwischen 1933 und 1935 erscheint zudem in Teilen widersprüchlich: Einerseits Anbiederung an die NSDAP, andererseits Zurückhaltung, es bleibt der Eindruck eines Doppelspiels, die Entwicklung der NS-Herrschaft konnte ja seinerzeit nicht vorausgesehen werden, gerade national-konservative Kreise glaubten an ein Intermezzo. Beispielsweise hatte Neikes einerseits zusammen mit anderen jüdische Künstler nach Saarbrücken geholt und auch freundschaftliche Kontakte zu ihnen gepflegt, sie dann aber im Zuge des vorausseilenden Gehorsams gegenüber Hitler im Reich ab 1933 wieder entlassen. Dabei versuchte er, die Entlassung für die Betroffenen so günstig wie möglich zu gestalten. Der Sicherheitsdienst Reichsführer SS im Saargebiet (SS-Hauptsturmführer) fand dafür in einem Schreiben an Oberbürgermeister Dürrfeld

---

<sup>89</sup> Ebenso,

<sup>90</sup> Ebenso

<sup>91</sup> Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungspolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2002.

<sup>92</sup> Ebenso, S. 19.

vom 28. Januar 1936 folgende Worte: „Da aber der Judenverkehr zwischen früherer Leitung der Stadtgeschäfte (Oberbürgermeister Neikes) und jüdischer Intendanz bzw. Generalmusikdirektor Lederer (Vollblutjude) ebenfalls stadtbekannt war, wurde nur erstaunt vermerkt, dass Strauss und andere Juden bis heute noch im Amt verbleiben konnten (...)“.<sup>93</sup>

Eine insgesamt schwere politische Belastung markiert Neikes Tätigkeit im Amt von Albert Speer, hier spielte er die Rolle eines Schreibtischtäters im NS-Unrechtsregime. Auch wenn bis dato keine Unterlagen einen direkten bzw. persönlichen Verantwortungszusammenhang von Neikes zum Holocaust und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beweisen, so war er als leitender Beamter der Generalbauinspektion bzw. als hoher Verwaltungsjurist in den Ankauf von Grundstücken involviert, auf denen Lager für Zwangsarbeiter und Außenlager von Konzentrationslagern errichtet wurden. Dass er sich dabei wohl vorrangig mit Verwaltungsfragen wie etwa der Steuerpflicht beschäftigte oder juristisch zu Rivalitäten innerhalb des Machtapparates Stellung nahm, kann hier nicht als Entlastung angeführt werden. Neikes hatte es dabei auch mit Grundstücken zu tun, die zuvor jüdischen Eigentümern geraubt oder weit unter Wert erworben wurden. Neikes Tätigkeit in der Generalbauinspektion belastet ihn deshalb und legitimiert eine Umbenennung. Immerhin war er Leiter der Rechtsabteilung, nach der Befreiung war er im Juli 1945 Leiter der Abwicklungsstelle der GBI und hatte ca. 60 Mitarbeiter unter sich.<sup>94</sup>

Der Blick auf die Generalbauinspektion ist erst in den letzten Jahren geschärft worden und zugleich gibt es offene Fragen. Um Neikes Berliner Tätigkeit quellenbasiert näher zu beleuchten und an Fällen zu rekonstruieren, müssten Unterlagen in sowjetischen Archiven ausgewertet werden. Dies ist derzeit bzw. im Jahr 2021 nicht möglich. Auch wenn man dort nichts finden sollte, so ist ein Festhalten an der Straßenbenennung nach Neikes nicht vermittelbar, hatte er doch mit Lagern für Zwangsarbeiter und KZ-Außenlagern zu tun. Das bleibt unvermittelbar, auch wenn Neikes sich „nur“ (?) mit juristischen Fragen beschäftigt hat und zu unterschiedlichen Sichtweisen des polykratischen Machtapparates Stellung nahm.

Neikes Biografie zeigt den Bedarf an differenzierter Betrachtung der NS-Geschichte und gerade nach einer differenzierten Abwägung ist die Umbenennung zu empfehlen. Begriffe wie „Nazi-Verbrecher“ werden aber seinem letztlich gescheiterten Lebensweg nicht gerecht und tragen auch nichts zur historischen Aufarbeitung seiner Rolle bei.

Die Umbenennung der Straße wird dringend empfohlen, weil erkennbar ist, dass Neikes in Berlin in Planungen eingebunden war, Juden zwangsweise aus ihren Wohnungen zu vertreiben, sie in der Sprache des Systems „auszumieten“, entsprechende Dokumente vom 14. September 1938 beweisen dies, die in der ZDF-History Produktion über Albert Speer, gezeigt wurden.<sup>95</sup> Die auf amerikanischen Archivfunden basierenden Recherchen entlarven Albert Speers Rolle auch bei der Umsetzung der Vertreibung der Juden und des Holocaust. Der Hinweis darauf wurde dem Verfasser im Rahmen der Beratungen der Kommission von Herrn Günther Feneis (FDP) gegeben. Er ist sehr wertvoll, weil er im Unterschied zu den Darlegungen von Amsel nun hilft, einen Verdacht zu überprüfen und

---

<sup>93</sup> Stadtarchiv Saarbrücken, G/2298, Bl. 51 und 52.

<sup>94</sup> Sonntag, Anm. 99.

<sup>95</sup> <https://www.zdf.de/dokumentation/zdf-history/albert-speer-und-der-traum-von-hollywood-100.html>, siehe 21. Minute [08.04.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



die Verantwortung und Mittäterschaft von Hans Neikes zu belegen. Die Straße ist zu entnennen.

Wir können in Saarbrücken nicht einen Platz der Erinnerung schaffen und gleichzeitig eine Straße nach Neikes benennen, das Gutachten empfiehlt deshalb eindringlich die Umbenennung.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

##### **ROT/Umbenennung: (6)**

**Brass/Schricket (Die Grünen)**

**Feneis (FDP)**

**Jacob (Die Linke)**

**Dr. Koltz (SPD)**

**Radewahn (CDU)**

**Stamm (AfD)**

**GELB/Erläuterung: -**

**GRÜN/Beibehaltung: -**

**Literatur:** Dirk Amsel<sup>96</sup>, *Im Saarland nicht weiter beachtet. Die zweite Karriere des Oberbürgermeister Hans Neikes bei Albert Speer*, in: *Saarbrücker Hefte* 119 (2019), S. 19-29.  
Hanns Klein, *Kurzbiographien der Bürgermeister (Alt-)Saarbrückens, St. Johannis, Malstatt-Burbachs und der Großstadt Saarbrücken*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 19/1971, S. 510-538.

Fritz Jacoby, *Oberbürgermeister Neikes, eine bedeutende Persönlichkeit im Saargebiet*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 19/1971, S. 497-510.

Christoph Sonntag, *Hans Neikes, Politik für das Saargebiet und das Deutsche Reich – ein Überblick über sein Wirken als Stadtoberhaupt Saarbrückens*, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 68/2020, S. 73-91.

Peter Wettmann-Jungblut, *Die Geschichte des Abstimmungskampfes*, in: Ludwig Linsmayer (Hg.) *Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte, Saarbrücken 2005*, S. 262-278.

---

<sup>96</sup> Pseudonym.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Oberst-Petersen-Weg benannt nach dem, General der Flieger (1889 – 1963) - eine Art Feldweg / Waldweg (Wirtschaftsweg), Nebenstraße mit Verbindungscharakter, verläuft wohl in Teilen auf dem Territorium des Stifts St. Annual**

### **Würdigung in einem Satz:**

**Berufssoldat, der bis zum Ende einem verbrecherischen Krieg diente und zu dessen unnötiger Verlängerung beitrug.**

Erich Petersen, geboren am 25. August 1889 in Heidelberg als Sohn eines 1925 verstorbenen Generalmajors a.D., war Berufssoldat. Laut der Straßennamendatenbank von StA 62 hieß der Weinbergweg zwischen 1935 und 1945 Oberst- Petersen-Straße.<sup>97</sup>

Zum Oberst-Petersen-Weg wurde beim Vermessungsamt angefragt, Amtsleiter Scholl teilte dazu am 15. April mit: „Im Zuständigkeitsbereich der LHS liegt dieser Weg zumindest teilweise, aber es ist keine amtliche/offizielle Namensgebung durch die Stadt und taucht somit auch nicht im amtlichen Straßenverzeichnis auf“. Daraufhin habe ich das Rechtsamt um Prüfung gebeten, ob der Bezirksrat eine Umbenennung überhaupt veranlassen kann. Das Rechtsamt stellte am 19. April dazu fest: „ Grundsätzlich erstreckt sich die Berechtigung, den Straßen Namen zu geben, auf *alle Straßen*, nicht nur auf öffentliche Straßen. Es kommt also nicht darauf an, ob die Straße überhaupt dem öffentlichen Verkehr gewidmet ist oder in wessen Baulast sie steht. Die Gemeinden dürfen auch privaten Straßen oder den Kreis-, Landes- und Bundesstraßen Namen geben, und zwar sowohl deren Abschnitten innerhalb der Ortsdurchfahrten als auch den freien Strecken“.

Klärungsbedürftig ist noch, ob der Weg in Gänze auf dem Gemeindegebiet der LHS liegt. Sollte dies nicht der Fall sein, wäre die Umbenennung mit diesem Dritten abzustimmen. Per Mail vom 3. Mai teilt Amtsleiter Scholl (StA 62) mit: „Im Basis-DLM (Digitales Landschaftsmodell) und den Folgeprodukten ist der Name nach wie vor im Datenbestand vorhanden, wird aber nicht in der DTK (Deutsche Topographische Karte) präsentiert. Im ALKIS (Automatisiertes Liegenschafts-Kataster-Informationssystem) - Bestand wird dieses Objekt nicht geführt. Bei weiteren Folgeprodukten, die aus den Daten des LVGL (Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landesentwicklung) abgeleitet werden, kann der Name ausgewertet und präsentiert werden, z. B.: Adv (Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltung)- Smart Mapping (adv-smart.de). Die Landesvermessung ist der Ansicht, dass früher mal ein Straßenschild dort gestanden habe und vom topografischen Außendienst dann mit aufgenommen wurde. Der er dann von der Landesvermessung in die topografischen Karten übernommen wurde, kam er anschließend vermutlich in den Stadtplan. Vorschlag: wenn die Straße nie so benannt wurde, wieso braucht man dann einen Aufhebungsbeschluss. Es handelt sich nur um einen Feldweg, der keine amtliche Benennung hat und auch keine braucht. Dann wäre es doch am praktikabelsten, wir nehmen die Bezeichnung einfach aus dem Stadtplan raus (=redaktioneller Fehler). Die Landesvermessung würden wir informieren, dass sie Gleiches tut. Wurde schon so vorbesprochen.“

Laut Wikipedia: „ Petersen trat am 22. März 1909 in das 4. Lothringische Infanterie-Regiment Nr. 136. Dort stieg er bis März 1914 zunächst zum Fähnrich, dann zum

---

<sup>97</sup> V 62, Straßennamendatenbank.

Leutnant auf. Als solcher wurde Petersen als Zugführer verwendet. Im März 1914 wechselte Petersen zum Schleswig-Holsteinischen Infanterie-Regiment Nr. 163 über. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges war er in diesem Regiment ab 1915 ununterbrochen an der Westfront eingesetzt, wo er als Zug- und Kompanieführer agierte. 1917 wechselte Petersen als Kompanieführer in das Reserve-Infanterie-Regiment 31 über, welches er jedoch 1918 wieder verließ, um anschließend in selbiger Position beim Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 18 eingesetzt zu werden. Hier blieb er bis Kriegsende und kehrte am 18. Dezember 1918 als Zugführer zu seinem Stammregiment zurück. Nach dessen Demobilisierung wechselte er zum 1. Oktober 1919 in das Reichswehr-Infanterie-Regiment 18 über, wo er bis Ende September 1920 verblieb. (...) Zum 1. Oktober 1934 wurde er zum Kommandeur des III. Bataillons des Infanterie-Regiments 27, was er bis zum 9. November 1938 blieb. Am 10. November 1938 übernahm er als Kommandeur das Grenz-Infanterie-Regiment 125 und behielt diese Posten auch nach dessen Umbenennung in Infanterie-Regiment 125. Am 19. September 1941 wurde Petersen vorübergehend in die Führerreserve versetzt und trat zum 1. Oktober 1941 zur Luftwaffe über. Hier übernahm er bis Ende Oktober 1942 als Kommandeur die 7. Flieger-Division. Zum 1. November 1942 stieg Petersen zum Inspekteur der Luftwaffen-Feldverbände im Reichsluftfahrtministerium auf, was er bis Ende Juli 1943 blieb. Während dieser Zeit fungierte er vom 20. Juni bis Ende Juli 1943 im Stab des IV. Luftwaffen-Feldkorps, zu dessen Kommandierenden General Petersen am 1. August 1943 ernannt wurde. Dieses führte er bis zum 18. November 1944. Zum 19. November 1944 wurde das IV. Luftwaffen-Feldkorps in das LXXXX. Armee-Korps umbenannt und in das Heer eingegliedert. Entgegen anders lautenden Publikationen wurde Petersen vom Heer nicht als General der Infanterie übernommen, sondern führte das Korps bis Kriegsende weiterhin als Luftwaffenoffizier im Range eines Generals der Flieger. Am 8. Mai 1945 geriet Petersen in französische Kriegsgefangenschaft und wurde von einem französischen Gericht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, jedoch später von den Vorwürfen freigesprochen. Am 18. Januar 1950 wurde er entlassen und kehrte nach Deutschland zurück.“<sup>98</sup> Bei dem Prozess ging es um Ereignisse Anfang November 1944 im Raum Raon l'Etape - St. Dié - La Bresse. Dabei wurde durch den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe G, General der Panzertruppe Hermann Balck, die Räumung und nachhaltige Zerstörung dieses Gebietes angeordnet. Anfang 1950 wurde Petersen wohl deshalb entlassen bzw. freigesprochen. Petersen verstarb in Allmannhausen am Starnberger See am 4. Juli 1963.<sup>99</sup>

Laut Bundesarchiv war Petersen nicht NSDAP-Mitglied.<sup>100</sup>

## **Beurteilung des Stadtarchivs/Hr. Dr. Herrmann:**

### **ROT/Umbenennung**

Unabhängig vom Kriegsverbrecherprozess gegen Petersen und der zu unterstellenden Unschuld scheint es unangebracht, auch einen kleinen Feldweg, nach einem höheren Militär des Zweiten Weltkrieges zu benennen, der nicht dem Widerstand zuzuordnen ist und vor allem bis zum Ende des Krieges sich voll und ganz in den Dienst des totalen

---

<sup>98</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_Petersen\\_\(General\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Petersen_(General))

<sup>99</sup> <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Personenregister/P/PetersenErich.htm>

<sup>100</sup> Mitteilung des Bundesarchivs 25.3.2021.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Krieges stellte. Gerade solche Militärs wie er haben durch ihr Verhalten einen verbrecherischen Krieg nicht nur ermöglicht, sondern ihn unnötig verlängert, was viele einfache deutsche Soldaten das Leben kostete, aber auch das Leben anderer Menschen. So wurde er am 1. April 1945 für die Verleihung des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes vorgeschlagen, um seinen Einsatz am 23. und 24. März 1945 gegen die heranrückenden Alliierten zwischen Germersheim und Karlsruhe zu würdigen. Bereits am 27. Oktober 1944 war Petersen für das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes vorgeschlagen und befürwortet worden. Der Vorschlag von 1. April wurde dann am 20. April 1945 vom Oberbefehlshaber West befürwortet.<sup>101</sup>

Diese Einschätzung berücksichtigt rein die historischen Aspekte. Die Frage der Zuständigkeit kann vom Stadtarchiv nicht beurteilt werden.

**Nachtrag:** Im Einwohnerbuch der Stadt und des Landkreises Saarbrücken 1941/42 findet sich bei dem früheren Weinbergweg, umbenannt in Oberst-Petersen-Straße, folgende Bemerkung: „benannt nach Oberst Petersen, dessen Soldaten Saarbrücken zu Beginn des Krieges 1939 verteidigten.“

#### **Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

##### ***ROT/Umbenennung: (6)***

**Radewahn (CDU):** Schließ sich Stadtarchiv an.

**Dr. Klotz (SPD):** Ebenso

**Brass/Schricket (Die Grünen):** Ebenso

**Feneis (FDP):** Dieses Votum geht davon aus, dass die Namensgebung sich nicht nach einem Oberst Petersen richtet, der im Krieg 1870/71 eine Rolle spielte, diesbezüglich geht in St. Annual ein entsprechendes Gerücht um.

Herr Dr. Herrmann stellt nochmals fest, diesen Zusammenhang nicht nachvollziehen zu können, er müsse dies nach derzeitigem Kenntnisstand als falsch bewerten. In der Abschlussitzung erklärte dann Herr Feneis, Petersen sei 1938 Standortältester gewesen. Herr Dr. Herrmann sagt, dies sei wahrscheinlich, bei der Datierung bestünde aber Unsicherheit. Daraus erkläre sich wohl die Namensgebung. Zu diesem Zeitpunkt sei er noch nicht als fragwürdige Persönlichkeit zu sehen.

**Jacob (Die Linke):** Schließt sich dem Stadtarchiv an.

**Stamm (AfD):** Ebenso

##### ***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung (0)***

##### ***GRÜN/Keine Umbenennung: (0)***

---

<sup>101</sup> Bundesarchiv, Bestand RH 7, Nr. 402.

## **Paul-Lincke-Straße - benannt nach dem Komponisten Paul Lincke (1866-1946)**

*Paul-Lincke-Straße 1 bis 27, 4 bis 27, Distrikt 122 Rodenhof, Stadtteil Malstatt*

**Würdigung in einem Satz:**

**Populärer und volkstümlicher Komponist mit fehlender Distanz zur NS-Diktatur.**

**Darstellung:**

Paul Lincke, geb. 07.11.1866 in Berlin, verstorben 03.09. 1946 in Hahnenklee, war ein deutscher Operettenkomponist, der als Vater der Berliner Operette gilt, man vergleicht ihn mit der Rolle von Jacques Offenbach für Paris und von Johann Strauß für Wien. Er war zu seinen Lebzeiten ausgesprochen populär. Zur Vita des heute sicher vielen Unbekannten sei auf Wikipedia und das Operettenlexikon verwiesen:<sup>102</sup> „Als Sohn des Magistratsdieners August Lincke und seiner Ehefrau Emilie wurde Paul Lincke am 7. November 1866 in der Nähe der Berliner Jungfernbrücke geboren. Vater August Lincke spielte zu jener Zeit als Geiger in mehreren kleinen Orchestern. (...) Pauls früh erkennbare musikalische Neigungen zeigten sich besonders im Hang zur Militärmusik. Darum schickte seine Mutter ihn nach Abschluss der Realschule in die Lehre nach Wittenberge (...). Seine Körpermaße entsprachen 1884 nicht den Vorschriften für Militärmusiker, als er sich zu einer Ausbildung bewarb. Stattdessen gelang es ihm, am Central-Theater (...) ein erstes Engagement als Fagottist zu erhalten. Bereits nach einem Jahr wechselte er ins Orchester des Ostend-Theaters in der Großen Frankfurter Straße. Spontan verliebte er sich in die 16-jährige Soubrette Anna Müller, die er 1893 heiratete und von der er 1898 [andere Quellen 1901] wieder geschieden wurde. (...) In der Unterhaltungs- und Tanzmusik sammelte Lincke am Königsstädtischen Theater, dem Belle-Alliance-Theater und dem Parodie-Theater in der Oranienstraße wertvolle Erfahrungen. Er begleitete musikalisch die Varieté-Programme und lieferte eigene Kompositionen für beliebte Couplet-Sängerinnen. Venus auf Erden, ein revueartiger Einakter, entstand 1897 im Apollo-Theater in der Friedrichstraße. Zwei Jahre lang ließ sich Paul Lincke am berühmtesten europäischen Varieté, den Folies Bergère in Paris, feiern. Danach kehrte er mit neuen Kompositionen an das Apollo-Theater zurück. Mit riesigem Erfolg wurde 1899 „Frau Luna“ uraufgeführt. Im selben Jahr folgten „Im Reiche des Indra“ und 1902 die Operette „Lysistrata“. (...)“

**Bewertung/Votum Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann**

### **ROT/Umbenennung**

Am 17. Dezember 1959 beschloss der Stadtrat die Benennung nach Paul Lincke, es handelte sich um eine neue Erschließungsstraße ostwärts der Gröhlingstraße in der Nähe zur Heinrich-Köhl-Straße auf dem Rodenhof. Die DPS legte Wert darauf, die Straße nicht wie vorgesehen nach „Lincke“ sondern „Paul Lincke“ zu benennen. Die Benennung wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, das heißt, es gab Enthaltungen, aber keine Gegenstimmen.<sup>103</sup> Lincke war ein in der Kaiserzeit äußerst populärer Musiker bzw.

<sup>102</sup> Zitiert nach [https://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Lincke](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lincke); siehe auch [/www.operettenlexikon.info/?menu=216&lang=1V](http://www.operettenlexikon.info/?menu=216&lang=1V) [15.03.2021].

<sup>103</sup> Stadtarchiv SB, V 18, Niederschrift der Stadtratssitzung vom 17.12.1969, S. 160.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Komponist, der Kunst und Kommerz meisterhaft miteinander verband und „Ohrwürmer“ kreierte. So stammt auch die bis heute bekannte „Berliner Luft“ von ihm. Auch die Gründung der GEMA soll von ihm mitinitiiert worden sein. In der Weimarer Zeit ging das Interesse an ihm zurück, ab 1934 nahm es wieder deutlich zu und Lincke war in der NS-Zeit vor allem kommerziell sehr erfolgreich. Führende Nationalsozialisten schenken ihm Anerkennung, zu einigen pflegte er beständige persönliche Kontakte. Dies galt etwa für sein Verhältnis zu Reichsfilmintendant Hans Hinckel (NSDAP). Auf Veranlassung von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels erhielt er eine „Ehrengabe“ der Reichshauptstadt in Höhe von 10.000 Mark. Die britische Besatzungsmacht unterstellte ihm 1946 ein freundschaftliches Verhältnis zu Goebbels und seiner Frau. Lincke unterstützte durch seine Kunst das NS-System – wie viele andere Künstler auch, die nicht emigrierten. Es gibt keine Belege einer NSDAP-Mitgliedschaft. Zu beachten ist, er hat seine Kunst in den Dienst des NS-Staates gestellt und dabei Propagandalieder komponiert wie 1933 „Unsere braunen Jungen“ (wurde zum Repertoire der Leibstandarte Adolf Hitler), 1935 „Unsere braunen Mädels“, 1940 „Deutschland muss siegen“ und 1942 die Infanteriemusik „Lili Marleen Marsch.“ Nach 1945 erließen die westlichen Besatzungsmächte ein Aufführungsverbot gegen ihn. Er war in der NS-Zeit ein sehr gefragter Künstler, gleichwohl sieht Jan Kutscher, der sich umfassend mit ihm beschäftigte, eine gewisse Unklarheit, irgendwie sei er auch für den NS-Staat suspekt gewesen.<sup>104</sup>

Lincke war von Anfang an Mitglied und im Vorstand der unter der Schirmherrschaft Joseph Goebbels stehenden Kameradschaft der Deutschen Künstler e.V.<sup>105</sup>

Sein Komponieren für Propagandazwecke kann maßgeblich für eine Umbenennung herangezogen werden. Lincke ist ein Grenzfall. Bezüge zu Saarbrücken sind nicht erkennbar. Aus Saarbrücker Perspektive gibt es keinen Grund, eine Straße nach ihm zu benennen und bei Kompositionen wie „Unsere braunen Jungen“ ist es schwer vermittelbar, an der Benennung festzuhalten. Lincke war finanziell so aufgestellt, dass er nicht für die Nazis hätte tätig werden müssen, im Jahr 1933 war er 67 Jahre alt.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

##### ***ROT/Umbenennung: (3)***

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ein populärer Künstler, der der politischen Propaganda diene.**

**Jacob (Die Linke): Politische Belastung schwerwiegend wegen Propagandadiensten.**

**Stamm (AfD): Folgt Stadtarchiv.**

##### ***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (2)***

**Radewahn (CDU): Umbenennung ist unverhältnismäßig.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso, Aufklärung ausreichend.**

##### ***Grün/Keine Umbenennung: (1)***

**Feeneis (FDP): Umbenennung völlig unverhältnismäßig. Populäre Melodien. Von einer Umbenennung sollte abgesehen werden, da er nicht NSDAP-Mitglied gewesen sei und das Unpolitische in seiner Biografie klar dominiere. Im Gutachten sei klarzustellen, er sei kein NSDAP-Mitglied gewesen.**

***Literatur:*** Jan Kutscher: *Paul Lincke. Sein Leben in Bildern und Dokumenten.* Schott, Mainz 2016. Fred K. Prieberg: *Handbuch deutsche Musiker 1933–1945.* Selbstverlag, Kiel 2004. Jan Kutscher: *Paul Lincke. Sein Leben in Bildern und Dokumenten.* Schott, Mainz 2016.

<sup>104</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Lincke](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Lincke) [15.03.2021].

<sup>105</sup> [https://dewiki.de/Lexikon/Paul\\_Lincke](https://dewiki.de/Lexikon/Paul_Lincke) [15.03.2021].

## **Egon Reinert Straße – benannt nach dem Ministerpräsidenten des Saarlandes von 1957 bis 1959**

*Egon-Reinert-Straße 19 bis 29, Distrikt Nauwieserviertel, Stadtteil St. Johann*

**Würdigung in einem Satz:  
Ministerpräsident mit NSDAP-Belastung.**

### **Darstellung:**

Zu Bewertung der Person Reinert sei aus dem Gutachten der Universität Jena zur NSDAP-Vergangenheit saarländischer Landtagsabgeordneter zitiert: <sup>106</sup>

„Egon Reinert, geboren 1908 in Saarbrücken, war in der 3. Wahlperiode Landtagsabgeordneter der CDU, Vorsitzender der CDU-Saar von 1957 bis 1959, Justiz- und Kultusminister im Kabinett von Hubert Ney von 1956 bis 1957 und anschließend als dessen Nachfolger Ministerpräsident bis April 1959, als er an den Folgen eines Verkehrsunfalls verstarb. Reinert hatte mit Ney bereits dem Gründungszirkel der CDU-Saar angehört, deren Zulassungsantrag 1952 gescheitert war und die daraufhin illegal agiert hatte.

Zu ihm liegt keine Epurationsakte vor. Seine Akte aus der Staatskanzlei enthält keine, die Personalakten aus dem Innen- und Justizministerium nur einige hinsichtlich der NS-Zeit aufschlussreiche Unterlagen. Reinert machte 1927 sein Abitur in Saarbrücken und studierte Rechtswissenschaften in Heidelberg, Bonn und schließlich in Frankfurt am Main. Dort legte er 1933 die erste Staatsprüfung ab, 1937 folgte in Düsseldorf die große Staatsprüfung, die er mit ‚ausreichend‘ bestand. Danach war Reinert Anwaltsassessor in Zweibrücken, wo er 1941 auch zum Rechtsanwalt zugelassen und zudem Geschäftsführer der Rechtsanwaltskammer wurde. Aus einem Personalbogen geht zudem eine nicht näher bezeichnete „Dienstleistung beim Finanzamt Frankfurt a.M. – Ost“ zwischen Oktober 1939 und März 1940 hervor. Während Reinerts Mitgliedskarte die Aufnahme in die NSDAP auf den 1. Juni 1933 datiert, gab er selbst im Fragebogen für seine Bewerbung für den juristischen Probendienst an, bereits am 29. April einen Parteiausweis der Landesgruppe Saargebiet erhalten zu haben. Ein Jahr später trat er dem NS-Rechtswahrerbund bei, wo er 1935 zum „Bezirksschulungsleiter für die Fachgruppe Junge Rechtswahrer“ ernannt wurde. In dieser Eigenschaft habe er, so Reinert 1937 in einem handschriftlichen Lebenslauf, ‚häufig Referate über Probleme des nat.-soz. Rechts gehalten sowie Schulungsabende geleitet‘. Der Lebenslauf stand vermutlich im Zusammenhang mit seiner Bewerbung um Übernahme in den richterlichen und staatsanwaltlichen Probendienst, die jedoch ausweislich eines Gutachtens des Oberlandesgerichtspräsidenten Köln ebenso wie die Bewerbung um Anstellung bei der Reichsfinanzverwaltung aufgrund der nur durchschnittlichen fachlichen Leistungen abgelehnt wurde.

Die Übernahme in den anwaltlichen Probendienst wurde jedoch 1938 genehmigt, da eine Reihe von Saarbrücker Rechtsanwälten sehr positive Beurteilungen ausgestellt hatte, die Reinerts beruflichen Eifer, seine guten Charaktereigenschaften und seine einwandfreie politische Haltung bezeugten. Besonders nachdrücklich waren dabei die Empfehlungen

---

<sup>106</sup> Friedrich Schiller Universität Jena, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Professor Dr. Nobert Frei, Die NS-Belastung saarländischer Landtagsabgeordneter. Vorstudie und Forschungsempfehlungen, Bearbeiter: Dr. Maik Tändler, 14. November 2016.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

von Fritz Dietz und Walter Schött, die Reinerts beruflichen Eifer, seine guten Charaktereigenschaften und seine einwandfreie politische Haltung bezeugten. Dietz war 1933 der NSDAP beigetreten, hatte sich aber schon zuvor als Vorstandsmitglied der Anwaltskammer aktiv für die ‚Entjudung‘ der saarländischen Anwaltschaft eingesetzt. Schött war ein ‚alter Kämpfer‘, der bereits 1931 von der DNVP zur NSDAP übergetreten war und nach 1935 Kreisrechtsamtsleiter in Saarbrücken wurde. Auch Heinrich Schneider, für den Reinert im Sommer 1937 als amtlich bestellter Vertreter tätig gewesen war, stellte ein äußerst wohlwollendes Zeugnis aus. Reinert sei fleißig und fähig, habe einen ‚lauteren, vornehmen Charakter‘ und seine politische Haltung sei ‚in jeder Hinsicht nationalsozialistisch‘. Bei solchen auf persönlicher Bekanntschaft beruhenden Gutachten ist freilich auch in Rechnung zu stellen, dass die Bestätigung nationalsozialistischer Gesinnungstreue vor 1945 ebenso eine Frage der Gefälligkeit sein konnte wie danach ihre Leugnung in den Entnazifizierungsverfahren. Wie dieses für Reinert ausgegangen ist, lässt sich den vorhandenen Akten nicht entnehmen. Allerdings sind zwei Schreiben Reinerts vom Oktober 1945 an die französische Militärregierung sowie an den Regierungspräsidenten Hans Neureuter erhalten, in denen er um Wiederezulassung als Rechtsanwalt bat. Hierin gab Reinert an, dass er als Strafverteidiger in der NS-Zeit sowohl politisch Verfolgte und Juden verteidigt, insbesondere aber 1943 auch Mitglieder der französischen Widerstandsbewegung beim Volksgerichtshof vor der Todesstrafe bewahrt habe. Auf Veranlassung von zwei geretteten Widerstandskämpferinnen sei er auch gerade erst zur französischen Militärregierung bestellt worden, die einen offiziellen Dank ausgesprochen habe. Dieser Umstand dürfte sich sicherlich auch vorteilhaft auf sein Epurationsverfahren ausgewirkt haben.“

#### **Bewertung/Votum des Stadtarchivs/Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung gebunden an die Auflage, eine herausragende Straße, Platz oder Brücke nach Repräsentanten des Sonderwegs nach 1945 zu benennen**

Reinerts Rolle im Dritten Reich belastet ihn, insbesondere die von NS-nahen Personen in der NS-Zeit ihm ausgestellten Zeugnisse sprechen heute eher gegen ihn.

Reinert litt an den Folgen einer Kinderlähmung, ob diese Erfahrung und die damit verbundenen Einschränkungen ihn in seiner ausgesprochen angepassten Rolle in der NS-Zeit irgendwie beeinflussten, bleibt Spekulation. Seine juristischen Fähigkeiten wurden als mäßig bewertet, mit diesen Zeugnissen und den seinerzeit ungleich stärker als heute Behinderten entgegengebrachten Vorurteilen darf man sich die Frage stellen, ob Reinert ohne Anbiederung an die NSDAP und Parteimitgliedschaft überhaupt hätte ins Berufsleben starten können. Mit Blick auf das Gutachten der Universität Jena drängt sich das Bild eines Mannes auf, der persönliche Schwächen mit Parteimitgliedschaft und Systemtreue zu kompensieren suchte. Ein Verhalten, das für das von Millionen anderer Deutscher steht.

Von herausragenden Verdiensten für das Saarland zu sprechen, erscheint mit Blick auf Reinerts kurze Amtszeit als schwierig.

Reinert soll sich ab 1956 etwa in den Verhandlungen zum deutsch-französischen Kulturabkommen um eine ausgleichende Position gegenüber Frankreich bemüht haben. Er erscheint in der CDU-Saar auch in deutlicher Distanz zu den gegenüber der CVP unversöhnlichen Kräften um Hubert Ney gestanden zu haben.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Eine Beibehaltung des Namens kann nur empfohlen werden, wenn wie im Falle von Richard Becker herausragende Straßen, Plätze und Brücken nach Repräsentanten des Sonderwegs nach 1945 benannt werden. Abschließend der Hinweis, eine Umbenennung würde auch das nach ihm benannte Altersheim belasten.

***Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:***

***ROT/Umbenennung: -***

***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)***

**Radewahn (CDU): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

**Dr. Klotz (SPD): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Die Vertreter\*in der Grünen erläutern: „Egon Reinert fällt zunächst als klassischer Mitläufer auf, der in der positivsten Betrachtungsweise sich dem NS anbot, um keine Nachteile befürchten zu müssen. Dass anscheinend seine Verteidigung von Résistance-Mitgliedern zu einem milden Umgang der französischen Besatzung führte, differenziert sein Verhältnis zum NS. Als Ministerpräsident ist eine Würdigung im Straßenbild nicht abwegig, aufgrund der NS Vergangenheit sprechen wir uns allerdings für eine Kommentierung (GELB) aus.“**

**Feneis (FDP): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

**Jacob (LINKE): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

**Stamm (AfD): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

***GRÜN/Keine Umbenennung: -***

## **Franz Josef Röder-Straße – benannt nach dem Dienst ältesten Ministerpräsidenten des Saarlandes (1959-1979)**

*Franz Josef Röder -Straße 7 bis 23, Distrikt Schlossplatz, Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Langjähriger Ministerpräsident des Saarlandes mit nachhaltigen Verdiensten, unter anderem im Bereich der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Beziehungen – aber wie viele seiner Generation im Dritten Reich Mitläufer und Opportunist.**

### **Darstellung:**

Die Darstellung zitiert das im Auftrag des saarländischen Landtags erstellte Gutachten zur Rolle von Abgeordneten im Dritten Reich mit Blick auf Franz Josef Röder: <sup>107</sup>

„Röder wurde am 22. Juli 1909 in Merzig geboren, studierte Romanistik und Geographie in Freiburg, Innsbruck und Münster, wurde 1932 promoviert und legte 1933 das Staatsexamen für das Lehramt ab.

Am 1. August 1933 trat er in die NSDAP des Saargebietes ein, im Februar 1934 in den NS-Lehrerbund, etwa ein Jahr später wurde er Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK), aus dem er 1937 im Rang eines Scharführers (der zweitniedrigste Führungsrang) wieder austrat; 1940 trat er dafür der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) bei. (...) 1937 trat Röder eine Stelle im Auslandsschuldienst an der Deutschen Oberschule in Den Haag an, 1940 wurde er zusätzlich Zweigstellenleiter des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in den Niederlanden.

In Folge der Evakuierung der Den Haager Schule kam Röder 1944 in das Dorf Luckau in der Lüneburger Heide. Nach dem Krieg war er zunächst etwa drei Jahre als Dolmetscher für die Südwestdeutschen Eisenbahnen in Speyer tätig, was vermutlich auf seine guten Französischkenntnissen zurückzuführen war sowie auf die Tatsache, dass sein älterer Bruder Albrecht Röder als Domvikar in Speyer amtierte. 1948 kehrte er ins Saarland und in den Schuldienst zurück, zunächst als Lehrer in Neunkirchen, seit 1951 als Schulleiter des Realgymnasiums in Dillingen. 1955 trat Röder in die zum Abstimmungswahlkampf neu zugelassene CDU-Saar ein und wurde bei der anschließenden Landtagswahl in den Landtag gewählt. 1957-1965 war er Kultusminister, von 1959 bis zu seinem Tod 1979 Ministerpräsident, daneben von 1959-1973 Landesvorsitzender der CDU.

Aus Röders Personalakte geht hervor, dass seine Partei- und Organisationszugehörigkeiten im Nationalsozialismus dem Kultusministerium bekannt waren, aber kein Hindernis für eine Einstellung in den Schuldienst und die spätere Beförderung zum Schulleiter darstellten. In Röders im Februar 1948 ausgestelltem Epurationsentscheid war auf „Kürzung des Gehalts um zwei Stufen“ entschieden worden; diese Strafmaßnahme wurde im Dezember 1949 aber durch eine Verfügung des

---

<sup>107</sup> Friedrich Schiller Universität Jena, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Professor Dr. Nobert Frei, Die NS-Belastung saarländischer Landtagsabgeordneter. Vorstudie und Forschungsempfehlungen, Bearbeiter: Dr. Maik Tändler, 14. November 2016.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Staatskommissars für die politische Säuberung auf Grundlage des Gesetzes zur Vereinfachung des politischen Säuberungsverfahrens vom Juli 1948 aufgehoben. In seinem Questionnaire Personnel erklärte Röder, sich als Student im Deutschen Reich selbst nach der Machtübernahme offen gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen und die Republik verteidigt zu haben. Bei seiner Rückkehr ins Saargebiet im Mai 1933 habe jedoch in Folge des beginnenden Abstimmungskampfes und des Reichskonkordats zwar kein Zwang, insbesondere auf „junge Leute“ aber ein starker moralischer und sozialer Druck zum Beitritt in die NSDAP als Ausweis der „nationalen Gesinnung“ bestanden. Nach der Rückgliederung des Saargebiets ins Deutsche Reich sei ihm als Referendar dann gedroht worden, für die Aussicht auf eine Beschäftigung als Lehrer einer NS-Organisation beitreten zu müssen, woraufhin er das „NSKK als unpolitischste“ Formation gewählt habe. Da er jedoch weiterhin eine offen katholische Haltung gezeigt habe und seine Familie allgemein für ihre Nazi-Gegnerschaft bekannt gewesen sei, habe er in seiner Zeit als Assessor berufliche Schwierigkeiten erfahren, worauf auch sein Beschluss beruht habe, sich für den Auslandsschuldienst zu bewerben. Eine erste Bewerbung bei der Deutschen Oberrealschule in Rotterdam sei 1936 gescheitert, da der damalige Landesgruppenleiter der Auslandsorganisation ihn als „politisch unzuverlässig“ eingestuft habe; erst durch einen Bekannten in Den Haag, der Kontakte zum dortigen deutschen Schulverein hatte, sei es ihm gelungen, die Anstellung in Den Haag zu bekommen. Erst dort sei ihm auch 1938 sein Aufnahmeantrag vom August 1933 offiziell bestätigt worden, da die deutsche Schulbehörde dies zur Bedingung für seine Weiterbeschäftigung gemacht habe; ihm sei daraufhin eine vorläufige Mitgliedskarte ausgehändigt worden, niemals aber ein Parteibuch.

Nach der deutschen Besetzung der Niederlande habe er erneut versucht, in das neutrale Ausland versetzt zu werden, zuletzt 1943 nach Istanbul, doch sei dies daran gescheitert, dass er es als einziges Mitglied des Lehrerkollegiums abgelehnt habe, sich am Aufbau der lokalen Parteiorganisation zu beteiligen. Im Gegenteil habe er sofort, nachdem er die „Missachtung des Menschen“ durch den Nationalsozialismus erkannt habe, alles ihm Mögliche zu seiner Bekämpfung getan. Um sich selbst und seine Familie zu schützen, habe er dabei mit Hilfe von Bekannten in der Partei mit gleicher Einstellung den Eindruck der politischen Zuverlässigkeit aufrechterhalten müssen. Dazu habe er beispielsweise aus seiner Zugehörigkeit zum Ordnungsdienst der Deutschen Front eine Zugehörigkeit zu damals illegalen saarländischen SA konstruiert und sich von dem ihm gleichgesinnten Kreisinspekteur in Den Haag eine fiktive Tätigkeit als Zellenleiter bestätigen lassen. Zu seiner Tarnung habe weiterhin die Veröffentlichung zweier Aufsätze gehört: 1934 „Zur geographischen und geopolitischen Stellung des Saargebietes“ in der Zeitschrift des katholischen Lehrerverbandes des Saargebietes sowie „Marnix von St. Aldegonde vor dem Reichstag zu Worms 1578. Ein Hilferuf der Niederlande an das Reich“, als Übersetzung aus dem Französischen 1942 erschienen in dem Band „Das Niederlandbuch“. Schließlich gab Röder in seinem Fragebogen an, dass ihm 1944 schriftlich der Parteiausschluss angedroht worden sei, wofür er allerdings keine Belege anführte. Röders Erklärung waren mehrere Leumundszeugnisse beigelegt, die seine Erläuterungen und seine streng katholische und antinazistische Haltung bestätigten. Sie folgten der gängigen Persilschein-Rhetorik, die auch in den entsprechenden Bescheinigungen aller anderen eingesehenen Epurationsakten gepflegt wurde. Interessant ist allerdings eine Bescheinigung seines Bruders Albrecht, in der dieser behauptete, Franz Josef Röder habe über seine Vermittlung Hilfsdienste für den Widerstand geleistet. Hierbei handelt es sich um den einzigen über das bisher Bekannte hinausgehenden Quellenfund.

Belegt ist, dass Albrecht Röder über seine Bekanntschaft mit Franz Halder tatsächlich Kontakt zu den militärischen Widerstandskreisen um Erwin von Witzleben hatte und von Mai bis November 1944 wegen Verdachts auf Hochverrat in Gestapo-Haft saß. Von Witzleben und Halder hatten 1938 vor dem Hintergrund der Sudetenkrise mit Hans Oster, Ludwig Beck und anderen Wehrmachtsoffizieren einen Putsch gegen das NS-Regime geplant, der jedoch durch das Münchener Abkommen vereitelt wurde. Halder hatte sich daraufhin aus den Widerstandskreisen zurückgezogen, versuchte jedoch Ende 1943, über Albrecht Röder wieder in Verbindung mit von Witzleben zu treten. In seiner Bescheinigung von 1947 behauptete Albrecht Röder nun, auch sein Bruder sei in die Widerstandstätigkeit eingeweiht gewesen und habe sogar verschiedene Aufgaben übernommen. So habe er Kontakte „mit führenden deutschen und holländischen antifaschistischen Persönlichkeiten“ wie dem „Botschaftsrat von Pudlitz“ in Den Haag und Carl-Heinrich von Stülpnagel in Paris hergestellt. Er, Albrecht Röder, habe zwar erst im Nachhinein vom NSDAP-Beitritt seines Bruders erfahren, doch sei dieser Umstand für die Widerstandstätigkeit von großem Vorteil gewesen. Er selbst sei im Frühjahr von der Gestapo verhaftet und im Reichssicherheitshauptamt verhört worden, und nur durch den Einfluss Bürckels sei sein Prozess verschleppt und sein Leben gerettet worden. Wie in vielen anderen Fällen von Leumundsaussagen lassen sich Albrecht Röders Schilderungen nicht mit Sicherheit widerlegen, auch wenn sie recht abenteuerlich anmuten. Begründete Zweifel lassen sich aber vor allem deshalb anmelden, weil nach 1945 allem Anschein nach öffentlich weder von Franz Josef Röder selbst noch von seiner Familie oder Freunden eine irgendwie geartete Unterstützung des Widerstands thematisiert wurde. Selbst im Erinnerungsbuch des Saarbrücker Journalisten Erich Voltmer, das 1979 anlässlich von Röders Tod verfasst wurde, hauptsächlich auf den Auskünften von Röders Familie und Freunden beruht und jeden Verdacht auf eine NS-Belastung Röders im Sinne einer „nationalsozialistischen Gesinnung“ zurückweist, findet sich kein Hinweis hierzu. Solange keine weiteren Quellen auftauchen, die für die geschilderten Abläufe sprechen, bleibt es deshalb am wahrscheinlichsten, dass Albrecht Röder seine eigenen Widerstandskontakte aus familiärer Verbundenheit auf seinen Bruder ausgedehnt hat, um diesem im Entnazifizierungsverfahren zur Seite zu stehen.

Doch wie steht es um die weiteren Angaben in Röders Erklärung? Dass er auf seinen NSDAP-Aufnahmeantrag vom 1. August 1933 keine unmittelbare Beitrittsbestätigung erhielt, ist tatsächlich nicht abwegig. Die NSDAP hatte aufgrund des unerwarteten Mitgliederansturms seit ihrer Machtübernahme zum 1. Mai 1933 eine Mitgliedersperre verhängt. Zum einen war die Flut an Mitgliedsanträgen organisatorisch nicht mehr zu bewältigen, zum anderen fürchtete die Parteiführung, dass die NSDAP von Opportunisten ohne hinreichende Gesinnungsfestigkeit überschwemmt wurde. Es wäre also durchaus denkbar, dass Röders Aufnahmeantrag zunächst unbearbeitet liegen blieb und seine Mitgliedschaft erst 1937/38, während der kurzzeitigen Aufhebung der Mitgliedersperre, rückwirkend bestätigt wurde.

Davon unberührt bleibt jedoch die Tatsache, dass Röder bereits 1933, also vor der Wiedereingliederung des Saargebiets in das Deutsche Reich, um Aufnahme in die NSDAP ersucht hat. Dass die lange ausgeprägte Resistenz des katholischen Milieus an der Saar gegenüber dem Nationalsozialismus im Sommer 1933 – nach der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz, dem Rundschreiben der deutschen Bischöfe und dem Reichskonkordat – innerhalb kurzer Zeit stark erodiert war, steht außer Frage. Dass aber zu diesem Zeitpunkt demjenigen, der nicht der NSDAP beitrug, bereits massive soziale oder berufliche Konsequenzen gedroht hätten, kann nicht angenommen werden. Auch das fortgesetzte Bekenntnis zum Katholizismus kann nicht als grundsätzlicher

Widerstand gegen den Nationalsozialismus gedeutet werden. Dies entsprach zwar als kollektivem Entlastungsmotiv der Selbstdeutung weiter Teile der saarländischen Nachkriegsgesellschaft; doch die Verständigung der katholischen Kirche mit den nationalsozialistischen Machthabern hatte 1933 ja gerade signalisiert, dass es von nun an kein Widerspruch mehr war, guter Katholik und gleichzeitig NS-Anhänger zu sein. Insofern ist Röder unabhängig vom spekulativen Grad der „inneren Überzeugung“ zum besagten Zeitpunkt angesichts seines Verhaltens zwar nicht als führender, aber doch willentlicher Unterstützer des Aufstiegs der NSDAP im Saargebiet zu bezeichnen – was weder eine partielle, insbesondere kirchenpolitische Kritik am Nationalsozialismus noch eine spätere Distanzierung ausschließt.

In diesem Zusammenhang ist auch die von Röder selbst benannte Aktivität im Ordnungsdienst der Deutschen Front zu sehen. Der Ordnungsdienst war eine im März 1934 gegründete uniformierte und mobile Einsatztruppe mit ungefähr 10.000 Mitgliedern (darunter auch etwa 1.500 Frauen). Er diente der Verbreitung von Propaganda sowie der Beobachtung und auch gewaltsamen Einschüchterung der politischen Gegner, und sehr schnell gerierte er sich als eine Art Hilfspolizei. Faktisch stellte der Ordnungsdienst eine Reorganisation der 1932 von der Regierungskommission des Völkerbunds verbotenen SA- und SS-Einheiten unter dem parteipolitisch neutralen Banner der Deutschen Front dar.

Dieser Umstand führt zu der Frage nach einer möglichen SA-Mitgliedschaft Röders. Der Journalist Julian Bernstein nimmt eine solche auf Grundlage eines Dokumentenfundes in der Entschädigungsakte von Röders Vater an. Franz Röder war wegen seiner Kritik an der Abschaffung der Konfessionsschulen durch die Nationalsozialisten 1937 oder 1938 als Kreisschulrat zwangspensioniert worden. Offenbar, um sich im Zusammenhang mit seiner diesbezüglichen Vernehmung gegen den Vorwurf der Regimefeindlichkeit zu verteidigen, hatte er im Januar 1937 in einem Schreiben unter anderem darauf verwiesen, dass sein Sohn vor der Rückgliederung Mitglied der Partei und „sogar der illegalen SA“ gewesen sei. Bernstein konzidiert zwar die defensive Lage, in der sich Röders Vater befand, argumentiert jedoch, dass dieser kaum das Risiko einer nachprüfbaren Falschaussage eingegangen wäre. Allerdings stellt sich die Frage, inwiefern eine solche Überprüfbarkeit wirklich gegeben war. Zwar fanden sich im Ordnungsdienst die ehemaligen SA und SS-Leute wieder, doch werden neu rekrutierte Mitglieder aufgrund des SA-Verbots vor dem Wiederaufbau der NS-Organisationen 1935 vermutlich auch keine formelle und damit dokumentierte SA-Mitgliedschaft eingegangen sein. Es erscheint also durchaus nachvollziehbar, dass Röder und sein Vater mit dem Verweis auf Röders Betätigung im Ordnungsdienst, die überprüfbar war, eine formell wiederum nicht nachprüfbare Zugehörigkeit zur SA zumindest plausibel machen wollten. Aus demselben Grund kann umgekehrt auch die Aussage, Röder sei Mitglied der SA gewesen, nicht als gesichert gelten; tatsächlich scheint eine formelle Mitgliedschaft eher unwahrscheinlich zu sein. Davon unbenommen bleibt freilich Röders Zugehörigkeit zum organisatorisch und methodisch der SA durchaus ähnlichen Ordnungsdienst der Deutschen Front, wenngleich Röder sie – was auch immer es bedeuten soll – als „rein äußerlich“ bezeichnete.

Einen besonderen Streitpunkt stellt Röders Tätigkeit in Den Haag dar. Während Heinrich Küppers in seiner jüngst erschienenen Biographie Röders eigene Angaben für „glaubhaft“ hält, er habe sich nicht am Aufbau der dortigen Parteiorganisation beteiligt und zudem in seiner Funktion als DAAD-Gutachter junge Niederländer vor dem Zugriff der Gestapo geschützt, macht ihn Erich Später als „Besatzungsfunktionär und langjährige[n] Aktivist[en] der NSDAP politisch mitverantwortlich“ für die „deutsche Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik in den besetzten Niederlanden in den Jahren

1940-45“. Ein genaueres, quellengestütztes Bild von Röders Tätigkeit ließe sich nur über entsprechende Archivfunde zeichnen. Die Aussichten hierfür sind allerdings eher ungünstig, da für die Zeit bis 1943 die zentralen Aktenbestände des Schulreferats des Auswärtigen Amtes zu einem großen Teil, die Akten des DAAD vollständig bei Bombenangriffen vernichtet worden sind. So wird sich vermutlich auch Röders Behauptung, er sei bei einem ersten Bewerbungsverfahren sowie bei späteren Versetzungsgesuchen wegen einer ungünstigen politischen Beurteilung gescheitert, kaum nachprüfen lassen. Gegenwärtig können nur die bestehenden Indizien gegeneinander abgewogen werden.

Grundsätzlich wurden die Lehrer an den deutschen Auslandsschulen in der NS-Zeit auch nach ideologischen Kriterien ausgewählt, da sie den Auftrag hatten, bei ihrer Lehrtätigkeit ein positives Bild vom nationalsozialistischen Deutschland zu vermitteln. Allerdings scheint das Auswärtige Amt aus diplomatischen Gründen darauf bedacht gewesen zu sein, dass an den Auslandsschulen nicht allzu offensiv NS-Propaganda betrieben wurde; dies galt bis zum deutschen Einmarsch 1940 insbesondere auch für die Niederlande. „Rassenkunde“ jedoch wurde seit 1933 an allen Auslandsschulen in die Lehrpläne eingeführt; sie wurde hauptsächlich im Biologieunterricht behandelt, sollte aber den schulpolitischen Weisungen gemäß ebenso Eingang in den Deutsch-, den Geschichts- und den Geographieunterricht finden. Inwiefern Röder, der neben Französisch und Latein auch Geographie unterrichtete, diesen Vorgaben folgte, lässt sich nicht sagen.

Nicht eindeutig geklärt ist auch die in der Literatur widersprüchlich beantwortete Frage, ob Röder während seiner Lehrtätigkeit in den Niederlanden Umgang mit jüdischen Schülern hatte bzw. haben konnte. Küppers behauptet unter Verweis auf die Jahresberichte des Deutschen Realgymnasiums in Den Haag, dass dort bereits 1933 alle jüdischen Schüler ausgeschlossen worden seien. Eine andere Untersuchung kommt jedoch auf Grundlage derselben Quellen zu einem gegenteiligen Schluss: Die Anzahl der jüdischen Schüler ist demnach im Schuljahr 1933/34 sogar noch einmal angestiegen. Dies lässt sich daraus erklären, dass einige aus Deutschland geflüchtete Juden ihre Kinder weiterhin auf eine deutsche Schule schicken wollten. Vermutlich auch bedingt durch eine relativ große Anzahl von Kindern ausländischer Diplomaten in der Schülerschaft, verfolgte das Realgymnasium in Den Haag eine vergleichsweise zurückhaltende Linie bei der Umsetzung NS-ideologischer Vorgaben und ließ noch bis zum Schuljahr 1936/37 jüdische Schüler zu. Ein ehemaliger Schüler Röders meinte sich später sogar zu erinnern, dass er noch bis zum deutschen Überfall auf die Niederlande vereinzelt jüdische Mitschüler gehabt habe. Wie Röder mit diesen Schülern – wenn es sie denn tatsächlich gab – umgegangen ist, wird jedoch nicht erwähnt. Allgemein wird er aber in den Erinnerungen ehemaliger Schüler und Bekannter in Den Haag, die Voltmer gesammelt hat, als ein Lehrer dargestellt, der auch nach 1940 ohne Scheu seine Abneigung gegen nationales Pathos zum Ausdruck gebracht und den Schülern indirekt seine Ablehnung der Politik Hitlers vermittelt habe. Er sei frei von Fanatismus gewesen, und man habe sich in seiner Gegenwart kritisch über den Nationalsozialismus äußern können.

In gewissem Widerspruch hierzu steht der bereits erwähnte Aufsatz, den Röder 1942 zum „Niederlandbuch“ beigesteuert hat. Dieser Band enthielt neben einem Vorwort von Arthur Seyß-Inquart, der als Reichskommissar für die besetzten Niederlande für die Deportation der niederländischen Juden in die Vernichtungslager und die Hinrichtung von Widerstandskämpfern verantwortlich war, vor allem Beiträge von deutschen Besatzungsfunktionären und niederländischen Kollaborateuren. Herausgegeben wurde der Band von Walter Söchting, dem Leiter von Röders Schule in Den Haag. Der Aufsatz

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



von Röder war dabei zum ersten Mal im Oktober 1940 – ein halbes Jahr nach dem deutschen Einmarsch – in der *Deutschen Zeitung in den Niederlanden* erschienen und ein Jahr später noch einmal als Sonderdruck. Auf nicht ganz viereinhalb Seiten beschreibt Röder den erfolglosen Appell des niederländischen Adligen Philipp von Marnix an die deutschen Fürsten auf dem Wormser Reichstag von 1578, den Niederlanden im Kampf gegen die spanische Fremdherrschaft zur Seite zu stehen. Wie kein anderer seiner Zeitgenossen habe Marnix „die Schicksalsverbundenheit der niederdeutschen Lande mit dem Reich“ klar erkannt. Der aufmerksame Leser werde dabei in seiner Rede „viele überraschende Parallelen zur Gegenwart“ entdecken, in der England die damalige Rolle Spaniens eingenommen habe. Wie 1578 befänden sich die Niederlande heute in einer „geschichtlich entscheidenden Stunde“: „Heute ist das Reich so stark wie es noch niemals in seiner Geschichte gewesen ist. Als die führende Macht in Europa wird es diesem Erdteil eine neue politische und wirtschaftliche Form geben. Heute liegt es an den Niederlanden, sich in diese Neuordnung miteinzubauen und, wie der Reichskommissar es kürzlich ausdrückte, die dargereichte Freundeshand anzunehmen.“ Auf der inhaltlichen Ebene lässt sich der Aufsatz als eine historisch verbrämte Rechtfertigung der deutschen Besetzung der Niederlande lesen, die als freundschaftlicher Akt einer kulturell verbundenen Schutzmacht gedeutet wird. Appellativ ist er an die niederländische Bevölkerung gerichtet, die aufgefordert wird, das Angebot einer Kollaboration mit der Besatzungsmacht im Sinne der endgültigen Verwirklichung einer jahrhundertealten „Schicksalsgemeinschaft“ anzunehmen. Wohlwollend ließe sich sagen, dass Röders großdeutsche Rhetorik argumentativ im kulturgeschichtlichen Rahmen bleibt und sich im Unterschied zu anderen im Band versammelten, zum Teil rassistischen Texten nicht des rassenideologischen NS-Jargons bedient. Zudem nehmen Zitate aus der behandelten historischen Rede über die Hälfte des gesamten Textes ein. Weniger wohlwollend lässt sich der Aufsatz als Ausdruck der Selbsttäuschung eines national gesinnten Bildungsbürgers lesen, der meinte, die Unterstützung der militärischen Eroberungspolitik des Deutschen Reichs von der Tatsache trennen zu können, dass diese notwendig auch eine nationalsozialistische Eroberungspolitik – mit all ihren Folgen – darstellte. Aus dieser Sicht wäre nicht die Tatsache zu betonen, dass Röders Aufsatz im Vergleich zu anderen Beiträgen recht moderat ausfällt, sondern dass er zusammen mit diesen Beiträgen in einem übergreifenden Propagandazusammenhang stand.

Für eine Bewertung des Aufsatzes ist neben den rein inhaltlichen Aspekten besonders auch nach dem Kontext und den Motiven der Veröffentlichung zu fragen. Wiederum unter wohlwollender Perspektive könnte argumentiert werden, dass Röder nur die Minimalanforderungen an eine vielleicht unumgängliche Loyalitätsbekundung zum NS-Regime erfüllt hat. Nicht eindeutig belegen lässt sich jedoch, inwiefern diese Bekundung tatsächlich auf politischen Druck, auf opportunistische Anbiederung oder auf ehrliche Überzeugung zurückzuführen ist. Ambivalent ist auch die Tatsache der Mehrfachveröffentlichung. Sie kann einerseits als Zeichen eines ausgeprägten, eigenmotivierten Propagandaaktivismus interpretiert werden; andererseits zeugt der einfache Wiederabdruck davon, dass Röder in dieser Hinsicht keinen besonders großen Aufwand betrieben hat und vielleicht auch nicht betreiben wollte.

Unumstritten ist, dass Röder allgemein weder Führungsfunktionen in der NSDAP oder im NS-Herrschaftsapparat ausgeübt hat noch aktiv an NS-Verbrechen beteiligt war. Man kann wohl auch den von Voltmer aufgezeichneten Erinnerungen von Bekannten und ehemaligen Schülern aus Röders niederländischer Zeit soweit Glauben schenken, dass Röder in Den Haag nicht als fanatischer Nationalsozialist aufgetreten ist. Röders Aufsatz ist in dieser Hinsicht zumindest ambivalent; aus ihm spricht zwar keine explizite



Verteidigung der nationalsozialistischen Weltanschauung, aber doch eine Rechtfertigung der deutschen Besetzung der Niederlande im Modus der historischen Analogie.

Alles in allem lässt sich Röders NS-Biographie nach gegenwärtigem Kenntnisstand am ehesten als die eines Mitläufers ansehen, wobei diese Charakterisierung nicht auf die Kategorienbildung der Entnazifizierung rekurriert. Röders Bekenntnis zum Nationalsozialismus erfolgte zu früh, um allein aus sozialem Zwang erklärt werden zu können; es entsprang vermutlich eher einer Mischung aus Überzeugung und Opportunismus. Er erlaubte sich partielle Unangepasstheiten, die im Zusammenhang mit seinem katholischen Glauben und seinem bildungsbürgerlichen Habitus standen, die jedoch allem Anschein nach niemals so weit gingen, dass sie ihn in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht hätten. Ob seine publizistische Rechtfertigung der deutschen Besetzung der Niederlande dem Zweck diene, solche Schwierigkeiten zu vermeiden oder seine tatsächliche Einstellung zum Ausdruck brachte, muss offen bleiben. Röder war sicherlich nicht an den Gewaltmaßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden beteiligt, und auch antisemitisch oder anderweitig rassenideologisch gefärbte Äußerungen sind nicht überliefert. Abgesehen aber von der vagen Formel von der „Missachtung des Menschen“ durch den Nationalsozialismus finden sich auch später keine Stellungnahmen Röders, die explizit eine Anteilnahme am Schicksal der jüdischen und nicht-jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft in den Niederlanden zum Ausdruck gebracht hätten. Dies entsprach freilich dem vergangenheitspolitischen Klima der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in der die abstrakte Ächtung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen auch dazu diene, eine Auseinandersetzung mit den konkreten Geschehnissen und Opfern zu vermeiden.

Röders Verhalten im Nationalsozialismus kann generell stellvertretend für das von Millionen anderer Deutscher stehen. Das betrifft auch das Problem der moralischen Beurteilung: Individuell gesehen konnte jeder für sich beanspruchen, keinen entscheidenden Beitrag zur NS-Herrschaft geleistet und keine Verbrechen begangen zu haben. Strukturell gesehen jedoch war das massenhafte Mitläufertum, das mehr oder weniger reibungslose Mitmachen und die bei aller Kritik an Einzelmaßnahmen grundsätzliche Akzeptanz des NS-Regimes eine wesentliche Voraussetzung für dessen Stabilisierung, die letztlich wiederum die Radikalisierung der nationalsozialistischen Gewaltpolitik ermöglichte. Diese beiden nur schwer miteinander vermittelbaren Bewertungsmaßstäbe prallen, wie es scheint, auch in der gegenwärtigen Diskussion um Röders NS-Vergangenheit aufeinander.

Ein weiterer Streitpunkt betrifft die Frage, ob Röder seine NS-Belastung nach 1945 bewusst verschwiegen oder gar, wie Erich Später meint, die Öffentlichkeit „mit Hilfe seiner publizistischen Hilfstruppen jahrzehntelang belogen“ hat. Es gibt bruchstückhafte Hinweise darauf, dass Röders NS-Vergangenheit seit seinem Einstieg in die Politik 1955 von seinen politischen Gegnern immer wieder einmal thematisiert wurde, insbesondere seitens der CVP bzw. dann der SVP. Immerhin war Röders NSDAP-Beitritt im Kultusministerium, das bis 1955 durchgehend von CVP-Ministern geführt wurde, aktenkundig. Der einzige bislang bekannte Fall, in dem Röder selbst sich öffentlich zu seiner NS-Vergangenheit geäußert hat, ist kurioserweise ein Interview mit der dänischen Tageszeitung *Berlingske Tidende*, das 1966 unter dem Titel „Hut ab für Dr. Röder“ veröffentlicht wurde. Hier erklärte Röder die Tatsache, dass er nicht genügend Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet habe, zum Antrieb für sein demokratisches politisches Engagement. Dabei gab er auch an, dass er nach dem Reichskonkordat „Anwärter“ für eine NSDAP-Mitgliedschaft geworden sei, jedoch ohne

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

eine Mitgliedskarte erhalten zu haben oder in sonst einer Weise für die Partei aktiv gewesen zu sein. Er habe die Nationalsozialisten auch „sehr schnell durchschaut“ und sei in die „innere Emigration“ nach Den Haag gegangen. In der von der Linken-Fraktion herausgegebenen Broschüre wird Röder als positives Beispiel für ein ehemaliges NSDAP-Mitglied angeführt, das aus der Vergangenheit gelernt und sich am demokratischen Wiederaufbau beteiligt habe. Dabei wird besonders auf Röders Unterstützung der Entspannungspolitik und seine entscheidende Rolle beim Zustandekommen der Warschauer Verträge hingewiesen. Erich Später wiederum wirft Röder vor, dass er als langjähriger Ministerpräsident und CDU-Funktionär eine Mitverantwortung für die „politische und moralische Rehabilitierung von hochrangigen Mitgliedern der saarländischen Nazi-Funktions- und Vernichtungselite“ trage. Beide Bewertungen werfen letztlich ein Licht auf das Problem, dass bisher noch keine systematischen historischen Untersuchungen zu den Mechanismen, dem Ausmaß und den Folgen der politischen (Re-)Integration von NS-Belasteten in den politischen Organen des Saarlands durchgeführt worden sind.“

### **Bewertung/Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Eine Straße nach Franz Josef Röder zu benennen macht Sinn. Als Ministerpräsident von 1959 bis 1979 regierte er bis dato am längsten das Saarland. Es gelang ihm, die nach der Saarabstimmung 1955 zunächst noch bestehende Zerrissenheit des Landes zu überwinden, das christliche Lager zu einen, den Strukturwandel des Saarlandes voranzutreiben, vor allem aber das Saarland vom Bremsklotz in den deutsch-französischen Beziehungen zu einem konstruktiven Vermittler und Vorreiter zu profilieren. Im Bundesrat verfolgte er eine konstruktive und vermittelnde Rolle, insbesondere beim Abschluss der sogenannten Polen-Verträge, wobei zweifellos Werner Klumpp und die saarländische FDP diese Entscheidung mit vorantrieben.

Röders gesellschaftliche und vor allem bildungspolitische Vorstellungen waren schon in den 1960er Jahren sehr konservativ und nicht zuletzt deshalb zog es die junge Generation seinerzeit zur SPD. So konservativ und katholisch Röder war, so gehörte dazu auch das Bemühen um einen sozialen Ausgleich.

Oskar Lafontaine gilt als Initiator der Umbenennung von Teilen der Hindenburgstraße zur Franz-Josef-Röder-Straße im Jahr 1984. Seinerzeit würdigte Lafontaine auch den fairen und menschlichen Umgang Röders mit dem politischen Gegner.

Zu den langfristig wirkenden Verdiensten Röders zählt die Entwicklung des Saarlandes zu einem Auto-Land und insbesondere der Ausbau der Universität, sie ist bis heute das nachhaltigste Instrument zum Strukturwandel. Röder hat mit dem Frankreich-Profil des Saarlandes und seiner europäischen Orientierung Grundlagen gelegt, an denen sich alle seine Nachfolger bis heute orientieren.

Röders Rolle im Dritten Reich belastet zweifellos seine Person. Seine Biografie steht dabei stellvertretend für weite Teile der deutschen Bevölkerung, mindestens 11,5 Millionen Deutsche hatten einen Antrag auf NSDAP-Mitgliedschaft gestellt oder waren Mitglied geworden. Dabei gilt es eine breite Spanne von Mitgliedern zu differenzieren. Röders Antrag auf NSDAP-Mitgliedschaft scheint eine Mischung aus Anpassung, Mitläufertum, Opportunismus und vielleicht anfänglich partieller Überzeugung erfolgt zu sein, sicher zu bewerten sind die Motive nicht mehr. Sicher ist aber, es gibt weder Informationen noch Anhaltspunkte dafür, dass Röder in Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen verwickelt war oder indirekt daran mitgewirkt hätte.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Insofern und unter Wertschätzung seiner Lebensleistung als Ministerpräsident wäre eine Umbenennung völlig unangemessen. Ihn in die persönliche Mitverantwortung für die Verbrechen der NS-Diktatur in den Niederlanden zu nehmen ist nach derzeitigem Forschungsstand unredlich.

#### **Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: (0)**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)**

**Radewahn (CDU): Folgt Einschätzung Stadtarchiv.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Brass/Schricket (Die Grünen): Die Straßenbenennung zu Ehren Franz Josef Röders sehen wir weitestgehend als unkritisch an. Die Person Röder als Ministerpräsident eines noch jungen Saarlands und seine Bemühungen in den deutsch-französischen Beziehungen rechtfertigten dies. Unbenommen davon ist seine Einstellung zum Nationalsozialismus, die sich insbesondere durch den recht frühen Aufnahmeantrag in die NSDAP im August 1933 und seiner Aktivitäten im sog. Ordnungsdienst der Deutschen Front zeigt, kritisch zu sehen und nicht zu vergessen. Sie erreicht allerdings nicht das Ausmaß, dass wir für eine Umbenennung der Straße stimmen würden. Röders differenziert zu sehende Biographie eignet sich zum Anlegen eines Beitrags in einem kommenden Online-Glossar. Wir stimmen daher für eine Kommentierung des beizubehaltenden Straßennamens.**

**Feneis (FDP): Folgt Einschätzung Stadtarchiv.**

**Jacob (LINKE): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

#### **GRÜN/Keine Umbenennung**

**Literatur:** Julian Bernstein, *Moralisch im Reinen*, in: Saarbrücker Hefte, Nr. 113/114, Frühjahr 2016, S. 36-42.

Hans-Christian Herrmann, *Franz Josef Röder. Das Saarland und seine Geschichte*, St. Ingbert 2017.

Heinrich Küppers, *Franz Josef Röder (1909-1979). Baumeister des Bundeslandes Saarland*, St. Ingbert 2015.

Erich Später, *Der Landesvater. Die NS-Vergangenheit Franz Josef Röders*, in: Saarbrücker Hefte Nr. 110/111, Sommer 2014, S. 7-14.

Erich Voltmer, *Franz Josef Röder. Ein Leben für die Saar*, Dillingen 1979.

Peter Wettmann-Jungblut, *"Im Schatten der Geschichte". Fakten und Überlegungen zu Franz Josef Röders Vergangenheit vor 1945*, in: Saargeschichte/n, Ausgabe 4/2013, S. 4 ff.

## **Dr. jur. Vogeler, Friedrich, 1883-1945, Landrat Saarbrücken, Regierungspräsident Sudetenland**

*Dr. Vogeler Straße 1-25, Distrikt 115 Glockenwald, Stadtteil Alt-Saarbrücken*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Ehemaliger Landrat mit schwerer NSDAP-Belastung.**

### **Darstellung:**

Dr. Friedrich Vogeler (geb. 4.10.1883 in Soest, gest. 9. Mai 1945 in Prag) war ein deutscher Verwaltungsjurist, der im Februar 1919 zunächst als Landrat von Ottweiler tätig war. Von 1920 bis 1937 wirkte er als Landrat des Kreises Saarbrücken und bekleidete in Personalunion von 1921 bis 1937 das Amt des Präsidenten der Landesversicherungsanstalt des Saargebietes, ab März 1935 war er Reichsbeauftragter für die vorläufige Regelung des Grenzverkehrs zwischen Deutschland (Saarland) und Frankreich. Danach wirkte er ab April 1937 als Regierungsvizepräsident in Arnsberg. Ab März 1939 wurde er mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des allgemeinen Vertreters des Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete Konrad Henlein beauftragt. Weitere Stationen: Zum 1. Mai 1939 Ernennung zum Regierungspräsidenten beim Reichsstatthalter in Reichenberg, am 7. Mai 1945 Übernahme der Befugnisse des Reichsstatthalters und Reichsverteidigungskommissars des (sich absetzenden) Reichsstatthalters Konrad Henlein. Vogeler starb zwei Tage später nach dem Prager Aufstand, hingerichtet am 9. Mai 1945.<sup>108</sup>

Entgegen bisheriger Annahmen war Vogeler NSDAP-Mitglied.<sup>109</sup> Laut Antwort des Bundesarchivs vom 17.9.2019 auf Anfrage des Stadtarchivs Saarbrücken vom 10.7.2019 Eintritt in die NSDAP zum 1.11.1935, außerdem Eintritt in die SA am 8.10.1938, dabei Überspringen von Ämtern: SA-Sturmabführer, dem Stab der SA-Gruppe Sudeten als ehrenamtlicher Mitarbeiter zugeteilt, seit 9.11.1939 SA-Standartenführer, dabei Dienstgrad SA-Obersturmbannführer übersprungen, ab 9.11.1940 Oberführer, ab 9.11.1944 Brigadeführer. Es handelt sich dabei um höchste Ämter innerhalb der SA, Brigadeführer belegt in der 20stufigen SA-Rangtafel Stufe 3 von oben. Der dritthöchste Rang der SA wurde nur verhältnismäßig wenigen Personen zuteil, zwischen 1933 und 1945 insgesamt nur 336 Männern.<sup>110</sup>

### **Bewertung und Gutachten des Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann:**

#### **ROT/Umbenennung**

Die Benennung der Straße erfolgte am 14. Juni 1966, die zu ehrende Absicht ist nicht nachvollziehbar, maßgeblich war das Jubiläumsjahr 150 Jahre Landkreis Saarbrücken 1965/1966 und die Absicht, eine Straße nach einem Saarbrücker Landrat zu benennen.

<sup>108</sup> [https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=1125&url\\_tabelle=tab\\_person](https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=1125&url_tabelle=tab_person) [07.01.2021].

<sup>109</sup> [https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Friedrich\\_Vogeler](https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Friedrich_Vogeler) [07.01.2021].

<sup>110</sup> [https://www.wikiwand.com/de/Liste\\_der\\_SA-Brigadef%C3%BChrer](https://www.wikiwand.com/de/Liste_der_SA-Brigadef%C3%BChrer) [10.01.2021].

Treibende Kraft war hier der damalige Saarbrücker Landrat Dr. Leo Lorscheider. Er war Vogeler 1929 als „juristischer Hilfsarbeiter“ zugeteilt worden.<sup>111</sup> Vogeler war nicht nur Mitglied der NSDAP und der SA, sondern die von ihm bekleideten Ämter belegen sein Eintreten für die NS-Politik und bringen ihn angesichts ihrer Bedeutung in einen Verantwortungszusammenhang mit NS-Unrecht. Eine Umbenennung ist deshalb dringend erforderlich.

**Nachtrag:** Die Todesumstände von Dr. Vogeler bleiben unklar, sein Tod als Folge einer Hinrichtung durch die Befreier ist unsicher, aber wahrscheinlich.

**Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

***ROT/Umbenennung: (6)***

**Brandt/Radewahn (CDU): Schließen sich dem Stadtarchiv an.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Jacob (Die LINKE): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung -**

**GRÜN/Keine Umbenennung: -**

---

<sup>111</sup> Dieter Muskalla, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995, S. 261.

Autor/Berichterstatte: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



## **Straße des 13. Januar – bezieht sich auf die Saarabstimmung am 13. Januar 1935**

*Straße des 13. Januar 9 bis 35, 2 bis 32, Distrikt Kaninchenberg, Stadtteil St. Johann*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Ein wichtiges und zugleich dunkles Datum der Saargeschichte.**

### **Darstellung:**

Die Straße des 13. Januar 1935 erinnert an die erste Saarabstimmung. Zusammen mit der zweiten Saarabstimmung vom 23. Oktober 1955 markieren beide die großen Zäsuren saarländischer Geschichte im 20. Jahrhundert.

Nach dem Ersten Weltkrieg war das Saarkohlebecken im Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und unter Völkerbundverwaltung gestellt worden. Nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren sollte die Bevölkerung wählen, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören möchte oder weiterhin unter Völkerbundverwaltung (=Status Quo) stehen wollte. Der Tag der Abstimmung fiel auf den 13. Januar 1935. Über 90 Prozent der Saarländer\*innen stimmten für die Rückkehr zu Deutschland unter der Regierung Adolf Hitlers.

Das Abstimmungsergebnis wird erst aus der differenzierten historischen Analyse nachvollziehbar, in ein paar Worten lässt es sich nicht erklären, hier wird auf das Gutachten zur Senator-Richard-Becker-Straße verwiesen.

Straßenbenennungen nach dem 13. Januar gab es nach der Rückgliederung zum 1. März 1935 in vielen deutschen Städten, insbesondere auch in Saarbrücken. Gauleiter Bürckel veranlasste aus Anlass des ersten Jahrestages der Saarabstimmung diese Benennung in zahlreichen Städten. Aufgrund einer Eingabe des bekannten Heimatkundlers Nikolaus Fox, der sich an der grammatikalischen Syntax der Schreibweisen der neuen Straßenbezeichnung störte, da diese Französisch sei, wurde sie korrigiert. Aus der „Straße des 13. Januar“ wurde deshalb die „13. Januar Straße“. Zudem trugen die Straßenschilder nicht mehr die lateinische Schrift, sondern die als solche bewertete „ausdrucksvolle deutsche Schrift“. Der sogenannte „völkische Umbruch“ sollte „nicht nur innerlich erfasst, sondern auch nach äußerem Ausdrucke“ vermittelt werden, so Fox. Nach 1945 wurde die Straße in Schlachthofstraße umbenannt, dann hieß sie zeitweise St. Arnualer Straße und ab 16. April 1957 wieder „Straße des 13. Januar.“<sup>112</sup>

---

<sup>112</sup> Armin Flender, Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998, S. 80 – 82. Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Bewertung und Gutachten des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung Verbunden mit der Bedingung, die Opferperspektive bei künftigen Benennungen zu berücksichtigen**

Viele Menschen, insbesondere der jüngeren Generation, können mit dem Datum des 13. Januar heute wenig anfangen. Das historische Datum ist ihnen nicht präsent. Auch wenn es bei der erstmaligen Benennung der Straße im Jahr 1935 darum ging, das Treuebekenntnis der Saarländer zu Deutschland und die damit verbundene Rückgliederung an Hitler-Deutschland zu heroisieren, so wird dies heute niemand mehr so bewerten, von ewig Gestrigen einmal abgesehen. Wem das Datum der Saarabstimmung nicht geläufig ist, der wird möglicherweise neugierig werden, sich mit dem historischen Kontext näher auseinanderzusetzen, etwa mit der Schuldfrage der Saarländerinnen und Saarländer und mit dem Leid der durch die NS-Diktatur begangenen Verbrechen.

Dem Datum 13. Januar 1935 kann insofern heute nicht per se etwas Ehrendes unterstellt werden, es steht für ein historisches Ereignis.

Dieses Datum braucht Aufmerksamkeit und Erinnerung, weil es mit einem wichtigen und zugleich dem düstersten Abschnitt deutscher und saarländischer Geschichte verbunden ist. Und dabei ist klar, die Ja-Stimmen 1935 votierten für die Rückkehr zu einem nationalsozialistischen Deutschland, einer Diktatur, die antisemitisch und rassistisch handelte. Gleichwohl dürfte der Zweite Weltkrieg wie auch der Holocaust für die Mehrheit der Ja-Stimmenden außerhalb ihres Horizontes gelegen haben. Die bereits 1933 einsetzende und erkennbare Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden war zudem vielen egal, weil Antikommunismus und Antisemitismus auch in der saarländischen Gesellschaft keine Minderheitenhaltung war und weil etwa Ärzte, Rechtsanwälte und viele andere auch von der bereits 1933 einsetzenden antisemitischen Ausgrenzung profitierten.<sup>113</sup> Bezeichnend auch die NSDAP-Mitgliederentwicklung im Saargebiet, von 261 NSDAP-Mitgliedern im Jahr 1929 stieg die Anzahl der Parteimitglieder rasant auf 30.000 im März 1934, 1937 sollten es rund 70.000 sein.<sup>114</sup>

Einige wie etwa der Zentrumspolitiker Bartholomäus Koßmann<sup>115</sup> votierten für die Rückgliederung, obwohl sein in Freiburg studierender Sohn im November 1933 von der Gestapo unter fadenscheinigen Gründen verhaftet worden war. Trotz Hitler glaubte er, für Deutschland stimmen zu müssen – aus heutiger Sicht unreal. Im Kontext des 20. Juli

---

<sup>113</sup> Gisela Tascher, Staat, Macht und ärztliche Berufsausübung 1920 – 1956. Gesundheitswesen und Politik: Das Beispiel Saarland, Paderborn 2010. Peter Wettmann-Jungblut, Rechtsanwälte an der Saar 1800 – 1960: Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes, hg. vom Saarländischen Anwaltsverein, Blieskastel 2004.

<sup>114</sup> Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag: Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, Bd. 2, hg. von Hans-Walter Herrmann, Bonn 1993, S. 89 – 91.

<sup>115</sup> Bartholomäus Koßmann, geboren am 2.10.1883 in Eppelborn, gestorben am 9. 8. 1952 in Homburg, vom Jahre 1914 an Mitglied des kaiserlichen Reichstages zu Berlin, 1919 -1920 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, 1922-1925 Vorsitzender des Landesrates des Saargebietes, 1924-1935 saarländisches Mitglied der Regierungskommission des Völkerbundes im Saargebiet, 1947 Mitglied des saarländischen Verfassungskonventes und danach Vizepräsident des Saarländischen Landtages, vgl. Reinhold Bost, Bartholomäus Koßmann, Christ, Gewerkschafter, Politiker 1883- 1952, Blieskastel 2002 ; Philipp W. Fabry, Bartholomäus Koßmann, Treuhänder der Saar 1924 -1935, Merzig 2011. Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

wurde er festgenommen, vom Volksgerichtshof aber freigesprochen. Seine Haltung steht für die zahlreicher saarländischer Katholiken, Teile der nationalsozialistischen Realität einfach auszublenden, insbesondere nachdem Hitler der katholischen Kirche im Konkordat vom Juli 1933 Zugeständnisse machte und dafür politische Loyalität verlangte.<sup>116</sup>

Die Straße des 13. Januar zu entfernen erscheint ahistorisch und könnte auch als Verschweigen von Geschichte missverstanden werden. Sie steht für eine Gesellschaft, die sich zu über 90 Prozent für Hitler-Deutschland entschieden hat und damit auch eine Verantwortung für die von NS-Deutschland begangenen Verbrechen übernehmen muss. Eine Umbenennung wird gerade deshalb nicht empfohlen.

Eine kommentierende Erläuterung auf einem Schild ist angesichts des komplexen Themas nicht zweckmäßig. Im Falle einer digitalen Lösung sieht dies anders aus.

Es gibt in Teilen der Öffentlichkeit die Forderung, die Straße des 13. Januar umzubenennen, etwa von den saarländischen Jusos: „Mit der Umbenennung der Straße des 13. Januar wollen wir nicht versuchen die saarländische Geschichte zu korrigieren, sondern die Würdigung von nationalen Erhebungen durch Straßennamen beenden.“ Problematisch an dieser Einschätzung erscheint der Begriff „nationale Erhebung“, wie auch die Interpretation sich an der von 1935 orientiert. Die Juso-Forderung nach Umbenennung ist zugleich mit der Absicht verbunden, die Perspektive der Opfer im kollektiven Gedächtnis zu würdigen, so die Landesvorsitzende Kira Braun: „Ich kann mir kaum vorstellen, wie sich die Menschen, die im Saarland Schutz vor Hitler und seinen nationalsozialistischen Gräueltaten gesucht haben, nach der Abstimmung gefühlt haben müssen“. <sup>117</sup> Der Aspekt, die Opferperspektive einzufordern, ist voll und ganz zu unterstützen und auch mit Blick auf die Wertschätzung der Opfer angezeigt. Er sollte bei zukünftigen Straßenbenennungen zum Ausdruck kommen und zwar an Straßen, Brücken oder Plätzen, die ungleich bedeutsamer sind als die Straße des 13. Januar.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

##### ***ROT/Umbenennung: (1)***

**Brass/Schricket (Die Grünen): Die Straßenbenennung ist kein geeignetes Instrument an dieses historische Ereignis zu erinnern.**

##### ***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (5)***

**Brandt/Radewahn (CDU): Schließen sich Stadtarchiv an.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Jacob (Die LINKE): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebda, verweist auf Komplexität des Themas und Publikation von Michael Kipp, Eine Reise zu den Anfängen des Saargebietes, Saarbrücken 2020.**

##### ***GRÜN/Keine Umbenennung: -***

---

<sup>116</sup> Fabry, Bartholomäus Koßmann, S. 487 ff.

<sup>117</sup> <https://saarjusos.de/jusos-an-der-saar-fordern-umbenennung-der-strasse-des-13-januar/> [10.01.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

***Bemerkung: Die Diskussion zeigt sehr weit auseinanderliegende Sichtweisen zwischen Umbenennung und Beibehaltung. Hr. Dr. Herrmann verweist auf den 8. Mai 1945 als Beispiel für die veränderte Sichtweise/Wertung eines historischen Datums.***

***Hr. Schrickel verweist auf den seinerzeitigen Kontext der Verherrlichung.***

***Hr. Dr. Herrmann fragt die Vertreter der Grünen, ob sie sich eine Beibehaltung vorstellen könnten, wenn dieses Votum mit der Verpflichtung verbunden wäre, eine bedeutende Straße nach Alex Deutsch zu bezeichnen – für Frau Brass und Herrn Schrickel stellt dies jedoch keine Alternative dar, sie sind nach wie vor von der Umbenennung überzeugt. In der letzten Sitzung wurde von den fünf gelb stimmenden Fraktionsvertretern eine Änderung von GRÜN auf GELB vorgenommen, damit folgten sie der vorangegangenen Korrektur des Stadtarchivs von GRÜN auf GELB. Alle GELB-Stimmenden halten eine ausführliche Erklärung zur Saarabstimmung vom 13. Januar 1935 für erforderlich.***

***Literatur:*** Armin Flender, *Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998.*

## **Arndtstraße – benannt nach dem Dichter, Denker, Freiheitskämpfer und Abgeordneten der Paulskirche Ernst Moritz Arndt (1769-1860)**

***Arndtstraße 1 bis 29, 8 bis 26, Distrikt 134 Am Staden, Stadtteil St. Johann***

### **Darstellung:**

Ernst Moritz Arndt, geboren am 16.12.1769 auf der Insel Rügen und verstorben am 29. Januar 1860 in Bonn. Er war ein deutscher Schriftsteller und Gelehrter (Historiker, Sprach- und Naturwissenschaftler), Freiheitskämpfer und Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung. Er gilt als bedeutendster Lyriker der Befreiungskriege gegen Napoleon. Arndt war im Jahr 1800 als Privatdozent für Geschichte an die Universität Greifswald berufen worden, musste 1806 vor Napoleon nach Schweden fliehen. Er verfasste Schriften über Demokratie und Bildungswesen, trat aber auch als Lyriker in Erscheinung. 1841 wurde er zum Rektor der Bonner Universität berufen, 1848 zog er als Abgeordneter der Nationalversammlung in die Frankfurter Paulskirche ein.

Arndt ist zu einer in den letzten Jahren hoch umstrittenen Person geworden. Die nach ihm benannte Universität in Greifswald hat ihren Namen abgelegt. Der dort vor ein paar Jahren entstandene Streit führte zu heftigen Kontroversen und einer enormen gesellschaftlichen Polarisierung, die teilweise bis heute andauert und zu einer „weitflächigen Exkommunikation Arndts aus dem öffentlichen Raum“ geführt hat.<sup>118</sup> Die Freiburger Straßennamenkommission entschied sich für eine Beibehaltung des Namens mit folgendem Ergänzungsschild: „Freiheitsdichter, Mitbegründer der Erbfeindschaft gegenüber Frankreich und Judenfeind“. Die Freiburger Kommission wies damit auf seinen Franzosenhass hin, und zitiert Arndt aus „Über Volkshaß“, 1813 erschienen: „Ich will denn Haß gegen die Franzosen, nicht bloß für diesen Krieg, ich will ihn für lange Zeit, ich will ihn für immer [...]. Dieser Haß glühe als die Religion des deutschen Volkes [...]“.

Mit Blick auf diese Kontroverse soll Arndts Leben hier ausführlich berücksichtigt werden, dazu wird die Online-Darstellung der Universität Greifswald zitiert:<sup>119</sup>

### ***„ 1769 bis 1805 Jugend in Schwedisch-Vorpommern, Studium und erste Lehrtätigkeit.***

Ernst Moritz Arndt wurde am 26. Dezember 1769 in Groß Schoritz auf Rügen, im damaligen Schwedisch-Pommern, geboren – neun Monate, nachdem sein Vater aus der Leibeigenschaft des Grafen von Putbus entlassen worden war.

Nach Jahren des häuslichen Unterrichts besuchte er als 17-Jähriger das Gymnasium in Stralsund, das er nach kaum zwei Jahren wieder verließ. Zurück im Elternhaus, bereitete er sich auf das Studium der Philosophie und Theologie vor, welches er am 4. Mai 1791 in

<sup>118</sup> Irmfried Garbe, Ernst Moritz Arndt als Protestant, in: Dirk Alvermann u. d. (Hg.), Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit. Pommern vor, während und nach der napoleonischen Besetzung, Köln u.a.O. 2021, S. 249.

<sup>119</sup> <https://www.uni-greifswald.de/universitaet/geschichte/zum-universitaetsnamen/zu-ernst-moritz-arndt/biografie-und-bibliografie-von-ernst-moritz-arndt/> [04.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Greifswald aufnahm. Hier wurde er Mitglied des studentischen Constantistenordens der „fratres coniuncti“. Nach knapp zwei Jahren verließ er Greifswald und setzte sein Studium ab dem 29. April 1793 in Jena fort. Im gleichen Jahr veröffentlichte er sein erstes Gedicht im „*Göttinger Musenalmanach*“. Gut ein Jahr später kehrte er zur Familie nach Löbnitz zurück und lernte dort seine zukünftige Ehefrau Charlotte Quistorp kennen. 1796 legte er in Greifswald das theologische Examen ab und folgte anschließend einer Einladung Ludwig Gotthard Kosegartens, des Dichters und Pfarrers in Altenkirchen auf Rügen, als Hauslehrer dessen Kinder zu unterrichten. Dort beschloß er–gegen den Wunsch seiner Familie–auf die Fortsetzung der geistlichen Laufbahn zu verzichten. Stattdessen gab er im Frühjahr 1798 seine Stellung als Hauslehrer auf und unternahm eine fast anderthalbjährige Reise durch Deutschland, Ungarn, Italien und Frankreich. Die Beschreibung dieser Reise veröffentlichte er ab 1801 in kleineren Bruchstücken, bis 1804 schließlich die Gesamtausgabe der „*Reisen durch einen Theil Deutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs in den Jahren 1798 und 1799*“ im Druck erschien.

Nach Greifswald zurückgekehrt, legte Arndt am 5. März 1800 hier das Magisterexamen ab und verteidigte im folgenden Monat seine Dissertation, eine Auseinandersetzung mit den zivilisationskritischen Gedanken Rousseaus. In den folgenden Monaten lehrte er als Privatdozent an der Universität und wurde am 13. Dezember 1801 zum ordentlichen Adjunkten an der Philosophischen Fakultät ernannt. Gegenstand seiner Vorlesungen waren insbesondere die Alte Geschichte, vergleichende Staatengeschichte der Neuzeit und Revolutionsgeschichte.

Bereits im Februar 1801 hatte er Charlotte Quistorp geheiratet, die nach der Geburt ihres gemeinsamen Sohnes (...) starb. Während der folgenden Monate arbeitete Arndt an seinem „*Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen*“, der 1803 erschien. Im gleichen Jahr veröffentlichte er den ersten Band seiner Gedichte und die Schrift „Germanien und Europa“, die den Versuch einer universalhistorischen Deutung, einer sinnhaften Verbindung der Gegenwart mit der Vergangenheit und der Zukunft darstellte, der zeitlebens prägend für das historische Denken Arndts werden sollte. In diesem Band findet sich auch schon eine Auseinandersetzung mit dem als überragend bedrohlich empfundenen Napoleon. Im November dieses Jahres unternahm er eine Reise nach Schweden, die ihn bis Norrland führte, wo er die Kultur und Sitten der Lappen studierte. Sein Bericht über diese „*Reise nach Schweden im Jahr 1804*“ erschien zwei Jahre später im Druck.

Nach seiner Rückkehr und der Wiederaufnahme der Lehrveranstaltungen im November 1804 beschäftigte sich Arndt intensiv mit Fragen zur historischen Funktion von Sprachen und mit grundsätzlichen Überlegungen zur Pädagogik. Greifbare Ergebnisse dieser Studien sind die 1805 erschienenen „*Fragmente über Menschenbildung*“ und die „*Ideen über die höchste historische Ansicht der Sprache*“. Beide Themen haben ihn noch in späteren Jahren, zum Teil bis ins hohe Alter, beschäftigt.

### **1896 bis 1809 Professur in Greifswald und schwedisches Exil**

Am 11. April 1806 wurden Arndts akademische Bemühungen mit der Ernennung zum außerordentlichen Professor für Geschichte in Greifswald belohnt. Gleichzeitig wurde er von einigen pommerschen Adligen wegen der offenen Sprache, mit der er im „*Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen*“ die durch die Leibeigenschaft hervorgerufenen Missstände gegeißelt hatte, bei König Gustaf IV. Adolf wegen Majestätsbeleidigung verklagt. Die Untersuchung wurde niedergeschlagen und am 4. Juli 1806 ordnete der König die Aufhebung der Leibeigenschaft in Pommern an. Arndts nicht erst jetzt erkennbare Begabung als aufmerksamer Beobachter des

politischen Zeitgeschehens manifestierte sich auch im 1806 erschienenen ersten Teil des „*Geist der Zeit*“, einer Sammlung zeitkritischer historisch-politischer Schriften, der bis 1818 noch drei weitere Teile folgten und seinen Ruf als politischer Publizist begründeten.

Mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Kaiser Franz II. am 6. August 1806 hatte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation aufgehört zu existieren. Arndt, der sich dem Vorhaben König Gustafs IV. Adolf, Schwedisch-Pommern nunmehr auch staatsrechtlich mit dem Königreich Schweden zu vereinigen, verbunden fühlte, reiste im November 1806 nach Stockholm, um sich in der schwedischen Reichskanzlei an der Übersetzung der schwedischen Gesetzestexte für die deutschen Landesteile Schwedens zu beteiligen. Obgleich Arndt eine Rückkehr in das seit August 1807 von napoleonischen Truppen besetzte Schwedisch-Pommern nicht ausschloss, stellte er seine schriftstellerische Arbeit nun immer mehr in den Dienst der antinapoleonischen schwedischen Propaganda. Neben dem zweiten Teil des „*Geist der Zeit*“, den er 1807 in Schweden anonym drucken ließ, widmete er sich der Leitung der Zeitschrift „*Der Nordische Kontrolleur*“, die die politische Anhängerschaft der antinapoleonischen schwedischen Außenpolitik in den deutschen Landesteilen unterstützen sollte. Im Juni 1808 wurde Arndt durch die französische Besatzungsmacht seine Greifswalder Professur entzogen.

### **1809 bis 1815 Publizistischer Vorkämpfer der antinapoleonischen Bewegung**

Als ein Jahr darauf König Gustaf IV. Adolf durch eine Offiziersverschwörung gezwungen wurde, dem Thron zu entsagen und Schweden in der Folge seine antinapoleonische Haltung aufgab, verließ Arndt das Land, welches ihm keine politische Heimat mehr sein konnte. Unter falschem Namen kehrte er in den preußischen Teil Pommerns zurück und lebte anschließend einige Zeit in Berlin. Im Mai 1810, nach dem Friedensschluss zwischen Schweden und Frankreich, wurde er wieder als Professor in Greifswald eingesetzt. Doch mit dem politischen Klima an der Universität mochte er sich ebenso wenig abfinden, wie mit der Lage, in der sich die deutschen Staaten gegenüber Napoleon befanden. Er veröffentlichte in kurzer Folge die Schriften „*Ueber Volkshaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache*“. Kurz bevor der brüchige Frieden endete und die napoleonischen Truppen im Januar 1812 erneut in Schwedisch-Pommern einrückten, verließ Arndt Greifswald. Sein Plan, Deutschland zu verlassen, stand da bereits fest. Im März 1812 trat er eine Reise an, die ihn schließlich an die Seite des Freiherrn vom Stein und der im russischen Exil wirkenden preußischen Widerstandsbewegung gegen Napoleon führte. Hier entstand sein „*Kurzer Katechismus für teutsche Soldaten*“ und weitere patriotische Flugschriften, wie „*An die Preussen*“, die den militärischen und zivilen Widerstand gegen die napoleonische Fremdherrschaft entfachen und unterstützen sollten. Während dieser Zeit machte er die Bekanntschaft preußischer Militärs und Reformbeamter wie Gneisenau, Gruner, Scharnhorst, Dohna, Lützow, Chasot, Yorck und des Dichters August von Kotzebue.

### **1816 bis 1839 Professur in Bonn und Suspendierung aus politischen Gründen**

1816 lernte er Nanna Schleiermacher kennen, die er am 18. September 1817 schließlich heiratete. Kurz darauf siedelte er, der die letzten Jahre überwiegend im Rheinland verbracht hatte, nach Bonn über und wurde ein Jahr später zum ordentlichen Professor der Neueren Geschichte an der neu gegründeten Universität Bonn ernannt. Der zugleich erscheinende vierte Teil des „*Geist der Zeit*“ löste im November 1818 Untersuchungen der politischen Polizei gegen ihn im Rahmen der sogenannten Demagogenverfolgung

aus. Daraufhin ließ ihn der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg, dessen Förderung er bis dahin genossen hatte, fallen. Im November 1820 wurde Arndt schließlich vom Lehramt suspendiert. Obwohl ohne Prozess und Urteil, blieb Arndt, trotz mehrfacher Versuche sich politisch zu rehabilitieren, zwanzig Jahre von der Lehrtätigkeit ausgeschlossen. Seine literarische Arbeit dieser Jahre griff zum Teil Themen der frühen Jahre wieder auf. Schon 1818 waren seine „*Mährchen und Jugenderinnerungen*“ erschienen, gewissermaßen ein Nachhall seiner früheren pädagogischen Bemühungen. 1819 erschien dann der dritte Teil seiner Fragmente über Menschenbildung („*Briefe an Psychidion oder über weibliche Erziehung*“). Ebenfalls auf frühere Vorarbeiten gingen die „*Schwedische(n) Geschichten unter Gustav dem Dritten, vorzüglich aber unter Gustav dem Vierten Adolf*“ zurück, die 1839 im Druck erschienen. Dazwischen meldete er sich immer wieder zu tagespolitischen Themen zu Wort – so 1821 mit „*Die Frage über die Niederlande und die Rheinlande*“ oder 1834 mit „*Belgien und was daran hängt*“.

### **1840 bis 1860 Rehabilitation, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung und Lebensabend in Bonn**

Am 2. Juli 1840, nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. in Preußen, wurde Arndt rehabilitiert und wieder in sein Amt eingesetzt. Noch im gleichen Jahr wurde er Rektor der Universität Bonn und veröffentlichte seine autobiographische Schrift „*Erinnerungen aus dem äußeren Leben*“. Parallel hierzu begann er eine Auswahl seines publizistischen Gesamtwerkes vorzulegen, die unter dem Titel „*Ernst Moritz Arndts Schriften für und an seine lieben Deutschen*“ von 1845 bis 1855 in vier Teilen erschien. Noch einmal versuchte er 1848 in das politische Tagesgeschehen aktiv einzugreifen. Als Abgeordneter zog er in die Frankfurter Nationalversammlung ein und nahm 1849 an der „*Kaiserdeputation*“ teil, die Friedrich Wilhelm IV. im Auftrag der Nationalversammlung die Kaiserkrone antrug. Nach dessen Ablehnung erklärte Arndt seinen Austritt aus der Nationalversammlung. Die politischen Fragen, welche die Revolution für die Zukunft eines einigen Deutschlands aufgeworfen hatten, beschäftigten ihn dennoch stetig über die kommenden Jahre hinweg und erhielten zuletzt 1854 Gestalt in „*De populo Germanico*“, gewissermaßen dem letzten Teil des „*Geist der Zeit*“. Im gleichen Jahr beendete er seine Vorlesungstätigkeit an der Universität Bonn. In den letzten Lebensjahren widmete er sich der Ordnung seines Werkes. 1855 erschienen die „*Geistlichen Lieder*“, von denen einige bis heute ihren Platz behauptet haben. In den „*Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich vom Stein*“ ließ er den wichtigsten Abschnitt seines politischen Lebens noch einmal aufleben und setzte zugleich seinem alten Idol ein Denkmal. Die Arbeit an der letzten vollständigen Ausgabe seiner „*Gedichte*“ beendete er fünf Wochen, bevor er am 29. Januar 1860 in Bonn starb.

### **Bewertung/Gutachten Stadtarchiv/Hr. Dr. Herrmann**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Die Empfehlung für Rot versteht sich nicht vor dem Hintergrund, Arndts Biografie sei so problematisch, dass die Straße umbenannt werden sollte. Diese Empfehlung orientiert sich daran, dass es in Saarbrücken keine Straße gibt, die für die deutsch-französische

Freundschaft steht, wohl aber viele nach Franzosenhassern, einer der profiliertesten war Ernst Moritz Arndt.

Lange Zeit bildete Arndt eine Referenzgröße deutscher Geschichte, die zur Legitimation politischen Handelns herhalten musste. Vordergründig eigentlich banal für ein Land, das erst 1870 seine Einheit finden sollte. So gilt Arndt bis 1870 vor allem, als „liberaler Patriot“, in der Zeit bis 1914 als „gutes deutsches Gewissen“ und im Ersten Weltkrieg als der „anspornende Mitkämpfer“.<sup>120</sup>

Paradox wirkt aber die Arndt-Rezeption seit dem 20. Jahrhundert. Arndt gehört zu den Persönlichkeiten der Geistesgeschichte, die von ganz unterschiedlichen Gruppen vereinnahmt worden sind. Dazu zählen etwa auch die beiden unterschiedlichen deutschen Diktaturen. So wurde 1933 die Universität Greifswald nach ihm benannt. Auch die SED-Diktatur bzw. die DDR instrumentalisierte Arndt. So schuf 1955 die Nationale Front (Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen der DDR) die Ernst-Moritz-Arndt-Medaille. Bis 1975 wurde sie 10.000mal vergeben. Träger war unter anderem der gegen die Bundesrepublik hetzende Journalist Karl-Eduard von Schnitzler.

Auch der Bund der Vertriebenen vereinnahmte Arndt. Dessen Landesverband Nordrhein-Westfalen vergibt als höchste Auszeichnung eine Ernst-Moritz-Arndt-Plakette. Und auch der Widerstand gegen die Nationalsozialisten bediente sich des Werkes von Arndt. So erinnerte z. B. die Zeitung „Neues Deutschland“ daran, dass eine Arndt-Melodie die Sendungen des »Nationalkomitee Freies Deutschland« mit dem Beginn seines Liedes »Der Gott, der Eisen wachsen ließ« einleitete. Dieser, heißt es, »wollte keine Knechte«. Der Arndt des NKFD hatte geschrieben, dass Soldaten ihre Eide brechen dürften, wenn ihre Führer befählen, Gewalt zu üben »wider die Unschuld und das Recht«.<sup>121</sup>

Die Tatsache dieser Identifikationsangebote von so unterschiedlichen Orientierungen deutet an, aus dem reichen Werk der Arndt-Zitate findet sich immer ein Bezugspunkt. Zu fragen ist nach der Gesamtwürdigung. Für die DDR war Arndt ein Kämpfer gegen Leibeigenschaft, Demokrat, Patriot, Opfer der Reaktionäre, er war Vorbild der Nationalen Volksarmee und der deutsch-sowjetischen Freundschaft.<sup>122</sup>

Arndts Werk prägt natürlich vor dem Hintergrund des expansiven napoleonischen Herrschaftsanspruchs eine stark antifranzösische Note. Napoleon und Frankreich geißelte er als „Antichristen“ und rief zum Kampf gegen sie auf. Dazu gehört auch sein Agieren gegen jegliche Fremdherrschaft. Auch ein massiver Antisemitismus ist Arndt zuzuschreiben, wenn er schreibt, deutsches und jüdisches Blut dürfe nicht vermischt werden. Aktuell besteht kein Konsens darüber, wie er einzuordnen ist, einmal überwiegt die antisemitisch-völkisch-nationalistische, andererseits die auf deutsche Einheit und Befreiung ausgerichtete Interpretation.<sup>123</sup>

Die Arndt-Rezeption zeichnet sich vor allem durch Verkürzungen und Fokussierungen aus, die der Person als Ganzes nicht gerecht werden. Bis heute ist Arndt im evangelischen Gottesdienst präsent, 33 Lieder aus den Jahren 1807 bis 1818 stehen im

<sup>120</sup> <https://www.uni-greifswald.de/universitaet/geschichte/zum-universitaetsnamen/zu-ernst-moritz-arndt/rezeption/> [04.03.2021].

<sup>121</sup> <https://www.neues-deutschland.de/artikel/153811.mit-oder-ohne-ernst-moritz-arndt.html>

<sup>122</sup> Irmfried Garbe, Ernst Moritz Arndt als Protestant, in: Dirk Alvermann u. ders. (Hg.), Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit. Pommern vor, während und nach der napoleonischen Besetzung, Köln u.a.O. 2021, S. 243.

<sup>123</sup> <https://www.ndr.de/geschichte/Ernst-Moritz-Arndt-Demokrat-oder-Antisemit,ernstmoritzarndt102.html>

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Evangelischen Gesangbuch. Arndt war ein zutiefst christlicher Mensch, von den Nazis wurde diese Seite seines Lebens ausgeblendet.<sup>124</sup>

Arndt hat im Laufe seines Lebens Wandlungen erlebt. Einerseits ist er der Trommler der Befreiungskriege, der Franzosenfresser und Aufpeitscher, diese Rolle spielt er vor allem im Kontext des napoleonischen Imperialismus. Damit verbunden Hass- und Hetzlieder, aber auch die Sprache Frankreichs war nicht frei von Gewalt, wenn es in der Marseillaise u. a. heißt: „Möge das unreine Blut unsere Ackerfurchen tränken.“<sup>125</sup>

Arndt betrachtete aber ab den 1840er Jahren die damalige Welt doch etwas anders, eine Differenzierung und Distanzierung ist erkennbar, Quelle dafür seine 1858 publizierte Schrift „Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn Heinrich Karl Friedrich von Stein“. Darin distanziert er sich klar von rassenbiologischen Ideen seiner Zeitgenossen: „Hier sei ein für alle Mal gesagt und zwar gegen diejenigen, welche immer mit der feinsten weißen Haut und den silberklaren blauen Augen als den Urstempel des edelsten Menschen und dem ältesten Geniezeichen herankommen, daß die beiden größten Deutschen des neunzehnten Jahrhunderts, Goethe und Stein, aus braunen Augen die Welt anschauten“.<sup>126</sup>

Arndt als „Franzosenfresser“ erinnert uns an die Zeiten deutsch-französischer Feindschaft. Im Zeitalter des wilhelminischen Nationalismus griff man auf Arndt zurück, die damalige Literaturgeschichte stellte ihn an die Spitze der Vaterlandsdichter und Franzosenhass war ein Beweis einer patriotischen Grundhaltung.<sup>127</sup> Aus Saarbrücker Perspektive könnte man sagen, Arndt war ein Franzosenhasser, das passt nicht zu unserer Identität und das klingt so klar und einfach, dass man dazu schnell „ja“ sagt. Aber zu fragen ist: „Passen alle unsere Straßennamen zu unserer Identität? Antwort: „Nein.“ Wir sind Demokraten. Wir haben eine Kaiserstraße – wollen wir einen Kaiser? Nein! Wie sollen wir deutsch-französische Freundschaft schätzen, wenn wir die Zeiten ausblenden, in denen es sie nicht gab. Andererseits, wo in unserer Stadt gibt es Symbole deutsch-französischer Freundschaft, wenn man vom DFG einmal absieht. Bei den Straßennamen sucht man vergebens.

Hanno Hochmuth vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam rät davon ab, die Geschichte mit den Maßstäbe von heute zu bewerten: „ (...) wenn wir anfangen die Geschichte zu säubern in Hinblick auf die heutigen Standards, wüssten wir gar nicht, wo wir aufhören sollten.“<sup>128</sup> Diese Einschätzung wird geteilt.

Der frühere Anklamer Superintendent Günter Ott promovierte über Arndt, seine Arbeit steht im Ruf, auf der umfangreichsten Quellenauswertung zu Arndt zu basieren, in der DDR wurde sie nicht verlegt, dafür in der Bundesrepublik. Ott beschreibt Arndt als „ein getreues Abbild seiner Zeit neben einer außerordentlichen Anpassungsfähigkeit und einem großen Wandlungsreichtum auch eine dem Geiste seiner Zeit entsprechende Labilität des inneren Wesens zeigte, die die oft mangelnde Einsicht in die religiöse wie politische Weltlage ebenso wie die schwankende geistige Leistungsfähigkeit erklären kann“, Ott beschreibt Arndt als „fehlbaren Christ.“<sup>129</sup>

<sup>124</sup> Garbe, Ernst Moritz Arndt, 237 – 239.

<sup>125</sup> Gunnar Müller-Waldeck, Vom Durst nach Franzosenblut. Beobachtungen um Arndts Hassgesänge und ihr historisches Schicksal, in: Dirk Alvermann u. d. (Hg.), Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit. Pommern vor, während und nach der napoleonischen Besetzung, Köln u.a.O. 2021, S. 181.

<sup>126</sup> Dirk Alvermann, Arndt, die Deutschen und die Anderen, in: Ebenso, S. 179.

<sup>127</sup> Ebenso S. 182, 183, 191.

<sup>128</sup> <https://taz.de/Strassen-umbenennen-in-Berlin/!5578655/>

<sup>129</sup> Günter Ott, Ernst Moritz Arndt. Religion, Christentum und Kirche in der Entwicklung des deutschen Publizisten und Patrioten, 2 Bde., Typoskript Diss. Theol. Halle 1961; Günter Ott, Ernst Moritz Arndt. Autor/Berichterstatte: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



**Votum der Vertreter\*innen des Bezirkrates:****ROT/Umbenennung: -****GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)****Radewahn (CDU): Folgt dem Stadtarchiv. Franzosenhass sei in der Zeit zu sehen.****Dr. Klotz (SPD): Folgt dem Stadtarchiv, betont notwendige Aufklärung.****Brass/Schrickel (Die Grünen): Folgt weitgehend Stadtarchiv.****Feneis (FDP): Arndt ist in seiner Zeit zu sehen, er war Abgeordneter der Paulskirche, eine Umbenennung kann nicht in Frage kommen. Herr Feneis weist auf folgenden Beitrag hin: <https://www.uni-greifswald.de/universitaet/geschichte/ernst-moritz-arndt/>****Jacob (Die Linke): Folgt dem Stadtarchiv.****Stamm (AfD): Umbenennung unverhältnismäßig, starker Franzosenhass, umso wichtiger heute an deutsch-französische Freundschaft zu erinnern.****GRÜN/Keine Umbenennung: (0)**

**Literatur:** Ernst Moritz Arndt. *Anstöße und Wirkungen*, hg. v. Dirk Alvermann und Irmfried Garbe (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte 46), Köln u.a .O., 2011.

*Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit. Pommern vor, während und nach der napoleonischen Besetzung*, hg. von Dirk Alvermann und Irmfried Garbe (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte 55), Köln u.a.O 2021

Gerd-Helge Vogel, *Ernst Moritz Arndt (1769–1860). Bilder aus seinem Leben und seiner vorpommerschen Heimat während der Franzosenzeit*, hg. von Gerd Albrecht, 2020.

**Bemerkung: Das Stadtarchiv korrigierte in der letzten Sitzung seine Empfehlung von ROT auf GELB. Herr Stamm korrigiert ebenfalls von ROT auf GELB.**

## **Brentanostraße benannt nach dem Dichter Clemens von Brentano (1778-1842)**

*Brentanostraße 1 bis 3 und 2 bis 12, Distrikt 132, Nauwieser Viertel, Stadtteil St. Johann*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Bedeutender Dichter im Zeichen der napoleonischen Kriege mit antisemitischen Tendenzen.**

### **Darstellung:**

Clemens von Brentano (1778-1842), bedeutender Dichter der Frühromantik, geboren am 9. September 1778 in Ehrenbreitstein (heute Koblenz), verstorben am 28. Juli 1842 in Aschaffenburg. Brentano war ein deutscher Schriftsteller und neben Achim von Arnim der Hauptvertreter der sogenannten Heidelberger Romantik.

Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der seit 1810 bestehenden Deutschen Tischgesellschaft, deren antijudaistische, zum Teil in Antisemitismus übergehende Tendenz er unter anderem mit seiner Schrift „Der Philister vor, in und nach der Geschichte“ aktiv unterstützte. Antijudaistische Anspielungen begegnen auch in vielen weiteren seiner nach 1810 entstandenen Werke (z. B. in Gockel, Hinkel und Gakeleia), das bekannteste seiner religiösen Werke „Das bittere Leiden“ versammelt fast alle Topoi des christlichen Antijudaismus. Dagegen findet sich in einem anderen, etwa gleichzeitig entstandenen Werk „Das Leben Jesu“ eine genaue und offenbar mit Sympathie geschriebene Schilderung des Judentums zur Zeit Christi.<sup>130</sup>

### **Bewertung des Stadtarchivs / Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Brentanos Haltung steht im Kontext von Entwicklungen der deutschen Romantik, die im Zuge napoleonischer Abwehr eine revolutionskritische und antifranzösische Haltung pflegt, um ein Zusammengehörigkeits- und ein Nationalgefühl zu entwickeln. Die Napoleonischen Kriege waren für die besetzten Gebiete mit Blick auf Truppenbewegungen und Requisitionen und der Einziehung von Soldaten in das napoleonische Heer eine große Belastung.

Die Deutsche Tischgesellschaft mit Achim von Arnim, Clemens Brentano sowie die Philosophen Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Schleiermacher spielten dabei eine tragende Rolle. Dabei zeigt sich auch, dass mit der Entwicklung des Strebens nach nationaler Einheit eine Ausgrenzung verbunden ist, die sich gegen Juden richtete und den Antijudaismus zu einem Antisemitismus weiterentwickelte.

### **Voten der Vertreter\*in des Bezirksrates:**

**ROT/Umbenennung: -**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung (6)**

**Brass/Schricket: Hr. Schrickel betont Brentanos Rolle als Vordenker eines Weges der Weiterentwicklung eines noch religiös motivierten Antijudaismus hin zu einem rassistischen Antisemitismus.**

**Radewahn (CDU): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

<sup>130</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Clemens\\_Brentano](https://de.wikipedia.org/wiki/Clemens_Brentano) [24.03.2021].

**Dr. Klotz (SPD): Schließt sich Ausführungen an und betont Aufklärungsbedarf, um ein ausgewogenes Bild zu vermitteln**

**Jacob (Die Linke): Schließt sich Stadtarchiv an.**

**Feneis (FDP): Ebenso.**

**Stamm (AfD): Ebenso.**

**GRÜN/Keine Umbenennung: -**

**Literatur:** *Martina Vordermayer, Antisemitismus und Judentum bei Clemens Brentano.*

*Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main. 1999.*

*Marco Puschner, Antisemitismus im Kontext der Politischen Romantik. Konstruktionen des "Deutschen" und des "Jüdischen" bei Arnim, Brentano und Saul Ascher, Tübingen 2008.*

## **Jahn, Friedrich Ludwig (1778-1852). Pädagoge, Freiheitskämpfer und Gründer der deutschen Turnbewegung, Abgeordneter der Frankfurter Paulskirche**

### ***Jahnplatz, Distrikt 126 Rastpfuhl, Stadtteil Malstatt***

#### **Würdigung in einem Satz:**

**Gründer der deutschen Turnerbewegung, Freiheitskämpfer gegen Frankreich mit heute teilweise irritierenden Vorstellungen.**

In Saarbrücken gibt es vier Benennungen nach Friedrich Ludwig Jahn:  
In Malstatt-Burbach der Jahnplatz (Beschluss 20.4.1934), ferner in Altenkessel, Dudweiler und Ensheim, die Benennung in Dudweiler datiert auf den 26. Juni 1969.

#### **Darstellung:**

Jahn wurde auch in anderen Städten kritisch hinterfragt, deshalb sei das Freiburger Gutachten zitiert: „ (...) Nachdem Jahn weder das Gymnasium noch ein Studium abschließen konnte, gründete er mit Gleichgesinnten 1810 in Berlin einen geheimen Bund zur Befreiung und Einigung Deutschlands, die erste Turnerschaft, und engagierte sich dann als Kämpfer des Lützow'schen Freikorps im Krieg gegen Napoleon. Mit den Karlsbader Beschlüssen wurde die nationale Turnbewegung verboten, Jahn wurde für fünf Jahre inhaftiert, später vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. aber rehabilitiert und die Turnsperre aufgehoben. Als Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung setzte er sich für ein preußisches Erbkaisertum ein. (...) Obwohl von den Monarchen der Restauration politisch verfolgt, wurde Jahn ab dem Kaiserreich als deutscher Freiheitskämpfer und als Gründer der deutschen Turnbewegung verehrt, viele Sportanlagen, Straßen und Schulen wurden nach ihm benannt sowie Denkmäler ihm gewidmet. 2013 wurde er in die ‚Hall of Fame‘ der Stiftung Deutsche Sporthilfe aufgenommen. Diese Ehrungen Jahns wurden wegen seiner nationalistischen und antisemitischen Einstellungen kritisiert. Er gilt als einer der ersten, die eine biologische Vorstellung von Volk entwickelten und wurde damit – ohne dies selbst absehen oder verhindern zu können – zu einem völkischen Vordenker der nationalsozialistischen Politik der ‚Blutreinheit‘. ‚Nichts ist ein Staat ohne Volk, ein seelenloses Kunstwerk; nichts ist ein Volk ohne Staat ein leibloser luftiger Schemen, wie die weltflüchtigen Zigeuner und Juden. Staat und Volks in Eins, geben erst ein Reich, und dessen Erhaltungsgewalt bleibt das Volksthum.‘ ‚Je reiner ein Volk, je besser; je vermischter, je bandenmäßiger. [...] Warnende Beispiel zeigt uns die Völkerkunde. Die sich in Negerige verlierenden Araber in Nordafrika, sind die Schande ihres Völkerstamms [...]‘ (Friedrich Ludwig Jahn: Deutsches Volksthum, Lübeck 1810)“.<sup>131</sup>

Die Freiburger Kommission empfahl ein Ergänzungsschild: „Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852). Begründer der Turnbewegung und völkischer Nationalist.“

<sup>131</sup> Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen, Anlage 2 zur Drucksache G-16/212.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Bewertung des Stadtarchivs/Hr. Dr. Herrmann:**

### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Mit Blick auf vier Benennungen nach Jahn und um den sich daraus ergebenden möglichen Irritationen für Ortsfremde zu verringern, wäre eine Umbenennung mit Blick auf die Gesamtstadt zu empfehlen, gibt es doch neben dem Jahnplatz drei Jahnstraßen, nämlich in den Stadtteilen Altenkessel, Dudweiler und Ensheim. Der Jahnplatz sollte beibehalten werden, aber das Wissen um seine Person gestärkt werden.

Jahn war eine herausragende Persönlichkeit der antinapoleonischen Bewegung<sup>132</sup> und insofern ein Franzosenhasser, damit verbunden die Entwicklung eines nationalen Pathos mit der Pflege germanischer Namen und strikter Ablehnung der französischen Sprache. Die Auflehnung gegen die napoleonische Fremdherrschaft sollte über die massive Stärkung der körperlichen Konstitution der Jugend erfolgen, dazu erfand er Turngeräte wie Barren und Reck. Die Turnerbewegung, der Sport diente der Wehrhaftigkeit. Eine gewisse Zurückhaltung ist zu empfehlen, direkte Verbindungslinien zwischen Jahn und der NS-Ideologie zu ziehen, liegen hier doch über 100 Jahre dazwischen. Ebenso unpassend ist es aber auch die Vielfältigkeit der Person Jahn zu missachten und etwa die militaristischen Überlegungen und Ziele Jahns auszublenden sowie das der DTB über Jahrzehnte getan hat. Insofern besteht ein besonders hoher Aufklärungsbedarf. Eine differenzierte Sicht ist dabei erforderlich, denn Jahns massive Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus war so stark, dass die anderen Seiten seiner Biografie verschüttet worden sind und im Freiburger Gutachten nicht deutlich werden..

Karoline Wellmer hat sich 2008 in ihrer Dissertation intensiv mit Jahns Rezeption auseinandergesetzt, sie stellt fest: „Jahn wurde im Nationalsozialismus heroisiert und idealisiert. Dabei ist eine Konzentration auf den männlichen, kraftvollen, aber auch gebildeten Kriegshelden zu beobachten. (...) Das noch apolitische Jahnbild der Weimarer Republik wurde durch den Nationalsozialismus politisiert und sogar ein Wandel des Beinamens ‚Turnvater‘ zu ‚Volkserzieher‘ angestrebt. Initiiert wurde dieser Wandel vom Pädagogen Alfred Baeumler und dem um ihn versammelten Kreis an Schülern. (...) Durch die Politisierung Jahns konnte die damalige Forschung Jahn als historischen Vorfahren der völkisch-politischen Erziehung zum neuen Menschentyp präsentieren. Dadurch wurde das nationalsozialistische Erziehungssystem in ein Konstrukt eingebunden und somit historisch legitimiert. In der Rezeption seines Werkes kann die Verdrängung einer liberalen Deutungstradition zu einer antiliberalen Interpretation gesehen werden. Jahns liberale Gedanken, wie beispielsweise die Erziehung zu freidenkenden Menschen, das philanthrope Menschenbild, sein Einsatz für eine Verfassung und ein Parlament, wurden verdrängt durch Elemente der nationalsozialistischen Ideologie, deren Ansätze man zu Jahn zurückzuführen versuchte. Darunter sind die Großmachtpolitik, der eugenische Rassismus, Hass auf gegnerische Länder und eine exklusive Interpretation von Volkstum und Volk‘.<sup>133</sup>

<sup>132</sup> <https://www.deutsche-biographie.de/sfz36860.html> [06.04.2021].

<sup>133</sup> [https://edoc.ub.uni-muenchen.de/9619/1/Wellner\\_Karoline.pdf](https://edoc.ub.uni-muenchen.de/9619/1/Wellner_Karoline.pdf) [06.04.2021].



**Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:****ROT/Umbenennung: -****GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: 6**

**Brass/Schricket (Die Grünen):** Hr. Schrickel betont Jahns Rolle als eine der schillerndsten Figuren für die Ausbildung eines Nationalgefühls. Seine nationalistische Gesinnung kann ihm nicht per se zum Vorwurf gemacht werden, Kontext der Befreiungskriege ist zu beachten. Frau Brass hält es für angebracht, einer Überhöhung entgegenzuwirken. Betonen, dass eine Umbenennung in den anderen Bezirken zur Vermeidung von Verwechslungen zu empfehlen sei.

**Radewahn (CDU):** Folgt Gutachten des Stadtarchivs.

**Dr. Klotz (SPD):** Schließt sich an und sieht zu Jahn hohen Aufklärungsbedarf.

**Jacob (Die Linke):** Ebenso

**Feneis (FDP):** Schwankt zwischen GELB und GRÜN, Jahn sei der Vater der nationalen Fitness-Bewegung, Instrumentalisierung durch die NS-Diktatur sei ihm nicht anzulasten, aber die Anzahl kompromittierender Aussagen erfordert ein GELB.

**Stamm (AfD):** Schließt sich der Einschätzung von Herrn Feneis an.

**GRÜN/Keine Umbenennung: -**

**Literatur:** Hans Joachim Bartmuß, Eberhard Kunze, Josef Ulfkotte (Hrsg.): „Turnvater“ Jahn und sein patriotisches Umfeld: Briefe und Dokumente 1806–1812. Köln u. a.O. 2008.

## **Fichtestraße benannt nach dem Philosophen Johann Gottlieb Fichte (1762-1814)**

*Fichtestraße 3 bis 9 und 2 bis 36, Distrikt 132, Nauwieser Viertel, Stadtteil St. Johann*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Herausragender Philosoph mit stark nationalistischer Perspektive, geprägt durch die Befreiungskriege.**

### **Darstellung:**

Die Fichtestraße hieß zwischen dem 28. Februar 1947 bis zum 16. April 1957 Cartesiusstraße, ab 16. April 1957 dann wieder Fichtestraße.

Gottlieb Fichte (1762 -1814), Erzieher und Philosoph, neben Schlegel und Hegel wichtigster Vertreter des deutschen Idealismus, besonders bekannt sein Werk „Reden an die deutsche Nation“.

Es gibt antisemitische Äußerungen von Fichte. Besonders drastisch äußert er sich in „Beiträge zur Berichtigung der Urtheile des Publicums“ über die Französische Revolution von 1793. Er greift darin sowohl die Juden an, als auch das Militär und den Adel. Das Judentum sei ein „Staat im Staate“ und würde sich absondern. Die Juden, körperlich schlaff, hätten einen egoistischen Handelsgeist. Sie würden die übrigen Bürger übervorteilen, seien nur auf sich und ihre Sippe bedacht. Fichte übernimmt größtenteils die damals vorherrschenden Vorurteile, prangert aber vor allem immer wieder die angeblich separatistische Einstellung dieser Religion an.

Im Werk Fichtes finden sich diverse despektierliche Äußerungen über Juden, die in der Fachliteratur als „judenfeindliche Ausfälle“ und „antijüdischer Affekt“ bezeichnet werden. Micha Brumlik etwa ist der Ansicht, Fichtes Positionen beinhalteten sowohl christlich-philosophischen Antijudaismus als auch politisch-säkularen Antisemitismus, und verglich letzteren mit dem von Adolf Hitler sogenannten „Antisemitismus der Vernunft“, der einen notwendigen, vollständigen Ausschluss der Juden aus einer zu schaffenden, besseren Gesellschaft propagierte. In der Sekundärliteratur finden sich allerdings auch differenziertere Einschätzungen, insbesondere wenn das Gesamtwerk Fichtes betrachtet wird.

Als Rektor der Berliner Universität trat er kompromisslos und gegen allgemeinen Widerstand für einen zu Unrecht vom Senat der Universität bestrafte und mit Relegation bedrohten jüdischen Studenten ein.<sup>134</sup>

In Freiburg einstimmige Empfehlung der Straßennamenkommission für ein Ergänzungsschildes: "Johann Gottlieb Fichte (1762-1814). Nationalistischer Philosoph und erklärter Gegner Frankreichs."<sup>135</sup>

### **Bewertung/Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

<sup>134</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Gottlieb\\_Fichte](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Gottlieb_Fichte) [24.03.2021].

<sup>135</sup> [https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params\\_E-1906631749/1028363/Strassennamen\\_Abschlussbericht.pdf](https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-1906631749/1028363/Strassennamen_Abschlussbericht.pdf) [24.03.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Wie im Falle von Ernst Moritz Arndt und Clemens von Brentano ist es problematisch, an Fichte unsere heutigen Maßstäbe anzulegen. Auch der Ansatz Brumliks, eine Art Kontinuitätslinie von Fichte zu Hitler zu ziehen ist umstritten.

Fichtes Antisemitismus und sein Franzosenhass sind in erster Linie ein Reflex auf die Französische Revolution und ihr Ausgreifen auf das Rheinland. Sein Nationalismus erklärt sich aus der Abwehr gegenüber Frankreich und durch Exklusion von Juden, die der französische Staat gleichgestellt hatte.

Der Philosoph Manfred Kühn setzte sich mit Fichte kürzlich auseinander und zeigt das vielseitige aber auch widersprechende Bild von Fichte. Fichtes "Reden an die deutsche Nation" wirken wie eine Überhöhung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur und sicherlich dürfte der Nationalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts davon beeinflusst worden sein. Andererseits sieht Kühn auch demokratische Züge und bewertet ihn nicht als Antisemiten des 20. Jahrhunderts.

Jacobs würdigte Fichte als einen der bedeutendsten deutschen Philosophen. Vorsicht ist vor einer Überzeichnung des Nationalistischen geboten, dachte Fichte doch über eine Weltregierung nach. Vorsicht ist ebenso geboten, ihn in eine Entwicklungslinie hin zum Nationalsozialismus zu stellen, war Fichte doch von der Demokratie überzeugt.

Abschließend ist zu bemerken: Ja, Fichte hat judenfeindliche Zitate hinterlassen, sie stehen aber deutlich hinter der Schärfe entsprechender Äußerungen seiner Zeitgenossen Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn. Zutreffend ist auch, dass die Antisemiten des 19. und 20. Jahrhunderts sich gerne darauf berufen haben. Um das zu bewerten, ist aber auch daran zu erinnern, dass Fichte freundschaftliche Kontakte zu Juden pflegte, die Haskala bzw. die jüdische Aufklärung kannte und schätzte. Er setzte sich in Berlin für einen jüdischen Studenten ein und verlor daraufhin sein Rektorat an der Universität. Er war der erste Rektor der 1810 gegründeten Berliner Universität (Vorläufer der Humboldt-Universität).<sup>136</sup>

#### ***Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:***

***ROT/Umbenennung: -***

***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)***

**Radewahn (CDU): Folgt Gutachten des Stadtarchivs.**

**Dr. Koltz (SPD): Ebenso**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ebenso**

**Jacob (Die Linke): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

***GRÜN/Keine Umbenennung: -***

***Literatur:*** Michael Brumlik, *Deutscher Geist und Judenhass. Das Verhältnis des philosophischen Idealismus zum Judentum*, München 2002.

Gudrun Hentges: *Schattenseiten der Aufklärung. Die Darstellung von Juden und »Wilden« in philosophischen Schriften des 18. und 19. Jahrhunderts*, Schwalbach im Taunus 1999.

Wilhelm G. Jacobs, *Johann Gottlieb Fichte. Eine Biografie*. Berlin 2014.

Manfred Kühn, *Johann Gottlieb Fichte. Ein deutscher Philosoph*, München 2012.

<sup>136</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Gottlieb\\_Fichte](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Gottlieb_Fichte) [06.04.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Straßenbenennungen nach deutschen Generälen und anderen Militärs vor allem des 19. Jahrhunderts**

### **Würdigung in einem Satz:**

**Straßenbezeichnungen, die die Geschichte unserer Erinnerungskultur im Zeichen fehlender nationaler Einheit, des Kampfes gegen napoleonische Besetzung und des Stolzes über die Reichsgründung 1870/71 erzählen**

### **Napoleonische Befreiungskriege**

#### ***Blücherstraße 1 bis 25, 2 bis 24, Distrikt Winterberg, Stadtteil St. Arnual***

Gebhard von Blücher, geb. 1742 in Rostock, verstorben 1842 in Krieblowitz/Schlesien, preußischer Generalfeldmarschall, Schlacht bei Jena und Auerstedt, Völkerschlacht bei Leipzig.

Laut Wikipedia hatte er bei Unruhen in Polen 1772 an einem verdächtigen Priester eine Scheinerschießung vorgenommen, deshalb sei er bei einer Beförderung übergangen worden. Bei der Truppe soll er sehr beliebt gewesen sein, schon vor der Militärreform von Scharnhorst Führung der Soldaten ohne körperliche Strafen, requirierte für sie und sah über Plünderungen auch mal hinweg.<sup>137</sup>

#### ***Bülowstraße 1 bis 29, 2 bis 34, Distrikt Jenneweg, Stadtteil Malstatt***

Graf Bülow von Dennewitz, (1755–1816). preußischer General, Schlachten bei Großbeeren und Dennewitz. Bei der Übernahme Saarbrückens durch Preußen am 30. 11. 1815 war er in Saarbrücken.<sup>138</sup>

#### ***Gneisenaustraße 1 bis 13, 8 bis 16, Distrikt Winterberg, Stadtteil St. Arnual***

Graf Gneisenau, August Neidhardt von, preußischer Generalfeldmarschall (27.10.1760–23.8.1831). Nahm mit Scharnhorst die Reorganisation des preußischen Heeres vor, Distanz zu konservativ-reaktionären Kreisen, von 1813 bis 1815 Generalquartiermeister Blüchers, Völkerschlacht bei Leipzig. Gneisenau war ein sehr gebildeter Mann mit umfassenden Sprachkenntnissen (Englisch, Französisch, Polnisch), Mitglied in Freimaurerlogen ab 1788. Seine Ideen waren für seine Zeit von Fortschrittlichkeit geprägt: Wirkte an Abschaffung der Prügelstrafe für die Soldaten mit, wie er überhaupt für einen neuen Soldatentyp steht, Schaffung des Landsturms 1813 (Guerilla) aber mit ihm auch verbunden die Strategie der verbrannten Erde im eigenen Land, alles andere als menschlich. Wie Napoleon ein Vordenker des totalen Krieges.<sup>139</sup>

#### ***Lützwowstraße 1 bis 5 und 2 bis 8, Distrikt Winterberg, Stadtteil St. Arnual***

„Ludwig Adolf Wilhelm stammte aus dem mecklenburgischen Adelsgeschlecht Lützwow. (...) Lützwow wurde am 26. Mai 1795 als Gefreiterkorporal im I.

<sup>137</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard\\_Leberecht\\_von\\_Bl%C3%BCcher](https://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard_Leberecht_von_Bl%C3%BCcher) [19.04.2021].

<sup>138</sup> <https://www.diegeschichteberlins.de/geschichteberlins/persolichkeiten/persoelichkeiteag/424-graf-buelow-von-dennewitz.html> [20.04.2021].

<sup>139</sup> <https://orgy.de/0r9r>; [https://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard\\_Leberecht\\_von\\_Bl%C3%BCcher](https://de.wikipedia.org/wiki/Gebhard_Leberecht_von_Bl%C3%BCcher) [19.04.2021].

Bataillon Garde der Preußischen Armee angestellt. Am 20. Januar 1798 zum Fähnrich befördert, folgte am 10. Dezember 1800 seine Ernennung zum Sekondeleutnant. Da Lützow ein leidenschaftlicher und guter Reiter war, ersuchte er um Versetzung zur Kavallerie. Am 31. Dezember 1804 wurde er in das Kürassierregiment „von Reitzenstein“ (Altpreußisches Kürassierregiment K 7) in der Garnison Tangermünde versetzt. Im Verlauf der Schlacht bei Jena und Auerstedt am 14. Oktober 1806 wurde das Regiment zerschlagen und seine Reste, unter ihnen der verwundete Lützow, flüchteten in die Festung Magdeburg. Als sich die Kapitulation Magdeburgs abzeichnete, verließ Lützow die Festung. Über Kopenhagen schlug er sich in das belagerte Kolberg durch, um sich dort dem Freikorps Ferdinand von Schills anzuschließen. In Anerkennung seiner Verdienste erhielt er nach dem Friedensschluss den Orden Pour le Mérite und wurde als Stabsrittmeister und Eskadronchef in das 2. Brandenburgische Husarenregiment übernommen. Mehrfach verwundet, verschlechterte sich Lützows Gesundheitszustand derart, dass er um seine Verabschiedung ersuchte. Unter gleichzeitiger Beförderung zum Major wurde ihm am 31. August 1808 der Abschied erteilt. Am 20. März 1810 heiratete er Elisa Davidia Margarethe Gräfin von Ahlefeldt. Lützow versuchte sich danach in der Forstlaufbahn, gab dieses Vorhaben jedoch bald wieder auf. Er fand Kontakte zu preußischen Patrioten um den Kammergerichtspräsidenten Ludwig von Vincke, Berater des Freiherrn vom Stein, und wurde bereits frühzeitig in die Vorbereitung des Kampfes gegen die Herrschaft Napoleon Bonapartes einbezogen. Dies führte ihn im Herbst 1808 nach Kassel, wo Wilhelm von Dörnberg den Widerstand organisierte, und nach Ostfriesland, um dort Aktionen vorzubereiten. Spontan schloss er sich dann mit seinem Bruder Leopold von Lützow am 30. April 1809 dem Zug des Majors von Schill an. Am 5. Mai 1809 wurde er im Gefecht bei Dodendorf schwer verwundet und danach vor ein preußisches Kriegsgericht gestellt. Da er als Mecklenburger in Preußen Ausländer war und auch zuvor aus der preußischen Armee verabschiedet worden war, erkannte das Gericht keine Schuld. Am 7. Februar 1811 wurde Lützow wieder in den preußischen Dienst gestellt, zunächst mit einem Wartegehalt, ab 1. Januar 1812 mit einem Festgehalt, aber ohne wirkliche Verwendung im Dienst. Gneisenau hatte ihn für den Fall eines Volksaufstandes zunächst als dessen Leiter in Ostfriesland und Teilen Westfalens vorgesehen. Dies wurde von Scharnhorst konkretisiert, so dass Lützow am 9. Februar 1813 ein Gesuch an den preußischen König richtete, ein Freikorps aufstellen zu dürfen. Es wurde der berühmteste deutsche Freiwilligenverband der Befreiungskriege. Das Lützowsche Freikorps bestand aus über 3000 vorwiegend nichtpreußischen Freiwilligen. Es zog besonders Studenten an und operierte vorwiegend im Rücken des Feindes. Über den Waffenstillstand des Frühsommers 1813 zu spät informiert, wurde das Lützowsche Freikorps am 17. Juni 1813 bei Kitzen in der Nähe von Leipzig durch napoleonische Kavallerie ohne Vorwarnung angegriffen und fast völlig aufgerieben. Lützow und sein Adjutant Theodor Körner wurden schwer verwundet und entkamen nur mit Mühe. Nachdem Ende 1813 die einzelnen Teile des Freikorps den preußischen Linientruppen zugeteilt worden waren, kämpfte Lützow 1814 in den Ardennen. Am 23. März 1815 wurden aus den Resten des Freikorps zwei Linienregimenter gebildet: aus der Infanterie entstand das Infanterie-Regiment Nr. 25, die Kavallerie wurde zum Ulanen-Regiment Nr. 6 unter dem Kommandeur Oberstleutnant von Lützow. Im Feldzug



von 1815 führte Lützow eine Kavallerie-Brigade. Dabei geriet er am 16. Juni bei Ligny verwundet in französische Gefangenschaft. (...)“<sup>140</sup>

**Papestraße 1 bis 27, 2 bis 30, Distrikt Triller, Stadtteil Alt-SB.**

von Pape, Alexander, (1813–1895). Führte als Kommandeur die I. Garde Infanterie Division, die 1870/71 wesentlich zu den Siegen von St. Privat, Beaumont und Sedan beitrug.

Laut Wikipedia: „Alexander war ein Sohn von Wilhelm von Pape (1771–1860) (...) schlug ebenfalls eine Militärlaufbahn ein, die er als Generalleutnant beendete. Nach dem Besuch des Gymnasiums (...) trat Pape am 17. April 1830 als Junker in die 7. Kompanie des 2. Garde-Regiments zu Fuß ein, wurde 1850 zum Hauptmann und 1856 zum Major befördert. Von 1856 bis 1860 war er Direktor des Potsdamer Kadettenhauses, bevor er als Bataillonskommandeur zu seinem Regiment zurückkehrte. Im Deutschen Krieg 1866 befehligte er als Oberst das 2. Garde-Regiment zu Fuß, welches er seit 1863 kommandierte, und beteiligte sich an der Schlacht von Königgrätz. Für seine Verdienste erwarb sich Pape den Orden Pour le Mérite, das Kommando der 2. Garde-Infanterie-Brigade zu Potsdam und am 31. Dezember 1866 die Beförderung zum Generalmajor. Im Krieg gegen Frankreich befehligte er 1870/71 die 1. Garde-Division bei St. Privat (18. August), bei Beaumont, in der Schlacht bei Sedan sowie bei der Einschließung von Paris. Anlässlich der Kaiserproklamation in Versailles wurde er zum Generalleutnant befördert und erhielt am 22. März 1872 das Eichenlaub zum Pour le Mérite. Am 26. August 1878 ernannte ihn König Wilhelm III. der Niederlande zum Komtur des Militär-Wilhelms-Ordens. Am 3. Februar 1880 wurde Pape zum General der Infanterie befördert und wurde zum Kommandierenden General des V. Armee-Korps ernannt, am 18. Oktober 1881 übernahm er in Berlin das III. Armee-Korps und zusätzlich am 21. August 1884 das Gardekorps. Seit 1885 war er ständiges Mitglied der Landesverteidigungskommission und wurde im gleichen Jahr für den verstorbenen Generalfeldmarschall Edwin von Manteuffel Domherr in Merseburg. Am 19. September 1888 wurde Pape zum Generaloberst mit dem Rang eines Generalfeldmarschalls, zum Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin ernannt. Infolge zunehmender Kränklichkeit musste er 1894 sein Gesuch zur Versetzung in den Ruhestand einreichen. Unter Ablehnung seines Abschiedesuches wurde Pape am 10. Januar 1895 von seiner Stellung als Oberbefehlshaber in den Marken sowie Gouverneur von Berlin entbunden und unter Belassung à la suite des 2. Garde-Regiments zu Fuß zu den Offizieren von der Armee versetzt. In der Ruhmeshalle des Berliner Zeughauses setzte ihm Georg Bleibtreu auf dem Wandgemälde *Sturm auf St. Privat, 1870* ein Denkmal. Es stellte den Moment der Erstürmung der von der Artillerie des Gardekorps in Brand geschossenen französischen Stellung bei St. Privat durch die preußische 1. Garde-Infanterie-Division unter Generalmajor von Pape in der Schlacht bei Gravelotte dar. Pape sitzt dabei auf einem Schimmel, den gezogenen Säbel in der Rechten, die Sturmkolonne antreibend. Er war für humoristisch-kernige Episoden aus seiner Knaben- und Schulzeit bekannt. Schon ein Schulmeister habe ihn dahin beurteilt: „Der Junge wird entweder Räuberhauptmann oder General.“ Kaiser Wilhelm II. nannte ihn später einmal *das Vorbild eines altpreußischen Soldaten*. Ein Nachruf gibt einen Eindruck von seinen typischen Erlebnisberichten

<sup>140</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig\\_Adolf\\_Wilhelm\\_von\\_L%C3%BCtzow](https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Adolf_Wilhelm_von_L%C3%BCtzow) [20.04.2021].

Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

aus dem preußischen Militär der ersten Jahrhunderthälfte: „Nachdem seine Einstellung in das Gardekorps genehmigt war, wurde er eingekleidet und am 17. April 1830 in das Palais des Königs befohlen und dort in dem Zimmer Parterre rechts zur Fahne vereidigt. Es sei ganz fest exerziert worden; seine Schultern seien mitunter schwarz und blau gewesen. Das sei aber nicht anders gegangen, und schon nach Jahresfrist sei er zum Offizier befördert worden. In den damaligen Lebensverhältnissen des Offizierkorps sei alles sehr einfach gewesen. Der größte Festtag war der Geburtstag des Königs, der 3. August. An diesem Tage hätte jeder, selbst der ärmste Leutnant, seine zehn Silbergroschen für das Mittagessen ausgegeben. Das Avancements war recht mäßig: 20, 22, 24 Jahre bis zum Hauptmann, und wer nach 30 Jahren Major war, der pries sich glücklich, dass er über die böseste Ecke hinweg war. Das führte er besonders dann an, wenn sich jemand in späteren Jahren über ein langsames Avancement beklagte. Sehr gern kam er auf seine Dienstzeit im 2. Garde-Regiment zu sprechen. Als er Offizier geworden, wäre das Füsilierbataillon, bei dem er stand, gegen einen bösen heimtückischen Feind, die Cholera, geschickt. Das Bataillon sollte die Cholera an der Oder absperren. Mit 800 Mann sei das Bataillon ausgerückt und nach zwei Monaten mit 286 Mann in Neuruppin eingerückt.“<sup>141</sup>

### **Scharnhorststraße 5 bis 27, 2 bis 24, Distrikt Winterberg, Stadtteil St. Arnual**

Laut Wikipedia: „Gerhard Johann David Scharnhorst, ab 1804 von Scharnhorst (\* 12. November 1755 in Bordenau bei Hannover; † 28. Juni 1813 in Prag) war ein preußischer Generalleutnant und Heeresreformer. Nach der Leitung des Kriegsdepartements und des Generalstabs trieb er (...) die Heeresreform voran. Dabei umging er die Beschränkung der Heeresstärke durch das Krümpersystem, schaffte das Adelsprivileg auf die Offiziersstellen ab, führte die allgemeine Wehrpflicht ein und gab dem preußischen Heer ein neues Bewusstsein. Als Stabschef Gebhard Leberecht von Blüchers wurde er in der Schlacht bei Großgörschen 1813 schwer verwundet und starb an den Folgen in Prag, wo er Österreich zum Eintritt in die Koalition gegen Napoleon bewegen wollte.□ Scharnhorst gehört zu den bedeutendsten Heeresreformern der Befreiungskriege und den wichtigsten Traditionslinien der Bundeswehr“

*Ein Beitrag des Deutschlandfunks zu Scharnhorst: „Ich bin nicht zum Soldaten gemacht: Ohne Schwierigkeiten ertrage ich die Gefahr, aber der Anblick der unschuldigen jammernden Menschen im Blute neben mir, das Feuer der brennenden Dörfer, von Menschen zum Vergnügen angelegt, die übrigen Greuel der allgemeinen Verwüstung bringen mich in Wut und in eine mir unerträgliche Stimmung‘. Das sind für einen Offizier des späten 18. Jahrhunderts bemerkenswerte Einsichten.“<sup>142</sup>*

### **Schillstraße 1 bis 83, 4 bis 50, Distrikt Leipziger Straße, Stadtteil Malstatt**

Ferdinand von Schill (1776 – 1809), preußischer Husarenmajor und Führer des Schill'schen Freikorps, der 1809 einen Aufstand gegen Napoleon I. initiierte und im Straßenkampf in Stralsund am 31. Mai 1809 fiel. Seit 1806 hatte Major Ferdinand von Schill eine Art Guerilla-Krieg gegen die französischen

<sup>141</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander\\_von\\_Pape](https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_von_Pape) [19.04.2021].

<sup>142</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/ein-preusse-durch-und-durch.871.de.html?dram:article\\_id=250501](https://www.deutschlandfunk.de/ein-preusse-durch-und-durch.871.de.html?dram:article_id=250501) [19.04.2021].

Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Besatzungstruppen geführt. Er hoffte auf eine nationale Erhebung der Deutschen. Er fiel er am 31. Mai 1809 in einem Gefecht gegen eine 6.000 französische Soldaten umfassende Übermacht. Anschließend gab es eine Siegesparade der Franzosen durch die Stadt, diese schlugen den Kopf von Schills Leiche ab und brachten sie als Trophäe an den Bruder Napoleons, König Jerome.

Etwa 200 Schill-Getreuen gelang die Flucht. Von den 557 gefangengenommenen Soldaten wurden 14 Soldaten per Los ermittelt und am 18., 20. und 22. Juli in Braunschweig erschossen. Die anderen Soldaten kamen zur Zwangsarbeit nach Frankreich. Elf gefangen genommene Offiziere wurden am 16. September 1809 auf den Lippe-Wiesen bei Wesel standrechtlich erschossen. Von Schill wurde so zum Helden der Befreiungskriege, instrumentalisiert und verklärt im 1870/71 und ebenso im Ersten Weltkrieg und der NS-Zeit.<sup>143</sup>

Dazu Wikipedia: „In den Filmen Die elf Schillschen Offiziere (1926 und 1932), Der Feuerreiter (1940) und Kolberg (1945) diente Schill als Motiv. Im April 1945 wurde im Raum Fläming – Dessau – Wittenberg – Halle – Merseburg aus Reserven, Ausbildungseinheiten verschiedener Kriegsschulen und Einheiten des Reichsarbeitsdienstes (RAD) sowie aus Hitlerjungen die 12. Armee gebildet (nach ihrem Befehlshaber Walther Wenck oft auch Armee Wenck genannt). Man formierte vier Infanteriedivisionen; sie erhielten die Namen "Scharnhorst", "Ulrich von Hutten", "Schill" und "Theodor Körner". Anlässlich des 200. Geburtstags prägte die Münze der DDR 1976 eine 5-Mark-Gedenkmünze in einer Auflage von 100.000 Stück. Das Kampfhubschraubergeschwader 67 (später: Kampfhubschraubergeschwader 3) der Armeefliegerkräfte der NVA erhielt 1984 den Traditionsnamen „Ferdinand von Schill“. <sup>144</sup>

### ***Steubenstraße 1 bis 9, 4 bis 10, Distrikt Triller, Stadtteil Alt-SB***

Friedrich Wilhelm von Steuben, geb. 15.11.1730 in Magdeburg, gest. 28.11.1794 in Oneida County (N.Y.) Adjutant Friedrich des Großen im 7-jährigen Krieg (1756 – 1763). Hofmarschall der Fürsten von Hohenzollern. 1777 in Amerika zusammen mit George Washington Kampf gegen die englische Kolonialmacht (amerik. Freiheitskrieg). Generalinspekteur und Organisator des Bundesheeres. Geplante Umbenennung in Fliederstraße 1947 nicht umgesetzt.<sup>145</sup>

### ***Tauentzienstraße 3 bis 67, 6 bis 28, Distrikt Jenneweg, Stadtteil Malstatt***

Hintergrund: Benannt nach dem preußischen General Graf Bogislaw Tauentzien (1760 – 1824). Siege in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813 bei Dennewitz, Torgau, Wittenberg und Magdeburg.

Beschluss: 05.11.1912 . Tatsache ist, dass Generalleutnant Leopold Wilhelm von Dobschütz Stadt und Festung Wittenberg am 13./14. Januar allein einnahm, da Tauentzien gar nicht vor Ort war.<sup>146</sup>

### ***Yorckstraße 2 bis 6, Distrikt Schloßplatz, Stadtteil Alt-SB***

Graf Ludwig Yorck von Wartenburg (1759 – 1830), preußischer General, schloß am 30.12.1812 die Konvention von Tauroggen mit den Russen ab, gab damit den Anstoß zu den Befreiungskriegen, 1813 Korpsführer, errang den Elbübergang bei

<sup>143</sup> <https://www.bommi2000.de/geschichte/19jh/1809/1809wesel.php> [19.04.2021].

<sup>144</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand\\_von\\_Schill](https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_von_Schill) [19.04.2021].

<sup>145</sup> Straßennamendatenbank Vermessungs- und Geoinformationsamt, [https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich\\_Wilhelm\\_von\\_Steuben](https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Wilhelm_von_Steuben) [20.04.2021].

<sup>146</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Bogislaw\\_Friedrich\\_Emanuel\\_von\\_Tauentzien](https://de.wikipedia.org/wiki/Bogislaw_Friedrich_Emanuel_von_Tauentzien) [20.04.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Wartenburg, Sieger bei Möckern (Völkerschlacht bei Leipzig), umbenannt in Molièrestraße vom 28.2.1947 bis 16.4.1957, danach wieder Yorckstraße.<sup>147</sup>

### **Krieg 1870/71**

#### **Alvenslebenstraße 1 bis 9,, 2 bis 2, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB**

(C)Konstantin von Alvensleben (1809 – 1892) war im Krieg 1870/71 preußischer General, Kommandeur des III. Armeekorps, Vorstoß gegen Festung Metz, Schlacht von Mars-La-Tour, Gravelotte. Ende Oktober 1870 führte Alvensleben sein Korps gegen die neu aufgestellte Loirearmee, bewahrte am 28. 11. das bedrängte X. Armeekorps in der Schlacht von Beaune-La-Rolande gegen General Crouzat vor der sich abzeichnenden Niederlage und griff am 3. und 4. 12. noch in der Schlacht bei Orléans ein. Abschließend wurden vom 6. bis 12.1. 1871 die feindlichen Truppen unter General Alfred Chanzy in der Schlacht bei Le Mans geschlagen. Für seine Verdienste erhielt General Alvensleben eine Dotation in Höhe von 150.000 Talern. Am 26. 3.1873 gab er das Kommando über das III. Armee-Korps ab und schied aus dem Militärdienst aus.<sup>148</sup>

#### **Ebersteinstraße 5 bis 17 und 2 bis 14 Distrikt 113 Malstatter Straße, Stadtteil Alt-Saarbrücken**

Oberst Hermann Baron von Eberstein, Kommandeur des Füsilier Regiments Nr.40 (Saarbrücken-Bezug), 1870 bei Thionville gefallen.<sup>149</sup> Zu ihm konnte nichts ermittelt werden. Eberstein ist der Name eines alten fränkischen Adelsgeschlechts, aus dem zahlreiche Militärs hervorgingen.<sup>150</sup>

#### **Francoisstraße 1 bis 57, 8 bis 58, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB**

Francois, Bruno, preußischer Generalmajor und Kommandeur, geb. 29.6.1818, bei der Erstürmung des Spicherer Berges am 6.8.1870 verwundet. In einem Saarbrücker Lazarett verstorben und im Ehrental beigesetzt. Francois gilt als Held der Schlacht von Spichern. Eine Schlacht, die aus heutiger Sicht eher als sinnloses Gemetzel erscheint. Auch in Spichern ist eine Straße nach ihm benannt.<sup>151</sup>

#### **Goebenstraße 5 bis 45 , 2 bis 40, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB**

August Karl Goeben, Oberst im preußischen Generalstab. Nahm 1860 am spanischen Feldzug in Marokko teil und gehörte 1864 zu den Erstürmern der Düppeler Schanzen, war 1870 bei Spichern und Metz dabei als Kommandeur des zur I. Armee (Generalfeldmarschall von Steinmetz) gehörenden 8. Armeekorps.<sup>152</sup>

#### **Heuduckstraße 1 bis 93, 10 bis 102, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB**

<sup>147</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig\\_Yorck\\_von\\_Wartenburg](https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Yorck_von_Wartenburg) [20.04.2021], Straßennamendatenbank Vermessungs- und Geoinformationsamt

<sup>148</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Constantin\\_von\\_Alvensleben](https://de.wikipedia.org/wiki/Constantin_von_Alvensleben) [19.04.2021].

<sup>149</sup> Straßennamendatenbank des Vermessungs- und Geoinformationsamtes [19.04.2021].

<sup>150</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Eberstein\\_\(fr%C3%A4nkisches\\_Adelsgeschlecht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Eberstein_(fr%C3%A4nkisches_Adelsgeschlecht)) [19.04.2021].

<sup>151</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno\\_von\\_Fran%C3%A7ois](https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno_von_Fran%C3%A7ois); <http://spurensuche-spichern.de/spurenstrassen.html> [19.04.2021].

<sup>152</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/August\\_Karl\\_von\\_Goeben](https://de.wikipedia.org/wiki/August_Karl_von_Goeben) [19.04.2021].

Benannt nach dem Kommandeur des Dragoner-Regiments Nr. 7 Wilhelm von Heuduck (1821 – 1899). Er galt als hervorragender Reitergeneral. Starb 1899 als General der Kavallerie. Benennung steht im Kontext der Geschichte von 1870/71. Beschluss: 19.03.1891, Geplante Umbenennung in Lumièrestraße 1947 nicht umgesetzt. War auch beteiligt an der Niederschlagung der Badischen Revolution 1849 mit Gefechten bei Nidesheim, Ludwigshafen, Waghäusel und Durlach.<sup>153</sup>

#### ***Hildebrandtstraße 1 bis 5, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB***

Paul Hidebrandt, Premierleutnant der königlich Preussischen Artillerie, Ritter des Eisernen Kreuzes und des Roten Adler-Ordens mit Schwertern, geboren am 19. 7. 1830 in Halle a. d. Saale. Er brachte am 6. August 1870 bei der Erstürmung des Spicherer Berges zwei Geschütze des Brandenburgischen Feldartillerieregiments Nr. 3 unter größten Schwierigkeiten auf den Roten Berg, wurde dabei schwer verwundet und starb am 28.7.1870 in Saarbrücken. Seine letzte Ruhestätte befindet sich im Heldenfriedhof "Ehrental" innerhalb des Deutsch-Französischen Gartens. Geplante Umbenennung in Böttgerstraße 1947 nicht umgesetzt.<sup>154</sup>

#### ***Kamekestraße 1 bis 11, 2 bis 16, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB***

Georg von Kameke (1817–1893) Generalmajor, preussischer Kriegsminister, weihte am 9.8.1874 das Winterbergdenkmal ein. Ein Bildnis von Kameke war als Medaillon im historischen Festsaal des Rathauses am Schloßplatz angebracht gewesen. 1870 Kommandeur der 14. Infanterie Division. Aus eigenem Entschluss griff er die französische Stellung an, die er nur von schwachen Kräften besetzt glaubte. Geplante Umbenennung in Wattstraße 1947 nicht umgesetzt.

Kameke erscheint alles andere als ein ehrenwerter Militär, dazu Zitat aus „Die Welt“: Die fatale Fehlentscheidung eines Generals führte im Deutsch-Französischen Krieg am 6. August 1870 zum preussischen Angriff auf die Spicherer Höhen. Der Sturm über freies Feld hätte fast in einer Katastrophe geendet. Die Grenzschlachten, mit denen im August 1870 der Deutsch-Französische Krieg begann, eröffneten in Europa eine neue Dimension. Das lag zum einen an der Größe der Heere – 250.000 Franzosen standen 440.000 Deutschen gegenüber –zum anderen an den Waffen. Beide Seiten führten moderne Hinterladergewehre, die schnelle Schussfolgen ermöglichten. Zum anderen verfügte die französische Armee mit der Mitrailleuse über eine Vorläuferin des Maschinengewehrs, während die Deutschen mit ihren schnell feuernenden Hinterladergeschützen aus Gussstahl eine Waffe einsetzten, die ebenfalls das Grauen des Ersten Weltkriegs erahnen ließ. Dass heute, 150 Jahre danach, der saarländische Landtagspräsident Stephan Toscani (CDU) und die französische Generalkonsulin Catherine Robinet im Ehrental des Deutsch-Französischen Gartens in Saarbrücken Kränze niederlegen, hängt mit einer dieser Grenzschlachten im Saarland zusammen: Am 6. August griffen preussische Truppen die Spicherer Höhen an. Obwohl am Ende ein deutscher Sieg stand, wurde das Treffen zu einem Gemetzel, das die preussisch-deutsche Führung in Alarmstimmung versetzte. Denn nachgeordnete Kommandeure hatten in

<sup>153</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm\\_von\\_Heuduck](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_von_Heuduck) [19.04.2021].

<sup>154</sup> Straßennamendatenbank Vermessungs- und Geoinformationsamt [20.04.2021].



unverantwortlicher Manier ihre Männer in ein Gefecht getrieben, das sie eigentlich nicht gewinnen konnten. Um einen Prestigeerfolg einzufahren, hatte die französische Führung den Krieg mit einem Handstreich auf Saarbrücken begonnen. Da aber wegen der schleppenden Mobilmachung keine Verstärkungen nachgeschoben werden konnten, hatte sich General Charles Auguste Frossard mit seinen drei Division wieder zurückgezogen und bei Spichern verschanzt, dessen steile Hügel für die Verteidigung ideal waren. Nicht umsonst instruierte der preußische Generalstabschef Helmuth von Moltke seine nachrückenden Befehlshaber: ‚Ein vereinzelt Vorgehen (...) gegen den, wie es scheint, mit allen Kräften eng konzentrierten Feind könnte nur zu einer Niederlage führen.‘ Fehleinschätzung und – wie Otto von Bismarck vermutete – wohl auch die Aussicht auf einen Orden ließen den Befehlshaber der 14. Division, Georg von Kameke, jedoch alle Vorsicht fahren. Darin wurde er von seinem Vorgesetzten, Karl Friedrich von Steinmetz, unterstützt, der als Oberbefehlshaber der deutschen 1. Armee eigenmächtig den Vormarsch über Saarbrücken hinaus befohlen hatte. Als Kamekes Vorhut ins Feuer von Frossards Geschützen geriet, warf er schnell seine gesamte Truppe in den Kampf, nicht konzentriert, sondern auf einer Breite von fünf Kilometern. Das stümperhaft vorgetragene Unternehmen entwickelte sich bald zu einem Selbstmordkommando. Denn die Höhen von Spichern waren ‚rechts und links mit dichten Waldmassen besetzt‘, schreibt der Kriegsberichtersteller Theodor Fontane. ‚Ziemlich genau in der Mitte aber zeigt er kahle Abhänge.‘ Von diesem Roten Berg aus hatte die französische Artillerie freies Schussfeld, sodass die Angreifer nicht nur die steilen Hänge erklimmen mussten, sondern dabei unter Dauerbeschuss durch Geschütze und Infanteriewaffen lagen. In seinem Buch über den Krieg zitiert Fontane aus einem Brief eines Offiziers: ‚Die Leute waren bereits so erschöpft, dass es mir fast unmöglich schien, sie ... auf den Kamm des Berges zu führen ... Mancher Mann blieb liegen, der gewiss noch mehr Kräfte hatte als ich. Meine Beine vermochten nicht mehr zu steigen. An den Sträuchern klammerte ich mich an und zog mich an ihnen empor.‘

(...) Dass Kamekes unbedachte Aktion nicht in einer Katastrophe mündete, verdankte er dem Kommandeur eines Nachbarkorps, der dem Geschützfeuer folgte und am Nachmittag mit seinen Leuten ebenfalls zum Angriff überging. Nun war es Frossard, der einen Fehler machte. Da er erwartete, dass auf Kamekes Division umgehend weitere gegnerische Einheiten folgen würden, rief er ebenfalls nach Verstärkungen. Als diese nicht eintrafen, stattdessen aber später preußische Truppen die Angreifer unterstützten, beschloss er, seine sichere Position aufzugeben und sich zurückzuziehen. Damit wurde aus dem absehbaren Desaster doch noch ein Sieg, der zusammen mit dem am gleichen Tag errungenen Erfolg der deutschen 3. Armee bei Wörth die französische Grenzverteidigung sprengte. Moltke beließ es daher bei Ermahnungen für die fatale Disziplinlosigkeit seiner Generäle, die 5000 Tote und Verwundete gekostet hatte. Die Franzosen verloren nur 2000 Mann sowie ebenso viele durch Gefangenschaft. Der „tumbe Haudrauf“ Kameke, so der Historiker Klaus-Jürgen Bremm, sollte später noch zum preußischen Kriegsminister aufsteigen.“<sup>155</sup>

---

<sup>155</sup> <https://www.welt.de/geschichte/article213009212/Deutsch-Franzoesischer-Krieg-Der-katastrophale-Angriff-auf-Spichern.html> [19.04.2021].

***Moltkestraße 1 bis 77, 6 bis 1908, Distrikt Bellevue, Stadtteil Alt-SB***

Helmuth Graf von Moltke, genannt "Der große Schweiger", (1800 -1891). 1822 trat er in die preußische Armee ein. 1833 war er im Generalstab. Von 1836 - 1839 war er Instrukteur der türkischen Truppen, 1858 Chef des preußischen Generalstabes, 1866 General. Am 16.6.1871 wurde er Generalfeldmarschall. Am 9. 8. 1870, kurz nach der Schlacht bei Spichern war er in Saarbrücken.

Umbenennung in Glockenwaldstraße vom 28.2.1947 bis 25.9.1956, vorher Moltkestraße. Bewertung: Die Straßenbenennung erfolgte 1891, nach 1947 wurde sie umbenannt und dann wieder nach 1955 in Moltkestraße. Moltke steht für Nationalismus und nationale Begeisterung und die typische Geisteshaltung seiner Zeit. Nach seinem Tod wurde er von den Nazis instrumentalisiert.<sup>156</sup>

***Pestelstraße 7 bis 9, 2 bis 8, Distrikt Schloßplatz, Stadtteil Alt-SB***

Eduard von Pestel, geb. 1821, Kommandeur seit 5.3.1869 des Ulanenregimentes als Führer der Grenzwacht. Verteidiger von Saarbrücken, später General; verstorben 1908 und im Ehrental beigesetzt.<sup>157</sup>

***Reuterstraße 1 bis 25, 3 bis 28, Distrikt Malstatter Straße, Alt-SB***

Oberst von Reuter, Kommandeur des 1. Brandenburgischen Grenadier-Regiments Prinz Friedrich Karl von Preußen Nr. 12, bei der Erstürmung des Spichererberges am 6.8.1870 im Gifertwald verwundet und in Saarbrücken im Lazarett. Er starb dort an seiner Verwundung. Ein Bildnis von ihm war als Medaillon an der Tür zum historischen Saal im alten Rathaus am Schloßplatz angebracht.<sup>158</sup>

***Roonstraße, Distrikt Schloßplatz, Stadtteil Alt-SB***

Graf Albrecht von Roon (1803–1879). Seit 1859 Kriegsminister mit wesentlichem Anteil am Erfolg Preußens in den Einigungskriegen (Deutsch-Dänischer Krieg 1864, Deutscher Krieg 1866 und deutsch-französischer Krieg 1870/71). 1873 Generalfeldmarschall. War im August 1870 in Saarbrücken, bedeutender Heeresreformer seiner Zeit.<sup>159</sup>

***Steinmetzstraße 1 bis 13, 2 bis 20, Distrikt Bellevue, Stadtteil Alt-SB***

Karl Friedrich von Steinmetz (1806 – 1877), Generalfeldmarschall, entgegen dem Moltkeplan eröffnete er die Schacht von Spichern, war selbst aber nicht auf dem Schlachtfeld, seine Truppen wurden später Prinz Friedrich Karl unterstellt. Militärisch fragwürdig, siehe Ausführung zu Kameke. Eigenmächtiges Verhalten hatte auch bei der Schlacht von Gravelotte zu erheblichen Verlusten geführt. Geplante Umbenennung in Am Deutschhaus 1947 wurde nicht umgesetzt.<sup>160</sup>

***Werderstraße 3 bis 51, 4 bis 54, Distrikt Malstatter Straße, Stadtteil Alt-SB***

Graf August von Werder (1808–1887). Seit 1879 General, hat am 27. September 1870 Straßburg zur Übergabe gezwungen. Benennung steht im Kontext des Krieges von 1870/71. Andere Erklärung: (Saarbrücker Zeitung v. 3.8.1970): Graf

<sup>156</sup> Straßennamendatenbank Vermessungs- und Geoinformationsamt.

<sup>157</sup> Straßennamendatenbank Vermessungs- und Geoinformationsamt.  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard\\_von\\_Pestel](https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard_von_Pestel) [20.04.2021].

<sup>158</sup> Ebenso, [https://de.wikipedia.org/wiki/Saarbr%C3%BCcker\\_Rathauszyklus](https://de.wikipedia.org/wiki/Saarbr%C3%BCcker_Rathauszyklus) [20.04.2021].

<sup>159</sup> Ebenso, [https://de.wikipedia.org/wiki/Albrecht\\_von\\_Roon](https://de.wikipedia.org/wiki/Albrecht_von_Roon) [20.04.2021].

<sup>160</sup> Ebenso, [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Friedrich\\_von\\_Steinmetz](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Friedrich_von_Steinmetz) [20.04.2021].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Leopold von Werder, Kommandeur des 14. (Karlsruher) Armeekorps, durch die Kämpfe an der Lisaine und vor Belfort bekannt geworden. Geplante Umbenennung in Curiestraße 1947 nicht umgesetzt.<sup>161</sup>

### **Darstellung:**

Gerade in Alt-Saarbrücken und St. Arnual gibt es eine Vielzahl von nach Militärs benannten Straßen, die insbesondere in den sogenannten Befreiungskriegen und in den Kriegen im Kontext der Reichsgründung 1870/71 eine Rolle gespielt haben.

Als Befreiungskriege werden die Kriege gegen die napoleonische Vorherrschaft zwischen 1813 und 1815 bezeichnet. Napoleon wurde in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 geschlagen. Endgültig entmachtete wurde er in der Schlacht bei Waterloo und mit seiner Verbannung auf die Insel St. Helena. Nach Peter Brandt waren diese Kriege „einer der wichtigsten Bezugspunkte nationaler Identifikation und Traditionsbildung und boten zahllosen identitätsstiftenden Legenden und Mythen Stoff.“<sup>162</sup> In der deutschen Geschichtsschreibung wurden diese Kriege mythologisiert und im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert in vielen Städten Straßen nach Generälen bzw. Militärs dieser Kriege benannt. Ebenso Straßen nach Generälen im Zuge der Bildung eines deutschen Territorialstaates im 19. Jahrhundert. In Saarbrücken scheinen diese Benennungen besonders zahlreich zu sein, da zwischen 1870 und 1914 die drei Saarstädte sich zur Großstadt vereinigten und die Stadt im Zuge der Industrialisierung und der Reichslandzeit kräftig wuchs.

Die nach Militärs benannten Straßen betreffen vor allem das zur Jahrhundertwende entstehende Neubaugebiet zwischen Saarbrücken und St. Arnual und das westliche Neubaugebiet im Bereich der Hohenzollernstraße. Entsprechende Namen kamen auch in Malstatt zu Ehren bspw. mit der Bülow- und der Tauentzienstraße.

Einerseits kann diese Namensgebung als bewusstes „Mittel der monarchistischen Indoktrination“ verstanden werden, handelt es sich doch u. a. um Viertel mit Arbeiterschaft und unterem Mittelstand.<sup>163</sup> Andererseits spielt seit der Reichsgründung 1870/71 ein ausgeprägter Nationalismus in den drei Saarstädten eine identitätsstiftende Rolle, hier sei etwa auch an den Spichernkult erinnert.<sup>164</sup>

In seiner 1913 vorgelegten Geschichte der Stadt Saarbrücken steht auch Albert Ruppertsberg in der Tradition des Mythos der Befreiungskriege, wenn er feststellt: „Im Anfange des nächsten Jahres (1814) schlug die Stunde der Befreiung“. <sup>165</sup> Ruppertsberg zeichnet das Bild der Befreiung vom „französischen Joche“<sup>166</sup> und entsprach damit der Interpretation eines nationalen Befreiungskrieges unter preußischer Führung gegen die französische Fremdherrschaft. Welches Leid diese Kriege gerade für die Menschen in Saarbrücken mit sich brachten, wurde dabei ausgeblendet. Die sogenannten Befreiungskriege waren für die Menschen an der Saar mit erheblichen Belastungen

---

<sup>161</sup> Ebenso, [https://de.wikipedia.org/wiki/August\\_von\\_Werder](https://de.wikipedia.org/wiki/August_von_Werder) [20.04.2021]. StA SB, V 62, Straßennamendatenbank.

<sup>162</sup> <https://www.fes.de/fulltext/historiker/00671003.htm> [12.01.2021].

<sup>163</sup> Armin Flender, Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998, S. 82 ff.

<sup>164</sup> Fabian Trinkaus, Die kulturpolitische Rezeption der Spichernschlacht während des Kaiserreiches. Mentalitätsgeschichtlicher Hintergrund, Formen und Akteure, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend, Nr. 59/2011, S.99 – 119.

<sup>165</sup> Albert Ruppertsberg, Geschichte der Stadt Saarbrücken, Bd. 1: Geschichte der Städte Saarbrücken und St. Johann bis zum Jahre 1815, Saarbrücken 1913 (ND St. Ingbert 1979), S. 406.

<sup>166</sup> Ebenso, S. 426.

verbunden gewesen. Saarbrücken lag an der bedeutenden Militärstraße zwischen Paris und Mainz und war von preußischen und französischen Truppendurchmärschen betroffen, insbesondere erlebte die Stadt den Rückzug der französischen Armee von November 1813 bis Januar 1814 sowie Durchmärsche preußischer und russischer Truppen Richtung Paris von Jahresanfang bis Frühjahr 1814 und deren Rückmarsch im Sommer desselben Jahres. Im Jahr 1814 zogen ca. 150.000 alliierte Soldaten durch Saarbrücken, im Juni 1815 sind es dann über 200.000 Soldaten mit 50.000 Pferden gewesen, die versorgt werden wollten. Das bedeutete eine schwere Last für Saarbrücken und seine Einwohner, denn die Alliierten wie auch die französischen Truppen beanspruchten Unterkunft und Verpflegung. Die militärische Präsenz war verbunden mit Raub, Plünderungen und Gewalt, mit Krankheiten und Seuchen wie Typhus und Nervenfieber. Dies äußerte sich auch in einer deutlich erhöhten Sterblichkeit von fast 50 Prozent. Die Saarbevölkerung musste zudem wie auch andere aus der linksrheinischen Bevölkerung erleben, von den alliierten Soldaten als „Fremde“ oder „Franzosen“ wahrgenommen und behandelt zu werden.<sup>167</sup>

Bis weit ins 19. Jahrhundert zeigte sich ein Loyalitätskonflikt der Saareinwohner gegenüber Preußen. Die napoleonischen Reformen genossen an der Saar wie auch in anderen linksrheinischen Gebieten teilweise eine sehr hohe Akzeptanz, nicht zuletzt deshalb unterblieb etwa eine Abschaffung des Code Napoleon.<sup>168</sup> Starke Unterstützung für Preußen war dann erkennbar, wenn Preußens Politik auf einen deutschen Nationalstaat zielte. Wenn aber preußische Partikularinteressen verfolgt wurden, zeigte sich eine klare Distanz der bürgerlichen Oberschichten. Rolf Wittenbrock hat dazu umfänglich publiziert, dieser Loyalitätskonflikt offenbart sich etwa im Kontext der Ereignisse 1848/49.<sup>169</sup>

Das ambivalente Verhältnis zu Preußen ändert sich mit der Kanzlerschaft Otto von Bismarcks. Zunächst verschärfte zwar der Verfassungskonflikt die Distanz zu Preußen, aber mit dem Sieg Preußens über Österreich in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 trat Preußens entscheidende Rolle für die nationale Einheit in den Mittelpunkt. Abschluss dieser Entwicklung bildete der deutsch-französische Krieg von 1870/71, das „Spichern-Erlebnis“ wird, wie Wittenbrock feststellt, „zum saarländischen Schlüsselereignis.“ Die preußisch-deutschen Siegesfeiern, die alljährlich wiederholten Rituale des Heldengedenkens, die pathetischen Treueschwüre zeigten, dass der Hurra-Patriotismus nach 1871 zur dominierenden Gemütslage geworden war. Im Wappen von St. Johann und Saarbrücken wurde ab 1874 der preußische Adler geführt. Es begann eine Verpreußung, In diesem Kontext standen zahlreiche nach Militärs des 19. Jahrhunderts benannte Straßen. Auch ein Park, ein Brunnen und eine Brücke wurden

---

<sup>167</sup> Michael Röhrig, Völklingen in den Befreiungskriegen, in: Saargeschichten 3/2020, S. 56 – 62.

Ders., „...daß die Einwohner der Gegend von Saarbrücken alle Drangsale und Leiden des Krieges schwer empfunden haben“, in: Eva Kell u. Sabine Penth (Hg.), Vom Empire zur Restauration. Die Saarregion im Umbruch 1814 – 1820. Tagung zum 175jährigen Jubiläum des historischen Vereins am 11. und 12. September 2014, Saarbrücken 2016, S. 187 – 212.

<sup>168</sup> Peter Burg, Unter neuen Herren – Die Saarregion zwischen 1815 und 1850, in: Hans-Christian Herrmann u. Johannes Schmitt (Hg.), Das Saarland. Geschichte einer Region, S. Ingbert 2012, S. 125 f.

<sup>169</sup> Rolf Wittenbrock, 1815 und das „Schlachtfeld der Erinnerung“ in der regionalen Geschichtspolitik am Beispiel von Saarbrücken und St. Johann, in: Eva Kell u. Sabine Penth (Hg.), Vom Empire zur Restauration. Die Saarregion im Umbruch 1814 – 1820. Tagung zum 175jährigen Jubiläum des historischen Vereins am 11. und 12. September 2014, Saarbrücken 2016, S. 287 – 307. Für das starke Interesse der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung steht etwa eine Adresse an den preußischen König vom 10. März 1848, verfasst von dem Saarbrücker Anwalt Ferdinand Dietzsch. Preußen ließ jedoch Schwarz-Rot-Gold in Saarbrücken entfernen. Etliche der lokalen Akteure gingen ins Exil.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

deshalb nach Königin Luise benannt. Zur Jahrhundertfeier angesichts der Völkerschlacht bei Leipzig kamen in Saarbrücken 100.000 Menschen zusammen. Zur Erinnerung an das Jahr 1815 begannen schon 1910 Vorbereitungen für Veranstaltungen, die jedoch durch den Ersten Weltkrieg dann doch viel kleiner ausfielen. Diese nach vor allem preußischen Militärs benannte Straßen standen dann im Fokus in der Zeit französischen Einflusses vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg. Straßenumbenennungen waren nicht nur Teil des Entnazifizierungsprozesses, sondern sie erscheinen auch als Ausdruck einer von der Militärregierung angestrebten Umorientierung der Bevölkerung. Die Bevölkerung sollte an französische Kultur herangeführt werden, sie sollte neue Orientierung geben, diese Pénétration culturelle war mit der Politik einer „Entpreußung“ verbunden.<sup>170</sup> Nach 1955 wurden diese Umbenennungen dann wieder aufgehoben.

### **Bewertung und Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Einige der Militärs sind fragwürdig, dies gilt v. a. für Kameke und Steinmetz.

Benennungen stehen in einem historischen Kontext, Saarbrücken war auch eine Stadt der Kasernen und Regimenter im 19. Jahrhundert. Spätere Instrumentalisierung durch Nationalisten und NS-Diktatur kann zunächst einmal kein Grund für eine Umbenennung sein.

Die Befreiungskriege stellten bis weit ins 20. Jahrhundert aus konservativer Sicht eine Kriegslegitimation dar, bürgerliche Kreise stellten das liberal-nationale Engagement der Bildungsbürgerschaft heraus und die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung die Rolle der Volksmassen. Eine Entzauberung erfolgte vor allem durch Hans-Ulrich Wehler und Barbara Vogel ab den 1980er Jahren.<sup>171</sup> Ein Blick auf die Geschichte etwa von Schill zeigt die Unmenschlichkeit der Auseinandersetzung auf beiden Seiten.

Es ist naheliegend, dass das Weltbild und Wertesystem der Militärs des 19. Jahrhunderts bei weitem nicht dem unseren von heute entspricht. Dies ist angesichts der Zeitläufe banal und kann nicht maßgeblich für eine Umbenennung sein

Einige der Geehrten waren noch nicht einmal tapfere Soldaten, sondern haben andere sterben lassen.

Besteht aber eine Verhältnismäßigkeit zwischen den aus einer Umbenennung diesen Ausmaßes entstehenden Belastungen für die Bürger\*innen, die dort wohnen, und den Argumenten für eine Umbenennung. Eine Beibehaltung geht davon aus, sich zu seiner Geschichte zu bekennen und die Straßennamen als Quelle für den Nationalismus und Hurra-Patriotismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu bewahren, sie sind Quellen

---

<sup>170</sup> Flender, Öffentliche Erinnerungskultur, S. 82 ff.

<sup>171</sup> Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700-1815, München 1987, S. 525f.; Barbara Vogel, Vom linken zum rechten Nationalismus. Bemerkungen zu einer Forschungsthese, in: Bernd Jürgen Wendt (Hg.), Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen. Nationale Identität und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 97-110, hier S. 109.



der Geschichte unserer Erinnerungskultur. Sie erinnern uns an die Gesellschaft des Kaiserreichs, die insbesondere von Adligen und Militärs dominiert wurde.

**Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: (0)**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (3)**

**Dr. Klotz (SPD): Folgt Einschätzung des Stadtarchivs.**

**Hr. Brass/Fr. Schrickel (Die Grünen): Grundsätzlicher Hinweis, dass die Anzahl von nach Generälen benannten Straßen in Saarbrücken zu hoch sei. Man überlege im Falle einer Reduktion über Schill-, Steuben-, Tauentzien-, Yorck-, Alvensleben-, Eberstein-, Roon- und Werderstraße zu diskutieren, da bei ihnen ein spezifischer Bezug zu Saarbrücken nicht gegeben sei.**

**Hr. Jacob (Die Linke): Folgt Einschätzung des Stadtarchivs.**

**GRÜN/Beibehaltung: (3)**

**Radewahn (CDU): Kein Erläuterungsbedarf, Benennungen stehen in historischem Kontext.**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

**Literatur:** Michael Röhrig, *Völklingen in den Befreiungskriegen*, in: *Saargeschichten* 3/2020, S. 56 - 62.

*Ders., „...daß die Einwohner der Gegend von Saarbrücken alle Drangsale und Leiden des Krieges schwer empfunden haben“, in: Eva Kell u. Sabine Penth (Hg.), Vom Empire zur Restauration. Die Saarregion im Umbruch 1814 – 1820. Tagung zum 175jährigen Jubiläum des historischen Vereins am 11. und 12. September 2014, Saarbrücken 2016, S. 187–212.*

*Rolf Wittenbrock, 1815 und das „Schlachtfeld der Erinnerung“ in der regionalen Geschichtspolitik am Beispiel von Saarbrücken und St. Johann, in: Ebenso, S. 287–307.*

## **Martin-Luther- Straße – benannt nach dem Reformator (1483-1546)**

***Martin-Luther-Straße 1 bis 43, 2 bis 4, 6 bis 34, Distrikt 132 Nauwieser Viertel und Distrikt 138 Bruchwiese, Stadtteil St. Johann***

### **Würdigung in einem Satz:**

**Reformator und Förderer der deutschen Sprache, eine herausragende Person deutscher Geschichte mit zeittypischem Antijudaismus und Türkenhass.**

### **Darstellung:**

Nach Martin Luther benannte Straßen sind in Deutschland recht zahlreich. Seit einiger Zeit entzündet sich an Luther zumindest partiell eine heftige Kontroverse. In Berlin fordert seit Herbst 2020 eine Initiative die Umbenennung einer Martin-Luther-Straße und begründet dies mit seiner Judenhetze. Luther habe „bitterbösen Hass gesät“, sein Name sei „Symbol für obrigkeitsstaatliche Hörigkeit bis ins Preußische Kaiserreich hinein.“ Diese Initiative fordert seine Beseitigung in unserer Erinnerungskultur: „Für die Menschen unserer Zeit ist sein Name nicht erinnerungswürdig!“<sup>172</sup> Ähnlich die Zitatensammler von „Religionsfrei im Revier“, unter „Hassprediger Luther“ sind sie online präsent.<sup>173</sup> Diese Luther-Empörung ist Indikator der Entchristianisierung und Entkonfessionalisierung unserer Zeit, zugleich zeigt sie aber die Dimension der Straßenumbenennungsdiskussion und ihre Radikalität. Saarbrücken ist im Vergleich zum übrigen Saarland durch ein einflussreiches evangelisch Bürgertum geprägt gewesen, der Beschluss zur Benennung nach Martin Luther datiert auf den 12. Juni 1951.<sup>174</sup>

Unter „Wer ist Martin Luther“ bietet die EKD folgende Kurzbiografie, die hier zitiert wird: „Martin Luther wurde am 10. November 1483 in dem kleinen Städtchen Eisleben im heutigen Sachsen-Anhalt geboren. Sein Weg führte ihn von dort nach Magdeburg, Eisenach, Erfurt, Wittenberg, Rom (1510/11), Heidelberg, Leipzig, Worms und Marburg, bis er am 18. Februar 1546 mit 62 Jahren in Eisleben starb. 1505 wandte er sich nach dem Willen seines Vaters dem Studium der Rechtswissenschaften zu. Doch der als fröhlich beschriebene Student geriet in eine Lebenskrise: In einem schweren Sommergewitter am 2. Juli 1505 soll ihn Todesangst zu einem Gelübde veranlasst haben. Luther trat in den Orden der Erfurter Augustiner-Eremiten ein. Nach seiner Promotion zum Doktor der Theologie wurde er 1512 Professor für Bibelauslegung in Wittenberg. Am 31. Oktober 1517 kritisierte Luther den in Deutschland aufkommenden Ablasshandel. Mit dem Verkauf sogenannter Ablassbriefe bot die Kirche Sündenvergebung an. In 95 Thesen widerlegte er diese Praxis. Damit begann die Reformation, und in der Folge entstand die evangelische Kirche. 1518 wurde der römische Prozess gegen Luther eröffnet. Der Reformator beharrte darauf, dass der Ablass unbiblisch sei. 1520 erhielt Luther die päpstliche Bannandrohungsbulle, die er am 10. Dezember öffentlich verbrannte. Damit war der Bruch mit der Kirche vollzogen. Um ihn zu schützen, wurde Luther 1521 auf Anweisung des sächsischen Kurfürsten Friedrich des Weisen auf die Wartburg entführt. Dort entstand Luthers Übersetzung des Neuen Testaments, die 1522 erschien. Noch in der Zeit des Bauernkrieges heiratete Luther die ehemalige Nonne Katharina von Bora (1499-1552). Bis zu seinem Tod

<sup>172</sup> <https://taz.de/Diskussion-um-Strassennamen/!5713124/> [08.03.2021].

<sup>173</sup> <http://hassprediger-luther.de/inhalt/> [09.03.2021].

<sup>174</sup> V 67 Straßennamendatenbank.

leistete er noch Beträchtliches: Neben vielem anderen dichtete er Dutzende von Kirchenliedern und regte eine Umgestaltung des Schulwesens an.“<sup>175</sup>

Luthers Antisemitismus war im Luther-Jahr 2017 Thema. Die Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt und die Staatliche Geschäftsstelle „Luther 2017“ äußerten sich dazu: „Als ‚dunkles Kapitel‘ bezeichnet der Lutherforscher Bernhard Lohse die Haltung des Reformators zu den Juden. Martin Luther (1482-1546) wandte sich in einer Schärfe gegen das Volk der Bibel, die es noch Jahrhunderte später dem NS-Regime leicht machen sollte, sich auf ihn zu berufen. Auch wenn es keine direkte Linie zu Hitler oder gar zum Holocaust gibt, bleibt Luthers Judenhass für die evangelische Kirche ein schwieriges Erbe. Das gilt auch im Blick auf das bevorstehende Reformationsjubiläum.

Schon vor dem Wittenberger Thesenanschlag hatte sich Luther mit den Juden beschäftigt. Seine erste briefliche Äußerung zum Thema liegt genau 500 Jahre zurück. Am 5. August 1514 stellte er sich in einem Schreiben an Georg Spalatin hinter den Humanisten Johannes Reuchlin (1455-1522), der die Verbrennung des Talmud ablehnte. Luther ließ zugleich keinen Zweifel daran, dass er das jüdische Schrifttum für gotteslästerlich hielt. Er wollte die Juden zum Christentum bekehren. Als er damit scheiterte, verlangte er ihre Vertreibung und das Niederbrennen der Synagogen. (.....) Luthers „Judenschriften“ fanden weite Verbreitung, galten aber in den Jahrhunderten nach seinem Tod als Randerscheinung der reformatorischen Theologie. Orthodoxe Lutheraner lehnten Judenmission ab, da sie „verstockt“ seien, während sich die pietistische Erweckungsbewegung weiter auch unter den Juden für Jesus als den Messias werben wollte. Oft wurde zwischen dem „frühen“, vermeintlich judenfreundlichen Luther und dem alternden Reformator mit seinen schlimmen Ausfällen gegen das Volk der Bibel unterschieden. Das führte im 19. Jahrhundert, als über die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland diskutiert wurde, zur paradoxen Situation, dass sich sowohl Befürworter als auch Gegner der Judenemanzipation auf Luther berufen konnten. Zugleich wurde dessen theologischer Antijudaismus umso stärker auch von nichtkirchlichen Kreisen verwendet, als man Luther zum nationalen Helden stilisierte. Erstaunlich ist etwa, dass ein radikaler Antisemit wie der evangelische Berliner Hofprediger Adolf Stoecker, Gründer der Christlichsozialen Partei, nur sehr selten auf den Judenhass des Reformators zurückkam (...) Stattdessen wurde Luther zur Fundgrube der radikalen Nationalisten, der Rassenantisemitismus konnte fast nahtlos an den theologischen Antijudaismus anschließen. Heinrich von Treitschkes Parole „Die Juden sind unser Unglück“, später das Leitwort der NS-Bewegung, ist einer Passage aus Luthers „Judenschriften“ entnommen. Der völkische Bayreuther Chefideologe Houston Stewart Chamberlain stilisierte Luther zum Heros eines pseudoreligiösen „arischen“ Christentums. Und Hitler erklärte sich zum Nachfolger des „kleinen unbedeutenden Mönchs“, der den Kampf gegen „eine Welt von Feinden“ gewagt habe. Nach Hitlers Machtübernahme waren es die nationalsozialistischen Deutschen Christen, die sich Luthers Judenhass auf ihre Fahnen schrieben und propagierten. Als im November 1938 überall im Reich die Synagogen brannten, veröffentlichte der thüringische Landesbischof Martin Sasse unter dem Titel „Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!“ Auszüge aus Luthers judenfeindlicher Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“. Genüsslich wies er darauf hin, dass schon der

---

<sup>175</sup> <https://www.ekd.de/wer-ist-martin-luther-29667.htm> [10.03.2021].

Reformator die Synagogen hatte anzünden wollen (...). Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden kam es in der evangelischen Kirche zu einem radikalen Umdenken. Theologisch drückte sich dies im endgültigen Verzicht auf Judenmission aus, wie sie etwa die rheinische Landessynode 1980 beschloss. Sie stützte sich dabei auf ein Wort aus dem Römerbrief: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.“ Auf historischer Ebene begann eine kritische Reflektion von Luthers Antijudaismus sowie der Rolle der evangelischen Christen zwischen 1933 und 1945 sowie ihrer Verantwortung für den Holocaust“. <sup>176</sup>

## **Bewertung/Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann**

### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Eine kritische Luther-Sicht ist zunächst einmal berechtigt. Immerhin hat auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) Luthers Judenfeindschaft als „schwere Hypothek für die reformatorische Bewegung“ bezeichnet. Und trotzdem ist es befremdend, davon ausgehend die „Entnennung“ von Martin-Luther-Straßen zu fordern. Im Jahr 2017 hat die bundesdeutsche Gesellschaft das Lutherjahr gefeiert. Die „Entnennungsbefürworter\*innen“ suchen sich aus Luthers Leben das aus, was ihn aus unserer heutigen Werteordnung aus gesehen voll und ganz diskreditiert und blendet all das aus, was auch zu Luther gehört und uns Wertschätzung verdienend erscheint. Der Reformator Luther steht nämlich auch für Zivilcourage und Ungehorsam (Ablasshandel, Papst) und vor allem auch für fundamentale Verdienste bei der Entwicklung von Deutsch als Schriftsprache und die Verbreitung des Buchdrucks. Luthers Bibelübersetzung markiert für die Entwicklung und Auslegung des christlichen Glaubens ebenso wie für die Entwicklung der deutschen Schriftsprache einen Meilenstein. Luther ist für die evangelische Kirche in Deutschland identitätsstiftend. Sein reformatorischer Anspruch führte zur Gründung der evangelischen Kirche. Grundlegendes ist mit ihm verbunden wie etwa Ehe statt Zölibat, Gottesdienst in Deutsch und nicht in Latein. <sup>177</sup>

Für die Luther-Verkürzung kann man partiell Verständnis entwickeln, wenn man die lange Zeit unkritische Haltung der evangelischen Kirche zu Luther wie auch zu ihrer eigenen Geschichte im Nationalsozialismus berücksichtigt. Wie im Falle von Ernst Moritz Arndt oder Richard Wagner ist Martin Luther eine Geistesgröße deutscher Kultur, ihn mit den Maßstäben der Gegenwart zu messen, ist nicht nur ahistorisch und selbstgerecht, ein solcher Ansatz kann nur in seiner „Vernichtung“ enden. Dieser Befund trifft nicht nur auf ihn zu, sondern auf viele andere Persönlichkeiten deutscher und europäischer Kultur. Es gilt Personen in ihrer Gänze und in ihrer Zeit zu sehen, Luthers Schattenseiten zu ignorieren, kann genauso wenig angehen wie ihn zu glorifizieren. Aber davon auszugehen, dass zwischen unseren heutigen Vorstellungen zu Staatsverfassung, Liebe, Sexualität, Gleichberechtigung, religiöser Toleranz und Weltoffenheit und unserer demokratischen Identität eine völlige oder grundlegende Übereinstimmung zu einem Menschen besteht, der an der Schwelle von Spätmittelalter zur Frühneuzeit gelebt hat, ist vornehm ausgedrückt, naiv und entlarvt die Untauglichkeit und Selbstgerechtigkeit eines solchen Ansatzes.

<sup>176</sup> <https://www.luther2017.de/de/wiki/martin-luther-und-die-juden/schwieriges-erbe-die-evangelische-kirche-und-luthers-judenhass/index.html> [08.03.2021].

<sup>177</sup> <https://www.ekhn.de/glaube/kirchenjahr/reformationstag/luthers-grundsätze.html> [08.03.2021].

Luther ist ein weiteres Paradebeispiel dafür, dass wir historische Persönlichkeiten nicht mit den Maßstäben der Gegenwart messen sollten. Luther wurde für sein Eintreten gegen den Ablasshandel und weitere schwere Missstände der Kirche vom Papst und der Katholischen Kirche verfolgt, Kaiser Karl V. verhängte die Reichsacht gegen ihn. Was das bedeutet, kann nur verstehen, wer die damalige Zeit zum Maßstab macht. Luther einfach pauschal zum Vertreter eines Obrigkeitsstaates zu erklären, ist Beispiel einer unwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Geschichte.

Die Beschäftigung mit ihm in den letzten Jahren hat auch gezeigt, dass manches in ihn hineinprojiziert wurde, was einer wissenschaftlichen Prüfung nicht standhält, etwa die Reformation auf ihn zu verengen und ihn zum Vorreiter der Aufklärung zu stilisieren. Aufklärerisch war Luther zweifellos insofern, dass er in seiner Argumentation gegen die Ablasspraxis mit Bibeltexten argumentierte, die seine These bestätigten. An ihn zu erinnern ist im Sinne der Aufklärung unsere Aufgabe, dazu gehört auch sein Antisemitismus.

#### **Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung:** -

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung:** (6)

**Radewahn (CDU):** Folgt Stadtarchiv

**Dr. Klotz (SPD):** Ebenso

**Brass/Schricket (Die Grünen):** Ebenso

**Feneis (FDP):** Ebenso

**Jacob (Die Linke):** Ebenso

**Stamm (AfD):** Ebenso

**GRÜN/Keine Umbenennung:** -

**Literatur:** Joachim Köhler, *Luther! Biographie eines Befreiten*, Leipzig 2016

Armin Kohnle, *Martin Luther. Reformator, Ketzer, Ehemann*, Leipzig 2015.

Heinz Schilling, *Martin Luther*, München 2016

Lyndal Roper, *Der Mensch Martin Luther*, Frankfurt/Main 2018

Im Druck: Hartmut Lehmann, *Das Reformationsjubiläum 2017, umstrittenes Erinnern*, Göttingen 2021.



## **Richard-Wagner-Straße, benannt nach dem Komponisten, Dramatiker und Dichter (1813-1883)**

*Richard- Wagner- Straße, 1 bis 23, 31 bis 91, 2 bis 16, 52 bis 86, Distrikt 131 Hauptbahnhof und 132 Nauwieser Viertel, Stadtteil St. Johann*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Einerseits künstlerisches Genie, andererseits Wegbereiter eines rassistischen Antisemitismus.**

Es gibt eine nach ihm benannte Straße auch in Dudweiler (Beschluss vom 15.05.1957) sowie einen Richard-Wagner-Weg in Burbach (Beschluss vom 09.06.1972).

### **Darstellung:**

Richard Wagner gehört zum deutschen Kulturgut und ist ein Künstler mit internationaler Strahlkraft. Sein Werk erfreut sich einer enormen weltweiten Wertschätzung. Er war Komponist, Dramatiker, Dichter und Schriftsteller. Vielen gilt er als Genie, weltweit gibt es eine Gemeinde von Wagner-Verehrern. Vor allem mit ihm verbunden ist die Entwicklung der Oper.<sup>178</sup> Seine Werke „Tristan und Isolde“ oder „Der fliegende Holländer“ zählen zu den Höhepunkten der Romantik. Der Opernzyklus „Der Ring des Nibelungen“ steht für ein Gesamtkunstwerk als eine Einheit aus Musik, Dichtung und Inszenierung sowie Bühnenanweisung. 1876 in Bayreuth uraufgeführt, begründete „Der Ring der Nibelungen“ die dortig jährlich ausgerichteten Richard-Wagner-Festspiele.

Eine Straße nach ihm zu benennen, darf, ja muss, wegen seines massiven Antisemitismus kritisch hinterfragt werden. Es gibt Forderungen nach Umbenennungen, sogar in seiner Geburtsstadt Leipzig. In Freiburg wurde ein Ergänzungsschild angebracht „Weltberühmter Komponist, Verfasser des antisemitischen Pamphlets „Über das Judentum in der Musik“ – so lautet das dazu angebrachte Erklärungsschild.<sup>179</sup> In Düsseldorf wurde die gleichnamige Straße in die dortige Kategorie B eingeordnet: „diskussionswürdig, teilweise belastet, Abwägungsprozess notwendig (hier wären auch erläuternde Informationen im öffentlichen Raum denkbar)“.<sup>180</sup>

Wagner ist zunächst einmal eine Person des 19. Jahrhunderts – eine Zeit, die vom Abbau jüdischer Ausgrenzung geprägt war, von zunehmender gesellschaftlicher Gleichstellung und zugleich von einer starken jüdischen Assimilation. Vor allem über die Bildung gelang es Juden im ausgehenden 19. Jahrhundert im Zeichen von Industrialisierung und Moderne gesellschaftlich aufzusteigen.

---

<sup>178</sup> Zu seiner Biografie, siehe: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/richard-wagner> [20.2.2021].

<sup>179</sup> <https://www.openpetition.de/petition/online/gegen-die-umbenennung-des-richard-wagner-platzes-in-leipzig> ; [https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg\\_artikel,-umbenennen-oder-kommentieren-immer-wieder-gibt-es-streit-um-strassennamen-arid,11233291.html](https://www.schwaebische.de/sueden/baden-wuerttemberg_artikel,-umbenennen-oder-kommentieren-immer-wieder-gibt-es-streit-um-strassennamen-arid,11233291.html)<https://www.wn.de/Muensterland/Kreis-Steinfurt/Lengerich/2013/01/Debatte-in-Lengerich-Keine-ehrenwerten-Herren-Debatte-um-Strassenumbenennung-Brecht-und-Wagner-in-der-Diskussion>; <https://openjur.de/u/752474.html> [08.03.2021].

<sup>180</sup> Abschlussbericht des Beirates zur Überprüfung der Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen. Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

In dieser Zeit wird der seit dem Mittelalter bestehende religiös bzw. christlich bestimmte Antijudaismus überlagert von einem neuen Judenhass. Dieser Antisemitismus nimmt die Juden als Rasse wahr und erklärt sie zum Sündenbock aller gesellschaftlichen Probleme. Richard Wagner gehört zu den Protagonisten dieses neuen Judenhasses, sein Antisemitismus ist zweifelsfrei hinreichend belegt – in Briefen und seinen Publikationen.

Unter Pseudonym veröffentlichte er 1850 „Das Judenthum in der Musik“, 1869 hatte er den Mut, sich mit seinem Namen zu seinem Judenhass zu bekennen und veröffentlichte das Pamphlet ein zweites Mal mit gewissen Änderungen. Darin bescheinigte er den Juden künstlerische Unfähigkeit und sprach von einer „instinktmäßigen Abneigung“ ihnen gegenüber. Er beklagte eine „Verjüdung der modernen Kunst“. Ferner äußerte er sich im Sinne eines rassistischen Antisemitismus: „Der Jude [...] fällt uns im gemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf, die [...] etwas [...] unangenehm Fremdartiges hat: wir wünschen unwillkürlich, mit einem so aussehenden Menschen Nichts [sic] gemein zu haben.“

Zu dieser antisemitischen Schrift veröffentlicht die Bundeszentrale für politische Bildung folgenden erläuternden Beitrag von Dieter Borchmeyer, Professor em. für Neuere Deutsche Literatur und Theaterwissenschaft an der Universität Heidelberg: „Wagners Pamphlet schaltete sich 1850 in eine von seinem Freund Theodor Uhlig angeführte, insbesondere gegen den Komponisten Giacomo Meyerbeer (1791–1864) gerichtete Kampagne ein, wobei er Argumente versammelte, die quer durch das gesamte politische Spektrum der Zeit verbreitet waren und zumal im Umkreis der Revolution von 1848 Konjunktur hatten. Auch die sogenannten Jungdeutschen, die linkshegelianische und sozialistische Bewegung waren von antijüdischen Vorurteilen nicht frei. Den ‚eigentlichen Sündenfall‘ Wagners sieht der Kulturwissenschaftler Jens Malte Fischer erst in der von Verfolgungswahn und Verschwörungssphobie gekennzeichneten Zweitpublikation der Schrift von 1869. Sie sei mutwillig in eine Situation relativ friedlicher Entwicklung in Deutschland hineingeplatzt und habe – im Gegensatz zu der fast wirkungslosen Erstpublikation – üble Folgen gehabt. Fischer rechnet sie der Phase eines ‚Frühantisemitismus‘ zu, der noch nicht von einer ausgeformten rassistischen Voraussetzung her argumentiert, aber bereits mit unveränderlichen Wesensbestimmungen ‚des Jüdischen‘ operiert“.<sup>181</sup>

Den insbesondere nach der rechtlichen Gleichstellung der Juden 1869 im Norddeutschen Bund und dann einige Jahre nach der Reichsgründung und dann mit der Gründerkrise im Kaiserreich aufkommenden Antisemitismus sah Wagner als Bestätigung dessen, was er schon gut zwei Jahrzehnte vorher gesagt habe. Zu Arthur de Gobineau, dem französischen Protagonisten des Rassismus, unterhielt er persönliche Kontakte. Wagner als Vorreiter eines rassistischen Antisemitismus? Dazu wird aus seiner Korrespondenz mit dem bayerischen König Ludwig II. zitiert, darin hält er „die jüdische Race für den geborenen Feind der reinen Menschheit und alles Edlen in ihr (...)“ und führt weiter aus: „(...) dass namentlich wir Deutschen an ihnen zu Grunde gehen werden, ist gewiss, und vielleicht bin ich der letzte Deutsche, der sich gegen den bereits alles beherrschenden Judaismus als künstlerischer Mensch aufrecht zu erhalten wusste“.<sup>182</sup>

<sup>181</sup> <https://www.bpb.de/apuz/160065/richard-wagners-antisemitismus> [08.03.2021].

<sup>182</sup> Ebenso

Zur Wertung von Wagners Antisemitismus sei hier erneut aus einem Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung zitiert: „Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass die Kardinalthese des modernen Antisemitismus in Wagners Judentum-Aufsatz im Kern bereits enthalten ist: Die Emanzipation habe nicht zur Aufgabe der Sonderstellung der Juden geführt, so die Argumentation des politischen Antisemitismus, sondern die Unterdrückung sei in Herrschaft umgeschlagen. Die Juden hätten sich (aufgrund ihrer rassischen Fremdheit) nicht wirklich assimiliert, sondern suchten als gleichbleibend geschlossene Gruppe Kultur, Wirtschaft und Politik zu monopolisieren. Diesem Prozess könne nach der Überzeugung des politischen Antisemitismus nur durch Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden entgegengewirkt werden“.<sup>183</sup> Zu einer gewissen Entlastung Wagners wird auf seine Erlösungsperspektive hingewiesen, die er nicht in der Ermordung der Juden sah, sondern in der Aufgabe ihres Judentums.

### **Bewertung /Votum des Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Die Richard-Wagner-Straße ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Heranziehung ausschließlich moralischer und ethischer Kriterien für eine Straßenbenennung zur Umbenennung zahlreicher Straßen führen muss.

Wenn Richard Wagner ausschließlich mit den Maßstäben der Gegenwart beurteilt wird, spricht viel dafür, nach ihm benannte Straßen zu „entnennen“. Gerade sein Antisemitismus war im Unterschied zu Luther vor allem von Neid bestimmt gewesen. Wagner vermochte persönlich nicht mit Geld umzugehen, lebte maßlos und war hoch verschuldet. Er neidete den Erfolg jüdischer Künstler wie etwa den Giacomo Meyerbeers, obwohl sich dieser ihm gegenüber fair verhalten hatte. Jüdische Künstler wie etwa den auch in Saarbrücken tätigen Dirigenten Hermann Levy versuchte er zu nötigen, zum Christentum zu konvertieren. Vor allem aber ist Richard Wagner Vorreiter eines rassistisch begründeten Antisemitismus. Ihm ist nicht vorzuwerfen, dass Hitler ihn verehrte und ihm ist auch nicht vorzuwerfen, dass seine Frau später mit dem Nationalsozialismus eng verbunden war und bereits weit vor Hitlers Machtergreifung jüdische Künstler in Bayreuth ausgegrenzt wurden. Nach 1945 taten sich Teile der Familie Wagner (Winnifried Wagner, Richard Wagners Schwiegertochter) äußerst schwer damit, Schuld einzugestehen, Reue zu zeigen, sich der eigenen Geschichte zu stellen und Verantwortung zu übernehmen. Sippenhaft ist aber das Wesen einer Diktatur, einer Demokratie sollte sie wesensfremd sein. Insofern kann die Haltung der Familie nicht Kriterium einer Umbenennung sein.

So sehr Wagner ein künstlerisches Genie war, so beschämend ist seine Rolle als Antisemit. Der Antisemitismus in seinen Werken wird allgemein nicht gesehen – Ausnahme Jens Malte Fischer.

Juden, die Wagner bewunderten und Juden, die mit ihm zusammenarbeiteten, können ebenso wenig als ein ihn entlastendes Moment hier angeführt werden. Fragwürdig erscheint auch, Wagner damit zu entlasten, dass sein Antisemitismus auf die „Erlösung“ der Juden durch die Aufgabe ihres Judentums gesetzt habe.

---

<sup>183</sup> Ebenso

Wenn man die Richard-Wagner-Straßen umbenennt, dann wird sich eine Stadt aber auch fragen lassen müssen, weshalb sie die Aufführung von Wagner in ihren Spielstätten zulässt.

Noch vor der eigentlichen Gründung des Staates Israel wurde ein Aufführungsverbot für Wagners Werke ausgesprochen. Ausnahme war zunächst ein von Daniel Barenboim dirigiertes Konzert 2001 in Jerusalem, bei dem er als Zugabe Wagner dirigierte. Im Jahr 2010 gab es dann die Bereitschaft zum „Tabubruch“ in Israel.<sup>184</sup> Diese lange Zeit eingehaltene rigide und klare Haltung geht auf den jüdischen Schriftsteller Ludwig Marcuse zurück, der kurz nach der Pogromnacht 1938 feststellte, das Nazi -Reich besitze „keinen größeren Ahnen und keinen vollendeteren Repräsentanten seiner Ideologie“ als Richard Wagner.

Auch wenn Wagner Antisemit war, so kann dem 1883 verstorbenen Künstler keine Mitverantwortung am Holocaust zugeschrieben werden. Sehr wohl kann man aber das über Jahrzehnte gepflegte Aufführungsverbot in Israel nachvollziehen.

Wagners Antisemitismus markiert nicht irgendeinen Makel und nicht irgendeine Verhaltensweise, die der widersprüchlichen und zuletzt möglicherweise paranoiden Persönlichkeit des Genies geschuldet sein mag.

Ob ein Zusatzschild der Problematik Rechnung trägt, darf kontrovers beurteilt werden. Über diese Problematik muss die Straßennamenkommission sich grundsätzlich noch Gedanken machen: „Richard Wagner (1813 – 1883). Weltberühmter Komponist“ mit Zusatzschild „Wir schämen uns für seinen Antisemitismus“. Das dürfte für Verwunderung sorgen und ungeeignet sein.

Von einer Umbenennung wird trotzdem abgeraten. Sie passt nicht zur Auseinandersetzung einer freien und aufgeklärten Gesellschaft mit ihrer Geschichte und ihren Geistesgrößen. Notwendig wäre ein differenzierterer Umgang mit Wagner, insbesondere bei denen, die seine Kunst nicht selten geradezu überschwänglich schätzen und insbesondere bei den Akteuren, die sich mit seiner Kunst auseinandersetzen.

Eine Umbenennung trägt dazu aber ebenso wenig bei wie zur nachhaltigen Verbreitung des Wissens über Wagners Antisemitismus. Wagner zeigt vielmehr, wie sehr unsere deutsche Geschichte vom Antisemitismus geprägt gewesen ist.

#### **Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: (0)**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (6)**

**Radewahn (CDU): Folgt Stadtarchiv.**

**Dr. Klotz (SPD): Folgt Stadtarchiv, fordert ein ausgewogenes Bild, keine Überhöhung**

**Brass/Schricket (Die Grünen): Wagners Werk lässt einen Antisemitismus erkennen, einer Überhöhung sollte entgegengewirkt werden, deshalb für Gelb und nicht für Rot.**

**Feneis (FDP): Wagner ist eine Person, die provoziert, Aufklärung ist deshalb wichtig.**

---

<sup>184</sup> <https://www.sueddeutsche.de/kultur/wagner-auffuehrung-in-israel-historischer-tabubruch-1.1371511> [08.03.2021].

**Jacob (Die Linke): Schließt sich allen an.**  
**Stamm (AfD): Ebenso**  
**GRÜN/Keine Umbenennung: (0)**

**Literatur:** Udo Bermbach, *Richard Wagner in Deutschland. Rezeption – Verfälschungen*, Stuttgart 2011; Ulrich Drüner, *Richard Wagner. Die Inszenierung eines Lebens*, München 2016; Joachim Fest, *Richard Wagner – Das Werk neben dem Werk. Zur ausstehenden Wirkungsgeschichte eines Großideologen*, in: *Richard Wagner im Dritten Reich*, Hg. von Saul Friedländer und Jörn Rüsen, München 2000, S. 24-39.  
Hannes Heer, Jürgen Kesting und Peter Schmidt (Hg.), *Verstummt Stimmen. Die Bayreuther Festspiele und die „Juden“ 18756 bis 1945 Berlin*, 2012.  
Jens-Malte Fischer, *Richard Wagners „Das Judentum in der Musik“. Eine kritische Dokumentation als Beitrag zu Geschichte des Antisemitismus*, Würzburg 2015.  
Brigitte Hamann, *Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth*, München 2002.  
Ludwig Hertel, *Zum Wagnerkult im Nationalsozialismus*. Berlin 2015.  
Hubert Kiesewetter, *Von Richard Wagner zu Adolf Hitler. Varianten einer rassistischen Ideologie*, Berlin 2015.



## **Denkmalstraße benannt nach dem nahe gelegenen Winterbergdenkmal**

**Denkmalstraße 1 bis 7 und 2 bis 30, Distrikt 162 Winterberg, Stadtteil St. Arnual**

**Würdigung in einem Satz:  
Straße, die zum Winterbergdenkmal führte.**

### **Darstellung:**

Die Straße führt zu dem seinerzeit nahegelegenen Winterbergdenkmal, gewidmet der Erinnerung an den deutsch-französischen Krieg und die Schlacht bei Spichern. Der Bau war angeregt worden von Fritz Böcking und Kommerzienrat Stumm, eingeweiht am 9. August 1874, zerstört aus taktischen Gründen bei Ausbruch des 2. Weltkrieges.

Zur Bewertung, Hinweis Zitat Memotransfront: „ Die Schlacht vom 6. August 1870 galt nicht nur in den Saarstädten, sondern auch reichsweit als eines der Symbole der nationalen Einigung und Erneuerung Deutschlands; zur Erinnerung an Spichern wurde z.B. in Berlin eine Straße benannt. Das Winterbergdenkmal avancierte schon bald zum Wahrzeichen und Inbegriff Saarbrückens. Auf vielen Postkarten, Briefköpfen, Plakaten usw. fand es seit 1874 Verwendung und wurde nicht nur reichsweit, sondern auch international als Wahrzeichen für das Land an der Saar wiedererkannt. Für auswärtige Besucher gehörte seit den 1880er Jahren ein Besuch dieses Denkmals, des Schlachtfeldes auf den Spicherer Höhen mit dessen Denkmälern und ein Besuch des Friedhofs im Ehrental zu den Hauptattraktionen Saarbrückens, die in Stadtführern angepriesen wurden. In dem Maße, wie mit den Jahren die Erinnerung an die Schrecken des Krieges abnahm, wandelte sich für die meisten Einheimischen der Spaziergang auf den Winterberg von einem Akt der bewußten Erinnerungskultur zu einer Form der Freizeitgestaltung. Der politische Charakter des Denkmals als Monument des Sieges über den französischen „Erbfeind“ wurde erst wieder im und nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt empfunden und betont, besonders, als das Saargebiet nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages (28. Juni 1919) für 15 Jahre vom Reichsgebiet abgetrennt wurde. Am 11. August 1929 wurde im Rahmen einer Verfassungsfeier im Saargebiet das Winterbergdenkmal in den Reigen der auf den Hügeln abbrennenden Höhenfeuer einbezogen. Auf Reichsgebiet nutzte der Bund der Saarvereine das Winterbergdenkmal als Vereinssymbol. Der Bund der Saarvereine war eine private propagandistische Vereinigung zum Zweck der Werbung für die Rückkehr des abgetrennten Saargebietes zu Deutschland; (...) Das Denkmal wurde von den Saarvereinen bei jeder Gelegenheit genutzt. Anlässlich ihrer Bundestagung 1934 auf dem Koblenzer Ehrenbreitstein wurde eine Brücke aus Schiffen über den Rhein gebildet, in deren Mitte ein Modell des Denkmals montiert war. (...) Der pathetische Ton wurde im Abstimmungskampf um die Zukunft der Saar (1933–1935) ständig angeschlagen, besonders bediente sich die sogenannte Deutsche Front des einstigen emotionalen Gehalts des Denkmals: In vielen Reden wurde an die Schlacht erinnert, politisch motivierte Ausflüge zum Denkmal wurden organisiert. Die Deutsche Front war eine propagandistische Vereinigung zum Zwecke der Rückkehr der Saar zu Deutschland. Sie war vom NS-Regime gelenkt und mit großen Summen finanziert. Seit der Volksabstimmung am 13. Januar 1935 wehte eine Hakenkreuzfahne auf dem Denkmal. Zur Feier am 1. März 1935 anlässlich der Rückkehr der Saar zum Deutschen Reich überragte ein riesiges, nachts beleuchtetes Hakenkreuz das Denkmal. Das Pathos um das Denkmal endete, als der nächste Krieg begann: Wenige

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Tage nach Kriegsbeginn sprengten die Nationalsozialisten am 10. September 1939 das Winterbergdenkmal, um angreifender feindlicher Luftwaffe und Artillerie keinen Orientierungspunkt zu bieten. Nach dem Krieg hatte sich das Bedürfnis nach einem solchen Denkmal verflüchtigt. Nach der zweiten Volksabstimmung 1955 und der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik wurde 1957/1958 noch einmal ein symbolischer Bezug auf das Winterbergdenkmal versucht: Es wurde zum Emblem der Zeitschrift „Saarheimat“ und des Saarländischen Heimat- und Kulturbundes erhoben. In der „Saarheimat“ erschien außerdem 1975 ein Spendenaufruf zum Wiederaufbau des Winterbergdenkmals durch das „Kuratorium zum Wiederaufbau des Winterbergdenkmals Saarbrücken“ bzw. den „Verband deutsches Afrika-Korps, Kreiskameradschaft Saarbrücken e.V.“. Der Sockel wurde wieder aufgemauert. Der Aufruf und diese Teilrekonstruktion blieben jedoch ohne nationalistischen Widerhall in der breiten Mehrheit der Bevölkerung und bei den Behörden des Saarlandes. Die Reste des Denkmals sind frei zugänglich, eine Parkmöglichkeit besteht an den benachbarten Winterbergkliniken.<sup>185</sup>

### **Bewertung des Stadtarchivs/ Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Mit Blick auf die erforderliche Vermittlung des historischen Kontextes wird GELB empfohlen.

#### ***Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:***

***ROT/Umbenennung: -***

***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (5)***

**Stamm (AfD): Schließt sich dem Stadtarchiv an.**

**Radewahn (CDU): Ebenso**

**Jacob (Die Linke): Ebenso**

**Dr. Klotz (SPD): Schließt sich dem Stadtarchiv an und betont insbesondere die Notwendigkeit, die Straßenbezeichnung zu erklären.**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ebenso, Fr. Brass betont insbesondere mit Blick auf das Grün-Votum anderer Mitglieder, Gelb stelle keine Geringschätzung dar.**

***GRÜN/Keine Umbenennung: (1)***

**Feneis (FDP): Erinnert an hitzige Diskussion um das Winterbergdenkmal und Ambitionen etwa von A. Nass zum Wiederaufbau.**

---

<sup>185</sup> <http://www.memotransfront.uni-saarland.de/winterbergdenkmal.shtml> [20.04.2021].

## **Deutschherrnstraße und Deutschherrnpfad sowie Deutschhausweg benannt nach dem deutschen Orden**

***Deutschherrnstraße 1 bis 51 und 2 bis 82, Distrikt 116 Bellevue Stadtteil Alt-Saarbrücken***

***Deutschherrnpfad 1 bis 23 und 6 bis 28, Distrikt 116 Bellevue, Stadtteil Alt-Saarbrücken***

***Deutschhausweg 3 bis 9 und 2 bis 10, Distrikt 116 Bellevue, Stadtteil Alt-Saarbrücken***

„Der Deutsche Orden, auch Deutschherrenorden, Deutschritterorden oder Deutschorden genannt, ist eine römisch-katholische Ordensgemeinschaft. Mit dem Johanniter- und dem Malteserorden steht er in der (Rechts-)Nachfolge der Ritterorden aus der Zeit der Kreuzzüge. (...) Die Ursprünge des Ordens liegen in einem Feldhospital bremischer und lübischer Kaufleute während des Dritten Kreuzzuges um 1190 im Heiligen Land bei der Belagerung der Stadt Akkon. (...) Erst infolge der napoleonischen Kriege setzte unter maßgeblicher Beteiligung des Historikers Heinrich von Treitschke ein Umschwung ein. Der Orden verkörperte fortan die ‚deutsche Mission im Osten‘ und übernahm in der Geschichtsschreibung die Rolle eines „Kulturträgers gegen das Slawentum“. (...) Adolf Hitler verherrlichte schon 1924 in seinem Buch „Mein Kampf „die Deutsche Ostsiedlung und entwickelte weitreichende Pläne zu Eroberungen ‚auf der Straße der einstigen Ordensritter‘. (...) 1985 wurde in Wien die „Internationale Historische Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens“ gegründet, die den Orden unter ideengeschichtlichen, regionalen und europäischen Fragestellungen untersucht.“<sup>186</sup>

Das älteste noch erhaltene Gebäude unserer Stadt ist die Deutschherrenkapelle im Saarbrücker Stadtteil Alt-Saarbrücken. Sie wurde um das Jahr 1235 als Teil der Kommende St. Elisabeth errichtet. Der Begriff Kommende steht für die unterste Verwaltungseinheit im Herrschaftsbereich des Deutschen Ordens, auch Deutschherrenorden genannt. Die Kommende St. Elisabeth gehört zur Ballei Lothringen, Ballei bezeichnet eine regionale Verwaltungseinheit. Die Kommende St. Elisabeth wurde vom Saarbrücker Grafen Simon III. gestiftet. Der hatte 1217-1219 am Fünften Kreuzzug teilgenommen und soll sich mit der Stiftung beim Deutschen Orden bedankt haben, der zu dieser Zeit im Orient Pilger, Reisende und Kreuzfahrer betreute.<sup>187</sup>

Die Saarbrücker Kommende war Herberge, geistlicher Stützpunkt, Gerichtssitz und Gefängnis. Die Kapelle diente zugleich als Kirche und Krankenpflegestätte. Nach der Französischen Revolution wurde das Anwesen säkularisiert und von der Stadt Saarbrücken ersteigert. Heute betreibt die Stadt auf dem Gelände das Jugendhilfezentrum.

---

<sup>186</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher\\_Orden](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Orden)

<sup>187</sup> <https://www.saarland-lese.de/sehenswuerdigkeiten/gebaeude/deutschherrenkapelle-in-saarbruecken/>

**Bewertung Stadtarchiv/Hr. Dr. Herrmann:****GRÜN/Keine Umbenennung**

Eine ausschließliche Orientierung an den Maßstäben der Gegenwart soll nicht das entscheidende Kriterium einer Umbenennung sein. Missionierung und Ostkolonisation haben keine Schnittmengen zu unseren heutigen Werten, nicht verwunderlich, in den letzten 800 Jahren hat sich unsere Welt grundlegend verändert. Die Straßenbezeichnung für Saarbrücken hat einen hohen Orientierungswert.

Ergänzend dazu ein Beitrag der Universität Oldenburg zur Bewertung der Ordensgeschichte: „Die Bilanz der über 800-jährigen Geschichte des Deutschen Ordens kann nur im Hinblick auf die jeweilige Zeit und ihre Denkkategorien gezogen werden. Im Mittelalter bestand das Selbstverständnis aus der Verbindung von Kreuz und Schwert; Heidenkampf und Hospitalität, Unterwerfung und Mission, Territorienbildung und Siedlung, politischer Streit und Caritas verbanden sich in der Doppelrolle von Ritter und Mönch. Die Unterwerfung Preußens mit eigener Staatsbildung und der Entwicklung eines deutsch geprägten christlichen Neustammes der "Preußen" ist ein bleibendes, jenen Raum bis heute prägendes Ergebnis. In abgeschwächter Form gilt dies ebenfalls für Livland, auch wenn in beiden Gebieten die autochthone Entwicklung gebremst, teilweise beendet wurde. Preußen wie Livland sind damit bis zur Gegenwart dem mitteleuropäischen, vom römischen Christentum einschließlich der protestantischen Weiterentwicklung geprägten Kulturraum angeschlossen worden. In der Neuzeit gliederte der Orden sich immer mehr der allgemeinen politischen und kirchlichen Entwicklung ein, seine militärischen und geistlich-karitativen Leistungen entsprachen Mosaiksteinen in einer außerhalb des Ordens entwickelten Planung, sei es sein Beitrag in den Türkenkriegen oder auch als Hort des Katholizismus in einer protestantischen Umgebung – er wurde zum Objekt der Geschichte. Diese Objektrolle ging so weit, dass seine Vergangenheit zum Gegenstand politischer Ziele von Gegnern wurde, ohne dass er dem hätte wehren können. Doch seit über 800 Jahren ist er ein Teil der Entwicklung im östlichen Europa.<sup>188</sup>

**ROT/Umbenennung: -**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: -**

**GRÜN/Keine Umbenennung: (6)**

**Radewahn (CDU): Schließ sich Stadtarchiv an**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Brass/Schricket (Die Grünen): Ebenso, Herr Schrickel verweist insbesondere auch auf den Stiftungszweck**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Jacob (Die Linke): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

---

<sup>188</sup> <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/deutscher-orden>

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Kantstraße benannt nach dem Philosophen und Aufklärer Immanuel Kant (1724-1804)**

***Kantstraße 5 bis 29 und 23 bis 18, Distrikt 132 Nauwieser Viertel, Stadtteil St. Johann***

**Würdigung in einem Satz:  
Ein herausragender Vertreter der Aufklärung.**

### **Darstellung:**

Es gibt zwei Kantstraßen in Saarbrücken, neben der in St. Johann eine weitere in Dudweiler-Süd.

„*Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen*‘. Muss einer erst durch die Welt reisen, um sie verstehen zu können? Immanuel Kant musste es nicht. Den Großraum Königsberg, seine Heimat in Ostpreußen, hat er nie verlassen. Und verstand die Welt trotzdem wie kaum ein Mensch zuvor. Vor gut 200 Jahren veränderte der seltsame Professor mit seinen Ideen die Philosophie. Immanuel Kant zählt heute zu den bedeutendsten Denkern der Geschichte. Er hat mit seinem Werk "Kritik der reinen Vernunft" einen Wendepunkt in der Philosophie eingeläutet - die Aufklärung.“<sup>189</sup> Zu seinen herausragenden Werken zählt das 900 Seiten starke im Jahr 1781 veröffentlichte Buch: "Die Kritik der reinen Vernunft". Dazu vermerkte ein Feature des Bayerischen Rundfunks: „Es war der ganz große Wurf. Kant wurde damit berühmt und verdrehte der europäischen Denkerelite den Kopf - auch wenn seine Zeitgenossen mit der sperrigen Lektüre ihre Schwierigkeiten hatten. Sein Grundgedanke hat den "Deutschen Idealismus" ausgelöst, die wohl größte Epoche der deutschen Philosophie, die in Fichte, Schelling und Hegel ihre wichtigsten Vertreter fand. In seiner "Kritik der reinen Vernunft" untersuchte er die nur aus sich selbst schöpfende, sich nichts aus der Erfahrung holende Vernunft. Er stellt fest, dass die äußeren Gegenstände nicht an sich gegeben sind, sondern erst in unserer Wahrnehmung entstehen: Nur durch das erkennende Subjekt und durch die Rahmenbedingungen von Raum und Zeit erscheinen die Dinge. Dabei unterscheidet er aber zwischen der "Welt der Erscheinungen" und dem "Ding an sich". Nur die "Welt der Erscheinungen" kann der Mensch begreifen. Die "Dinge an sich" - wozu er die Fragen nach einem Gott und dem Wesen der Seele zählt - kann der Mensch hingegen nur denken, aber nicht erkennen. Mit dem Werk begann seine "kritische Periode", wobei zu Kants Zeit der Begriff "Kritik" eher "Analyse" bedeutete. Es folgten - neben zahlreichen weiteren Schriften - "Die Kritik der praktischen Vernunft" und "Die Kritik der Urteilskraft".“<sup>190</sup>

Kritisch wird Kants Rolle zu Juden diskutiert, eine Gruppe sieht ihn als Antijudaisten, die andere verneint dies: Beispielhaft dazu, Eva Bucher<sup>191</sup>, die ihn als solchen sieht: „War Kant Anti-Judaist? Darauf kann man philosophisch antworten, also nicht biographistisch, sondern systematisch. Denn es ist möglich zu fragen, ob der Autor Immanuel Kant in

<sup>189</sup> <https://www.geo.de/geolino/mensch/1437-rtkl-weltveraenderer-immanuel-kant>

<sup>190</sup> <https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/kant-fuer-anfaenger/biografie100.html>

<sup>191</sup> Dr. phil. Eva Bucher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Religionsphilosophie und Mitglied im Institut für religionsphilosophische Forschung an der Universität Frankfurt. Ihre Dissertation schrieb sie zu Kants *Streit der Fakultäten* und dem Streit um die Theologie.



seinen philosophischen, insbesondere seinen religionsphilosophischen Werken auf systematischer Ebene antijudaistisch argumentiert hat. Und dazu muss man sagen: Ja, das hat er. Diese antijudaistische Bewertung des Judentums geschieht nicht in kontingenter Abwertung einzelner Inhalte oder Lehren des Judentums, sondern als systematische Konsequenz der gesinnungsethischen Rekonzeptualisierung von „Religion“ als „Vernunftreligion“. Damit geschieht diese Abwertung an zentraler Stelle von Kants Religionsphilosophie. Im *Streit der Fakultäten* von 1798 schreibt Kant: „Der jüdische Glaube ist, seiner ursprünglichen Einrichtung nach, ein Inbegriff bloß statutarischer Gesetze, auf welchem eine Staatsverfassung gegründet war; denn welche moralische Zusätze entweder damals schon, oder auch in der Folge ihm *angehängt* worden sind, die sind schlechterdings nicht zum Judentum, als einem solchen, gehörig.“

Da das Judentum, so Kant, statt „wahrer Religionsgesinnung“ bloß „Cultus“ pflege, sei es wie ein „Kleid ohne Mann“, es sei bloß Hülle ohne lebendigen Gehalt. Dieser Beschreibung des „jüdischen Glaubens“ als „Inbegriff statutarischer Gesetze“ steht Kants Beschreibung des Christentums gegenüber: Unter den vielen sogenannten historischen Glaubensarten ist mit Blick auf die *eine* Vernunftreligion, wie Kant in der *Streitschrift* formuliert, das Christentum „so viel wir wissen, die schicklichste Form“. Stärker noch als dem aus Kants Perspektive bereits stark von Aberglaube und „Statutarischem“ durchsetzten Christentum, fehle dagegen dem Judentum „die Religion“ gänzlich.

Um zu verstehen, wie Kant zu dieser Einschätzung gelangt, muss man seinen Religionsbegriff erläutern. In seiner Schrift *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* aus den frühen 1790er Jahren erklärt Kant: „Religion ist (subjektiv betrachtet) das Erkenntnis aller unserer Pflichten als göttlicher Gebote.“ Für Kant liegt das entscheidende Kriterium der philosophischen Satisfaktionsfähigkeit aufgeklärter Religion in ihrer gesinnungsethischen Reinterpretation: Ein Philosophem, das sich der kritischen Auseinandersetzung mit den theologischen Begriffen des Protestantismus verdankt und welches umgekehrt, auch als Produkt dieser Genese, den Protestantismus normativ privilegiert. Das protestantische Christentum kommt unter den historischen Glaubensarten der Vernunftreligion am nächsten, so Kant.

Die Ausprägung einer spezifischen Form jüdischer religiöser Rationalität, nämlich dessen, was heute als Orthopraxis bezeichnet wird, wird so zu Defizienz abgewertet und steht darin zentral in antijudaistischer, christlicher Tradition. Diese antijudaistische Interpretationstradition des Judentums denunziert auf dualistische Weise die religiöse Orthopraxis und religiöse Observanz jüdischer Gesetze als hohle, äußerliche Geste gegenüber dem Handeln aus christlicher Nächstenliebe und innerlicher religiöser Gesinnung. Jürgen Habermas hat Kants Religionsphilosophie treffend als Projekt der „rettenden Aneignung“ bezeichnet. Gerade im aufklärerisch-kritischen Versuch der ethischen Reformulierung und Universalisierung von theologischen Begriffen wie dem der Religion privilegiert Kant nicht nur ein christliches, spezifisch protestantisches Konzept von „Religion“, sondern trägt in sich Zentralbestände eines antijudaistischen theologischen Erbes der hochproblematischen Unterscheidung von Innerlichkeit und Äußerlichkeit, von „wahrer“ Frömmigkeit und „bloßer“ Äußerlichkeit. Aufklärung sollte vor der Kritik der aufklärerischen Kritik nicht halt machen. Genau deswegen ist es wichtig festzuhalten: Einige von Kants religionsphilosophischen Überlegungen stehen in langer antijudaistischer Tradition, auch wenn sie von einem universalistischen, aufklärerischen Motiv angetrieben sein mögen. Das muss genauso erwähnt werden wie Kants religionsphilosophische Forderung nach der Institutionalisierung von universitärer Kritik an Religion und sein Interesse an der Haskala, der jüdischen

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Aufklärung. Die genealogische, systematische und historische Ambivalenz aufklärerischer Diskurse zu thematisieren, bedeutet Aufklärung nicht zu historisieren, sondern ernst zu nehmen. Vor allem aber wird diese Argumentationsfigur Kants, die sich bis heute in der Bewertung von Orthopraxie hören lässt, einem entscheidenden Phänomen von Religion nicht gerecht: ihrem faktischen Binnenpluralismus. Denn heute, wie auch bereits zu Kants Zeiten, stehen neben der Orthopraxie auch andere religiöse und reflexive Rationalitätsformen.<sup>192</sup>

Dem gegenüber die Position von Jakub Sirovátka, Associate Professor am Department of Philosophy and Religious Studies der Theologischen Fakultät an der University of South Bohemia in České Budějovice: „Immer wieder taucht der Vorwurf auf, Kant sei ein Anti-Judaist (oder sogar ein Antisemit) gewesen. Jeder große Denker, der seiner Zeit in einer bestimmten Hinsicht voraus ist, bleibt trotzdem auch ein Kind seiner Zeit. Keiner von uns kann aus seiner Zeit heraustreten und keiner von uns kann einem gewissen „Pespektivismus“ der jeweiligen Zeit entgehen. Oft werden solche Verengungen nachträglich von der darauffolgenden Epoche festgestellt. Den eigenen Vorurteilen vermag sich jedoch keine Zeit zu entziehen. Dies gilt selbstverständlich auch für Kant. So finden wir in seinem Werk auch Vorurteile gegenüber der jüdischen Religion oder gegenüber dem jüdischen Volk, die in der damaligen Zeit verbreitet gewesen sind. Trotzdem möchte ich behaupten, dass Kant zwar bestimmten Vorurteilen verhaftet blieb, jedoch kein Anti-Judaist war. Man muss erstens daran erinnern, dass Kant in seinem Leben mit etlichen jüdischen Männern freundschaftlich verbunden war, wie z.B. mit dem jüdischen Arzt Marcus Herz oder Moses Mendelssohn. Die stärksten antijüdischen Vorwürfe gegenüber Kant sind mit seinem religionsphilosophischen Denken verbunden. Und in der Tat wird die jüdische Religion wiederholt als eine bloß „statutarische Religion“ bezeichnet, die als solche „Religionswahn“ und „Afterdienst Gottes“ darstellt. Und diese „statutarische“, auf die Befolgung von bestimmten Regeln bedachte Religion soll auf eine moralische Religion hin überwunden werden (in diesem und keinem anderen Sinne muss auch das Wort Kants von der „Euthanasie des Judentums“ gelesen werden). Dabei wird jedoch leicht übersehen, dass Kant diese Kritik gegenüber *allen* Religionen anwendet. Dieselbe Argumentation, die Kant gegenüber dem Judentum benutzt, verwendet er auch gegenüber dem Christentum. Zwar hält Kant die christliche Religion für die moralischste Religion von allen, jedoch auch sie trifft der Vorwurf, sie praktiziere „Afterdienst Gottes“, falls sie nur auf der Einhaltung der Regeln pocht und nicht auf die Änderung des Herzens abzielt. Außerdem soll man sich in Erinnerung rufen, dass Kant sogar die „Statuten“ in einer gewissen Hinsicht für unerlässlich hält, da der Mensch offensichtlich nicht ohne Stütze auf einem *rein* moralischen Pfad zu wandeln vermag. So gesehen sind religiöse Regeln aus anthropologischer Sicht nötig, sie sollen jedoch auf eine Religion hin überwunden werden, die alleine auf die Änderung der Gesinnung und des Verhaltens abzielt. Das Ideal wäre ein rein tugendhafter Mensch, dessen Wille sich in einer völligen Übereinstimmung mit dem Moralgesetz befindet. Kant weiß aber sehr gut, dass es einen solchen Menschen nicht faktisch geben kann. Abschließend soll auch festgehalten werden, mit welcher Inbrunst und welcher Überzeugung Kant in seinen Schriften von

---

<sup>192</sup> <https://smex-ctp.trendmicro.com/wis/clicktime/v1/query?url=https%3a%2f%2fphilosophie%2dindebate.de%2f2743%2fpro%2dund%2dcontra%2dwar%2dkant%2danti%2djudaist%2f&umid=5021c0dc-8f37-418b-9124-10f6224ea71e&auth=a45072ad993d7bd092c743a244198dc702d874e3-cbc19e932d29ab2cecb505b14acacb28f2d40c49>

der absoluten Gleichheit *aller* Menschen ausgeht. Und diese Gleichheit betrifft sowohl ihre Rechte als auch ihre moralische Bestimmung. Das Diktum vom Menschen „als Zweck an sich selbst“ – dieser Endzweck macht seine Würde aus – gilt für Kant ohne eine einzige Ausnahme! Fazit: Aus Kants Vorurteilen gegenüber der jüdischen Religion mag eine sachliche Unkenntnis sprechen, die jedoch aus der heutigen religionswissenschaftlichen Perspektive festgestellt werden kann. Sicherlich finden wir bei Kant einige Ressentiments gegenüber dem Judentum wie bei etlichen seiner Zeitgenossen. Kant war jedoch *kein* Anti-Judaist. Genauso wie heute viele Menschen im westlichen Europa Vorurteile gegenüber „den Amerikanern“ haben. Und trotzdem bin ich davon überzeugt, dass sie im Grunde keine Anti-Amerikaner sind.“<sup>193</sup>

## Beurteilung Stadtarchiv/Hr. Dr. Herrmann

### GRÜN/Keine Umbenennung

Kant ist eine herausragende Person deutscher Geistesgeschichte, sie ist natürlich mit all ihren Facetten im zeitlichen Kontext zu sehen. Die Dimension eines Kant unterstellten Antijudaismus rechtfertigt weder ein Gelb noch ein Rot.

„Kant gilt (...) als Vordenker der Aufklärung, einem philosophischen Zeitalter, weil er in seinen Schriften dazu aufrief, sich von jeglichen Anleitungen (wie Gott) zu lösen und Verantwortung für sein eigenes Handeln selbst zu übernehmen. Dazu stammt ein weiteres berühmtes Zitat von ihm: "Was du nicht willst, dass man dir tut - das füg auch keinem andren zu." Er schrieb außerdem, dass es keine Beweise für Gott gäbe und freies Denken erlaubt sein sollte. Streng Gläubige, wie sie für dieses Zeitalter gewöhnlich waren, hielten seine Aussagen für eine Herabwürdigung der heiligen Schrift und des Christentums und verboten ihm, sich weiter auf Religion zu beziehen. Jahre nach seinem Tod (1827) wurden seine Schriften vom Vatikan sogar auf das Verzeichnis verbotener Bücher gesetzt. Doch Kant ließ trotz zunehmender Verbote nicht von seinem Ansatz ab. Er setzte sich mit immer neuen Werken für ein Umdenken ein. 1804 starb Immanuel Kant im hohen Alter von 80 Jahren in seiner Geburtsstadt Königsberg. Angeblich sollen seine letzten Worte "Es ist gut" gewesen sein. Nach seinem Tod wurden Kant zu Ehren viele Denkmäler errichtet. Die Ende des 17. Jahrhunderts begonnene geistesgeschichtliche Epoche - die Aufklärung - ist insbesondere auf Immanuel Kant zurückzuführen. In dieser Zeit organisierten sich einige Staaten, wie Frankreich im Rahmen der Französischen Revolution, komplett um. Gottgegebene Staatsformen wie die Monarchie wurden erstmals in Frage gestellt. (...) Immanuel Kant: Berühmte Zitate : "Die Fähigkeit, mit ihrer Vernunft zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden, ist allen Menschen angeboren." /"Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit Ehrfurcht: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir." (...) "Wage es, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen."<sup>194</sup>

---

<sup>193</sup> Ebenso

<sup>194</sup> <https://www.geo.de/geolino/mensch/1437-rtkl-weltveraenderer-immanuel-kant>.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

**Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:<sup>195</sup>**

***ROT/Umbenennung: -***

***GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (0)***

***GRÜN/keine Umbenennung;: (6)***

**Stamm (AfD): Schließt sich dem Stadtarchiv an.**

**Radewahn (CDU): Ebenso**

**Jacob (Die Linke):Ebenso**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Brass/Schricket (Die Grünen): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso**

---

<sup>195</sup> In der ersten Berichtsfassung versehentlich GELB.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Karl-Marx-Straße benannt nach dem Sozialtheoretiker und Ökonomen (1818-1883)**

*Karl-Marx-Straße 1 bis 3, 2 bis 4, Distrikt 131 Hauptbahnhof, Stadtteil St. Johann*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Herausragender Denker seiner Zeit, Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, aber nicht frei von Spuren antisemitischen und rassistischen Denkens.**

### **Darstellung**

Karl Marx (1818–1883), Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Rechtsanwalt in Trier, konvertiert 1924 wie zuvor schon sein Vater und seine Geschwister zum Protestantismus. Sein in Saarlouis geborener Vater Heinrich wie auch die Mutter, Henriette, stammen aus jüdischen Familien, in denen es zahlreiche Rabbiner gegeben hatte. 1848 zusammen mit Friedrich Engels Verfasser des kommunistischen Manifestes, Begründer des Marxismus.

Seit 1953 hat Saarbrücken eine Karl-Marx-Straße. Nach Wolfram Weimer, dem Herausgeber der Zeitschrift Cicero, darf man, wenn man über Antisemiten und Rassisten redet, Karl Marx nicht vergessen. „Aus den Schriften von Marx wird so eklatant deutlich, dass er ein Menschenverächter war.“<sup>196</sup> In der Bundesrepublik gibt es mehr als 500 Karl-Marx-Straßen und über 600 Ernst-Thälmann-Straßen. Gerade das 2018 aus Anlass seines 200. Geburtstages errichtete Trierer Karl-Marx-Denkmal sorgte dafür, die Biografie von Marx in einen entsprechenden Kontext zu rücken.<sup>197</sup>

Die Einordnung von Karl Marx als Rassist und Antisemit basiert auf einer Reihe entsprechender Zitate, die dazu als Beweis herangezogen werden: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“, so Karl Marx in seinem Essay „Zur Judenfrage“. In seinem Weltgeschichte machenden fundamentalen Werk „Das Kapital“ heißt es, dass Waren „in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind, und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen“. „Jüdischer Nigger Lassalle“ – diese Worte wählt Karl Marx in einem Brief für den Arbeiterführer Lassalle. Seinen Schwiegersohn bezeichnet er in einem Brief als „Abkömmling eines Gorillas“, er hatte eine kubanische Mutter. Und in Bezug auf Lassalle führt Marx aus: „Es ist mir jetzt völlig klar, dass er [Lassalle], wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von Neger abstammt. [...] Nun diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen.“<sup>198</sup>

<sup>196</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/karl-marx-rassist-chemnitz-100.html> [10.03.2021]; [https://www.n-tv.de/politik/politik\\_person\\_der\\_woche/Karl-Marx-war-einer-der-uebelsten-Rassisten-article21848678.html](https://www.n-tv.de/politik/politik_person_der_woche/Karl-Marx-war-einer-der-uebelsten-Rassisten-article21848678.html) [10.03.2021]. <https://www.cicero.de/innenpolitik/sicherheits-sozialismus/38354> [10.03.2021]. Gegenposition: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1137994.karl-marx-man-ist-gelangweilt.html> [10.03.2021].

<sup>197</sup> Ebenso

<sup>198</sup> Ebenso



Karl Marx war ein Held für die kommunistischen Systeme des Ostens, insbesondere für die DDR. „Karl-Marx-Stadt“ symbolisierte den Aufbruch in den Sozialismus. Nach dem Scheitern der SED-Diktatur erhielt die Stadt ihren ursprünglichen Namen Chemnitz zurück, das monumentale Karl-Marx-Denkmal blieb erhalten.

Mit Blick auf die allgemeine Denkmaldiskussion äußerte der Zeithistoriker Prof. Martin Sabrow: „(...) was mir für eine Erinnerungskultur am wichtigsten erscheint: Dass sie die Vergangenheit nicht zu einem verlängernden Spiegel der Gegenwart verkürzen, sondern die Anstöße aus der Vergangenheit in die Gegenwart vermitteln. Vor dem Reiterstandbild Cosimos de Medici in Florenz stehenzubleiben, heißt nicht, sich mit der Zurschaustellung von politischer Macht zu identifizieren. Sondern auf eine fremde Zeit, ihren Kunstsinn, ihr Weltverständnis zu schauen, die ästhetische Nähe ebenso wie den historischen Abstand zu spüren.“<sup>199</sup>

### **Bewertung/Gutachten Stadtarchiv, Hr. Dr. Herrmann**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

Auch für Karl Marx gilt, seine Rezeption und seine Vereinnahmungen können nicht zum Maßstab werden, über ihn zu urteilen. Seine Utopie von der „Diktatur des Proletariats“ muss sich den Vorwurf gefallen lassen, Gewalt als politisches Mittel einzusetzen. Der Marxismus-Leninismus bildete seit Mitte der 1920er die Lehre für die proletarischen Revolutionen und auch für die SED-Diktatur in der DDR.

Die Ideen von Karl Marx sind aber zugleich in einer Zeit entstanden, in der politische Ideen unterdrückt wurden. Auch ein Perspektivwechsel darf angeregt werden, denn das Werk von Marx ist entstanden vor dem Hintergrund der sozialen Frage und Gesellschaftsverhältnissen, mit denen wir heute nichts zu tun haben möchten, in denen Menschen andere unterdrückten und ausbeuteten, oder in der Sprache von Marx, Klassen, die dies taten. Einerseits gibt es abstoßende antisemitische und rassistische Zitate von Marx, andererseits war Marx aber selbst Opfer antisemitischer Anfeindungen – etwa durch den russischen Antisemiten Michail Bakunin.

Marx zeigt, wie problematisch es ist, mit moralisierenden und ethischen Maßstäben der Gegenwart Persönlichkeiten der Vergangenheit zu messen und einzuordnen. So abstoßend die eingangs genannten Marx-Zitate auch sein mögen, so fragwürdig sich Marx auch als Privatmann verhalten haben mag, seine Ideen haben die Geschichte beeinflusst und niemand wird bestreiten, dass er geistig herausragende Werke hinterlassen hat. Sie als Wert zu erkennen, ist nicht damit gleichzusetzen, mit ihnen inhaltlich übereinzustimmen. Ein anderer Weg darf als „Bilderstürmerei“ bezeichnet werden, widerspricht jeglicher demokratischer Identität.

Antisemitismus und Rassismus bei Marx hingegen gänzlich zu negieren, ist auch nicht angebracht und führt zur Frage der Auseinandersetzung linker Gruppen mit Juden und dem Staat Israel, hier sei auf einen Beitrag von Dr. Sina Arnold, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin und

---

<sup>199</sup> <https://www.mdr.de/zeitreise/lenin-denkmal-abriss-erbe-ddr-interview-sabrow-100.html>  
Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Mitglied am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt Universität Berlin verwiesen.<sup>200</sup>

**Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung:** -

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung:** (6)

**Radewahn (CDU): Folgt dem Gutachten des Stadtarchivs,**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso Herr Feneis stellt mit Verwunderung fest, dass Herr Schrickel bzw. die Grünen hier keinen Kommentierungs- und Erläuterungsbedarf sehen.**

**Jacob (Die Linke):Ebenso**

**Stamm (AfD):Ebenso**

**Brass/Schrickel (Die Grünen): Der Aspekt der Gewalt ist nicht auszublenden, die Herrschaft des Proletariats sieht Marx nur mit Gewalt gegen die Reaktion durchsetzbar.**

**Grün/keine Umbenennung:** -

**Literatur:** Richard Friedenthal, *Karl Marx, München 1990*; Gareth Stedman Jones, *Karl Marx, Frankfurt/Main 2020*; Thomas Kuczynski, *Marx. Das Kapital, Hamburg 2017*. Jürgen Neffe, *Marx. Der Unvollendete, München 2018*.

**Bemerkung: Die GRÜNEN änderten ihr Votum von GRÜN auf GELB in der letzten Sitzung.**

<sup>200</sup> <https://www.anders-denken.info/informieren/antisemitismus-von-links>: Antisemitismus in linken sozialen Bewegungen ist ein umstrittenes Thema (...) Historisch gibt es in der Tat zahlreiche Beispiele für antijüdische Ressentiments unter linken Vordenkern/innen, etwa bei Frühsozialisten und Anarchisten wie Pierre-Joseph Proudhon, Charles Fourier oder Michail Bakunin. Auch in der Sowjetunion und in den realsozialistischen Ländern, einschließlich der DDR, gab es sowohl antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung als auch staatliche Politiken (...) Zuspitzung fanden sie in stalinistischen Kampagnen wie etwa dem Schauprozess gegen Rudolf Slánský und 13 andere führende Mitglieder der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei – darunter elf Juden – denen 1952 eine Verschwörung vorgeworfen wurde. Auch seit der sogenannten „Neuen Linken“ der 1960er Jahre finden sich Beispiele für Antisemitismus. Sei es, dass der Mitbegründer der Kommune I Dieter Kunzelmann der deutschen Linken 1969 einen „Judenknax“ vorwarf, dass die Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ im selben Jahr am Jahrestag der Reichspogromnacht eine Bombe im Jüdischen Gemeindehaus Berlin zu zünden versuchte, oder dass Ulrike Meinhof von der RAF den palästinensischen Anschlag auf die israelische Mannschaft bei den olympischen Spielen 1972 in München als „antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch“ charakterisierte und Israel vorwarf, das Land hätte „seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden“. Personalisierte Kapitalismuskritik: Die Geschichte zeigt aber auch, dass der Kampf gegen Antisemitismus zumeist von links stattfand und etwa von antifaschistischen, kommunistischen oder sozialdemokratischen Organisationen oder Parteien getragen wurde. Anders als für die extreme Rechte ist Antisemitismus für die politische Linke nicht konstitutiv, im Gegenteil. (...) Warum findet man ihn also trotzdem? Einerseits, weil auch Linke nicht grundsätzlich frei von gesamtgesellschaftlichen Denkweisen wie Rassismus, Sexismus oder eben Antisemitismus sind. (...) Die meisten Linken stehen Israel kritisch gegenüber und stellen sich einseitig auf die Seite der Palästinenser/innen. Seit dem Sechstagekrieg 1967 wurde der Antizionismus in linken Bewegungen in vielen Ländern dominant. Dazu tragen einige Positionen bei, die viele Linke selbstverständlich vertreten: ein vereinfachter Antiimperialismus, Antikolonialismus oder Antirassismus. Immer wieder lautet dann das Urteil: Israel sei imperialistisch, durch und durch rassistisch und betreibe eine koloniale Expansionspolitik. In dieser dichotomen Sichtweise werden viele Aspekte oft nicht thematisiert, etwa die Geschichte der Staatsgründung des Landes oder der Antisemitismus von Teilen der palästinensischen Gesellschaft. In manchen Fällen überschreitet die politisch motivierte Kritik die Grenze zum Antisemitismus (...).

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Hagenbeckstraße – benannt nach dem Eisenbahnoberbaurat Emil Hagenbeck**

*Hagenbeckstraße 1 bis 11, 8 bis 12, Distrikt unteres Malstatt, Stadtteil Malstatt*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Ein Eisenbahnbeamter im Dienste des genossenschaftlichen Wohnungsbaus.**

### **Darstellung:**

Am 22. August 1911 beschloss der Stadtrat eine Straße nach dem Eisenbahnoberbaurat Emil Hagenbeck zu benennen.

Damit sollte dessen Rolle bei der 1893 gegründeten Eisenbahnbaugenossenschaft gewürdigt werden. In den drei Saarstädten Saarbrücken, St. Johann und Malstatt-Burbach bestand wie in vielen anderen Städten des Kaiserreichs eine erhebliche Wohnungsnot. Ein Lösungsweg bildete die Gründung von Genossenschaften. Die 1893 gegründete Eisenbahnbaugenossenschaft leistete dazu in Malstatt einen beachtlichen Beitrag.

Hagenbeck hat also nichts mit dem Zoodirektor Carl Hagenbeck (1844 – 1913) zu tun, vgl. den Fall Bormannspfad.

### **Bewertung/Votum Hr. Dr. Herrmann:**

**GRÜN/keine Umbenennung**

Keine weiteren Erläuterungen erforderlich, siehe Darstellung.

### **Votum der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: -**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: -**

**GRÜN/Keine Umbenennung: (6)**

**Radewahn (CDU): Folgt Stadtarchiv.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Feneis (FDP): Ebenso**

**Jacob (Die Linke):Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

**Brass/Schricket (Die Grünen): Ebenso**

## **Robert-Koch-Straße benannt nach dem Mediziner und Nobelpreisträger (1843-1910)**

*Robert-Koch-Straße 1 bis 59 und 2 bis 30, Distrikt 162 Winterberg, Stadtteil St. Annual*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Herausragender Mediziner und Nobelpreisträger belastet durch Verbrechen in der Kolonialzeit**

### **Darstellung:**

Es gibt drei Robert-Koch-Straßen in Saarbrücken: St. Annual (Beschluss vom 22.7.1932), Dudweiler (Beschluss vom 15.5.1957) und Bischmisheim (Beschluss vom 1.2.1972).<sup>201</sup> Zur Vita von Robert Koch sei die Homepage des RKI zitiert:

„Im 19. Jahrhundert waren Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, Cholera, Diphtherie oder Wundinfektionen die Haupttodesursache weltweit. Allein in Deutschland starben daran jedes Jahr hunderttausende Menschen. Der Arzt Robert Koch entdeckte damals, dass Krankheiten wie diese durch winzige Organismen, durch Bakterien, verursacht werden. Ihm und seinen Weggefährten in Berlin ist es gelungen, Infektionserreger und Ansteckungswege gezielt zu identifizieren und so den Weg für Therapien und Präventionsmaßnahmen zu ebnen. Ermöglicht wurde all dies durch neue wissenschaftliche Methoden, mit denen sich die Erreger nicht nur aufspüren, sondern auch sichtbar machen ließen, etwa feste Nährböden zur Anzucht von Bakterien, Mikrofotografie und Färbetechniken. 1891 wurde Koch Direktor des neu gegründeten Königlich Preußischen Instituts für Infektionskrankheiten, dem heutigen Robert Koch-Institut. 1905 erhielt er für die Entdeckung der Tuberkulose-Bazillen den Nobelpreis für Medizin. Zusammen mit Louis Pasteur gilt Robert Koch heute als Wegbereiter der Mikrobiologie. (...) Robert Koch wurde am 11. Dezember 1843 als drittes von insgesamt dreizehn Kindern einer Bergmannfamilie in Clausthal im Harz geboren. Nach dem Abitur studierte er in Göttingen zunächst ein Semester Naturwissenschaften, dann Medizin. Im Januar 1866 wurde er promoviert, kurz darauf bestand er das Staatsexamen in Hannover. 1867 heiratete Koch seine Jugendfreundin Emmy Fraatz. Nach mehreren Stationen, unter anderem als Doktor in der Provinz und als Lazarettarzt im Deutsch-Französischen Krieg, trat er 1872 eine Stelle als Kreisphysikus in Wollstein (heute Wolsztyn, Polen) an. Nebenbei begann Robert Koch, Milzbrand zu erforschen: Die Krankheit forderte bei Menschen und Tieren rund um Wollstein immer wieder Todesopfer – ihre Ursache lag jedoch völlig im Dunkeln. 1876 wies Koch schließlich nach, dass Milzbrand von einem einzigen Erreger ausgelöst wird. Er entdeckte auch die Ruheform des Erregers, Milzbrandsporen, und erklärte so die bis dahin unverstandene Infektionskette und die hohe Widerstandsfähigkeit des Bakteriums gegenüber Umweltfaktoren. Damit hatte Robert Koch als erster nachgewiesen, dass ein Mikroorganismus die Ursache für eine Infektionskrankheit ist. (...) Entscheidend für den Erfolg seiner Arbeiten waren die Präzision, mit der Koch seine wissenschaftlichen Methoden entwickelt und angewandt hatte, und der logische Aufbau der Beweisketten – und das unter recht einfachen Bedingungen in einem dürftig ausgestatteten Labor in

<sup>201</sup> Straßennamendatenbank des Vermessungs- und Geoinformationsamtes.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

seinem Wohnhaus in Wollstein. (...) Von Wollstein aus zog Robert Koch mit Frau Emmy und Tochter Gertrud zunächst nach Breslau, bevor er 1880 an das Kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin berufen wurde. (...) Am 24. März 1882 verkündete Koch am Berliner Institut für Physiologie die Entdeckung des Tuberkulose-Erregers (...) Die Tuberkulose hatte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer Volkskrankheit entwickelt. Etwa ein Siebtel der Bevölkerung im Deutschen Reich starb damals an der so genannten Weißen Pest, Ursache und Verbreitungswege der Krankheit waren lange unklar. Koch zeigte nun, dass Tuberkulose durch Tuberkelbazillen ausgelöst wird. Um diese aufspüren zu können, waren spezielle Nährböden, neue Kulturbedingungen und spezifische Färbetechniken notwendig. Für die Entdeckung der Tuberkulose-Bazillen erhielt Robert Koch 1905 den Nobelpreis für Medizin. (...) Wie viele Wissenschaftler seiner Zeit erforschte Robert Koch auch die Cholera. (...) Unter anderem reiste Koch Ende 1883 mit einem Forscherteam nach Kalkutta in Indien, um die Krankheit während eines Ausbruchs zu untersuchen. Anfang 1884 gelang es ihm dort, das Bakterium *Vibrio cholerae* zu identifizieren. Auch wenn Robert Koch Zeit seines Lebens als Entdecker des Cholera-Erregers gefeiert wurde: Der Ruhm gebührt ihm nicht allein. (...) Mit seinem Wissen über die Verbreitungswege der Cholera und entsprechende Hygienemaßnahmen half Koch 1892 dabei, eine schwere Cholera-Epidemie in Hamburg einzudämmen. (...) 1885 gründete die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität das Hygienische Institut und berief Robert Koch als ersten Ordentlichen Professor für Hygiene zum Direktor. (...) das Hygiene-Institut wurde zum Zentrum bakteriologisch interessierter Ärzte aus der ganzen Welt. (...). Das von ihm entwickelte Heilmittel „Tuberkulin“ – eine Mischung aus Bestandteilen abgetöteter Tuberkelbazillen, die Koch beim X. Internationalen Medizinischen Kongress 1890 in Berlin vorstellte – erwies sich später als nicht wirksam. (...) Am 1. Juli 1891 wurde das „Königlich Preussische Institut für Infektionskrankheiten“ eröffnet, Robert Koch leitete das Institut bis 1904. Neben den Forschungsarbeiten erledigten die Mitarbeiter auch Aufgaben für Städte und Reichsbehörden, sie beantworteten auch internationale Anfragen und erstellten beispielsweise Gutachten. Das "Koch'sche Institut" zählte zu den ersten biomedizinischen Forschungsinstituten weltweit. (...) Von 1897 bis 1900 wurde am Nordufer in Berlin-Wedding ein neues Institutsgebäude gebaut, das Robert Koch selbst mitgeplant hatte. Auf dem weitläufigen Gelände gab es Ställe für Versuchstiere wie Pferde, Schafe und zeitweise sogar Kamele. In unmittelbarer Nachbarschaft wurde 1906 das Rudolf-Virchow-Krankenhaus eröffnet; der Leiter der dortigen Infektionsabteilung war gleichzeitig Mitarbeiter des Koch'schen Instituts. (...) Von 1896 an war Robert Koch jedes Jahr für mehrere Monate auf Expedition, um Tropenkrankheiten zu erforschen – seine zweite Ehefrau Hedwig Freiberg begleitete ihn fast immer dabei. Er widmete sich zunächst Tierseuchen im südlichen Afrika, darunter Rinderpest, Texas- und Küstenfieber. Später untersuchte er Tropenkrankheiten bei Menschen, deren Übertragungswege noch nicht bekannt waren – vor allem Malaria und die Schlafkrankheit. 1906 und 1907 wurde eine Kommission unter Kochs Leitung nach Ostafrika entsandt, um Therapiemöglichkeiten gegen die Schlafkrankheit auszuloten. Durch den Einsatz von Atoxyl, einer arsenhaltigen Arznei, konnte Koch anfangs Erfolge bei der Behandlung von Schlafkranken erzielen. Doch der Parasit, der die Infektion verursacht, ließ sich im Blut der Kranken nur für eine kurze Zeit zurückdrängen. Daraufhin verdoppelte Koch die Atoxyl-Dosis - obwohl er um die Risiken des Mittels wusste. Bei vielen Betroffenen kam es zu Schmerzen und Koliken, manche erblindeten sogar. Trotzdem blieb Koch vom prinzipiellen Nutzen des Atoxyls überzeugt. Seine letzte Forschungsreise war das dunkelste Kapitel seiner Laufbahn. Anfang April 1910 erlitt Robert Koch einen schweren Herzanfall in Berlin. Während eines darauffolgenden Kuraufenthaltes starb er am 27.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Mai 1910 in Baden-Baden. Die Urne mit der Asche Robert Kochs wurde am 4. Dezember 1910 in einem eigens errichteten Mausoleum in seinem Institut beigesetzt.<sup>202</sup>

**Bewertung Stadtarchiv/Hr. Dr. Herrmann:**

### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung**

**Empfohlen wird im Falle eines GELB die Benennung in Dudweiler und Bismisheim zu ändern.**

Robert Koch markiert einen Meilenstein der Medizingeschichte. Im Kontext der Kolonialismusdebatte wird seine Rolle kritisch hinterfragt, dazu Auszüge eines Beitrages vom Kim Todzi: „Nicht nur die wichtige Rolle des Robert-Koch-Instituts in der COVID-19-Epidemie sorgt für neue Aufmerksamkeit für den Namensgeber. Auch der 110. Todestag und besonders die aktuelle Auseinandersetzung mit Rassismus sorgen für zusätzliche Aktualität, wie Prof. Dr. Jürgen Zimmerer betont – verschiedenste Medien nehmen sich des Themas an. Im Kern der Debatte stehen Robert Kochs Forschungen im östlichen Afrika in den Jahren 1906/07. Nachdem Koch in den Jahrzehnten zuvor als Entdecker des Tuberkulosebakteriums und für seine Rolle in der Bekämpfung der Cholera in Hamburg bekannt geworden war, erhielt er über 60-jährig den Auftrag zur Erforschung der Schlafkrankheit. Seine Versuche führte er auf den Sese-Inseln im Viktoriasee durch, also auf britischem Kolonialgebiet, aber auch mit deutscher Unterstützung. In seinen Experimenten verabreichte er Erkrankten ohne deren Einwilligung das arsenhaltige Medikament Atoxyl in Dosierungen, die aufgrund der bekannten Gefahren in Europa nicht erlaubt gewesen wären: „Die schweren Nebenwirkungen nahm er offenbar billigend in Kauf. Sie waren nicht nur äußerst schmerzhaft, sondern führten auch zur Erblindung von Patienten und bei einigen sogar zum Tod“, ordnet Zimmerer das Verhalten Kochs in seinem Artikel für den Spiegel ein. In diesem Zusammenhang sei die Bedeutung der Medizin als eine der ‚zentralen Grundlagenwissenschaften des Kolonialismus‘ zu berücksichtigen, so Zimmerer weiter: Sie sollte nicht nur die Kolonisatoren in die Lage versetzen, die Gebiete zu kontrollieren, sondern auch die Arbeitskraft der Kolonisierten erhalten. Dass dies und die Rolle Robert Kochs als bedeutendstem Vertreter der Disziplin nicht reflektiert werde, sei der immer noch herrschenden kolonialen Amnesie geschuldet“.<sup>203</sup>;

Die Frage, wie man diesen Teil von Kochs Biografie gewichtet, ist letztlich maßgeblich für die Entscheidung, wie man mit diesem Straßennamen umgehen möchte. Zunächst führen Menschenversuche automatisch zu ROT, auch im Vergleich zu Lüderitz scheint ein ROT geboten, doch gibt es gute Gründe für GELB. Kochs verbrecherisches Handeln in den Kolonien steht auch in einem Zeitkontext fehlenden Unrechtsbewusstseins. Sein Selbstverständnis wie auch sein Mausoleum stehen für eine Kultur, die den Halbgott in Weiß erklären und zu seiner Dekonstruktion und einer kritischen Auseinandersetzung mit seiner Geschichte beitragen können. Auch der Umgang des RKI mit der eigenen

<sup>202</sup> [https://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/Robert\\_Koch.html](https://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/Robert_Koch.html)

<sup>203</sup> <https://kolonialismus.blogs.uni-hamburg.de/2020/06/11/sollte-das-robert-koch-institut-umbenannt-werden-prof-dr-juergen-zimmerer-in-spiegel-freitag-und-deutschlandfunk-ueber-die-koloniale-forschung-robert-kochs/> <https://www.spiegel.de/geschichte/robert-koch-der-beruehmte-forscher-und-die-menschenexperimente-in-afrika-a-769a5772-5d02-4367-8de0-928320063b0a>;  
[https://www.deutschlandfunk.de/menschenexperimente-robert-koch-und-die-verbrechen-von-740.de.html?dram:article\\_id=489445](https://www.deutschlandfunk.de/menschenexperimente-robert-koch-und-die-verbrechen-von-740.de.html?dram:article_id=489445).

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Geschichte ist kritisch zu vermerken. Das Tilgen des Namens fördert eher die koloniale Amnesie. Koch ist kritisch zu sehen, insbesondere im Vergleich zu Virchow.<sup>204</sup>

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: -**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung (5)**

**Radewahn (CDU): Schließt sich Stadtarchiv an.**

**Jacob (Die Linke): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso, er habe aus seiner beruflichen Erfahrung großen Respekt vor Koch, aber die Schattenseiten dürfen nicht verschwiegen werden, auch wegen der Glaubwürdigkeit Aufklärung angebracht.**

**Brass/Schricket (Die Grünen): Ebenso, Fr. Brass betont die nicht entwertende, sondern aufklärende, differenzierende Wirkung der Einstufung in Gelb.**

**GRÜN/Keine Umbenennung: (1)**

**Feneis (FDP): Gelb ist unverhältnismäßig. Kochs Leistungen sind so herausragend, dass nur die Einordnung in Grün passend erscheint, alles andere ist unverhältnismäßig. Er sehe zudem die Gefahr des Unterstellens von Kontinuitätslinien von Entwicklungen des 19. Jahrhunderts zum Nationalsozialismus. Es sei derzeit eine Modeströmung, eine Kontinuität vom Kolonialismus zum Holocaust zu unterstellen. Man werde in fast jedem Lebensweg etwas Belastendes finden, wenn man danach suche. Herr Dr. Herrmann teilt den letzten Satz grundsätzlich, hält es aber für nicht vermittelbar, Kochs Kolonialzeit einfach auszublenden.**

---

<sup>204</sup> Dr. Rudolf Virchow, Prof. der Pathologie in Würzburg, 1821 - 1902. Hat sich um die öffentliche Gesundheitspflege verdient gemacht. Förderer auf allen Gebieten der Pathologie. Mitbegründer der liberalen Fortschrittspartei und in Verfassungsfragen heftiger Gegner Bismarcks, zugleich aber auch liberaler Gegner der Kirche im Kulturkampf. Beschluss zu Benennung : 01.04.1909  
Ab 1862 saß er im Preußischen Abgeordnetenhaus (ab 1865 auch für den Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel), wo die Deutsche Fortschrittspartei bis 1866 die Mehrheit hatte. Im Jahr 1869 stellte er dort einen Antrag auf Beschränkung der Militärausgaben des Norddeutschen Bundes und allgemeine Abrüstung, Konfliktbewältigung durch internationale Schiedsgerichte und Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Nach der 1871 erfolgten Gründung des deutschen Nationalstaates als Kaiserreich prägte Virchow 1873 den Begriff des Kulturkampfes als Befreiung der Kultur vom Einfluss der Kirche. (...) Politisch war er bereits 1862 ein entschiedener Gegner des preußischen Ministerpräsidenten und ab 1871 auch Reichskanzlers Otto von Bismarck. Am 2. Juni 1865 griff Virchow Bismarck verbal so stark an, dass er am folgenden Tag von diesem wegen Anzweiflung seiner Wahrheitsliebe zu einem Duell gefordert wurde, das Virchow allerdings mit den Worten ablehnte, es sei keine zeitgemäße Art der Diskussion. Virchow setzte sich für die kommunale Selbstverwaltung und für Minderheitenrechte ein, darunter für die zahlenmäßig starke polnische Volksgruppe in Preußen, und bekämpfte entschieden aufkommende antisemitische Tendenzen. Von Kolonialpolitik hielt er nichts. Den Nationalsozialisten war Rudolf Virchow verhasst. In einem propagandistischen Spielfilm des Jahres 1939, der Robert Koch gewidmet war, und in einem Bismarck-Spielfilm des folgenden Jahres wurde Virchow gründlich diffamiert. Aus dieser Zeit stammt auch der Mythos, dass Virchow und Koch persönliche Feinde waren. Dies war so allerdings nicht der Fall. [https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf\\_Virchow](https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Virchow)[12.05.20121].

## **Lüderitz, Franz Adolf Eduard von, 1834-1886, Kaufmann und Kolonialist**

*Lüderitzstraße 2 – 16, Distrikt 136 Rotenbühl, Stadtteil St. Johann, beginnend am Neugrabenweg und als Sackgasse endend*

### **Würdigung in einem Satz:**

**Ein erfolgreicher Kaufmann während der Kolonialzeit, der sich unlauterer Geschäftspraktiken bediente.**

### **Darstellung:**

Als Sohn eines Bremer Tabakhändlers am 16.7.1834 in Bremen geboren, gestorben am 24.10.1886 in Oranje/Namibia, zog es Lüderitz nach kaufmännischer Ausbildung zunächst in ein Handelshaus nach Mexiko. Später trat er in das väterliche Unternehmen ein und übernahm 1878 dessen Leitung. Mit Blick auf reiche Bodenschätze erwarb er ab 1883 Gebiete im heutigen Namibia. Sie bildeten den Kern der späteren Kolonie Deutsch-Südwestafrika und eine Basis für die Entwicklung des deutschen Kolonialismus. Adolf Lüderitz kam 1886 auf einer Expedition in Südostafrika ums Leben; bis heute trägt die namibische Hafenstadt Lüderitz seinen Namen.

Lüderitz gilt als früher Wegbereiter des deutschen Kolonialismus; besonders fragwürdig ist der Erwerb von Land mittels zweifelhafter Kaufverträge.<sup>205</sup> Lüderitz betrog die Eingeborenen durch den sogenannten Meilenschwindel.<sup>206</sup>

Um seine „Vision eines südafrikanischen Großreiches“<sup>207</sup> zu verwirklichen, sandte Lüderitz 1883 seinen Bevollmächtigten Heinrich Vogelsang nach Südwestafrika, der dem Nama-Führer Joseph Fredericks zunächst die Bucht von Angra Pequena und kurze Zeit später den ganzen Küstenstreifen abkaufte. Dieses Abkommen ging als „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein. Da Fredericks lediglich die englische Meile (1,6 km) kannte, wurde im Vertrag vorsätzlich die geographische Meile (7,5 km) festgehalten. Auf diese Weise trat der Nama-Führer unfreiwillig ein 25mal größeres Gebiet unter Wert an Adolf Lüderitz ab, der dessen Unwissenheit ohne schlechtes Gewissen ausnutzte: „Da in unserem Contracte steht 20 geogr. Meilen Inland, so wollen wir diese auch beanspruchen.“ Um seine Besitzungen vor dem Zugriff anderer Kolonialmächte zu schützen, bat der Kaufmann 1884 die deutsche Regierung erfolgreich um militärischen Schutz; mit der offiziellen Inbesitznahme erhielt das Deutsche Kaiserreich seine erste Kolonie in Afrika. In der Folgezeit weitete Lüderitz seine Unternehmungen aus, bemühte sich um weitere Landerwerbungen und sicherte sich Rechte an Minen, in denen er wertvolle Rohstoffe vermutete. Da diese Vorhaben seine finanziellen Möglichkeiten schnell überstiegen, musste er seine Ländereien 1885 an die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ abtreten. Mit neuem Kapital ausgestattet, brach Lüderitz 1886 zu einer Expedition nach Südostafrika auf, von der er nicht mehr zurückkehrte. Der ungeklärte Tod des Kolonialisten trug zusätzlich zu seiner

<sup>205</sup> Jürgen Zimmerer, Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia, Hamburg 2004, S. 16.

<sup>206</sup> Horst Gründer, Geschichte der Deutschen Kolonien, Paderborn 2012, S. 112

<sup>207</sup> Ebenso

posthumen Verehrung bei. In der Völkerbundzeit wurde in Saarbrücken eine Straße nach ihm benannt, die damalige Motivation kann nicht mehr nachvollzogen werden.

### **Bewertung und Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

#### **ROT/Umbenennung**

Zweifellos ist Lüderitz mit dem in Saarlouis geborenen kolonialen Schlächter Paul Emil von Lettow-Vorbeck (1870 – 1964) nicht zu vergleichen. Vor allem ist es mit Blick auf seinen Lebensweg weder vermittel- noch nachvollziehbar, eine Straße nach ihm zu benennen. Er hat die Eingeborenen betrogen, insofern ist eine Umbenennung dieser Straße zu empfehlen. Zahlreiche deutsche Städte haben nach Kolonialisten benannte Straßen umbenannt. Der Umgang mit der Kolonialgeschichte muss peinlich berühren, wenn man bedenkt, wie etwa die Stadt Saarlouis den dort geborenen von Lettow-Vorbeck bis in die jüngste Zeit geehrt hat.<sup>208</sup>

### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

#### **ROT/Umbenennung: (4)**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Schließen sich Stadtarchiv an.**

**Dr. Klotz (SPD): Ebenso**

**Jacob (Die LINKE): Ebenso**

**Stamm (AfD): Ebenso, Lüderitz ist ein Betrüger, zudem gibt es überhaupt keine Bezüge zu Saarbrücken und keine Verdienste für Deutschland.**

#### **GELB/Beibehaltung mit Erläuterung: (0)**

#### **GRÜN/keine Umbenennung: (2)**

**Brandt/Radewahn (CDU): Eine Umbenennung erscheint unverhältnismäßig.**

**Feneis (FDP): Das Verhalten von Lüderitz ist aus heutiger Perspektive zweifellos fragwürdig. Die Dimension seines Fehlverhaltens ist aber scharf von dem anderer Kolonialisten, insbesondere von Lettow-Vorbeck abzugrenzen und nicht vergleichbar. Insofern ist eine Umbenennung nicht verhältnismäßig, zumal auch von Namibia selbst etwa die Bezeichnung Lüderitz-Bucht nicht in Frage gestellt wird.**

**Literatur:** Klaus J. Bade, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion, Freiburg im Breisgau 1975.*

Gisela Graichen und Horst Gründer, *Deutsche Kolonien. Traum und Trauma, Berlin 2005.*

Horst Gründer, *Geschichte der Deutschen Kolonien, Paderborn 2012.*

Helga Helbig, *Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen, Weinheim 1983.*

Udo Kaulich, *Die Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt 2003.*

Jürgen Petschull, *Der Wahn vom Weltreich, Hamburg 1986.*

Bettina Schleier, *Carl Adolf Lüderitz, Ludwig Roselius und Bremen als Stadt der Kolonien in: Bremisches Jahrbuch. Nr. 84, 2005, S. 233-240.*

Jürgen Zimmerer, *Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia, Hamburg 2004.*

<sup>208</sup> Roland Röder, Vom Kaiser geehrt, vom Führer geliebt. Der Mythos Paul von Lettow-Vorbeck, in: Gerhard Bungert (Hg.), *Straßen im Saarland. Nationalisten und Militaristen als Namensgeber, Saarbrücken 2014, S. 74 ff.*

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

## **Pasteurpromenade benannt nach dem französischen Chemiker und Erfinder der Tollwutimpfung Louis Pasteur (1822-1895)**

*Pasteurpromenade 1 bis 9 und 2 bis 8, Distrikt 162 Winterberg, Stadtteil St. Arnual*

### **Darstellung:**

Die Benennung erfolgte am 28.2.1947, frühere Bezeichnung Schjermingpromenade, auf dem Rastpfuhl gibt es einen 1964 benannten Pasteurschacht.<sup>209</sup>

Zur Basisinformation über Leben und Bedeutung wird auf Wikipedia verwiesen: „Louis Pasteur (geb. 27. Dezember 1822 in Dole, Département Jura; gest. 28. September 1895 in Villeneuve-l'Étang bei Paris) war ein französischer Chemiker, Physiker, Biochemiker und Mitbegründer der medizinischen Mikrobiologie, der entscheidende Beiträge zur Vorbeugung gegen Infektionskrankheiten durch Impfung geleistet hat.

Pasteur begann seine Karriere mit einer Entdeckung auf dem Gebiet der Chemie: Aus zwei asymmetrischen, spiegelbildlichen Kristallformen eines Salzes der Traubensäure sowie ihrer optischen Aktivität, wenn sie getrennt in Lösung gebracht wurden, schloss er auf ihre zugrunde liegende molekulare Asymmetrie. Damit wurde er zum Begründer der Stereochemie. Optische Aktivität war in den Augen Pasteurs eine Eigenschaft, die die Moleküle von Lebewesen charakterisiert. Da bei der Gärung optisch aktive Substanzen entstehen, vermutete er, dass sie von Mikroorganismen verursacht wurde. Dies konnte er in einer Reihe von Experimenten belegen und damit die konkurrierende Hypothese ausschließen, die etwa von Justus Liebig vertreten worden war, es handele sich um rein chemische Reaktionen ohne Beteiligung von Lebewesen. Gleichzeitig galt damit die seit der Antike diskutierte Frage, ob unter Alltagsbedingungen Leben spontan entstehen kann, als entschieden. Im Rahmen seiner Studien zur Gärung entdeckte Pasteur, dass es Mikroorganismen gibt, die ohne Sauerstoff auskommen, und er fand das erste Beispiel für eine Stoffwechselregulation, als er beobachtete, dass Hefezellen unter Ausschluss von Sauerstoff Zucker schneller verbrauchen. Pasteur beschrieb verschiedene Formen der Gärung und erkannte, dass dies verschiedenartige Mikroorganismen voraussetzt. Eine praktische Konsequenz dieser Arbeiten war ein Verfahren zur Haltbarmachung flüssiger Lebensmittel, die Pasteurisierung.

Im Auftrag der französischen Regierung erforschte Pasteur verschiedene Krankheiten der Seidenraupen und erkannte sie als Infektionskrankheiten. Ab 1876 widmete er sich vollständig human- und veterinärmedizinischen Fragen. Er entwickelte einen Impfstoff aus abgeschwächten Krankheitserregern zum Schutz vor Geflügelcholera und baute damit die Impfung – für die es in der Humanmedizin bis dahin nur das Beispiel der Pockenschutzimpfung gegeben hatte – überhaupt erst zu einem allgemeinen Prinzip aus. Weitere Impfstoffe gegen Milzbrand, Schweinerotlauf und Tollwut zeigten, dass man zumindest theoretisch fortan beliebigen Infektionskrankheiten vorbeugen konnte. Mit seinen Arbeiten zur Gärung und Impfung demonstrierte Pasteur das wirtschaftliche und medizinische Potenzial experimenteller Biologie. Die Produktion des Milzbrandimpfstoffs stand am Anfang der Impfstoff-Industrie. Eine Spendenwelle nach der ersten spektakulären Tollwut-Impfung des Jungen Joseph Meister erlaubte die

---

<sup>209</sup> StA SB, V 62, Straßennamendatenbank.



Gründung des *Institut Pasteur*, bis heute die führende Wissenschaftsinstitution Frankreichs in der biomedizinischen Forschung.“<sup>210</sup>

In jüngerer Zeit wird Pasteurs Arbeit kritisch hinterfragt, so berichtet GEO: „Doch Pasteur erwirbt sich auch den Ruf, skrupellos zu sein – keinerlei Bedenken zu haben, sich bei Rivalen zu bedienen, Resultate zu verschweigen, die ihm nicht passen, Experimente zu verfälschen. Es schadet ihm nicht, in Frankreich ist er bis heute ein Nationalheld. Die Spendenwelle, die nach der Heilung des Joseph Meister aufbrandet, ermöglicht die Gründung des Institut Pasteur, bis heute die führende Institution des Landes in der biomedizinischen Forschung.“<sup>211</sup>

### **Bewertung und Votum des Stadtarchivs, Hr. Dr. Herrmann:**

#### **GRÜN/keine Umbenennung**

Pasteur hat herausragende Verdienste in der Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Die nach fast 200 Jahren nun erhobenen kritischen Ausführungen lassen eine Umbenennung völlig unverhältnismäßig erscheinen. Auf Makel in seiner Biografie hinzuweisen erscheint insgesamt nicht erforderlich und auch angebracht.

#### **Voten der Vertreter\*in des Bezirkrates:**

**ROT/Umbenennung: (0)**

**GELB/Beibehaltung mit Erläuterung:**

**GRÜN/keine Umbenennung: (6)**

**Radewahn (CDU): Folgt Stadtarchiv.**

**DR. Klotz (SPD): Ebda.**

**Brass/Schröckel (Die Grünen): Ebda.**

**Stamm (AfD): Ebda.**

**Jacob (Die Linke): Ebda.**

**FDP (Feneis): Ebda.**

<sup>210</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Louis\\_Pasteur](https://de.wikipedia.org/wiki/Louis_Pasteur) [17.05.2021].

<sup>211</sup> <https://www.geo.de/wissen/gesundheit/22902-rtkl-held-mit-makeln-wie-louis-pasteur-die-tollwut-besiegte-und-dabei-sehr> [17.05.2021].

***Nachtrag:***

Ergänzend zum Bericht: Auch die nach Gustav Schmoller (1838-1917) benannte Schmollerstraße in St. Johann ist kritisch zu hinterfragen. Schmoller, Volkswirtschaftler und Universitätsprofessor in Halle war Begründer des „Vereins für Socialpolitik“ und Verfasser zahlreicher Publikationen und Lehrbücher. Darin finden sich eine Reihe rassistischer und antisemitisch wirkender Passagen. Herr Dr. Herrmann empfiehlt, im Rahmen der Gesamtanalyse und Beschlussfassung im Bezirksrat auch die Schmollerstraße zu berücksichtigen, wobei er die Einstufung nach Gelb für sinnvoll hält, um die Person Schmoller in ihrer Gesamtheit und im historischen Kontext wahrzunehmen.

## 5. Saarbrücker Straßennamen im historischen Rückblick

### Die Saarbrücker Straßennamen in der Geschichte

*Hans - Christian Herrmann*

#### 1. Vorbemerkung<sup>212</sup>

Straßennamen sind alltägliche Orientierungshilfen, gerade weil sie „stabil“ über Jahrzehnte und manchmal Jahrhunderte gelten und somit auf die Dauer erst einprägsam werden.

Straßennamen sind ferner „Relikte der dominierenden Geschichtsbilder ihrer jeweiligen Entstehungszeit.“<sup>213</sup> Straßennamen sind wie archäologische Funde, sie bilden Benennungskonjunkturen und die mit ihnen verbundenen Ehrungen, Erinnerungen und Wertschätzungen ab, sie sind damit ein historisches Zeugnis. Straßennamen erzählen eine lange Geschichte, dies aber selektiv, geprägt von sich drastisch verändernden Wertvorstellungen, in einer sich seit dem 18. Jahrhundert auch grundlegend ändernden Gesellschaft, mit ihr verbunden die Aufklärung, der Aufstieg der Wissenschaften, die Bildung des Nationalstaates, Kriege, Monarchie, Revolution und Republik, NS-Diktatur, Gründung der Bundesrepublik, Kalter Krieg und die Spaltung Deutschlands bis hin zur Wiedervereinigung. Insofern haben wir heute Straßennamen aus längst vergangenen Zeiten, die Teil unserer Geschichte sind, aber in erheblichen Umfang keineswegs unseren heutigen Wertvorstellungen entsprechen.

Straßennamen bilden über die lange Zeitachse eine historische Quelle, weil sie die Auseinandersetzung einer Gesellschaft mit ihrer Geschichte in einem politischen Kontext repräsentieren. Wenn man diesen ausblendet und für die Benennung von Straßen die jeweils aktuellen ethischen Maßstäbe und politischen Werte zum entscheidenden Kriterium der Benennung erklärt, dann ist die Mehrzahl der Straßennamen auch von Saarbrücken nicht zu halten, weil Deutschland eine vergleichsweise junge demokratische Geschichte hat und insbesondere auch unter den Dichtern, Denkern und Künstlern vielfältige Belege eines massiven, aber für die jeweilige Zeit meist typischen Antisemitismus zu finden sind. Dies gilt etwa für herausragende Persönlichkeiten und Repräsentanten deutscher Kultur wie Martin Luther und Richard Wagner, aber auch Karl Marx steht in der Diskussion, ein Antisemit gewesen zu sein. Ebenso wenig dürften sich nur wenige Menschen heute mit den Generälen des 19. Jahrhunderts identifizieren, die gegen Napoleon kämpften oder für die Bildung des deutschen Reiches, und schon gar nicht mit Kolonialisten.

Umbenennungen sind unpopulär und verursachen Kosten. Die Gebühren für eine aus Umbenennungen erforderliche Neuanfertigung von Dokumenten (Ausweis, Führerschein) werden den Anliegern von der Stadt erlassen. Alle übrigen Änderungen und daraus entstehende Kosten und Mühen tragen die Anlieger. Der Austausch der

---

<sup>212</sup> Rainer Pöppinghege, Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Strassennamen, in: Matthias Frese (Hg.), Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012, S. 22 ff.

<sup>213</sup> Rainer Pöppinghege, Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen, Münster 2007.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Beschilderung geht zu Lasten der Stadt. Erforderlich ist der Austausch des Emailleschildes und häufig auch des Rohrrahmens, der ggf. zu klein für das neue Schild ist oder im Falle des Austausches infolge von Korrosion erneuert werden muss. Hier ist mit Kosten von 500.-€ inklusive Personal pro Schild auszugehen.

Im Falle der vorgesehenen Ampellösung würden einige Straßennamenschilder ein Zusatzschild mit Angaben zu der Person erhalten, hier sind Zusatzschild und zusätzlicher Rohrrahmen, angepasst an die Größe erforderlich. Dabei muss ggf. mit Blick auf das Lichtraumprofil der Mast verändert werden, es entstehen hier schnell Kosten von zusätzlich über 500.- €. Herr Andreis (StA 66.2) rät von den auch denkbaren QR-Aufklebern ab, diese würden ständig überklebt werden. Stadtamt 66 sieht finanziell seine Verantwortung in der Unterhaltung, die Kosten für Änderungen infolge von Umbenennungen müsste wohl der Bezirksrat tragen. Insofern kann im digitalen Zeitalter nur für eine Straßennamendatenbank geworben werden, die zu den einzelnen Benennungen Kontextinformationen bietet und regelmäßig aktualisiert werden kann. Die Fraktion der Grünen bringt bezüglich der QR-Codes folgenden Vorschlag: Da QR-Codes mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein scheinen, schlagen wir eine Vorstellung im Abschlussbericht vor, wie am Ende die Verlinkung vor Ort mit der Straßennamendatenbank aussehen soll, also: ein Metallschild nur mit QR-Code und mit der Überschrift „Straßennamendatenbank“, leicht abgerundet, an den Pfosten genietet, an dem der Name der Straße angebracht ist. (Statement der Grünen vom 20.05.2021).

Grundlegend für die Geschichte der Straßenbenennungen in Saarbrücken und im Saarland ist nach wie vor die Publikation von Armin Flender zur Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg, 1998 im Nomos-Verlag erschienen.<sup>214</sup> Von der politisch interessierten Öffentlichkeit leider kaum zur Kenntnis genommen, während eher weniger aussagekräftige Zusammenstellungen von Markus Philipp und auch das von dem im Saarland bekannten Gerhard Bungert herausgegebene Werk „Straßen im Saarland“ sich größerer Aufmerksamkeit erfreuen, aber weniger informativ sind.<sup>215</sup>

## **2. Anfänge der Benennung ab dem Spätmittelalter – Straßennamen zur Orientierung**

Straßen zu benennen, ihnen einen Namen zu geben, beginnt seit dem Mittelalter. Die Benennung dient der Unterscheidung und hilft Einheimischen wie Fremden, sich zu orientieren. Je mehr ein Ort wuchs, umso notwendiger wurden Straßenbenennungen. Die Straßenbezeichnungen orientierten sich zunächst in der Regel an geografischen Gegebenheiten oder bezogen sich auf ältere überlieferte Flurbezeichnungen. Sie trugen häufig die Bezeichnung Gasse, meist benannt nach der Zunft, die hier wohnte und arbeitete oder sie trugen Namen von Heiligen. Für Saarbrücken ist bspw. die Küfergasse zu nennen. Auch Gast- und Wirtshäuser gaben Orientierung wie etwa Zum Anker, Zum Engel usw.; im Zuge der Stadterweiterung Saarbrückens wurde im 18. Jahrhundert aus der Neugasse die Altneugasse und die neue Neugasse war die heutige Wilhelm-Heinrich-

---

<sup>214</sup> Armin Flender, Öffentliche Erinnerungskultur im Saarland nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersuchungen über den Zusammenhang von Geschichte und Identität, Baden-Baden 1998.

<sup>215</sup> Gerhard Bungert (Hg.), Straßennamen im Saarland. Nationalisten und Militaristen als Namensgeber, Saarbrücken 2014.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Straße.<sup>216</sup> Beispiele für die orientierungsgebende Funktion ist die Schloßstraße oder die genannte Neugasse und im Zuge ihrer Entstehung die Altneugasse, die Hintergasse, die Vordergasse und die Brückengasse. In St. Johann: eine Katholisch-Kirch-Straße, eine Evangelisch-Kirch-Straße und einen Stadtgraben, um hier nur einige beispielhaft zu nennen.<sup>217</sup> Insbesondere in der napoleonischen Zeit beginnt eine Nummerierung der Häuser in den Straßen.

### 3. Straßenenennung im ausgehenden 19. Jahrhundert im Zeichen des Nationalismus<sup>218</sup>

Seit dem 19. Jahrhundert – dem Zeitpunkt des rasanten Städtewachstums und der damit verbundenen Erschließung neuer Stadtteile und der Entstehung völlig neuer Straßenzüge ändert sich die Praxis der Straßenenennung.

Im Zuge des Wachstums mussten viele neue Straßen benannt werden, der Bedarf an Namensgebungen war deutlich gewachsen. So zählten Saarbrücken und St. Johann im Jahr 1888 insgesamt 124 Straßen, am Ende des Ersten Weltkrieges sollten es in der Großstadt Saarbrücken mit Malstatt-Burbach zusammen 475 sein.<sup>219</sup>

Bei den Benennungen spielen generell historische Begebenheiten oder bedeutende (nicht mehr lebende) Persönlichkeiten, seien es Politiker, Militärs, Wissenschaftler, Musiker oder Schriftsteller eine große Rolle. Maßgeblich dafür der Aufstieg des Bürgertums im 19. Jahrhundert und die hohe Bedeutung der Bildung insbesondere für das Selbstverständnis des Großbürgertums und die Sakralisierung der Nation. Dazu kommt die für das Kaiserreich prägende tief militaristische Prägung wie Armin Flender betont.<sup>220</sup>

Seit den Stadterweiterungen im 19. Jahrhundert gibt es in Saarbrücken und St. Johann eine Bismarckstraße, eine Reichsstraße und seit 1859 eine Schillerstraße.

In den drei Saarstädten orientieren sich Straßenenennungen stark an Militärs. Im Zuge des deutsch-französischen Gegensatzes spielen an der Saar wie im Deutschen Reich insgesamt vor allem die Militärs der Befreiungskriege und des deutsch-französischen Krieges 1870/71 eine Namen gebende Rolle. So wurde 1871 die Reichsstraße benannt. Das Gedenken an „25-Jahre Schlacht von Spichern“ verstärkte diese Entwicklung: Generäle bzw. Militärs mit einer wichtigen Rolle in den Befreiungskriegen gegen Napoleon wie Blücher<sup>221</sup>, Bülow<sup>222</sup>, Gneisenau<sup>223</sup> und Scharnhorst<sup>224</sup> wurden Namensgeber. Ferner Ferdinand von Schill, ein preußischer Husarenmajor und Führer

<sup>216</sup> Karl August Schleiden, Die schöne Luise und der General aus Pappel. Straßennamen als Ausdruck politischer Einflussnahme am Beispiel von Saarbrücken (Teil I), in: Eckstein Nr. 4–1992/1993, S. 16.

<sup>217</sup> Ebda.

<sup>218</sup> Pöppinghege, Geschichtspolitik, S. 27 ff.

<sup>219</sup> Flender, Erinnerungskultur, S. 75 ff.

<sup>220</sup> Ebda., S. 75 ff.

<sup>221</sup> Gebhard von Blücher, geb. 1742 in Rostock, verstorben 1819 in Krieblowitz/Schlesien, preußischer Generalfeldmarschall, Schlacht bei Jena und Auerstedt, Völkerschlacht bei Leipzig.

<sup>222</sup> Graf Bülow von Dennewitz, (1755–1816). preußischer General, Schlachten bei Großbeeren und Dennewitz. Bei der Übernahme Saarbrückens durch Preußen am 30.11.1815 war er in Saarbrücken.

<sup>223</sup> Gneisenau, preußischer Generalfeldmarschall. Graf August Neidhardt von Gneisenau, (27.10.1760–23.8.1831). Nahm mit Scharnhorst die Reorganisation des preußischen Heeres vor. Von 1813 bis 1815 Generalquartiermeister Blüchers.

<sup>224</sup> Gerhard David von Scharnhorst (1755–1813), 1804 preußischer General; 1810 Generalstabschef; Führte von 1807 bis 1812 mit Gneisenau den Neuaufbau des preußischen Heeres durch und bereitete die Erhebung gegen Napoleon I. vor. 1813 war er Generalstabschef Blüchers (12.11.1755–28. 6. 1813).

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



des Schill'schen Freikorps, der 1809 einen Aufstand gegen Napoleon I. initiierte und im Straßenkampf in Stralsund am 31. Mai 1809 fiel. Zu nennen ist in diesem Kontext auch die Papestraße.<sup>225</sup> Die Steubenstraße erinnert an einen Militär des 7jährigen Krieges.

Weitere Namensgeber des deutsch-französischen Krieges 1870/71 in Saarbrücken waren Francois<sup>226</sup>, Goeben<sup>227</sup>, Kameke<sup>228</sup>, Pestel<sup>229</sup>, Reuter<sup>230</sup> und Roon<sup>231</sup>. Nicht zu vergessen die Hildebrandtstraße, benannt nach Paul Hildebrandt, Premierleutnant der Königlich Preussischen Artillerie, Ritter des Eisernen Kreuzes und des Roten Adler-Ordens mit Schwertern, geboren am 19. Juli 1830 in Halle a. d. Saale. Er brachte am 6. August 1870 bei der Erstürmung des Spicherer Berges zwei Geschütze des Brandenburgischen Feldartillerieregiments Nr. 3 unter größten Schwierigkeiten auf den Roten Berg, wurde dabei schwer verwundet und starb am 28. August 1870 in Saarbrücken. Seine letzte Ruhestätte befindet sich im Heldenfriedhof Ehrental innerhalb des Deutsch-Französischen Gartens.<sup>232</sup>

In St. Arnual, Saarbrücken und St. Johann waren Garnisonen stationiert. Die gehobenen Militärs waren Teil der Stadtgesellschaft und etwa auch in der einflussreichen seit 1756 bestehenden Casinogesellschaft vertreten. So erklären sich auch die Hellwig<sup>233</sup> und Heuduckstraße,<sup>234</sup> ebenso mit Blick auf das 7. Ulanenregiment die Großherzog-Friedrich-Straße.<sup>235</sup>

Die nach Militärs benannten Straßen betreffen vor allem das zur Jahrhundertwende entstehende Neubaugebiet zwischen Saarbrücken und St. Arnual und das westliche Neubauviertel im Bereich der Hohenzollernstraße. Entsprechende Namen kamen auch

---

<sup>225</sup> von Pape (1813–1895). Führt als Kommandeur die I. Garde Infanterie Division, die 1870/71 wesentlich zu den Siegen von St. Privat, Beaumont und Sedan beitrug.

<sup>226</sup> Francois, preussischer Generalmajor und Kommandeur Bruno von Francois. Geb. 29.6.1818, bei der Erstürmung des Spicherer Berges am 6.8.1870 verwundet. In einem Saarbrücker Lazarett verstorben und im Ehrental beigesetzt. Sein Sohn befehligte im 1. Weltkrieg das I. ostpreussische Armeekorps, das bei Tannenberg den Ring um die Russen schloss.

<sup>227</sup> August Karl Goeben, Oberst im preussischen Generalstab. Nahm 1860 am spanischen Feldzug in Marokko teil und gehörte 1864 zu den Erstürmern der Düppeler Schanzen, war 1870 bei Spichern und Metz dabei als Kommandeur des zur I. Armee (Generalfeldmarschall von Steinmetz) gehörenden 8. Armeekorps.

<sup>228</sup> Georg von Kameke (1817–1893) Generalmajor, preussischer Kriegsminister, weihte am 9.8.1874 das Winterbergdenkmal ein. Ein Bildnis von Kameke war als Medaillon im historischen Festsaal des Rathauses am Schloßplatz angebracht gewesen. 1870 Kommandeur der 14. Infanterie Division. Aus eigenem Entschluss griff er die französische Stellung an, die er nur von schwachen Kräften besetzt glaubte.

<sup>229</sup> Eduard von Pestel, Kommandeur seit 5.3.1869 des Ulanenregimentes als Führer der Grenzwehr. Verteidiger von Saarbrücken, später General; verstorben 1908 und im Ehrental beigesetzt.

<sup>230</sup> Oberst von Reuter, Kommandeur des 1. Brandenburgischen Grenadier-Regiments Prinz Friedrich Karl von Preußen Nr. 12, bei der Erstürmung des Spicherer Berges am 6.8.1870 im Gifertwald verwundet und in Saarbrücken im Lazarett. Er starb dort an seiner Verwundung. Ein Bildnis von ihm war als Medaillon an der Tür zum historischen Saal im alten Rathaus am Schloßplatz angebracht.

<sup>231</sup> Graf Albrecht von Roon (1803–1879). Seit 1859 Kriegsminister. 1873 Generalfeldmarschall. War im August 1870 in Saarbrücken.

<sup>232</sup> Schleiden, Die schöne Luise, S. 19.

<sup>233</sup> Dem Reiterführer Oberst Friedrich von Hellwig gewidmet, (8.1.1775–26.6.1845). Kam 1820 als Kommandeur mit der 3. und 4. Schwadron des 2. Rhein. Husaren-Regiments Nr. 9 nach Saarbrücken. Aus diesen Schwadronen wurde später das Ulanen-Regiment Nr. 7 gebildet.

<sup>234</sup> Kommandeur des Dragoner-Regiments Nr. 7, Wilhelm von Heuduck (1821–1899). Reitergeneral, starb 1899 als General der Kavallerie,

<sup>235</sup> Großherzog Friedrich von Baden war Befehlshaber des 7. Ulanenregiments.

in Malstatt und Burbach zu Ehren bspw. mit der Bülowstraße. Diese Namensgebung kann als bewusstes „Mittel der monarchistischen Indoktrination“ in Vierteln mit Arbeiterschaft und unterem Mittelstand interpretiert werden.<sup>236</sup> Insgesamt spielen Militärs für die Straßenbenennung von Saarbrücken und St. Johann eine herausragende Rolle, tendenziell vielleicht sogar etwas stärker als im reichsweiten Durchschnitt. Im ausgehenden 19. Jahrhundert und der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wurden im Deutschen Reich auch Straßen nach Kolonialisten benannt, auch nach 1918. Solche Namen sind in Saarbrücken vergleichsweise selten: Neben der heutigen Lüderitzstraße<sup>237</sup>, im Adressbuch 1926/27 erstmals erwähnt, gab es die 1909 erstmals erwähnte Nettelbeckstraße,<sup>238</sup> die am 28. Februar 1947 zu „Im Stockenbruch“ umbenannt wurde. Die Straßenbenennungen des Kaiserreiches stehen für einen national-protestantischen Kulturkanon. Neben Militärs sind Martin Luther<sup>239</sup>, Herder und der Freiherr von Stein Namensgeber, ebenso dynastische Namen wie Hohenzollern. Sozialdemokraten und Katholiken wurden im Kaiserreich nicht geehrt. Die zahlreichen Benennungen nach Militärs erklären sich aus dem Städtewachstum von St. Johann, Alt-Saarbrücken und Malstatt-Burbach nach der Reichsgründung 1870/71. Sie korrespondieren mit der Erfahrung als Grenzlandort im Zeichen napoleonischer Expansion, Befreiungskriegen und des deutsch-französischen Gegensatzes.

#### **4. Nach 1918 – Zeitenwende: Erstmals Umbenennungen. Militärs, Wissenschaftler und ermordete Republikaner als Namensgeber**

Die Straßenbenennungen der 1920er Jahre orientierten sich in der Weimarer Republik an Weltkriegshelden, Kolonialisten, aber auch an sozialdemokratische und andere republikanische Politiker werden berücksichtigt.<sup>240</sup> Im Grundsatz gilt dies auch für die Großstadt Saarbrücken der Völkerbundzeit, wobei Kolonialisten für Saarbrücken keine herausragende Rolle spielten, wohl aber Benennungen nach herausragenden Künstlern und Naturwissenschaftlern.

In den 1920er Jahren wächst Saarbrücken weiter etwa am Homburg, dem Rotenbühl und auch in Malstatt. Bei der Namensgebung spielen Kapazitäten aus Wissenschaft und Kultur eine maßgebliche Rolle wie Mozart, Beethoven und Schumann; auf dem neu erschlossenen Homburg insbesondere von Physikern wie Bunsen, Ohm, Röntgen oder Architekten wie Semper, Schinkel oder Sitte.

Alle diese Namen setzten ein hohes Maß an Allgemeinbildung voraus, ein lokaler Bezug spielte zunächst keine Rolle.<sup>241</sup> Im Vordergrund stand in der besonderen politischen Situation der Abtrennung das Signal der Verbindung mit deutscher Kultur. Im Lauf der 1920er Jahre wurde eine stärkere lokale Orientierung eingefordert. Die Saarheimat sollte Pate für Namensgebungen sein und auch eine Verbundenheit mit den nach dem Versailler Vertrag verlorenen Gebieten im Osten wurde etwa von der DVP angemahnt.<sup>242</sup>

---

<sup>236</sup> Schleiden, Schöne Luise, S. 19.

<sup>237</sup> Adoloh Lüderitz, 1834 – 1886, Kaufmann, Kolonialist in Namibia.

<sup>238</sup> Joachim Christian Nettelbeck (1738–1824), Seefahrer, Obersteuermann auf holländischen Sklavenschiffen.

<sup>239</sup> Im protestantischen Saarbrücken erstaunlicherweise erst 1951 (St.Johann), StA SB, V 67, Straßennamendatenbank.

<sup>240</sup> Pöppinghege, Geschichtspolitik.

<sup>241</sup> Flender, Erinnerungskultur, S. 76 ff.

<sup>242</sup> Ebda.

Während der Völkerbundzeit kommt es erstmals zu Umbenennungen. Zwischen 1918 und 1935 betraf dies in Saarbrücken die Alleestraße. Aus ihr wurde die Hindenburgstraße und aus der Luisenstraße die Stresemannstraße. Die Sulzbachstraße in Saarbrücken wurde nach dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik und SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (1871–1925) umbenannt.

Eine neu angelegte Straße am Homburg wurde nach dem ermordeten Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1875–1921) und dem ermordeten Außenminister der Weimarer Republik Walter Rathenau (1867–1922) benannt, Industrieller, Mitglied der liberalen DDP und Jude.

Diese Namen stehen vorrangig für die demonstrative Verbundenheit des Saargebietes mit Deutschland, die republikanischen Bezüge spielten damals nicht die erste Rolle. Die vorrangig die Verbundenheit mit Deutschland zu signalisierende Orientierung zeigt sich noch stärker in der Benennung nach ehemals deutschen Städten und Gebieten: Die seinerzeit neu errichtete Kaiserslauterer Straße bekam den Namen Danziger Straße in Erinnerung an die nach dem Ersten Weltkrieg vom Deutschen Reich abgetrennte und auch unter Völkerbundverwaltung stehende Stadt. Im Deutschen Reich selbst wurden zahlreiche Saarstraßen und Saarbrücker Straßen benannt, um die Verbundenheit mit dem ebenfalls unter Völkerbundverwaltung stehenden Saargebiet zu bekunden.

Andere Straßennamen der Völkerbundzeit wollten Militärs ehren und an Kriege und Schlachten erinnern. So hieß etwa die nach der gleichnamigen elsässischen Stadt bezeichnete Mülhauserstraße in Saarbrücken-Burbach zwischen 1927 und 1949 Gravelottstraße. Diese Bezeichnung erinnerte an die Schlacht bei Gravelotte im deutsch-französischen Krieg 1870/71.<sup>243</sup> Ebenso wurde eine Straße nach Katharina Weißgerber benannt, die bei der Schlacht von Spichern verwundete Soldaten gepflegt hatte.<sup>244</sup>

## 5. Verordnete Erinnerungskultur der NS-Diktatur

Die NS-Diktatur markiert in der Geschichte der Straßenbenennungen eine Zäsur. Wie noch nie zuvor in der Geschichte wurden Straßennamen politisch instrumentalisiert und dabei massiv von Straßenumbenennungen Gebrauch gemacht. Ferner brach die NS-Diktatur mit zwei bisher üblichen Grundsätzen der Straßenbenennungen: zum einen damit, im Falle von Straßenbenennungen nach Personen nur Verstorbene zu berücksichtigen und zum anderen, dass Straßenbenennungen in den Kompetenzbereich der kommunalen Verwaltung fallen.

Laut Verordnung des Innenministeriums vom Juli 1933 über die Grundsätze für die Straßenbenennungen gab es nun in jeder Stadt eine Adolf-Hitler-Straße, Hermann-Göring-, Joseph- Goebbels oder Robert-Ley-Straße. Während des Krieges folgten in unserer Region die Josef-Bürckel-Straßen und Dr. Todt-Straßen und Plätze. Auch die zu Märtyrern stilisierten Schlageter<sup>245</sup> (Brücke) und Wessel (Horst Wessel<sup>246</sup> Platz –

---

<sup>243</sup> Karl August Schleiden, Von Gustav Stresemann über Adolf Hitler zu Max Braun. Straßennamen als Ausdruck politischer Einflußnahme am Beispiel von Saarbrücken (Teil II), in Eckstein 5/1994, S. 11

<sup>244</sup> Flender, Erinnerungskultur, S. 76 ff.

<sup>245</sup> Albert Leo Schlageter (1894–1923) war Soldat im Ersten Weltkrieg und Angehöriger verschiedener Freikorps. Schlageter war Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation Großdeutsche Arbeiterpartei. Während der französisch-belgischen Ruhrbesetzung war er militanter Aktivist und wurde wegen Spionage und mehrerer Sprengstoffanschläge von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

<sup>246</sup> Horst Wessel (1907–1930), Sturmführer der SA, der paramilitärischen Kampforganisation der NSDAP. Nachdem Wessel von KPD-Mitgliedern getötet worden war, stilisierte ihn die NS-Propaganda zu einem Autor/Berichterstatter: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Landwehrplatz) kamen zu Ehren.<sup>247</sup> Bereits in der Stadtverordneten-Versammlung am 30. Januar 1935 wurden drei Straßen und Plätze umbenannt: Rathenau, Erzberger und Stresemann als Repräsentanten der Republik wurden aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen. Ersetzt wurden sie durch die den technischen Fortschritt personifizierenden Diesel und Daimler. Insgesamt wurden während der nationalsozialistischen Herrschaft 18 Straßen und Plätze in Saarbrücken umbenannt.<sup>248</sup>

Für Saarbrücken und das Saarland zeigt sich insbesondere durch das Interesse von Gauleiter Bürckel, den Sieg bei der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935 in der Erinnerungskultur fest zu verankern, er wünschte in allen größeren Gemeinden einen „Platz der Deutschen Front“ und eine „Straße des 13. Januar.“<sup>249</sup>

Aufgrund einer Eingabe des bekannten Heimatkundlers Nikolaus Fox, der sich an der grammatikalischen Syntax der Schreibweisen der neuen Straßenbezeichnungen störte, da diese Französisch seien, wurden sie korrigiert: Anstelle des „Platzes der Befreiung“ hieß es „Befreiungsplatz“. Dies entspreche schließlich der deutschen Grammatik und so wurde es in Saarbrücken dann auch gehandhabt. Aus der „Straße des 13. Januar“ wurde deshalb die „13. Januar Straße“. Zudem trugen die Straßenschilder nicht mehr die lateinische Schrift, sondern die als solche bewertete „ausdrucksvolle deutsche Schrift“, der sogenannte „völkische Umbruch“ sollte „nicht nur innerlich erfasst, sondern auch nach äußerem Ausdrucke“ vermittelt werden, wie Fox am 22. Februar 1935 an Oberbürgermeister Neikes schrieb.<sup>250</sup>

In der Nähe der 13. Januar Straße entstand das sogenannte Befreiungsfeld zum Aufmarschplatz für NSDAP-Organisationen. Der Landwehrplatz wurde in Horst-Wessel-Platz umbenannt. Regionale Aspekte waren auch maßgeblich für die nach Jakob Johannes umbenannte Breitestraße in Saarbrücken – ein Burbacher, den ein französisches Militärgericht 1919 zum Tode verurteilt hatte, die Nazis stilisierten ihn zum Märtyrer, nach ihm benannte Straßen gab es auch in anderen saarländischen Städten.<sup>251</sup>

Bei den Neubenennungen auf dem Rastpfuhl waren das Sudetenland und deutsche Siedlungen auf dem Balkan Namensgeber wie bspw. Egerland, Reichenberg, Brümm, und Böhmerwald, im Saarbrücker Südraum Tirol und der Freiheitskämpfer Andreas Hofer.<sup>252</sup> Noch bestehende jüdische Straßennamen waren durch einen Runderlass vom 27. Juli 1938 umzubenenen, in Saarbrücken gab es keine daraus folgende Umbenennung.<sup>253</sup>

Die Straßenbenennung oblag zwar noch den Kommunen, NSDAP und Ortspolizeibehörde waren aber miteinzubinden. Mit Kriegsausbruch gab es im gesamten

„Märtyrer der Bewegung“. Wessel war Verfasser des Horst-Wessel-Lieds, das kurz nach seinem Tod zur Partei hymne der NSDAP wurde.

<sup>247</sup> Flender, Erinnerungskultur, S. 78 ff.

<sup>248</sup> Ebda.

<sup>249</sup> Flender, Erinnerungskultur, S. 116.

<sup>250</sup> Ebda., S. 81; siehe auch : Landesarchiv Saarbrücken, Ministerium des Innern, Nr. 897.

<sup>251</sup> Hans-Christian Herrmann, Burbach in bewegter Zeit (1918 – 12935), in: Ders. u.a. (Hg.), Burbacher Gold. Kohle, Stahl und Eisenbahn. Ein Stück Saarbrücker Stadtgeschichte, Marpingen 2019, S. 136.

<sup>252</sup> Stadtarchiv Saarbrücken (StA SB), G/2088 und G/3784: u. a. Andreas-Hofer-Straße, Insbrucker Str., Lilienthal-Str, siehe auch Schleiden, Von Stresemann über Hitler zu Braun, S. 12.

<sup>253</sup> StA SB, G/3423.

Reich zahlreiche Benennungen nach Offizieren und Generälen des 2. Weltkrieges, dies wurde 1940 vom Reichsinnenministerium im Grundsatz unterbunden wie auch Benennungen nach lebenden Personen (ausgenommen NS-Größen). Ausnahmen im Einzelfall erforderten eine sogenannte Führerentscheidung.<sup>254</sup>

## **6. Nach 1945 – Umbenennung an der Saar zwischen Entnazifizierung und erneuter politischer Beeinflussung**

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges waren die erneuten Um- bzw. Rückbenennungen nicht nur Teil des Entnazifizierungsprozesses, sondern sie erscheinen auch als Ausdruck einer von der Militärregierung angestrebten kulturellen und gesellschaftlichen Umorientierung und Heranführung an Frankreich. Diese „Pénétration culturelle“ war mit der Politik einer „Entpreußung“ verbunden. Bis 1947 waren die Umbenennungen durch die französische Militärregierung angeordnet worden. Danach wurden Straßenumbenennungen zwischen Verbänden, Einzelpersonen, Anwohnern und den jetzt für diese Angelegenheit wieder zuständigen Kommunen verhandelt. Das städtische Straßenbauamt prüfte zunächst die Vorschläge, sie wurden im Anschluss dem Hauptausschuss und der Stadtverordnetenversammlung zum Mehrheitsbeschluss unterbreitet. Danach wurden den Bürgern die Umbenennungen in der Presse mitgeteilt.<sup>255</sup>

Seitens der Militärregierung wurden zwischen 1945 und 1947 die beachtliche Anzahl von 127 Straßen und Plätzen umbenannt, 63 im Jahr 1945 und 64 im Jahr 1947. Geht man davon aus, dass es 1950 in Saarbrücken 666 Straßen gab, sind das knapp 20 Prozent. Fast jede fünfte Straße wurde damit umbenannt. Die jetzt durchgeführten Straßenumbenennungen entfernten alle nationalsozialistisch geprägten Namen, nachvollziehbar mit Blick auf die Verbrechen der NS-Diktatur. Die Umbenennungen versuchten aber ebenso die Erinnerung an alles Preussische zu tilgen wie auch mögliche Identifikationssymbole zur deutschen Geschichte. So wurden etwa auch die von der NS-Diktatur getilgten republikanischen Politiker nicht mehr zu Namengebern.

Es erfolgte der Versuch des Aufbaues eines gänzlich anderen öffentlichen Symbolsystems. Willi Graf, der Widerstandskämpfer der Weißen Rose, wurde jetzt geehrt und in der Öffentlichkeit von Ministerpräsident Johannes Hoffmann vor allem seine katholische Prägung herausgestellt.<sup>256</sup> Geografische Namen wurden verwandt, wenn sie in der Pfalz, an der Mosel oder in Frankreich lagen, um die Verbundenheit der Saar mit der Grande Nation zu vermitteln.

In der zweiten Phase der Umbenennungen 1947 kamen Personen der regionalen Geschichte mit republikanischen Bezügen zu Ehren wie Friedrich Hecker, Johann Georg Wirth, Philipp Jakob Siebenpfeiffer, Robert Blum, Friedrich Engels und Ferdinand Dietzsch. Diese Benennungen stärkten Bezüge zum Vormärz und zur 1848er Revolution bzw. zum Parlamentarismus. Ebenso wurden regionale Akteure des Widerstandes geehrt wie der Kommunist Josef Wagner, die Sozialdemokratin Johanna Kirchner, der

---

<sup>254</sup> Ebda.

<sup>255</sup> Flender, Erinnerungskultur, S. 82 ff.

<sup>256</sup> Ebda.



ehemalige SPD Vorsitzende des Saargebietes Max Braun oder der Leiter der katholischen Aktion in Berlin Erich Klausener.

Die „Helden der Befreiungskriege“ bzw. die Gegner Napoleons verschwanden jetzt und wurden durch französische und italienische Musiker ersetzt wie Bizet, Verdi, Offenbach oder Puccini und Schriftsteller wie Victor Hugo, Molière und Dante. Zahlreiche französische Namen sollten die Erinnerung an die preußische Vergangenheit ersetzen: Pasteur, Lafayette, Cartesius (für Fichte) oder der Donon (Berg in den Vogesen). Auch die Bismarckstraße fiel und wurde zur Schillerstraße. Entweder war man seinerzeit nicht konsequent oder man hatte einige Namen bei den „Säuberungsaktionen“ einfach vergessen wie Alvensleben, Heuduck, Kameke, Roon, Steinmetz, Tauentzien, Werder oder François zeigen.<sup>257</sup>

Grossomodo zeigt die Umbenennungspraxis eine politische Instrumentalisierung, die weit über eine Entnazifizierung hinausging und nicht nur preußische Traditionen kappte. All diese Straßenumbenennungen hatten das Ziel, die in den letzten 50 Jahren entstandenen Erinnerungswerte zu löschen und sie sollten dazu beitragen, dem neuen Saarstaat eine Legitimationsgrundlage zu schaffen. Dass ausgerechnet nach dem Franzosenhasser Arndt immer noch eine Straße benannt wurde, deutet daraufhin, dass man wohl insgesamt mit der Recherche ein wenig überfordert war.

## **7. Nach 1955 – Einerseits fragwürdige Umbenennungspraxis im Zeichen politischer Polarisierung, andererseits Konflikte zwischen den prodeutschen Parteien**

Nach der Volksabstimmung 1955 kam es erneut zu einer Revision der zehn Jahre zuvor durchgeführten Straßenumbenennungen. 1956 erfolgten zwölf Straßenumbenennungen, 1957 noch mal 24 en bloc. Im Vorfeld kam es zu heftigen politischen Auseinandersetzungen, wieder sollten Straßennamen allein politischen Intentionen folgen.<sup>258</sup> Vor allem die in Saarbrücken starke DPS mit ihrem Vorsitzenden Dr. Heinrich Schneider war hier besonders aktiv, der Symbolfigur des Abstimmungskampfes vom 23. Oktober 1955.

Ziel der Straßenumbenennungen war jetzt wiederum, den vorangegangenen französischen Einfluss zu tilgen und insbesondere die entfernten preußischen Bezüge wieder herzustellen. So war nach 1945 die Reichsstraße aufgegeben und die Bahnhofstraße auf ihren Bereich ausgedehnt worden, dies wurde nun 1956 wieder korrigiert und mit der Bezeichnung Reichsstraße an die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 erinnert.<sup>259</sup>

Aus der Verdistrasse wurde wieder die Blücherstraße, aus der Victor-Hugo-Straße wieder die Clausewitzstraße, aus der Commercys Straße wieder die Cecilienstraße, aus der Cartesiusstraße wieder die Fichte Straße, aus der Molièrestraße wieder die Yorckstraße, die Straßburger Allee wurde wieder zur Präsident-Baltz Straße und aus der Saarlandstraße wieder die Preußenstraße.

Fragwürdig nicht nur aus heutiger Sicht erscheinen Rückbenennungen, die das Lebenswerk von Widerstandskämpfern missachteten. Max Braun entfiel und die

---

<sup>257</sup> Schleiden, Braun, S. 13

<sup>258</sup> StA SB, V 18, Stadtratssitzung vom 16.4.1957.

<sup>259</sup> Ebenso, V 62, Straßenumbenennungen 1983-1988, Vm. 62 vom 28.1.1985..

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

bedeutende Straße hieß wieder Großherzog-Friedrich-Straße, aber auch die seit dem 18. Februar 1947 bezeichnete Johanna-Kirchner-Straße wurde am 16. April 1957 wieder in Bülowstraße umbenannt.<sup>260</sup>

Diese Umbenennungen erfolgten nicht im Konsens, sondern waren vorrangig das Werk der DPS, denn innerhalb der DPS/CDU-Koalition in Saarbrücken gab es Differenzen wie die Stadtratssitzung vom 16. April 1957 zeigt. Die Sitzung dauerte von 17.00 Uhr bis 1 Uhr nachts und verlief stellenweise laut Presseberichterstattung tumultartig. Die Vorlage der Kommission für Straßenbenennungen vom 10. April 1957 scheiterte zunächst im Stadtrat an einem Patt am Widerstand von CVP (Partei des früheren Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann) und SPD, aber auch der CDU. Die SPD warb dafür, auf Umbenennungen generell zu verzichten und die Namen bei der Benennung neu angelegter und zu benennender Straßen zu berücksichtigen. SPD-Fraktionschef Oberpostrat Schneider sprach auch die aus Umbenennungen resultierenden Probleme bei der Postzustellung an. Die CDU stellte dann aber einen Antrag, der dem Kommissionsvorschlag in Teilen folgte, auf die Umbenennung folgender Straßen aber verzichtete: Moselstraße in Hermann-Löns-Straße, Alleestraße in Hindenburgstraße, An den Herrengärten in Pestelstraße, Hanna-Kirchner-Straße in Bülowstraße; In der Langgasse bzw. früher Holtzendorffstraße in Scharnhorststraße, Lafayettestraße in Papestraße, Saarlandstraße in Preußenstraße sowie Ursulinenstraße in Königin-Luisen-Straße. Die CDU stimmte für diesen Antrag und auch die DPS, weil sie damit einen Teil der von der Straßenkommission vorgesehenen Umbenennungen durchsetzen konnte. Die DPS wollte aber mehr, sie versuchte nun die gescheiterten Umbenennungen auf dem Weg von Einzelanträgen durchzusetzen. Obwohl CDU, SPD und CVP mit dem Verfahren der Einzelanträge nicht einverstanden waren, kam es zu diesen Einzelanträgen, nachdem der DPS-Antrag zur Umbenennung der von der CDU abgelehnten Umbenennungen gescheitert war. Aus Protest gegen die DPS-Einzelanträge verließen CVP und SPD den Stadtrat mit der Folge, dass die DPS als stärkere Fraktion gegen die schwächere CDU ihre Einzelanträge durchsetzen konnte. So erfolgten die Umbenennungen in Hindenburgstraße, Pestelstraße, Bülowstraße, Scharnhorststraße, Papestraße und Preußenstraße sowie die Umbenennung der Schillerstraße in Bismarckstraße und Schillerplatz. Als die DPS dann auch die Umbenennung der Ursulinenstraße in Königin-Luisen-Straße beantragte, setzte das CDU-Stadratsmitglied Josef Ernst dem Treiben ein Ende. Er verließ die Sitzung und führte damit die Beschlussunfähigkeit herbei.<sup>261</sup>

Der Unmut der Bevölkerung aufgrund der ständigen Umbenennungen war groß. Folge der Umbenennungen war auch, dass erst 1959 ein neuer gültiger Stadtplan von Saarbrücken erscheinen konnte. Die Umbenennungen von 1956/1957 stehen insgesamt für eine Revision einer Politik, die neben Entnazifizierung, auch auf Entpreußung und die Eigenstaatlichkeit des Saarlandes setzte. Die DPS mit ihrer protestantischen und national und bisweilen nationalistisch orientierten Wählerschaft und Repräsentanten setzte auf die Wiederherstellung von Straßennamen aus der Kaiserzeit. Die katholisch orientierte CDU wollte diesen Weg aber nicht voll umfänglich mitgehen und fand darin

---

<sup>260</sup> Saarbrücker Zeitung vom 18.4.1957; StA SB, V 62, Straßenbenennungen 1983 – 1988, Auszug Protokoll der DK vom 18.1.1983.

<sup>261</sup> Saarbrücker Zeitung vom 18.4.1957; Saarländische Volkszeitung vom 18.4.1957, Saarbrücker Allgemeine Zeitung vom 18.4.1957. StA SB, V 18., Protokoll der Stadtratssitzung vom 16.4.1957. Josef Ernst (05.07.1903–18.11.1971), Buchhalter, Eintritt in die NSDAP zum 1.7.1935, kaufmännischer Angestellter, Stadtrat vom 13.5.1956 bis 15.5.1960, Mitglied in der Kommission für Friedhöfe, Park- und Gartenangelegenheiten, Große Baukommission, Wohnungsbauausschuss, Hauptausschuss, Sport-, Schul- und Baukommission.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

auch eine Schnittmenge zur CVP. Während die CVP die Umbenennungen politisch ablehnte, wollte die SPD eher aus pragmatischen Gründen von Umbenennungen Abstand nehmen.

## **8. Die 1960er Jahre: Straßenbenennung im Zeichen der Spaltung Deutschlands und Würdigung des bürgerlichen Widerstandes gegen die NS-Diktatur**

Im Zuge der Erschließung des Eschberges gab es eine Vielzahl neuer Straßen zu benennen. Als Namen dienten Landschaften, Flüsse und Städte in der DDR wie etwa Brandenburg, Erfurt, Halle, Magdeburg, Mecklenburg, Küstrin, Weimar, Saale und Spree. Ferner wurden die Straßen nach Städten der ehemaligen deutschen Ostgebiete benannt wie Danzig, Glogau, Königsberg, Memel und Tilsit sowie Benennungen nach Stettin und Breslau. Am 16. Juli 1963, fast zwei Jahre nach dem Mauerbau, beschloss der Saarbrücker Stadtrat 18 Straßen nach Orten in der DDR und den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu benennen. Das war keine Saarbrücker Besonderheit, sondern in der gesamten Bonner Republik üblich. Der seinerzeit starke Einfluss der Vertriebenenverbände erklärt insbesondere die Benennung nach Orten bzw. Städten ehemaliger deutscher Ostgebiete, so finden sich auf dem Eschberg etwa auch der Schlesien-Ring und Pommern-Ring. Gerade für die 1960er Jahre war dies prägend, zu erklären im Kontext der Spaltung Deutschlands und des Kalten Krieges. In diesem Zusammenhang steht auch die Bezeichnung Berliner Promenade.<sup>262</sup> Ihr Name zeigt ebenso den Einfluss von Verbänden und Vereinigungen, denn der Kreisverband Saar des Bundes der Berliner erhob seit 1957 mehrfach die Forderung, in Saarbrücken eine Straße nach Berlin zu benennen, der frühere KP-Stadtverordnete Brückner stimmte als einziger dagegen.<sup>263</sup>

Die neuen Straßen auf dem Eschberg wurden ferner nach Persönlichkeiten des 20. Juli 1944 benannt wie Graf von Stauffenberg, Goerdeler und den Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, ebenso der katholische Widerstand mit Pater Alfred Delp und der protestantische mit Dietrich Bonhoeffer. Der kommunistische Widerstand wurde nicht vollständig ignoriert.<sup>264</sup>

Mit der Josef-Wagner-Straße in Malstatt gab es bereits seit dem 28. Februar 1947 einen Straßennamen in Saarbrücken, der an einen von den Nationalsozialisten hingerichteten Kommunisten erinnerte.<sup>265</sup> Man könnte meinen, dieser Name sei bei den Umbenennungsaktionen 1956/57 den Akteuren entgangen. Interessant ist, dass es bei der evangelischen Kirche in Malstatt zusätzlich auch einen Josef-Wagner-Platz gab. Dieser wurde am 4. Februar 1964 in Pfarrer- Bleek-Platz (Philipp Bleek) umbenannt, um den dort in den 1930er Jahren tätigen evangelischen Pfarrer zu würdigen, der den Deutschen Christen Paroli geboten und ins Visier von NS-Justiz und Gestapo geraten war. Die von der DPS favorisierte Umbenennung fand wohl nur deshalb Zustimmung, weil der Platz mit Blick auf Bleek besonders geeignet erschien, es aber auch noch eine Josef-Wagner-Straße gab, die unangetastet blieb.<sup>266</sup> Die DPS repräsentierte zu dieser Zeit, in der konfessionelle Bindungen Politik und Gesellschaft noch bestimmten, das in Saarbrücken starke und einflussreiche protestantische Bürgertum. Dies erklärt vielleicht

---

<sup>262</sup> StA SB, V 62, Straßennamendatenbank

<sup>263</sup> Flender, Erinnerungskultur, Anm. 71 und 72.

<sup>264</sup> Ebda.

<sup>265</sup> StA SB, V 62, Straßennamendatenbank.

<sup>266</sup> Ebenso, V 18, Niederschrift zur Stadtratssitzung vom 4.2.1964.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

auch, dass bereits am 3. Februar 1959 beschlossen worden war, einen Platz nach dem früheren Superintendenten Hubert Nold (1861–1935) zu benennen. In den 1960er Jahren scheinen gleichwohl lokale Persönlichkeiten in Saarbrücken recht wenig als Namensgeber genutzt worden zu sein.

Seit 1954 gibt es in Saarbrücken die Karl-Marx-Straße, zum 70. Geburtstag von Marx im Jahr 1953 hatte die KP Saar die Umbenennung der Sulzbachstraße gefordert, das Sulzbachtal war eine KP-Hochburg. Die KP begründete dies vor allem mit den wissenschaftlichen Leistungen von Karl Marx. Am Ende der KP-Ambitionen stand dann die Umbenennung der in der Nähe des Hauptbahnhofs befindlichen Friedrich-Wilhelm-Straße.<sup>267</sup> Bis heute besteht diese Straße, auch während des Kalten Krieges blieb sie unangetastet.

## 9. Kommunale Gebietsreform und das Problem von Doppelbenennungen

Im Zuge der kommunalen Gebietsreform zum 1. Januar 1974 entstand das Problem der Doppelbenennung von Straßen. Saarbrücken hat nach der kommunalen Gebietsreform bis heute eine hohe Zahl gleichlautender Straßen: So gibt es etwa eine Schillerstraße in Dudweiler, Güdingen und Altenkessel. Außerdem gibt es acht Schulstraßen in der Landeshauptstadt, zahlreich sind ferner: St. Ingberter Straße, Saarbrücker Straße, Scheidter Straße, Lessingstraße. Saarbrücken zählt im September 2020 1.753 Straßen, 1.468 Straßennamen, wovon 166 mehrmals vorkommen, davon 101 zweimal, 37 dreimal, 14 viermal, 4 fünfmal, 5 viermal, 6 sechsmal, 7 dreimal und 8 einmal.<sup>268</sup> Eine Bereinigung steht bis heute aus und war wohl gerade in den ersten Jahren politisch kaum umzusetzen, das Thema Gebietsreform hinterließ Wunden, die teilweise bis heute nicht verheilt sind.

## 10. Straßennamen und Firmeninteressen

Ein frühes Beispiel für Interessen von Unternehmen an Straßennamen war die 13. Januar-Straße, die nach 1945 in Schlachthofstraße umbenannt worden war. Einer alt eingesessenen Lebensmittelhandlung schien diese Bezeichnung für ihre Branche wenig dienlich und es gelang der Firma eine Umbenennung in St. Arnualer Straße zu veranlassen.<sup>269</sup>

Nachdem sich die Ansiedlung des Bremsenherstellers Bendix im Saarbrücker Südraum 1975 als nicht nachhaltig erwies, wurden die Flächen von Daimler-Benz erworben und dort eine Niederlassung errichtet. Auf Wunsch des Unternehmens fasste der Stadtrat am 15. Juni 1976 den Beschluss, die bisherige Ferdinand-Porsche-Straße in Karl-Benz-Straße umzubenennen und die Benzstraße Am Homburg in Ferdinand-Porsche-Straße. Dagegen gab es Kritik von Seiten einiger Anlieger und von Hajo Hoffmann, damals SPD-Bundestagsabgeordneter, der im Stadtgebiet Am Homburg aufgewachsen war. Am 20. Juli 1976 wurde daraufhin die frühere Ferdinand-Porsche-Straße nach Untertürkheim benannt, einem der bedeutendsten Produktionsstandorte der Daimler-Benz AG. Mit der 1967 gegründeten Deutschen Peugeot war Saarbrücken Standort der Importorganisation für die Bundesrepublik, 1973 erfolgte die Grundsteinlegung zur

<sup>267</sup> Flender, Erinnerungskultur, Anm. 66.

<sup>268</sup> Straßenverzeichnis der LHS Saarbrücken, hg. vom Amt für Entwicklungsplanung, Statistik und Wahlen, September 2020, S. 59

<sup>269</sup> Flender, Erinnerungskultur, Anm. 82.

umfassenden Erweiterung und zum Neubau der Anlagen in Güdingen. Auf Wunsch des Unternehmens, einem potenten Steuerzahler für Stadt und Land, wurde am 15. März 1994 die Straße von der Kleinblittersdorfer Straße zum Firmengelände nach Firmengründer Armand Peugeot benannt.<sup>270</sup>

Eine besondere Berücksichtigung einer Großmetzgerei erklärt wohl auch die am 4. Februar 1997 beschlossene Bezeichnung Lyonerring für eine Straße im Bereich der Straße des 13. Januar. Die Benennung fällt auch in die Phase, in teilweise extremer Weise die Lyoner zur saarländische Identitätsbildung zu instrumentalisieren.<sup>271</sup>

## **11. Die Berücksichtigung antifaschistischer Biografien und die Erinnerung an die NS-Diktatur – ein langer Weg**

Nachdem Rückbenennungen der Jahre 1956 und 1957 Persönlichkeiten wie Max Braun und Hanna Kirchner tilgten, zeigt sich in den 1980er Jahren die Entwicklung, an Persönlichkeiten im Kampf gegen den Nationalsozialismus zu erinnern. Gleichwohl ist nicht erkennbar, dass dies ein entscheidender Orientierungspunkt bei der Neubenennung gewesen ist. Von den zwischen 1986 und 1992 elf neu zu benennenden Straßen sind nur zwei nach Personen benannt, einmal nach dem durch die NS-Diktatur verfolgten Sozialdemokraten und freien Gewerkschafter Fritz Dobisch und der nach dem jüdischen Regisseur benannte Max-Ophüls-Platz. Vor allem DGB-Chef Manfred Wagner hatte sich für Dobisch als Namensgeber engagiert.<sup>272</sup>

Im Jahr 1983 war bereits eine Sackgasse auf dem Rotenbühl nach Max Braun benannt worden.<sup>273</sup> Die Tochter von Hanna Kirchner, Lotte Schmidt und seinerzeit offen bekennendes DKP-Mitglied, hatte sich 1982 an Oberbürgermeister Lafontaine gewandt, anlässlich des bevorstehenden 50. Jahrestages der Machtergreifung Hitlers, eine Straße nach ihrer Mutter zu benennen.<sup>274</sup> Ihr Wunsch wurde rasch umgesetzt und am Heidenkopf am 14. April 1983 eine Straße nach ihr benannt.<sup>275</sup> Ferner beschloss der Stadtrat am 22. März 1984 am Heidenkopf eine Straße nach Peter Zimmer (1887-1970) zu benennen, Sozialdemokrat und Saarbrücker Nachkriegsbürgermeister (1949-1956). Diese Benennungen erfolgten im Konsens und wurden auch von der CDU mitgetragen. Ebenso benannte die Stadt den Platz zwischen Betzenstraße und Rathaus am 18. Juni 1988 nach dem NS-Verfolgten kommunistischen saarländischen Schriftsteller Gustav-Regler. Bereits am 27. Mai 1983 hatte die SPD-Stadtratsfraktion angeregt die damals am Nauwieser Platz befindliche Stadtbücherei als „Gustav-Regler-Haus“ zu bezeichnen.<sup>276</sup>

Auch in den 1990er Jahren versuchte Saarbrücken Persönlichkeiten zu ehren, deren Eintreten gegen den Nationalsozialismus bei den Umbenennungen 1956 und 1957 aus dem Gedächtnis getilgt worden. Am 25. September 1956 war die Heinrich-Barth-Straße wieder in Bergstraße umbenannt worden. Diese Umbenennung stand seinerzeit für eine

---

<sup>270</sup> StA SB, V 62, Straßenbenennungen 1968-1982.

<sup>271</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1997.

<sup>272</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1983-1988, StA 62 an regio select gmbH vom 8.4.1992.

<sup>273</sup> Ebda., V 62, Straßennamendatenbank

<sup>274</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1983-1988, Lotte Schmidt an OB Lafontaine vom 18.12.1982, Amtsleiter Wolter an Manfred Wagner vom 10.10.1985.

<sup>275</sup> Ebda., V 62, Straßennamendatenbank.

<sup>276</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1983-1988, Niederschrift Bezirksrat Mitte, Sitzung 7.7.1983., Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.



Revision der in der Autonomiezeit erfolgten Umbenennungen. Heinrich Barth Junior, der 1928 geborene Sohn des gleichnamigen Bürgermeister, kehrte Burbach, dem Saarland und der Bundesrepublik daraufhin den Rücken und zog nach Frankreich. Er lebte in Eclaran im Departement Haute-Marne. Seine Mutter blieb in Burbach. Sie verstarb am 3. Juni 1984, zuletzt wohnte sie im Altersheim der Arbeiterwohlfahrt in der Trifelsstraße.<sup>277</sup> Im Zuge des Strukturwandels in Burbach wurden auf dem ehemaligen Hüttengelände Dienstleister angesiedelt und neue Straßen angelegt, eine davon wurde ab 8. Juli 1997 nach Heinrich Barth benannt.<sup>278</sup>

Ende der achtziger Jahre mit Blick auf den 50. Jahrestag der Reichspogromnacht gab es in der Saarbrücker Stadtverwaltung die Absicht, Straßen nach einem jüdischen Mitbürger zu benennen. Im Gespräch waren neben Rabbiner Rülff, der jüdische Rechtsanwalt Dr. Walter Sender sowie Eduard Lehmann. So forderte Kulturbeigeordneter Rainer Silkenbeumer das zuständige Stadtamt 62 im Mai 1988 auf, „umgehend“ mitzuteilen, welche Straße oder welcher Platz dafür in Frage käme. Am 29. September schlug Stadtamt 62 „in Absprache mit Herrn Bg. Silkenbeumer (...) Oberbürgermeister Koebnick vor, die noch unbebaute Anliegerstraße zwischen der Kaiserstraße und der Lortzingstraße entlang der neuen Synagoge als Schlomo-Rülff-Gasse zu benennen“. Zuvor hatte Stadtamt 62 am 2. September neben Schlomo-Rülff-Gasse eine Mendelssohn-Gasse vorgeschlagen. Ferner wurde ausgeführt: „Von der Benennung nach dem früheren Generalmusikdirektor Felix Lederer bitte ich abzusehen, da Lederer zwar von einer jüdischen Familie abstammte, jedoch evangelisch war.“<sup>279</sup> Die Saarbrücker Grünen forderten nun am 26. Oktober 1988 die Futterstraße in Synagogenstraße umzubenennen. Der Bezirksrat Mitte hatte zuvor die Initiative ergriffen, eine Straße nach einem verdienten Rabbiner zu benennen.<sup>280</sup> Die Umbenennung der Futterstraße war für die dort angesiedelten 43 Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe extrem nachteilig. Den Betroffenen entsteht ein erheblicher Aufwand im privaten Umfeld und im geschäftlichen Bereich, alle Kunden und Vertragspartner wie z. B. Banken und Versicherungen sind zu informieren. Für Freiberufler und Unternehmen geht es um die Information aller Mandanten, Klienten, Kunden und Patienten. Briefpapier, Rezeptblöcke, Stempel und Werbematerialien sind zu ändern bis hin zu Firmenschriftzügen auf Firmenfahrzeugen. Die Bezeichnung einer noch unbenannten Gasse als „Judengasse“ betraf zwar niemanden, wurde aber von der Öffentlichkeit letztlich als peinlich wahrgenommen. Sie war nicht würdig und wertschätzend und assoziierte mittelalterliche Ghetto-Verhältnisse. Vernichtend fiel der Kommentar von Paul Peters in der Saarbrücker Zeitung am 7. November 1988 aus. Die Stadt fand wohl auf die Schnelle keine neu zu benennende Straße außer dieser Gasse. Die Synagogengemeinde schlug im August 1989 vor, ein Teilstück der Bismarckstraße von der Modernen Galerie bis zur Bismarckbrücke nach Rülff zu benennen. Grundsätzlich präferierte sie aber die Umbenennung der Futterstraße in „Synagogenstraße“ oder „Alte Synagogenstraße“.<sup>281</sup>

Zu den herausragenden Saarbrücker Persönlichkeiten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zählte Willi Graf. Bürgermeister Kajo Breuer (Die Grünen) nahm

---

<sup>277</sup> Ebda., V 11.2, Nr. 443, Personalakte Heinrich Barth.

<sup>278</sup> Ebda., V 62, Straßennamendatenbank.

<sup>279</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1989–1996, Vorgang Straßenbenennung nach einem jüdischen Mitbürger.

<sup>280</sup> Ebda.

<sup>281</sup> Ebda.

darauf Bezug und ging mit der Verleihung einer posthumen Ehrenbürgerschaft einen neuen Weg. Im Jahr 2003 wurde der von der NS-Justiz ermordete Willi Graf Saarbrücker Ehrenbürger, 10 Jahre später wurde ein Teil der unteren Berliner Promenade als Willi-Graf-Ufer benannt und mit dem nahen Rabbiner-Rülf-Platz das Wirken des Saarbrücker Rabbiners gewürdigt.

## 12. Die weitgehend unterbliebene Auseinandersetzung mit dem politischen Sonderweg des Saarlandes

Mit der Neikestraße (3.2.1959)<sup>282</sup> und der Mathias-Iven-Straße (4.2.1964)<sup>283</sup> kamen zwei Persönlichkeiten bei Straßenbenennungen zum Zuge, die bei der Saarabstimmung 1935 eine maßgebliche Rolle spielten, Neikes als Oberbürgermeister, der seit seinem Amtsantritt für die Rückkehr zu Deutschland eingetreten war<sup>284</sup> und Mathias Iven, als Landesredner führendes Mitglied der Deutschen Front und Leiter des Quartier- und Verkehrsbüros<sup>285</sup> Iven war von 1933 -1945 auch Vorsitzender des Ruder-Clubs Saar e.V. in Saarbrücken, Mitorganisator des Saar-Radio-Clubs e.V. und des Verbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer an der Saar e.V. und von 1939 -1945 freiwillig Kriegsteilnehmer in einer Propaganda-Kompanie.<sup>286</sup>

Folgende Mitgliedschaften in der NSDAP und ihrer Organisationen bekleidete er: NSDAP, 1. Juni 1933; NSDAP-Kreispropagandaleiter Saarbrücken 1935 bis 26. August 1939, DAF seit 1936, NSV seit 1935, NSKOV seit 1935, NS Reichsbund für Leibesübungen seit 1935, NS-Altherrenbund, NS Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute ab 1936.<sup>287</sup>

Iven durfte nach 1945 zunächst nicht ins Saarland und sein Eigentum wurde zwangsverwaltet, dann aber wurde er 1951 Mitgeschäftsführer der neugegründeten Saarland-Sporttoto-GmbH, dieses Amt übte er bis 1961 aus. Er hatte einflussreiche Positionen inne, sowohl in der Zeit des autonomen Saarlandes wie auch nach dem 23. Oktober 1955. So gehörte er ab 24. Januar 1952 dem Olympischen Ausschuss des Saarlandes an und wurde Generalsekretär der Olympischen Gesellschaft des Saarlandes. Iven war eine Persönlichkeit, der es gelungen war, sowohl im Lager der Autonomisten wie im Lager der prodeutschen Kräfte Wertschätzung zu genießen bzw. Fürsprecher zu gewinnen.<sup>288</sup>

Bis heute hat Saarbrücken im Unterschied zu vielen anderen Städten keine nach Konrad Adenauer bezeichnete Straße oder Brücke. Dies erklärt sich aus dem konfliktbeladenen Verhältnis in der Auseinandersetzung des saarländischen Sonderweges zwischen 1947 und 1955. Das zur Abstimmung am 23. Oktober 1955 stehende Saarstatut war gemeinsam von Pierre Mendès-France und Konrad Adenauer ausgehandelt worden. Auf einer Veranstaltung in Bochum hatte Adenauer sich für ein Ja zu dem von ihm ausgehandelten Statut ausgesprochen, für ihn eine Frage der Glaubwürdigkeit. Für DPS, CDU und SPD war Adenauers Votum dagegen eine enorme Enttäuschung und sie

---

<sup>282</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1989–1996, VVN, Horst Bernard, an OB Hoffmann vom 1.3.1995, Forderung des VVN 50 Jahre nach Kriegsende und 60 Jahre nach der ersten Saarabstimmung 1935, die Neikes Straße in Heinrich-Detjen-Straße umzubenennen.

<sup>283</sup> Ebda.

<sup>284</sup> Ebda., zur Problematischen Rolle von Neikes im Dienste von Albert Speer, siehe das Gutachten in diesem Bericht.

<sup>285</sup> Ebda.,

<sup>286</sup> Ebda.

<sup>287</sup> Landesarchiv Saarbrücken (LA SB), Staatskommissar für politische Säuberung, Nr. 681.

<sup>288</sup> [http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis\\_detail.php?id=2424](http://www.saarland-biografien.de/frontend/php/ergebnis_detail.php?id=2424).

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

schlossen sich daraufhin demonstrativ zum Heimatbund zusammen. Adenauer galt seitdem vielen als ein Verräter im Saarkampf. Die Abstimmung über das Statut spaltete und traumatisierte die saarländische Gesellschaft.<sup>289</sup>

Persönlichkeiten mit Bezug zur Saarabstimmung 1955 sind deshalb bis heute bei Straßenbenennungen nicht zum Zuge gekommen. Die am stärksten polarisierende und bei den Gegnern der Hoffmann-Regierung populärste Person war der 1974 verstorbene Heinrich Schneider. Gut zehn Jahre nach seinem Tod und 30 Jahre nach dem Referendum vom 23. Oktober 1955 versuchte die FDP Schneider zu ehren, obwohl dieser die Partei aus Protest über die sozialliberale Ausrichtung und die Ostpolitik verlassen hatte. Im Vorfeld der Landtagswahl 1985 brachte die FDP Schneiders Namen ins Spiel als „Motor der deutschen Saar“, die Volksabstimmung 1935 wurde dabei weitgehend ausgeblendet. Schneider sei die Rückkehr der Saar zur Bundesrepublik zu verdanken.<sup>290</sup> Einerseits erscheint dies als politisches Kalkül im Kontext der Landtagswahlen 1985 zur Mobilisierung der alten DPS-Wähler, die sich wie Schneider selbst von der durch Werner Klumpp neu aufgestellten FDP teilweise distanziert hatten oder mit ihr fremdelten, zum anderen sollte Dankbarkeit gegenüber Schneider mit Blick auf die ungleich bessere Bewältigung der Stahlkrise durch das Bundesland Saarland suggeriert werden. Dies lag nahe angesichts der teilweise bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Lothringen, über die im Saarland die Saarbrücker Zeitung und der Saarländische Rundfunk recht ausführlich berichteten. Akteur der Schneider-Bewerbung war unter anderem Hans B. Becker, FDP-Bezirksratsmitglied Mitte, und Sparkassendirektor Lothar Köth, beide kannten den verstorbenen Schneider wohl recht gut oder waren Weggefährten, ebenso wie der FDP-Beigeordnete Manfred Münster und Fraktionschef Siegfried Neuschwander. Zunächst sollte die Scheidter Straße, in der Schneider gewohnt hatte, in Heinrich-Schneider-Straße umbenannt werden, dann sollte die erst 1986 fertig werdende Westspangenbrücke nach ihm heißen.

Den FDP-Wünschen soll Bezirksbürgermeister Prell (SPD) nicht ablehnend gegenüber gestanden haben, er scheint sie aber zugleich auch keineswegs gefördert, sondern geschickt ausgebremst zu haben. Der FDP ging es aber nicht nur um Wahltaktik, auch nach der verlorenen Landtagswahl reklamierte FDP-Landesvorsitzender Dr. Rehberger weiterhin eine Ehrung von Heinrich Schneider, möglicherweise orientierte sich der aus Karlsruhe kommende Rehberger dabei an Wünschen von einigen Schneider-Freunden aus seiner Partei. Neben der Westspange zielte ein anderer FDP-Vorschlag darauf, die von Schneidershof auf den Halberg führende Straße zur Heinrich-Schneider-Allee zu deklarieren.<sup>291</sup>

Interessant ist, dass der damalige SPD-Dezernent Niedner dem Bezirksrat Halberg zu dessen Sitzung am 30. Mai 1986 folgenden Beschlussvorschlag einbrachte: „Die Verwaltung schlägt vor, die Zufahrtsstraße zum Schloß Halberg/Saarländischer Rundfunk in Heinrich-Schneider-Allee zu benennen“. Stadtamt 62 hatte diese Umbenennung bereits am 4. Juli 1985 gegenüber dem Amt für Ratsangelegenheiten geäußert.<sup>292</sup> Von Seiten der Grünen forderte Bezirksratsmitglied Escher im Mai 1986 die Benennung nach Ferdi Welter. Nach dem Tod des SR-Intendanten Dr. Franz Mai 1999 wurde die Straße dann am 10. Mai 2000 nach Intendant Mai benannt. Schon zu

<sup>289</sup> Armin Heinen, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955, Stuttgart 1996, S. 503 ff.

<sup>290</sup> Saarbrücker Zeitung vom 15.12., 18.12., 20.12., 21.12., 29.12.1984.

<sup>291</sup> StA SB, V 62, Straßenbenennungen 1983–1988. DR. Horst Rehberger an OB Lafontaine vom 10.12.1984 und an Bezirksbürgermeister Prell vom 10.12.1984; Hans B. Becker an Bezirksbürgermeister Prell vom 13.12., 1984, Dr. Horst Rehberger an OB Koenig vom 14.10.1985,

<sup>292</sup> Ebda., V 62, Straßenbenennungen 1983–1988, Vorlage zur Sitzung 30.5.1986.

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Lebzeiten Mais hatte SR-Intendant Fritz Raff bereits 1993 darum gebeten.<sup>293</sup> Schneiders bekannte NSDAP-Mitgliedschaft spielte seinerzeit keine Rolle. Dazu war Schneider in der Hoffmann-Zeit aus der Denazifizierung als „Mitläufer“ hervorgegangen. Schneider selbst verschwieg sie nie, sondern bekannte sich demonstrativ zu ihr, zugleich stellte er sich als Opfer dar, nachdem er als Rechtsanwalt sich für jüdische Mandanten und Kommunisten eingesetzt habe, sei das NSDAP-Parteigericht gegen ihn vorgegangen. Durch Studien von Rainer Möhler wissen wir, dass Schneiders Parteiverfahren im Kontext von innerparteilichen Konkurrenzen insbesondere zu Bürckel und den pfälzischen Kräften zu sehen ist.<sup>294</sup>

Die teilweise Umbenennung der Hindenburgstraße in Franz-Josef-Röder-Straße fällt auch in die Ambitionen, Straßen nach Heinrich Schneider zu benennen. Lafontaine setzte kurz vor der Landtagswahl 1985 mit Röder ein klares Zeichen, wem von den Politikern der Nachkriegsgeneration die Ehre einer Benennung zu teil werden sollte, zum anderen konnte er davon ausgehen, dass er damit eine seinerzeit noch populäre Persönlichkeit würdigte und CDU-Wähler erreichte, die eine entsprechende Initiative von ihrer eigenen Partei erwartet hätten. Dort gab es allerdings viele, die Röder nachtrugen, Werner Scherer als Nachfolger verhindert und damit die CDU-Saar geschwächt zu haben. Schon im Herbst 1984 wurden die Weichen gestellt durch einen Beschluss des Bezirkrates Mitte am 13. September 1984, anlässlich von Röders 75. Geburtstag und gut 5 Jahre nach Röders Tod eine Straße nach ihm zu benennen. Initiator war OB Lafontaine. Die Argumentation: „So stehe als Sitz des saarländischen Landtages und verschiedener Ministerien diese repräsentative Straße [Hindenburgstraße] im sogenannten Saarbrücker Regierungsviertel in einem unmittelbaren Zusammenhang zum Wirken Röders während seiner 20jährigen Regierungszeit. Auch Straßennamen sollten Bestandteil einer redlichen Geschichtsschreibung sein. Er, Lafontaine, sehe in der Umbenennung der Hindenburg- in Franz-Josef-Röder-Straße einen Ausdruck der Verdienste des langjährigen Ministerpräsidenten um die Aussöhnung der Völker nach dem 2. Weltkrieg in West (Deutsch-Französische Freundschaft) und Ost (Polenverträge) und zuvor um die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland.“ Außerdem, so Lafontaine: „ (...) verdanke ich Franz Josef Röder die Erfahrung eines von gegenseitigem Respekt geprägten Umganges politischer Gegner!“ Die Umbenennung in Franz-Josef-Röder Straße würdigte Karl August Schleiden als „kluge, auf Toleranz setzende Maßnahme“ und die Rückumbenennung der Hindenburgstraße als „eine Entscheidung gegen die 1957 von der DPS durchgesetzte Rehabilitierung der bis 1945 geltenden Benennung.“<sup>295</sup>

Ambitionen eine Straße nach Repräsentanten des Sonderweges nach 1945 zu benennen kamen im Lauf der 1990er Jahre wieder auf. Bis heute ist keine offizielle Straße nach ihnen benannt. Insbesondere CDU-Fraktionschef Dr. Gerd Bauer bemühte sich Johannes Hoffmann zu berücksichtigen. Die CDU-Stadtratsfraktion wurde im Mai 1990 aus Anlass des 100. Geburtstages des 1967 verstorbenen Ministerpräsidenten aktiv, um eine Benennung nach ihm hatten sich bereits im Vorfeld Brigitte Steinle und der St. Ingberter Fotograf Gerhard Schulthess sich an Ministerpräsident Lafontaine gewandt, der die

---

<sup>293</sup> V 62, Straßenbenennungen, 2000–2007, SR-Intendant Fritz Raff an OB Hoffmann vom 8.2.2000.

<sup>294</sup> Rainer Möhler, Rechtsanwalt Dr. Heinrich Schneider: Trommler oder Mitläufer, in: Peter Wettmann-Jungblut, Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes, Blieskastel 2004, S. 301–324, insbesondere S. 321–323.

<sup>295</sup> Karl August Schleiden, Es wurde versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Straßennamen als Ausdruck politischer Einflußnahme am Beispiel von Saarbrücken, Teil III, in: Eckstein Nr. 6./1995 S. 14. Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

Schreiben an die Landeshauptstadt weiterleitete. FDP-Fraktionschef Siegfried Neuschwander lehnte eine Benennung nach Johannes Hoffmann kategorisch ab, Hoffmann habe die Verantwortung für eine Regierung getragen, die keine Meinungsfreiheit zugelassen habe. Saarbrücken sei Heinrich Schneider eine Benennung schuldig. Grundsätzlich seien die Repräsentanten aller Nein-Sager-Parteien zu berücksichtigen und die pro-deutschen Spitzenpolitiker Dr. Hubert Ney (CDU) und Kurt Conrad (SPD). CDU-Fraktionschef Dr. Bauer appellierte das Für und Wider abzuwägen, während SPD-Fraktionschef Wiebe auf moderate Weise die Neuschwander-Linie stützte und Bauers Vorschlag beerdigte.<sup>296</sup> Als Aufsichtsratsvorsitzender der CCS sorgte Bauer dann dafür, den Platz vor der Congresshalle nach Johannes Hoffmann zu benennen, dabei handelt es sich aber um eine private Anlage.<sup>297</sup>

### **13. Entwicklungstrends ab der Jahrtausendwende: Stärkere Berücksichtigung von Frauen bei Straßenbenennungen und Rolle von Personen in der NS-Diktatur**

In der NS-Zeit war am 27. Februar 1936 auf dem Reppersberg eine Straße nach Elsa Brandström benannt worden. Die schwedische Philantropin hatte im Ersten Weltkrieg Kriegsgefangene gepflegt und trug den Namen „Engel von Sibirien“. Eine weitere Frau mit lokalem Bezug als Namensgeber war Schultze Kathrin, die im Krieg 1870/71 verwundete Soldaten gepflegt hatte, 1947 wurde eine Straße nach ihr benannt. Weitere Namensgeberin in der Zeit der Halbautonomie war Hanna Kirchner, 1956 wieder in Bülowstraße umbenannt. In Dudweiler gibt es seit Mai 1957 die Liesbeth-Dill-Straße und in Erinnerung an Königin Luise schon seit Juli 1956 die Luisenstraße. Nach Frauen benannte Straßen waren in Saarbrücken Einzelfälle.<sup>298</sup>

In seiner Sitzung am 16. Februar 1984 hatte der Bezirksrat Mitte einstimmig beschlossen, die Parallelstraße der kurz zuvor benannten Hanna-Kirchner-Straße nach der Nobelpreisträgerin und Pazifistin Bertha von Suttner zu benennen.<sup>299</sup>

Gleichwohl waren und sind Frauen bei Straßenbenennungen in Saarbrücken wie auch anderswo unterrepräsentiert. Ein Thema, das Politikerinnen und Frauenbeauftragte zum Anlass nahmen und nehmen, gegenzusteuern. In Saarbrücken war dies insbesondere Bezirksbürgermeisterin Christa Piper (SPD), frühere Leiterin der damaligen städtischen Gleichstellungsstelle. Ihr Anliegen war es, neu angelegte Straßen nach Frauen zu benennen. Sie arbeitete als Bezirksbürgermeisterin in Abstimmung mit dem Frauenbüro der LHS. So wurden in den letzten Jahren zahlreiche Straßen nach Frauen benannt. Für den Zeitraum zwischen 1999 und 2011 waren dies etwa: Käthe-Kollwitz-Straße (29.04.1999); Catharina-Loth-Straße (13.03.2003), Prinzipalin der Scheidter Eisenschmelze, 1699-1762 ; Johanna-Wendel-Straße (28.04.2005), Gemeindegeschwester Güdigen; Klara-Marie-Fassbinder-Straße (28.4.2005), eine der ersten Studentinnen Preußens, Promotion 1919 mit „summa cum laude“ in der Romanistik, 1920 Umzug ins Saargebiet, Lehrerin, aktiv in der Friedens- und Völkerverständigung mit Frankreich, 1935 Berufsverbot, 1930 Umzug nach Bonn, nach 1945 aktiv in der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung, 1966 Orden „Les Palmes

<sup>296</sup> Paul Peters, Von Johannes Hoffmann zur Brücke der deutschen Einheit, in Saarbrücker Zeitung vom 26.11.1990.

<sup>297</sup> In diesem Kontext gab es auch zahlreiche andere Vorschläge – etwa Konrad Adenauer, Willy Brandt, Hedwig Behrens, Clara Schumann und Europa-Platz.

<sup>298</sup> StA SB, V 62, Straßennamendatenbank.

<sup>299</sup> V 62, Straßenbenennungen 1983–1988.



Académiques“, konnte erst durch Bundespräsident Heinemann ausgehändigt werden, da von dessen Vorgänger Lübcke abgelehnt; Sophie-Scholl-Straße (28.04.2005), Widerstandskämpferin, Weiße Rose, 1921-1943; Agnes-Kaiser-Weg (11.7.2006), erste weibliche Stadtverordnete, 1882-1952 ; Amalie-Kablé-Weg (11.7.2006), Schulgründerin, Pionierin der Mädchenbildung, 1857- 1934; Johanna-Hofer-Weg (11.07.2006), 1847-1918, Unternehmerin; Martha-Traut-Weg (11.07.2006), 1906–1990, Künstlerin; Elly-Beinhorn-Straße (29.09.2010), 1907-2007, Pilotin/Flugpionierin; (Hedwig – Amelie) Melli-Beese-Straße (29.09.2011), 1886-1925, erste Frau mit Pilotenlizenz.

Eine stärkere Berücksichtigung von Frauen hatte bereits zuvor insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in St. Johann mit Hildegard Redicker und Christel Schneider-Woll angemahnt. Aus Anlass des 100. Geburtstags von Luise Mössinger-Schiffgens forderten beide 1992 eine Straße oder ein öffentliches Gebäude nach der in der NS-Zeit verfolgten Sozialdemokratin zu benennen.<sup>300</sup>

## 14. Ausblick

Vor allem die Umbenennung der Oscar-Orth-Straße im Jahr 2001 und des Hans-Dietlen-Weges im Januar 2019 markieren eine wachsende Sensibilität im Umgang mit der NS-Zeit – beide Personen waren Ärzte, die Führungspositionen bei der Umsetzung von Euthanasieverfahren bekleideten, wobei Dietlens Rolle weniger bekannt war als die von Orth.<sup>301</sup> Diese Entwicklung steht in einem bundesweiten hochpolitisierten und polarisierenden Kontext, der im Saarland etwas später einsetzte. Das Bemühen, die NS-Vergangenheit bei der Straßenbenennungen und Umbenennungen zu berücksichtigen, vollzieht sich nicht ohne Widersprüche und Konflikte. Dabei besteht ein Zusammenhang zu dem Umgang mit der Vergangenheit des SED-Regimes und Forderungen die nach dem marxistisch-leninistischen Wertekanon benannten Straßen umzubenennen. Neben den beiden deutschen Diktaturen erweiterte sich die kritische Sicht auch auf Kaiserzeit und Kolonialismus und sorgte insbesondere in traditionsreichen Universitätsstädten und deutschen Metropolen für umfangreiche Umbenennungsaktionen.<sup>302</sup>

---

<sup>300</sup> Ebda, ASF an OB Hoffmann und Christa Piper vom 7.7.1992.

<sup>301</sup> Christoph Braß, Zwangssterilisation und Euthanasie im Saarland 1935 – 1945, Paderborn 2004, S. 142 – 144.

<sup>302</sup> <https://hubertus-knabe.de/die-ddr-lebt>; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/aus-karl-marx-stadt-wird-wieder-chemnitz-410720>; [https://www.berliner-woche.de/mahlsdorf/c-politik/unrecht-auf-strassenschildern-umbenennungen-stammen-aus-der-nazi-zeit\\_a160211](https://www.berliner-woche.de/mahlsdorf/c-politik/unrecht-auf-strassenschildern-umbenennungen-stammen-aus-der-nazi-zeit_a160211); <https://www.tagesspiegel.de/berlin/neue-strassennamen-nach-dem-mauerfall-1994-clara-zetkin-und-marx-engels-sollen-verschwinden/9159694.html>; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article214001656/Rassismusvorwuerfe-Mohrenstrasse-in-Berlin-wird-unverzueglich-umbenannt.html>; <https://www.historischer-augenblick.de/haber2/>; [https://www.tuepedia.de/wiki/Umbenannte\\_Stra%C3%9Fen\\_und\\_PL%C3%A4tze](https://www.tuepedia.de/wiki/Umbenannte_Stra%C3%9Fen_und_PL%C3%A4tze); <https://www.freiburg.de/pb/1614174.html> [Stand 23.11.2020].

Autor/Berichtersteller: Dr. Hans-Christian Herrmann, Leiter des Stadtarchivs, Mai 2021.

# ABSCHLUSSBERICHT DER STRASSENAMEN- KOMMISSION DES BEZIRKSRATS MITTE DER LANDESHAUPTSTADT SAARBRÜCKEN

**Impressum**

**Herausgeberin** Landeshauptstadt Saarbrücken

**Autor** Herr Dr. Hans-Christian Herrmann (Leiter des Stadtarchivs)

**Layout und Satz** Herr Dr. Hans-Christian Herrmann

**Bildnachweis** (Titel) Vermessungs- und Geoinformationsamt

**Erscheinungsdatum** Mai 2021